

Berliner Institut für Kritische Theorie

Unterhaltungen

über den

Sozialismus

nach seinem Verschwinden



Argument · BdWi · Berliner Debatte · Carl Dietz · Globus
PapyRossa · PRV · spw · VSA · Weiss · Widerspruch · Yetipress

Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden

Herausgegeben von

Wolfgang Fritz Haug und Frigga Haug

unter Mitwirkung von

Erhard Crome, Frank Deppe, Jutta Held, Wolfgang Küttler,
Susanne Lettow, Peter von Oertzen, Lothar Peter, Jan Rehmann,
Thomas Sablowski, Christoph Spehr, Jochen Steinhilber,
Christoph Türcke und Frieder Otto Wolf

Berliner Institut für Kritische Theorie

Die Veröffentlichung dieser Publikation erfolgt mit finanzieller
Unterstützung der Rosa Luxemburg Stiftung.

© InkriT 2002
Alle Rechte vorbehalten
Buchhandelsvertrieb: PapyRossaVerlag
Satz: VSA-Verlag
Umschlag: Argument Verlag

ISBN 3-89438-300-3

Inhalt

Vorwort von Wolfgang Fritz Haug	7
Vorstellung der Gesprächsteilnehmer	21
Erste Unterhaltung	
Vorverständigung	29
Erster Teil: Fragen der Methodik	38
Zweiter Teil: Der »Moderne«-Komplex	57
Zweite Unterhaltung	
Vorverständigung	89
Erster Teil: Konfliktlinien	99
Zweiter Teil: Subjekte	136
Dritte Unterhaltung	
Erster Teil: Nach dem 11. September	177
Zweiter Teil: Weltpolitische Perspektiven	208
Nachwort von Peter von Oertzen	243

Vorwort

I.

Wie passen ernsthafte Unterhaltungen in eine Zeit, für die Unterhaltungsspaß fast alles ist und von der Neil Postman meinen konnte, sie werde sich noch »zu Tode amüsieren«? Nicht alle werden die folgenden Unterhaltungen, in die gelegentlich Bruchstücke aus Vorlesungen einzufließen scheinen, in jedem Moment unterhaltend finden. Manche, die gewohnt sind, dass ihnen schnelle Abwechslung und scharfe Reize oder, falls sie *konkret*-LeserInnen sind, eindeutige Feindbilder und verbale Prügeleien geboten werden, könnten ungeduldig werden. Hier herrscht selbstkritische Nachdenklichkeit. Hier fetzt man sich nicht, sondern zweifelt sich durch, versucht mit- und gegeneinander, auf dem Boden des Wirklichen das Wünschbare mit dem Möglichen zusammenzubringen.

Da aber die in den Unterhaltungen durchgesprochenen Existenzfragen praktisch von den Jüngeren entschieden werden und deren Ungeduld unentbehrlich ist, sobald sie den langen Atem aufbringt, lassen wir vorab Bertolt Brecht für uns sprechen. Die kleine Geschichte, die von der nötigen Geduld derer handeln könnte, die heute mit großer Ungeduld auf soziale Ungerechtigkeit, Kriegspolitik und Umweltzerstörung blicken, ist überschrieben: »Tu will kämpfen lernen und lernt sitzen« (Ges. Werke, Bd. 12, 576):

Tu kam zu Me-ti und sagte: Ich will am Kampf der Klassen teilnehmen. Lehre mich. Me-ti sagte: Setz dich. Tu setzte sich und fragte: Wie soll ich kämpfen? Me-ti lachte und sagte: Sitzt du gut? Ich weiß nicht, sagte Tu erstaunt, wie soll ich anders sitzen? Me-ti erklärte es ihm. Aber, sagte Tu ungeduldig, ich bin nicht gekommen, sitzen zu lernen. Ich weiß, du willst kämpfen lernen, sagte Me-ti geduldig, aber dazu musst du gut sitzen, da wir jetzt eben

sitzen und sitzend lernen wollen. Tu sagte: Wenn man immer danach strebt, die bequemste Lage einzunehmen und aus dem Bestehenden das Beste herauszuholen, kurz, wenn man nach Genuss strebt, wie sollte man da kämpfen? Me-ti sagte: Wenn man nicht nach Genuss strebt, nicht das Beste aus dem Bestehenden herauszuholen will und nicht die beste Lage einnehmen will, warum sollte man da kämpfen?

Beginnen wir damit, Geschichte und Sinn unseres Versuchs zu erzählen!

II.

Im Sommer des Jahres 2000, dann im Frühling des folgenden Jahres, zuletzt ein Jahr später, im Frühling des Jahres 2002, trafen sich einige linke Intellektuelle aus West- und Ostdeutschland, um – nach dem Scheitern des Staatssozialismus und angesichts der Umwälzung aller gesellschaftlichen Lebenssphären im neoliberalen und hochtechnologischen Weltkapitalismus – die Fragen nach Perspektiven und Subjekten von Sozialismus neu aufzunehmen.

Eingeladen hatte das *Berliner Institut für Kritische Theorie* (InkriT). Gegründet wurde es 1996 als gemeinnützige Einrichtung mit dem Hauptziel, die Arbeit am *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus* dauerhaft zu ermöglichen. Später kam die Betreuung der kritischen Gramsci-Ausgabe dazu. Zudem organisiert das InkriT jedes Jahr eine mehrtägige internationale Konferenz, bei der die historisch-kritische Arbeit an Themen des Wörterbuchs mit der Diskussion über aktuelle politisch-theoretische Probleme verbunden wird. – Einige der Teilnehmer der Sozialismusgespräche gehören zum Kuratorium des InkriT, andere zu den Autoren des Wörterbuchs.

Den Anlass für die Einberufung der Gesprächsrunde bildete die PDS-Programmdebatte. In den zehn Jahren seit dem Fall der Mauer hatte sich herausgestellt, dass die PDS nicht, wie manche angenommen hatten, eine kurzlebige Übergangserscheinung war. Die Sozialdemokratie zielte auf eine »neue Mitte« und räumte linke Positionen, ein Vakuum zurücklassend, das die PDS allmählich auszufüllen begann. War es möglich, dass aus einer zunächst mehr

oder weniger regionalpolitischen und »postkommunistischen« Kraft Ostdeutschlands längerfristig eine gesamtdeutsche linkssozialistische Partei werden könnte? Voraussetzung war eine glaubwürdige historisch-kritische Auseinandersetzung mit kommunistischer Politik im 20. Jahrhundert und ein Maßnehmen an den veränderten Bedingungen des sich in Krisen und Kriegen transnational reorganisierenden Kapitalismus. Neu auszufüllen war die Spannweite zwischen konkreter Politikfähigkeit und der Vision einer Gesellschaft, in der »die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die Entwicklung aller« wäre, wie es bei Marx heißt (MEW 4, 482).

III.

»Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme«, schrieb Karl Marx, um sodann zur sorgfältigen Kritik am Gothaer Programm zu schreiten. Während der knapp drei Jahre, auf die sich die drei Gesprächsrunden verteilen, hat sich die PDS-Programmdebatte in vielstimmigem Für und Wider und in mehreren »Generationen« von Entwürfen und Gegenentwürfen entfaltet, in die zuletzt auch einige Impulse aus den vorliegenden Gesprächen eingeflossen sind. Dies ist im Auge zu behalten, wenn in den Unterhaltungen immer wieder kritisch auf Entwürfe Bezug genommen wird. Tucholsky, der unter mehreren Pseudonymen schrieb, betitelte einen fingierten Leserbrief an eine seiner Masken mit dem sprichwörtlich gewordenen Ausspruch: »Wo bleibt das Positive, Herr Panther?« Ähnliches mögen die unmittelbaren Adressaten dieser Kritik empfinden, zumal diejenigen, die bereits viel Arbeit in die Programmdiskussion investiert haben. Daher sei vorausgeschickt, dass die an den Gesprächen Beteiligten, von denen niemand der PDS angehört, zumindest einige entscheidende Voraussetzungen und Grundzüge der Programmdiskussion befürworten. Anders hätten sie der Einladung des InkriT nicht Folge geleistet.

Sprechen wir es also aus: Es scheint uns goldrichtig, die Spannung zwischen utopisch anmutender Vision und tatsächlicher Politikfähigkeit (d.h. auch Koalitionsfähigkeit) produktiv zu machen

und auf keinen Fall den einen Pol dem anderen zu opfern. Wir finden es richtig, für die Gegenwart das zu aktualisieren, was Rosa Luxemburg einst »revolutionäre Realpolitik« genannt hat und was in der Sprache der westdeutschen Jungsozialisten »systemüberwindende Reformen« hieß – auch wenn die Worte heute andere sein mögen. Angesichts der Tatsache, dass der vom *Kommunistischen Manifest* vorausehend beschriebenen Vollendung des kapitalistischen Weltmarkts heute unter dem Deckwort »Globalisierung« täglich mehr Realität zuwächst, halten wir es für geboten, keinen Moment die Augen davor zu verschließen, dass wir im Kapitalismus leben und dass ohne kritische Theorie des Kapitalismus noch nicht einmal liberale Demokratie, geschweige denn sozial-ökonomische und ökologische Reformpolitiken realitätstüchtig betrieben werden können. Dies ist ein Stolperstein für so manche Schönredner.

Programme sind der verschönerte Schatten dessen, was die Parteien wirklich tun, wenn sie mitregieren. »Denn das Wort ist der Schatten des Werks«, heißt es schon bei Demokrit (Frg. 145). Nicht schöne Ziele und lockende Versprechen können darüber entscheiden, ob man einer Partei über den Weg traut. Von der Werbung lernend behandeln die meisten Parteien die Wähler wie unheilbar kranke Konsumenten, denen man die Wahrheit verschweigen muss, wie ungesund ihr Konsumismus für die Welt und sie selbst ist. Eine Partei, die sich als »Partei der gerechten Globalisierung« vorstellt und über den transnationalen Kapitalismus und seine imperialen Herrschafts- und Kräfteverhältnisse schweigt oder die erklärt, dem Krieg gegen Jugoslawien zugestimmt und dennoch am Ziel der Gewaltfreiheit festgehalten zu haben, kann nicht erwarten, dass man ihr glaubt. Wenn Worte sich derart über alle Taten hinwegsetzen können, deren Unähnlichkeit mit zuvor Gesagtem immer mit den Sachzwängen realer Politik begründet werden kann, ist es offenbar notwendig, die den verkündeten Zielen entgegenstehenden Interessen und Strukturen vorab in aller Klarheit zu analysieren. Wie radikal müsste eine Partei die heutige Welt verändern oder zumindest verändern wollen, um von sich sagen zu dürfen, sie sei die Partei der sozialen Globalisierung. Sinnvolle

Ziele und Versprechungen müssen eingebettet sein in eine Abschätzung der zu erwartenden Konflikte und Zerreißproben. Wer den real existierenden Kapitalismus ausblendet, täuscht systemimmanente Lösungen vor, wo systemtranszendierende Schritte gefragt wären. Die Täuschungen von heute sind aber die Enttäuschungen von morgen.

Richtig finden wir es im Gegenzug aber auch, den Antikapitalismus durch den Filter der Erfahrungen zu schicken, die im 20. Jahrhundert mit ihm gemacht worden sind. Wir anerkennen, dass mit dem Programm versucht wird, die Lehren aus der geschichtlichen Katastrophe zu ziehen, zu der die – unter dem Einfluss des Imperialismus und der Weltkriege zustande gekommene – historische Scheidung von Kommunismus und Demokratie geführt hat. Rosa Luxemburgs »Kein Sozialismus ohne Demokratie, keine Demokratie ohne Sozialismus« ist die geeignete Richtlinie hierfür. »Luxemburgismus« also ist angesagt, aber ohne den Mythos vom »Letzten Gefecht« und ohne ökonomistische Verkürzung. Auch uns scheint es richtig, rechtsstaatliche Verhältnisse parlamentarischer Demokratie mit der Achtung vor den Menschenrechten und dem Schutz von Minderheiten fundamental zu bejahen. Wir sehen aber auch die tiefen demokratischen Defizite dieser Verhältnisse in ihrer aktuellen Gestalt und halten es daher für notwendig, den Ausbau, die weitere Demokratisierung und demokratische Ergänzung dieser Errungenschaften der bürgerlichen Revolutionen ins Programm zu schreiben. Richtungsweisend scheint uns der kategorische Imperativ, die Veränderung aller Verhältnisse anzustreben, in denen Menschen aufgrund ihrer Klassenlage oder ›Rasse‹, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung, ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder Religion (soweit diese nicht die Prinzipien der Rechtstaatlichkeit, der Gewaltfreiheit und der Demokratie negiert) benachteiligt oder verfolgt, unterdrückt und gedemütigt werden. Richtungsweisend ist schließlich das marxsche Postulat, dass keine Klasse, keine Nation, noch nicht einmal alle Nationen zusammen das Recht haben, sich als Eigentümer der Erde, der Lebensgrundlage der heutigen und künftigen Menschen aufzuführen; sie sind nur die vorübergehenden Besitzer, die die Pflicht

haben, sie den kommenden Generationen verbessert zu hinterlassen.

Anders als Marx dachte, ist die Einlösung all dieser Sätze heute in utopische Ferne gerückt. Angesichts der Verhältnisse scheint es wachsamem Beobachtern, dass die liberale Demokratie in ihren westlichen Stammländern noch nie so gefährdet war wie heute (Derrida) und dass insgesamt das Überleben der Menschheit selbst zur Utopie geworden sei (Biedenkopf).

Die Programmtexte überzeugen uns dort am meisten, wo der Widerspruch zwischen den Potenzialen der technisch-zivilisatorischen Entwicklung im Kapitalismus und ihrer Fesselung, ja Umlenkung ins Destruktive analysiert wird. Erhellend ist die Erinnerung an das schon von Marx gesehene Paradox, dass der entfesselte Profitmechanismus jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger gehen lässt. Jede Erfindung, die Arbeit erleichtert oder einspart, vernichtet Arbeitsplätze, und jede Entdeckung, die Naturprozesse menschlichem Zugriff ausliefert, liefert Menschen und ihre Lebensbedingungen der Herrschaft anderer Menschen aus. Ein linkes Programm tut gut daran, die gesteigerten Gestalten dieses Paradoxes für die Gegenwart klar zu benennen und entsprechende Forderungen – etwa nach sozialer und ökologischer Bindung von Eigentum, Wissenschaft und Technik oder nach Schaffung der Bedingungen für lebenslanges Lernen tendenziell aller – klar in die Analyse einzubetten.

Anders aber als in den bisherigen Entwürfen sollten solche Gesichtspunkte der Spannung und Widersprüchlichkeit strukturbildend genutzt, nicht nur beiläufig eingestreut werden. Dass die einzelnen Antworten auf Existenzfragen der Menschheit noch in keine überzeugende Reformalternative eingebunden sind, sollte ausgestellt und mit der durchgängigen Einbeziehung der Adressaten verknüpft werden. Versprechungen, die durch keine noch so revolutionäre Realpolitik eingelöst werden könnten, haben kein Recht. Illusionismus und spätere Abspaltungen sind die Folge, wenn man im politischen Nahbereich Forderungen aufstellt, bei denen die Rechnung völlig ohne die Weltwirtschaft gemacht (und zur Vorsicht auch gar nicht erst aufgemacht) wird.

Im Gegensatz zu früheren Programmen der Arbeiterbewegung können wir im gegenwärtigen geschichtlichen Moment nicht mehr – bzw. noch nicht wieder, auf andere, heute noch ungekannte Weise – verkünden, wie ein sozialistischer Umbau des sozio-ökonomischen Systems im Ganzen aussehen und geschehen könnte. Die aus der Oktoberrevolution hervorgegangene und dem Stalinismus anheim gefallene Welt liegt in Trümmern, die stalinistische Erfahrung verlangt einen radikal neuen Ansatz. Die sozialdemokratische Linie, die in der Epoche des Fordismus und der Systemkonkurrenz nach dem Zweiten Weltkrieg im sozialen Wohlfahrtsstaat aufging und ihre marxistischen und sozialistischen Einsichten und Orientierungen preisgab, ist von der Krise des Fordismus getroffen worden und hat sich nach diesem »Ende des sozialdemokratischen Zeitalters« zu einer dem Neoliberalismus verpflichteten Politik der »neuen Mitte« gewendet. Die mit dieser Politik verbundenen Erfahrungen drohen nun aber Wähler in Massen zur populistischen Rechten hinzutreiben. Eine demokratisch erneuerte sozialistische Politik wird versuchen, die links von der SPD ohne politische Vertretung zurückgelassenen Wähler zu gewinnen. Eine radikale Überwindung der historischen Scheidung von Kommunismus und Demokratie auf der einen Seite, auf der anderen eine Rückgewinnung der Perspektive solidarischer Vergesellschaftung jenseits des Kapitalismus, die nicht auf konkrete Reformpolitik hier und jetzt verzichtet, bestimmen den Horizont einer neuen sozialistischen Programmatik an der Schwelle des 21. Jahrhunderts. Noch gibt es kein neues alternatives Modell sozialistischer Vergesellschaftung. Nicht Abschaffung des Kapitalismus steht in absehbarer Zeit auf der Tagesordnung, sondern der Kampf um die soziale und demokratische Regulierung des Kapitalismus und um die Verteidigung und Ausdehnung kapitalismusfreier Bereiche.

Das heißt aber nicht, dass Theorie und Kritik des Kapitalismus ihre Bedeutung verlören. Im Gegenteil! Es kann sich herausstellen, dass die soziale und demokratische Regulierung des Kapitalismus angesichts der Kräfteverhältnisse fast so utopisch ist wie seine Abschaffung. Wer wähnt, den Tiger reiten zu können, sollte den Tiger zunächst studieren. Die Erfahrung lehrt auf jeden Fall,

dass reformistischer Kampf zur perspektivlosen Anpassung verkommt, wenn er seinen utopischen Horizont aus dem Blick verliert. Nahziele brauchen Fernziele zur Orientierung. Und sie brauchen Handlungsformen, in denen etwas von der utopischen Ferne freier und solidarischer Vergesellschaftung lebenspraktisch bereits jetzt verwirklicht wird.

Einen anderen als den demokratischen Sozialismus kann es nach der stalinistischen Erfahrung nicht mehr geben. Otto Bauers Forderung nach einem integralen Sozialismus, die unterm Stalinismus und in der Aufmarschordnung des Zweiten Weltkrieges keine Chance hatte, ist heute die einzig realistische. Dabei wissen demokratische Sozialisten, dass sie keinen Alleinvertretungsanspruch erheben können. Die Politik eines integralen Sozialismus und der Aufhebung der überkommenen Spaltungen kann sich heute einzig in pluraler Form entfalten. Nicht ein kommandierendes Zentrum, sondern ein Netzwerk, in das sich Initiativen einbringen können, bietet den angemessenen Praxisrahmen.

Freilich muss eine Partei auch vereinheitlichen, um sich nicht selbst aufzugeben. Doch muss sie akzeptieren, dass sie nicht die einzige vereinheitlichende Kraft ist, sondern im gleichberechtigten Nebeneinander mit anderen diese Funktion immer neu durch Bündelung der widersprüchlichen Impulse zu erarbeiten hat.

Für die Struktur der Programmatik besagt dies: Nicht eine standardisierte Massenlinie ist anzustreben, kein homogenes »Flächenkonzept« des Politischen, sondern eher ein Netzwerk, das der Pluralität sozialer und kultureller Bewegungen, die in emanzipatorischer Perspektive wirken, gerecht wird.

Die große Ernüchterung, aus der sozialistische Erneuerung sich heute einzig erheben kann, ist eine historische Chance. Doch in der geschichtlichen Situation lauert zugleich die Gefahr, dass die berechtigte Forderung nach gegenwärtiger Politikfähigkeit alles, was darüber hinaustendiert, überwältigt. Der notwendige Pragmatismus im Dienste der Tagespolitik droht sich an die Stelle der Fernziele zu setzen. Damit verlöre eine demokratisch-sozialistische Partei ihr Existenzrecht. An Fernzielen festhalten und ihnen schon jetzt Stützpunkte in der Wirklichkeit zu schaffen ist deshalb

»Realpolitik« auf der Ebene der Identitätsfindung, des Existenz-erhalts und der weiteren Ausstrahlung einer sozialistischen Partei.

Das wichtigste Fernziel, das Zusammenleben von Menschen betreffend, ist die Verknüpfung von Solidarität mit Freiheit, wie sie im *Manifest* formuliert ist. Das Ziel im Blick auf die gesellschaftlichen Naturverhältnisse aber ist es, den »Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde [...] systematisch als regelndes Gesetz der gesellschaftlichen Produktion und in einer der vollen menschlichen Entwicklung adäquaten Form herzustellen« (Marx, MEW 23, 528). Beide Ziele überschreiten die Schranken kapitalistischer Vergesellschaftung.

Der Kontext, dem diese Orientierungen entspringen, sind Verhältnisse, die ihren Mangel produzieren, Gewaltverhältnisse, Verhältnisse der Desolidarisierung, der Ausschließung, des zerstörerischen Ressourcenverbrauchs, des Wechselspiels von anti-imperialem Terror und Staatsterrorismus, zuletzt des von den USA erklärten diffusen und zeitlich unbegrenzten »Weltkriegs gegen den Terror«.

IV.

Seit dem Zusammenbruch des europäischen Staatssozialismus sowjetischen Typs und der nationalen Befreiungs- und Entwicklungsregime herrscht in geschichtlich beispiellosem Grad weltweit der Kapitalismus. Die von den kapitalistischen Zentren ausgehende neoliberale Politik verfolgt rücksichtslos die Ziele der »Marktinteressenten«, das heißt der transnationalen Konzerne, die bei entgrenzter Konkurrenz überall die weniger entwickelten Ökonomien durchdringen und sich unterordnen. Die trinitarische Formel des Neoliberalismus lautet »Freihandel – Privatisierung – Deregulierung«. Das gesellschaftliche Leben tendiert in allen Bereichen dazu, mit der Unterordnung unter den Weltmarkt zur totalen Marktwelt zu werden. Dies ist der Sinn der neoliberal betriebenen Globalisierung von oben. Sie entfesselt die Konkurrenz der Menschen im Innern der Gesellschaften, die sie in Gewinner und Verlierer spaltet. Sie tut dies erst recht im Weltmaßstab. Sie bereichert die Reichen und verarmt die Armen. Ihre über den Weltmarkt wirken-

den Mächte kennen keine demokratische Kontrolle, keine entsprechende soziale, politische und rechtliche Rahmung, keine Instanz, die die Kapitalakteure zur Verantwortung ziehen oder ihre Geschäftspolitiken in entwicklungspolitische und zivile Grenzen zwingen könnte. Sie hat den Krieg wieder normalisiert und die Durchsetzung nationaler und transnationaler Interessen remilitarisiert. Sie hat damit die klassischen marxischen und marxistischen Analysen der Verhältnisse, die im »sozialdemokratischen Zeitalter« von der Wirklichkeit überholt und veraltet schienen, in den Rang maßvoller Beschreibungen des realexistierenden Kapitalismus zurückversetzt.

Den epochalen Umbrüchen in der »politischen Wolkenregion« der Staatenwelt und der internationalen Weltordnung am Ende des 20. Jahrhunderts liegt ein Umbruch der kapitalistischen Produktionsweise zu Grunde, der oft verschleiernnd als »Übergang von der Industriegesellschaft zur Informationsgesellschaft« bezeichnet wird. Um den Computer als Universalinstrument gruppieren sich hochtechnologische Produktivkräfte. Fließbandarbeit und standardisierte Massenproduktion haben weithin der flexiblen Automatisierung Platz gemacht.

Die »organische Zusammensetzung« des Gesamtarbeiters hat sich mehrfach verschoben: in seiner Verteilung auf dem Erdball; in der Positionierung der beiden Geschlechter zueinander; in der »Ethisierung« von Klassenspaltungen; nicht zuletzt im Verhältnis von »körperlicher zu »geistiger« Arbeit. In den kapitalistischen Zentren dringen »wissensbasierte Arbeitsformen« und »Dienstleistungen« vor – zugleich breiten sich Niedriglohnverhältnisse und Massenarbeitslosigkeit aus.

Unterdessen vollzieht sich in den »Schwellenländern« eine Proletarisierung, oft unter Bedingungen eines »wilden Kapitalismus« mit seinem Regime der »Sweatshops« oder »Maquiladoras«. Das ist wiederum eine widersprüchliche Entwicklung: In den patriarchalen Agrargesellschaften werden vor allem junge Frauen in industrielle Prozesse eingesaugt, was als »Feminisierung« der Arbeit bezeichnet worden ist. Bei allen negativen Aspekten ist die Proletarisierung der Frauen für diese zugleich ein erster Schritt

aus patriarchaler Bevormundung in die eher »selbstbestimmte Entfremdung« der Lohnarbeit und womöglich gewerkschaftliche Zusammenschlüsse. Die männliche Bevölkerung aber verarmt weiter und wird, wo sie nicht von »Gewaltmärkten« absorbiert wird, in den Kreislauf der stets wachsenden Weltmigration hineingezogen.

Da auch die transnationalen Kapitale der billigeren Arbeitskraft »entgegen-migrieren«, wirkt die Existenz von Drittweltländern verschärfend auf die Lage der Lohnabhängigen und Erwerbslosen in den Industrieländern und treibt sie in die Arme populistischer Demagogen. Neoliberale Globalisierungspolitik reproduziert wachsende »Drittweltsektoren« inmitten der Reichtumszentren.

Heute zu neuen Formen der Solidarisierung der Arbeitenden der Welt aufzurufen klingt anachronistisch angesichts der Ideologien vom »Ende der Arbeitsgesellschaft« oder gar vom »definitiven Ende« der Arbeit als solcher (Kurz). Und doch ist die Rekonstituierung der Solidarität über alle Fraktionierungen der arbeitenden Klassen hinweg die einzig realistische Schlussfolgerung angesichts einer Globalisierung des Marktes, die tiefe Spaltungen unter ihnen hervorbringt – bis zur Entstehung eines neuen »Arbeitshelotentums«.

V.

Wir sind welthistorisch Ernüchterte. Unsere Hände sind leer, was eine realisierbare und mehrheitsfähige Systemalternative angeht. Eher rufen wir all diejenigen zu gemeinsamem Handeln, die wie wir mit Walter Benjamin einsehen: »Dass es so weitergeht, ist die Katastrophe.« Mit diesen Einschränkungen können wir sagen: Wir treten ein für eine demokratisch-soziale und ökologische Wende auf Grundlage der hochtechnologischen Möglichkeiten.

Es kann aber nicht Sache einer externen Politikberatung sein, konkrete Politiken einer Partei zu entwerfen oder sich in Einzelheiten zu verlieren. Wohl hat sie die epochalen Veränderungen und neuen Bedingungen zu benennen, auf die ein Parteiprogramm zu Beginn des 21. Jahrhunderts antworten muss. Sie kann Kriterien vorschlagen und die Vor- und Nachteile bestimmter Herangehens-

weisen erörtern. Sie wird also einen stark methodologischen Akzent tragen und sich zugleich um Verständigung über die Determinanten der Gegenwart und die aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts überkommenen Erfahrungen bemühen. Sie wird abzuschätzen versuchen, welche Zerreißproben auf die Gesellschaft und auch auf die Linke selbst zukommen. Sie wird die progressiv-widerständigen Bewegungen der Gegenwart unter dem Gesichtspunkt mustern, zu welchen beispielhaften Protest-, Bewegungs- und Gegenöffentlichkeitsformen hin eine erneuerte sozialistische Programmatik anschlussfähig sein muss und welches ihre Akteure sein können.

VI.

Es ist uns bewusst, dass unabhängige Politikberatung immer riskiert, von den unmittelbaren Adressaten in den Wind geschlagen zu werden. Es ist nicht auszuschließen, dass die weitere Entwicklung der PDS in Richtung »Regierungsfähigkeit« auf Kosten der notwendigen Radikalität der Analyse und der Zielsetzungen geht. Wenn wir hier die Sozialismusgespräche des InkriT der Öffentlichkeit übergeben, so deshalb, weil wir sie so angelegt haben, dass sie über Anlass und Moment, auch über die Landesgrenzen hinaus ein Dokument des Nachdenkens und der Orientierung darstellen. Sie versuchen etwas, das in einer epochalen Umbruchssituation ebenso notwendig wie schwierig ist.

Die Mitwirkenden kommen aus verschiedenen Generationen und unterschiedlichen linken Traditionen. Sie verständigen sich über Bedingungen und Möglichkeiten linker Politik heute und in naher Zukunft. Alle Beteiligten begreifen den Spagat zwischen Fernzielen und jetziger Politikfähigkeit als entscheidende Identitätsressource linkssozialistischer Parteipolitik, sehen aber auch die zerreißenden Widersprüche, die darin enthalten sind. Vor allem wollen sie alle, dass die geschichtliche Chance wahrgenommen wird, in Deutschland langfristig eine sozialistische Linkspartei zu verankern. Sie sehen, dass sie diese Chance den Menschen aus den ostdeutschen Bundesländern verdanken. Sie sehen aber auch, dass die Realisierung dieser Chance sich auf längere Frist in den

westlichen Bundesländern entscheidet. Dort aber gibt es ein, wie die Zahlen zeigen, zögerndes Potenzial links von der SPD, das mit Elefantengedächtnis an den geschichtlichen Erfahrungen haftet. Wenn diese Menschen begründet darauf vertrauen können, dass eine linke Partei sich im Feld einer vielstimmig entfalteten Rationalität zu bewegen gelernt hat, werden sie den entscheidenden Schritt auf sie zutun. In der PDS ist oft davon die Rede, es komme darauf an, »in der Gesellschaft anzukommen«. Wenn überhaupt, dann findet dies in der Form statt, dass wachsende Teile der Gesellschaft sich selbst auf die PDS zubewegen.

Die Form der Gespräche oder philosophischen Unterhaltungen, die seit der Antike immer wieder dazu genutzt worden ist, ein Problemfeld zu durchmessen oder Auffassungen argumentierend zu entwickeln, erwies sich als besonders geeignet, die Vielfalt der Aspekte und Positionen mit der nötigen Einheit des Argumentationszusammenhangs zu verbinden. Manchmal kommt die Fiktion der Realität näher als diese sich selbst. Bearbeitung und nachträgliche Einfügungen haben den Text der ersten beiden Runden verändert, und das dritte Gespräch ist gänzlich »virtuell«, übers Internet, geführt worden.

Als sich die Idee herauskristallisierte, die Gespräche noch rechtzeitig vor den Bundestagswahlen vom September 2002 als Taschenbuch herauszubringen, war es für die verlegerischen Planungsfristen längst zu spät. Also musste improvisiert werden. Desto mehr ist den Verlagen zu danken, die sich gleichwohl bereitgefunden haben, der für die Verbreitung dieses Büchleins unterm Dach des InkriT gebildeten Verlagsgemeinschaft beizutreten. Zu danken ist auch Bernd Ihme für vielfältige technische und organisatorische Hilfe.

Esslingen, 22. Mai 2002 Wolfgang Fritz Haug

Vorstellung der Gesprächsteilnehmer

Erhard Crome (EC), Jg. 1951, Dr.rer.pol.habil.; 1971–76 politikwissenschaftliches Studium / Außenpolitik am Institut für Internationale Beziehungen der DDR in Potsdam-Babelsberg, 1980 Promotion, 1987 Habilitation; 1990–2000 Universität Potsdam, Fachbereich Politikwissenschaft; – Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Berliner Debatte Initial. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs* und Mitglied des Beirates von *WeltTrends. Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien*; – *Forschungsgebiete*: internationale Entwicklungen, Frieden und Sicherheit, Systemwechsel in Osteuropa, Geschichte der DDR; – *Veröffentlichungen*: *In tempore belli* (*WeltTrends* 23 und 33), *Die Linke und ihr Verhältnis zu Nation und Nationalstaat* (Rosa-Luxemburg-Stiftung 2001, Manuskripte 28), Mitarbeit beim Ostberliner Nachfolger der Weltbühne *Das Blättchen* sowie im *Freitag*

Frank Deppe (FD), Jg. 1941, Dr.rer.pol.; Prof. für Politikwissenschaft an der Universität Marburg, seit 1972 »Nachfolger« von Abendroth. *Politisches Engagement*: SDS, Mitglied im Bundesvorstand; Zusammenarbeit mit dem *Argument* seit Mitte der 60er Jahre, mit dem Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt/Main seit 1969; Mitglied von BdWi, GEW, ver.di; Leiter der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Marburg; Mitherausgeber der Zeitschrift »Sozialismus«; Beteiligung an der Initiative »Gewerkschaftslinker«; seit Anfang 2002 Mitglied des Vorstandes des Vereins »WISSENTTransfer – WISSENSchaftliche Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftskritik«, Aufgabe dieses Vereins wird es u.a. sein, linke Positionen in den Gewerkschaften (aber auch allgemeiner: in der gesellschaftspoliti-

schen Auseinandersetzung, im Prozess der Rekonstruktion einer europäischen und globalen Linken) mit wissenschaftlich fundierten Argumenten und Analysen zu stärken. – *Arbeitsgebiete*: politische Theorie/Marxismus (Studien zu Blanqui und Macchiavelli); Geschichte und Politik der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften; Europäische Integration; *wichtigste neuere Veröffentlichungen*: *Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa* (1997); *Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Die Anfänge* (1999), Band 2 in Vorbereitung; *Ein neuer Kapitalismus?* (Hg. mit Mario Candeias) u.a.; – Mitglied des InKriT-Kuratoriums

Frigga Haug (FH), Jg. 1937, Dr.phil.habil.; bis 2001 Prof. für Soziologie an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik. Gastprofessuren in Kopenhagen, Innsbruck, Klagenfurt, Sydney, Toronto, Durham (USA). – *Politisches Engagement*: Antiatombewegung, SDS, Frauenbewegung; Erwachsenenbildung bei Gewerkschaften und Kirche. *Wissenschaftlich*: Leiterin des Projektes Automation und Qualifikation über 15 Jahre (Veröffentlichung von 9 Büchern zur Automationsforschung); wiss. Assistentin am Institut für Kritische Psychologie; Entwicklung von *Erinnerungsarbeit* als kritische Überschreitung von Selbsterfahrungsgruppen, eine Methode, die international bekannt wurde; in diesem Kontext 11 Buchveröffentlichungen – zuletzt *Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit, The Duke-Lectures*, 1999. – Mitbegründerin der Berliner Volksuni; Redakteurin, Mitherausgeberin des *Argument* und Geschäftsführerin des Argument Verlags. Mitglied bei einer Reihe Initiativen und Zeitschriften: u.a. Sozialistischer Frauenbund Westberlin; Europäisches Forum linker Feministinnen; Bund demokratischer Wissenschaftler; Leibniz-Sozietät. ZS: u.a. Kritische Medizin in den 1970er Jahren; ab 1977 Forum Kritische Psychologie. – *Arbeitsgebiete*: Arbeit und Automation, Frauen-Vergesellschaftung und -politik; sozialwissenschaftliche Methoden; Lernen; – HKWM-Redakteurin und Vorsitzende des InKriT

Wolfgang Fritz Haug (WFH), Jg. 1936, Dr.phil.habil.; Praktika in Feinmechanik (Kodak), bei einer Pariser Textilfirma und der Oper in Hagen; Studium in Tübingen, Montpellier (Französisch

und Malerei), Perugia und vor allem an der Freien Universität Berlin; Gastprofessuren u.a. in Marburg, Zürich, Roskilde und Mitarbeit an der Fernuniversität Hagen und der Universität der Vereinten Nationen (Tokio); Dozenturen an den Kunsthochschulen Berlin u. Hamburg; 1979–2001 Prof. für Philosophie an der FU Berlin; – *politische Engagements* in der Internationalen Liga für Menschenrechte, der Antiatombewegung, dem Ostermarsch und dem SDS, 1959–64 Mitglied der SPD; Gründungsvorstandsmitglied des BdWi; Initiator der Berliner Volksuniversität (1980); 1959 Gründung der Zeitschrift *Das Argument*; – *Veröffentlichungen: Kritik der Warenästhetik* (1971), *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (1974), *Pluraler Marxismus* (1985/87), *Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts* (1986), *Elemente einer Theorie des Ideologischen* (1993), *Philosophieren mit Brecht und Gramsci* (1996); *Politisch richtig oder richtig politisch – Linke Politik im transnationalen High-Tech-Kapitalismus* (1999); *Dreizehn Versuche marxistisches Denken zu erneuern* (2001); – Mitherausgeber und -übersetzer der deutschen Ausgabe von Antonio Gramscis *Gefängnisheften*; Herausgeber des auf 15 Bände geplanten *Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus* (1994ff); Gründungsvorsitzender des InkriT

Jutta Held (JH), Jg. 1934, Dr.phil.; 1974–1999 Prof. für Kunstgeschichte an der Universität Osnabrück, 1982/83 Art Council Chair am Department of Art History, University of California, Los Angeles; – Mitinitiatorin des Ulmer Vereins für Kunst- und Kulturwissenschaft; engagierte sich in der Frauenbewegung und der Friedensbewegung; – *Forschungsgebiete*: französische und spanische Kunst des 18. Jahrhunderts, Realismustheorie und antifaschistische Kunst des 20. Jahrhunderts; – *Veröffentlichungen: Kultur zwischen Bürgertum und Volk* (Hg., 1983), *Der spanische Bürgerkrieg und die bildenden Künste* (Hg., 1989), *Monument und Volk. Vorrevolutionäre Wahrnehmung in Bildern des ausgehenden Régimes* (1990), *Sozialgeschichte der Malerei vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert* (zus. m. Norbert Schneider, 1993); seit 1978 Mitarbeit an der Zeitschrift *Das Argument*; – Mitglied des InkriT-Kuratoriums

Wolfgang Küttler (WK), Jg. 1936, Prof. Dr.; bis 2001 wiss. Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte Berlin, davor 1974–91 Bereichsleiter am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin; – 1989 korresp. Mitglied der AdW der DDR und Mitglied der Academia Europaea, seit 1993 Mitglied der Leibniz-Sozietät; – *Forschungsgebiete*: Geschichtsmethodologie, Geschichtsphilosophie, Wissenschafts- und Historiographiegeschichte, Max-Weber-Forschung; – *Veröffentlichungen*: *Formationstheorie und Geschichte* (zus. mit Ernst Engelberg, 1978), *Das geschichtswissenschaftliche Erbe von Karl Marx* (1983, Hg. und Mitautor), *Gesellschaftstheorie und geschichtswissenschaftliche Erklärung* (1985, Hg. und Mitautor), *Max Weber und die Geschichtswissenschaft* (1989), *Geschichtsdiskurs*, 5 Bände 1993–1999 (Hrsg. u. Mitautor, zus. mit Jörn Rüsen und Ernst Schulin); – HKWM-Redakteur und -Autor, stellvertr. Vorsitzender und Kurator des InkriT

Susanne Lettow (SL), Jg. 1965, Dr.phil.; Lehrbeauftragte am Institut für Philosophie der Freien Universität Berlin, z.Zt. Postdoc-Stipendiatin an der Univ. Frankfurt/Main im Graduiertenkolleg »Öffentlichkeiten und Geschlechterverhältnisse«; *Forschungsgebiete*: Philosophiekritik, feministische Theorie, Sozialphilosophie; – *Veröffentlichungen*: *Die Macht der Sorge. Die philosophische Artikulation von Geschlechterverhältnissen in Heideggers »Sein und Zeit«* (2001); *Eingreifendes Denken. Wolfgang Fritz Haug zum 65. Geburtstag* (Hg. zus. m. Ch. Kniest und T. Orozco, 2001); – Mitglied des BdWi; HKWM-Autorin und InkriT-Fellow

Peter v. Oertzen, Jg. 1924, Dr.phil.habil.; bis 1982 Prof. für Politikwissenschaft an der Universität Hannover; – *politische Engagements*: seit 1955 mit Unterbrechungen bis 1982 Mitglied des niedersächsischen Landtags, 1970–74 niedersächsischer Kultusminister, 1973–93 Vorstandsmitglied der SPD; – *Forschungsgebiete*: Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, politische Soziologie; – *Veröffentlichungen*: *Betriebsräte in der Novemberrevolution* (1963), *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel* (zusammen mit Michael Vester u.a., 1993); – HKWM-Autor und Kurator des InkriT

Lothar Peter (LP), Jg. 1942, Dr.phil.habil.; Prof. für Soziologie an der Universität Bremen; – *Forschungsgebiete*: Soziologische Theorie und Geschichte der Soziologie, Arbeits- und Industrie-soziologie, Sozialwissenschaften in Frankreich; – *Veröffentlichungen*: *Zwischen Reformpolitik und Krise – Gewerkschaften in Frankreich 1980–85* (1985), *Dogma oder Wissenschaft? Marxistisch-leninistische Soziologie und staatssozialistisches System in der DDR* (1991), *Élan vital, Mehr-Leben, Mehr-als-Leben. Lebensphilosophische Aspekte bei Henri Bergson und Georg Simmel* (1996); – Mitglied des BdWi und der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Jan Rehmann (JR), Jg. 1953, Dr. phil.; unterrichtet Gesellschaftstheorien und Sprache am Union Theological Seminary in New York; – *politisches Engagement*: langjähriger Organisator der Berliner Volksuni, Berater der Socialist Scholar Conference in New York; – *Forschungsgebiete*: Ideologie-Theorie, Religionsphilosophie, christlich-marxistischer Dialog, Nietzsche und die Postmoderne; – *Veröffentlichungen*: *Theorien über Ideologie* (Mitverf., 1979), *Die Kirchen im NS-Staat* (1986), *Max Weber: Modernisierung als passive Revolution* (1998); – *Argument- und HKWM-Redakteur*; Gründungsmitglied des InkriT

Thomas Sablowski (TS), Jg. 1964, Dr.phil.; zur Zeit wiss. Mitarbeiter im Forschungsprojekt »Zukünfte der Governance im Übergang zur New Economy« am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB); – *Forschungsgebiete*: neuere Ansätze der Kapitalismusanalyse, gesellschaftliche Auswirkungen der Globalisierung der Finanzmärkte, Veränderungen der »Corporate Governance«, industrieller Strukturwandel; – *Veröffentlichungen*: *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess* (hg. zus. mit Alex Demirovic und Hans-Peter Krebs, 1992); *Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung* (hg. zus. mit Steffen Becker und Wilhelm Schumm, 1997); *Italien nach dem Fordismus. Regulation und organische Krise einer kapitalistischen Gesellschaftsformation* (1998); *Shareholder Value gegen Belegschaftsinteressen. Der Weg der Hoechst AG zum Life-Sciences-*

Konzern (zus. mit Wolfgang Menz und Steffen Becker, 1999); – HKWM-Autor und InkriT-Fellow

Christoph Spehr (CS), Jg. 1963, Dr.rer.silv.; Kleinstverleger (YetiPress); – organisiert in Bremen 2002 zum zweiten Mal den Kongress »Out of this world! Science-Fiction, Politik, Utopie«; *Arbeitsgebiete*: Internationalismus, politische Theorie, Science-Fiction/Popkultur; arbeitet für die Zeitschrift *alaska*, die zur BUKO (Bundeskoordination Internationalismus) gehört, dem Dachverband von Internationalismus- und Solidaritätsgruppen in der BRD; – *Veröffentlichungen*: *Die Aliens sind unter uns! Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter* (1999), Rosa-Luxemburg-Preisträger 2001 für seine Schrift *Gleicher als Andere – Eine Grundlegung der freien Kooperation* (erscheint 2002 bei Dietz); – HKWM-Autor und InkriT-Fellow

Jochen Steinhilber (JS), Jg. 1970, Dipl.pol.; Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin; *Forschungsschwerpunkte*: europäische Integration, Wirtschafts- und Sozialpolitik in Frankreich, deutsch-französische Beziehungen; *Veröffentlichungen*: *Die »Grande Nation« und das »Haus Europa«*. *Frankreichs widersprüchlicher Entwicklungsweg* (2000), *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie* (Hg. zus. mit H.J. Bieling 2000); Mitglied der IG Metall

Christoph Türcke (CT), Jg. 1948, Dr.phil.; fühlt sich »der filigranen Fraktion der Kritischen Theorie« zugehörig; seit 1993 Prof. für Philosophie an der Hochschule für Grafik und Buchkunst, Leipzig; 1991–93 Gastprof. in Porto Alegre (Brasilien); – *Veröffentlichungen*: *Der tolle Mensch. Nietzsche und der Wahnsinn der Vernunft* (1989); *Sexus und Geist. Philosophie im Geschlechterkampf* (1991); *Religionswende. Die erweiterte ZEIT-Serie* (1995); *Rückblick aufs Kommende. Altlasten der neuen Weltordnung* (1998); *Erregte Gesellschaft. Philosophie der Sensation* (Herbst 2002); – schreibt für DIE ZEIT, Merkur, Neue Rundschau, Frankfurter Rundschau, WDR; – HKWM-Autor

Frieder Otto Wolf (FOW), Jg. 1943, Dr.phil.habil.; Philosoph und Politiker; *parteiliche Engagements*: 1964–1971 in der

SPD; seit 1982 bei den Grünen: 1983–99 Europapolitiker, 1994–99 MdEP; Mitinitiator des Linken Forums und des Babelsberger Kreises; *Forschungen zu politischer Philosophie*, Kritik der Gesellschaftswissenschaften und der politischen Ökologie, Auseinandersetzung mit der Krise des Marxismus; – *Übersetzungen* vor allem aus der französischen philosophisch-politischen Debatte; – *Veröffentlichungen: Umwege* (mit Antunes u.a., 1983), *Eine grüne Alternative für Europa* (mit Martens u. Peter, Hg., 1990) *Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit* (2001); *Radikale Philosophie* (Münster 2002); – HKWM-Autor, Vorstandsmitglied und Kurator des InkriT

Die Mitwirkenden

CS	Christoph Spehr
CT	Christoph Türcke
EC	Erhard Crome
FD	Frank Deppe
FH	Frigga Haug
FOW	Frieder Otto Wolf
JH	Jutta Held
JR	Jan Rehmann
JS	Jochen Steinhilber
LP	Lothar Peter
SL	Susanne Lettow
TS	Thomas Sablowski
WFH	Wolfgang Fritz Haug
WK	Wolfgang Küttler

Erste Unterhaltung

Vorverständigung

WFH: Vielen Dank, dass ihr euch die Zeit für diese Beratung genommen habt. Zu danken ist vor allem denjenigen, die von auswärts anreisen mussten. Es war nicht leicht, einen gemeinsamen Termin zu finden, und einige, die wir gerne dabei gehabt hätten, konnten sich leider nicht freimachen.

Als Auftakt schlage ich vor, dass wir uns zunächst über Methodenfragen linker Politik unterhalten.

LP: Kannst du das ein bisschen konkretisieren?

WFH: Ich stelle mir vor, dass wir das Problem der Programm-erstellung einer demokratisch-sozialistischen Partei zunächst an den Widersprüchen entlang diskutieren, die dieses Projekt selbst heimsuchen. In den vorläufigen Entwürfen kommen Widersprüche als etwas vor, das gleichsam »draußen«, in der Gesellschaft herrscht, nicht jedoch als zerreißende Widersprüche linker Politik selbst. Die Bearbeitung der Widersprüche linken Politik-Machens scheint mir geboten, weil so die sonst spontan sich einstellenden Spaltungslinien und Fraktionierungen nicht ohne weiteres zum Zuge kommen. Stattdessen wird ihr sachlicher Grund selber zum Thema. Die Widersprüche schlagen also nicht hinterrücks zu. Es gibt ja viele Fragen, an denen die Geister sich sonst unvereinbar scheiden. Man denke an Fragen wie *Frauen in die Bundeswehr*, wo zwei Gesichtspunkte, der der Emanzipation der Frauen und der des Pazifismus, aufeinander stoßen. Man denke an die Frage der von der UNO geleiteten Kriegseinsätze: Man muss eine Weltregulationsinstanz wollen und kann sie angesichts der Instrumentalisierung der UNO durch die USA zugleich nicht wollen. Man denke an das Politikfeld des Antirassismus, wo die Interessen der einheimischen, durch Arbeitslosigkeit und Sozialabbau geplagten

Arbeitsbevölkerung und die Interessen an einer liberalen Aufnahmepolitik von Zuwanderern aufeinander stoßen. Oder denken wir an den Nahostkonflikt, wo es ebenso geboten wie ausgeschlossen scheint, sich für eine der beiden Seiten zu engagieren.

Das Feld linken Politik-Machens abschreitend werden wir überall auf solche Konflikte in der Sache selbst stoßen, zu denen sich linke Politik verhalten muss, will sie nicht von ihnen zerrissen werden. Brecht hat Anfang der 30er Jahre, in einer bis vor kurzem unveröffentlicht gebliebenen Notiz, eine »Analyse der Haltung der Parteileitung zum Zweck eines Eingreifens« skizziert, die in den Satz mündet: Damit die Gegensätze nicht die Organisation spalten »ist Operierenkönnen mit Antinomien nötig« (*Große Ausgabe*, Bd. 21, S. 578. Politik-Machen bedarf der Kunst, mit Widersprüchen in eigener Sache umzugehen. Die Notwendigkeit einer solchen Kunst, dachte ich, könnten wir zum Leitfaden unseres ersten Gesprächs machen.

WK: Ein entscheidender Punkt ist offenbar das Verhältnis von kurz-, mittel- und langfristigen Zielen. Ungeklärt ist vor allem die Perspektive der Transformation bestehender Verhältnisse des globalisierten Kapitalismus im Verhältnis zur bisherigen Geschichte und zur Analyse aktuell vor sich gehender Entwicklungen. Das betrifft nicht nur unterschiedliche Politikfelder vor allem im Bereich der Sozialpolitik und der Regulierung oder Deregulierung der Wirtschaft. Vielmehr geht es generell darum, was unter dem »Ankommen in der Gesellschaft« in Bezug auf eine Partei zu verstehen ist, die aus einer Staatspartei wie der SED hervorgegangen ist, und welche Konsequenzen das Streben danach für das Abstecken kurz- und langfristiger Reformziele hat. Für mich ist ein Fokus dieser Kollision verschiedener Denkweisen, von denen mir viele noch aus der Zeit der Systemkonkurrenz zu stammen scheinen, die Debatte um Moderne versus Sozialismus/Kapitalismus.

FOW: Ich finde es produktiv, bei den Widersprüchen anzusetzen. Diese scheinen mir nicht nur in der Sache, sondern auch in der Form der Politik zu liegen. Ich nenne drei: den Widerspruch zwischen unserem nationalen Politikraum und der transnationalen Entwicklung. Hier fehlt uns Politikfähigkeit. Der zweite Wider-

spruch ist die Parteiform. »Die Partei« im Singular belädt uns mit dem Problem, eine plurale Linke zu verknüpfen, wobei Parteiprogramme eher hinderlich sind, weil sie unterstellen, dass man als Partei eines Tages, nachdem man die Macht errungen hat, dieses Programm umsetzt. Dagegen gilt es sehr wohl Programme für linke Politik zu machen. Für den dritten Widerspruch gebe ich ein sicher ärgerliches, aber produktives Zitat von Foucault aus einem Interview, das er in Kanada 1982 gegeben hat: »Seit dem 19. Jahrhundert haben die großen politischen Institutionen, die großen politischen Parteien den politischen Schaffungsprozess beschlagnahmt. Ich will damit sagen, dass sie versucht haben, der politischen Schöpfung die Form eines politischen Programms zu geben, um sich der Macht zu bemächtigen.« Dagegen hält Foucault das Neue der sozialen Bewegungen seit den 1970er Jahren, von denen er meint, dass sie unsere Leben, unsere Mentalität, unsere Haltung und die anderer, die nicht dazugehörten, auf eine Weise verändert haben, wie sie von traditionellen politischen Organisationen nicht zu erwarten war. Dies ist in gewissem Sinne eine Negation von Politik. Aber den Widerspruch, der darin steckt, können wir produktiv entfalten.

WFH: Bitte gesteht mir zu, ab und an knappe Zusammenfassungen zu machen, wie Zwischentitel, damit die spätere Verdichtung leichter fällt. Der Hauptwiderspruch der Parteiform bestünde demnach darin, dass einerseits eine Partei die unabdingbare Weise ist, um überhaupt zusammenhängende Programmatiken zu denken, dass aber die Kunst der Politik gerade darin besteht, *in der Parteiform* entschieden *über die Parteigrenzen hinaus* zu agieren. Das könnte ein Leitfaden sein, auf den immer wieder zurückzukommen ist. Allerdings sind soziale Bewegungen vergänglich, und man muss aufpassen, sich da keine Illusionen zu machen.

FD: Mir fehlt noch eine Problemebene, die der Programmdebatte vorgelagert ist: Was bedeutet es, in der gegenwärtigen Situation ein Programm oder gar ein Grundsatzprogramm für eine sozialistische Partei zu diskutieren? Das schließt die Frage nach der Funktion von Programmen ein. Zudem sollten wir uns über das Verhältnis von Kapitalismus und Moderne verständigen, über die

Sozialismuskonzeption und auch die Geschichtsdebatte, die im ersten Entwurf zwar erstaunlich wenig auftaucht, aber doch wohl mit ein Grund dafür ist, dass jetzt das Programm neu formuliert werden soll. Eine zentrale Frage ist, was an neuen Erkenntnissen aus der Geschichtsdebatte in die Formulierungen des Programms einfließt.

WFH: Ich schlage vor, zunächst in einem allgemeinen Teil über grundlegende Problem- und Situationsbestimmungen linker Politik heute, unter besonderer Beachtung ihrer Widersprüche zu diskutieren. Wenn wir hier zusammengekommen sind, dann doch wohl deshalb, weil wir in der PDS die Chance sehen, Keimpunkt einer gesamtdeutschen linkssozialistischen Kraft zu werden. Dennoch soll es bei unserer Beratung nicht ausschließlich um die PDS und auch nicht nur um die Bundesrepublik gehen, sondern um linke Politik in vergleichbaren Ländern überhaupt. So können wir der Gefahr vorbeugen, regional-historisch determinierten Verhältnissen verhaftet zu bleiben, während die Politik längst die nationalstaatlichen Grenzen überschreiten können muss.

CT: Dazu gehört eine gewisse Prioritätensetzung, da wir nicht alle Punkte gleichrangig diskutieren können. Es ist z.B. fraglich, ob wir bestimmte Dinge, die gegenwärtig außerhalb jeder unmittelbaren politischen Einflussnahme liegen, wie IWF-Geschichten u.dgl., überhaupt diskutieren wollen. Und ob wir uns nicht konzentrieren sollten auf Felder, auf denen man sich zwar sehr grundsätzlich und überparteilich, aber dann doch mit einem gewissen Schwerpunkt positionieren muss. Da würden mir, ehrlich gesagt, auch nicht primär solche Dinge wie die Bundeswehrfrage, *Frauen ja oder nein*, einfallen.

FH: Dabei ist doch gerade diese Frage, die eine wesentliche Brutstätte der Reproduktion des Patriarchats berührt, eine, die genau deinem Vorschlag entspricht, Felder zu wählen, in denen Widersprüche einer dringlichen Bearbeitung bedürfen. Die Frage der Brechung des Männermonopols im Militär, das dieses bislang unangefochten zur Stätte der Produktion patriarchalischer »Männlichkeit« gemacht hat, als nebensächlich zu denken, geht nicht an, will man sich ernsthaft der Problematik des weitgehenden Frauen-

ausschlusses aus den Entscheidungsbereichen von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und seiner Funktion für die Reproduktion des Ganzen stellen.

CT: Wir müssen aufpassen, dass wir bei dieser Widerspruchskonzeption, die ich im Prinzip für richtig halte, nicht in ein fernsehmäßiges Pro und Contra hineinkommen. Kapitalismus versus Moderne, die Diskussion dieses Bereichs sollten wir durcharbeiten und ferner das Fehlen von Bildungspolitik und Kulturpolitik, in denen ja eine unmittelbare Einflussnahme, wie auch immer, am ehesten möglich ist.

WFH: Erlaubt mir, das Widerspruchskonzept selber noch ein bisschen zu bearbeiten. Dazu das von Wolfgang Küttler angesprochene strukturelle Beispiel schlechthin: Sozialistische Programmatik hat unweigerlich ein Fernziel, sie wird aber sinnlos, wenn sie nicht bis hin zur Tagespolitik kommt. Das ist ein zerreißender Widerspruch, die Grundspannung, in der eine solche Programmatik sich artikulieren muss.

Die ursprünglichen Programmthesen, die in vieler Hinsicht einen guten Ausgangspunkt für die Debatte darstellten, litten unter der methodischen Grundschwäche, diese Spannungen nicht zu ihrem Element und Problem zu machen. Sie argumentieren völlig spannungslos. Dabei gäbe es genügend Stoff für eine spannungsreiche Darstellung. Denn wir müssen aufpassen, dass unsere treibenden Widersprüche nicht in entgegengesetzte Einseitigkeiten auseinander fallen: Wir wissen, dass wir eine radikal andere Vergesellschaftung brauchen, wissen aber nicht, wie wir sie bekommen. Wir wissen, dass die Weichen, wie sie jetzt gestellt sind, in den Abgrund führen, wissen aber auch, dass wir hier und jetzt politikfähig sein müssen.

Wenn ich vorschlage, an der Methodik linker Politik anzusetzen, dann gehört dazu auch die Textgestalt einer solchen Programmatik. Was ist der richtige Sprachgebrauch für sie? Wir sollten uns auch über linke Phraseologie und die Entstehung spannungsloser Texte als methodische Fehler verständigen.

EC: Ich möchte vorschlagen, eher eine Problemliste als ein Konsenspapier zu erarbeiten. Nach meiner Erfahrung kommen solche

Thesen, wie sie im Programmentwurf vorliegen, als Kompromisspapier aus vielfältigen Diskussionen zustande, und das ist dann genauso wie ein diplomatischer Text irgendwo aus der internationalen Politik, wo die Spannung raus ist. Besser für unseren Zweck ist es, wenn wir eine plurale und in sich nicht notwendig widerspruchsfreie Sicht auf die Dinge entwickeln.

Was historische Aussagen angeht, so ist die gegenwärtige Programmdebatte natürlich mit einem Selbstdefinitionsprozess der PDS verbunden. Der Entwicklungsprozess von der SED zur PDS vom Ende der 1980er Jahre bis heute, also die Idee, nach 1989 nicht einfach die kommunistische Parteiform als historisch erledigt zu betrachten, sondern darauf zu bestehen, eine demokratisch-sozialistische Partei zu sein, anders als die Sozialdemokratie, ist ja älter als die jetzt zur Diskussion stehende programmatische Begründung. Darin liegt das Problem der Abgrenzung von der SPD. Politisch muss man natürlich als Partei eine eigene Identität haben. Aber im Einzelnen – man nehme etwa das noch von Lafontaine miterarbeitete Berliner SPD-Programm – sind die Schnittmengen möglicherweise größer als die Unterschiede. Diese ergeben sich ja in der realen Politik. Solange man für nichts verantwortlich und in der Opposition ist, kann man natürlich alles Mögliche erklären. Aber sehen wir mal nach vier oder acht Jahren Mitregierung der PDS in Mecklenburg-Vorpommern, wie viel vom Programm dann auf der real-politischen Bühne erscheint. Daher möchte ich Frieder Otto Wolf zustimmen, dass man durch die Programmdebatte hindurch die Gesamtlinke in ihren Auseinandersetzungen verstehen und schon von daher über die Parteiform hinausdenken muss. Im *Blättchen*, dem Ostberliner Nachfolger der *Weltbühne*, schreibt Paul Lerner, viele seien enttäuscht von der rot-grünen Regierungspolitik, viele genauso enttäuscht von den sektiererischen Debatten innerhalb der PDS, und das Ergebnis sei, dass Zehntausende Linke sich in Deutschland politisch unbehaust fühlen und deswegen zur politischen Passivität neigen. Um dem entgegenzuwirken, sollte eine Programmdiskussion auch Menschen ansprechen, die sich nicht mit einer bestimmten Partei oder überhaupt der Parteiform identifizieren.

WFH: Das spricht dafür, dass wir die Frage der Parteiform als Widerspruch unter unsere Themen aufnehmen. Die Schlüsselfrage bestünde hier darin, wie linke Politik über Parteigrenzen hinaus auf gesellschaftliche Selbstorganisation hinwirken kann.

FOW: Die Hoffnung, dass die PDS zum linkssozialistischen Moment in einer gesamtdeutschen globalen Linken wird, kann ich teilen, auch ohne Übertrittsgedanken. Mein Widerspruch gilt einer Prioritätensetzung nach dem Motto: Was liegt außerhalb unserer Reichweite? Weil man sich da auch ganz rasch in die Illusion des Nationalstaates begibt. Der Internationale Währungsfonds (IWF) oder die Verhandlungen der Welt-Handels-Organisation (WTO) liegen natürlich völlig außerhalb unserer parteipolitischen Reichweite, dennoch sind sie politisch hochverletzlich. Die neuen Formen der Globalisierung von unten sind nicht die Zusammenfassungen nationaler politischer Kräfte, sondern existieren neben denselben. Der IWF ist verletzlich. Wenn sich weltweit Hunderttausende mobilisieren, kommt er heftig ins Schwanken, insbesondere, wenn bestimmte Expertenkreise hineinwirken. Da ist ein lebendiger Politikprozess im Gange, der außerhalb nationalstaatlicher Formen läuft und uns doch direkt angeht.

CT: Ich stimme inhaltlich zu, aber was heißt das nun für die Prioritätensetzung?

WFH: Vielleicht nehmen wir auf unsere Liste das Seattle-Paradigma von Politikformen und den Prozess von Porto Alegre.

FOW: Ich möchte den Widerspruch zwischen Fernziel und tagespolitischer Aktionsfähigkeit noch zuspitzen. Die Frage der tagespolitischen Aktionsfähigkeit kenne ich aus der Geschichte der Grünen, die auch immer ein solches Abgrenzungsproblem zur SPD hatten und nie lösen konnten. Diese Streitfrage verdeckt sehr Unterschiedliches. In seiner schärfsten Form besteht das Problem darin, dass die Parteiform den Willen einschließen muss, im Hochimperialismus zu regieren. Rein *tagespolitisch* aktionsfähig bin ich auch, wenn ich eine Demo mache. Der ganze Widerspruch bricht erst dann auf, wenn man in führenden imperialistischen Ländern mitten im Hochimperialismus regieren will. Natürlich kann man sagen, das sei sowieso Unfug. Aber was machen wir dann? Man

könnte sagen, der Zug fährt auf den Abgrund zu, deshalb fahren wir da nicht mit, aber das wäre eine Illusion.

WK: Ich habe zum Vorgehen noch zwei Vorschläge. Der erste betrifft die Frage des Transnationalen und Globalen. Das sind keine Fragen, die von »außen« kommen. Sie entwickeln sich direkt bei uns, über Immigrationsprobleme, Ausländerfragen, über die Geschlechterfrage, überhaupt in Gestalt der Interdependenz unserer Probleme.

Zweitens, und das ist mir noch wichtiger: Bei allen Debatten scheint gegenwärtig zentral: Was denken wir als Politik, Herrschaft, Gewalt und Macht? Die letzten drei sind im 20. Jahrhundert ganz besonders belastet. Ich finde es nicht spannungsfrei, wenn gesagt wird, wir sind für Freiheit und Emanzipation, aber auch für die Herstellung sozialer Gerechtigkeit. Alle Geschichte lehrt, dass ein solches Ziel sehr ernste und in schweren Kämpfen zu erringende Eingriffe in die bestehenden Herrschafts- und Machtverhältnisse bis hin zum Eigentum mit sich bringt. Innerhalb dieser Auseinandersetzung eine Balance aufrechtzuerhalten ist außerordentlich schwierig. Sozialismus und Freiheit, auch plurale Äußerungen von verschiedenen Meinungen, müssen zusammengehören; aber wir sollten uns der Frage der Rolle der Gewalt in der Geschichte stellen, insofern gehören die Fragen zur Bundeswehr und zur UNO dazu.

SL: Angesichts der überwiegend männlichen Besetzung dieser Runde sollten wir unser besonderes Augenmerk darauf richten, dass die Geschlechterverhältnisse nicht ausgeblendet werden. Dazu kommen Migration und die Kritik am Eurozentrismus. Zur Ökologie wären Biotechnologie und überhaupt das durch sie dynamisierte Mensch-Natur-Verhältnis zu ergänzen. Einiges davon könnte im Zusammenhang mit der Moderne-Diskussion behandelt werden.

WFH: Jetzt zur Tagesordnung. Einig sind wir uns wohl, den Punkt Moderne und Sozialismus zu diskutieren.

CT: Also nicht Moderne und Kapitalismus?

WFH: Vielleicht können wir den Punkt so diskutieren, dass der Satz »Der Kapitalismus *ist* die Moderne« am Anfang steht. Die

Überschrift muss ja nicht schon die Lösung enthalten. Einig sind wir uns ferner, dass wir uns zunächst auf Fragen der politischen Methodik konzentrieren. Dabei geht es nicht zuletzt um das Politik-Machen einer Partei über die Grenzen der Partei hinaus, bis hin zur sprachlichen Gestalt, in der ein Programm abgefasst ist. Wie geht eine Partei mit den außerparteilichen gesellschaftlichen Kräften um, von denen sie doch ihrer Programmatik nach sagen muss, sie sind letztlich das Entscheidende?

LP: Nach meinem Dafürhalten muss man die Frage der Akteure, der Subjekte, vor dieser Methodik der Politik diskutieren, um damit sogleich einzubeziehen, wie Politik umgesetzt wird in Kommunikation, die auch die potenziellen Akteure erreicht.

WFH: Aber ist die Frage nach den Konfliktfeldern und den Widersprüchen bei ihrer Bearbeitung nicht doch radikaler und der Frage nach den in ihnen sich konstituierenden Subjekten vorgeordnet?

FH: Jedenfalls macht man sich dann weniger Illusionen.

FD: Zwar sollte man die Frage der Diskussionspunkte nicht endlos behandeln, aber ich möchte noch eine Ebene ergänzen, nämlich die Frage des Zeitpunktes für eine solche Debatte. Es spricht doch einiges dafür, im Moment sehr vorsichtig und behutsam und langfristig mit so einer Programmdebatte umzugehen, weil einfach zu viele ungelöste Fragen da sind.

WFH: Es ist wahr, selbst in den Momenten tiefster Niederlagen glaubte die Linke früher immer, eine klar umrissene Alternative vorschlagen zu können. Man muss der Versuchung widerstehen, einfach einen Katalog des Wünschens aufzumachen oder linke Phrasen aneinander zu reihen. Auch das ist eine Frage der Methodik linker Programmfindung. Bevor wir über einzelne Thematiken sprechen, sollten wir so klar wie möglich abgrenzen: Was ist überhaupt sinnvoll in der Form eines Parteiprogramms? Was gehört stattdessen in ein Wahlprogramm? Verständigen wir uns über den Filter, durch den alles hindurch muss, bevor wir zu viel hereinlassen.

FOW: Vielleicht sollten wir uns vorab darüber klar sein, dass wir nie genau wissen werden, wie die Lage ist, sondern dass es

strukturelle, grundsätzliche und unaufhebbare Gründe gibt, dass wir sowohl hinsichtlich der Bestimmung der Lage als auch hinsichtlich der Bestimmung dessen, was zu tun ist, immer ein Stück weit im Dunkeln tappen. Das würde die Diskussion erleichtern.

WFH: Ganz einverstanden. Beginnen wir also damit, Fragen der Methodik mit allen genannten Erweiterungen zu behandeln und im zweiten Teil den Problemkomplex »Moderne – Sozialismus« anzugehen. Das führt dann auch zur Frage nach den Akteuren, die ja genau die umstrittene Kernfrage dabei ist – die ausdifferenzierten gesellschaftlichen Subjektivitäten.

Erster Teil: Fragen der Methodik

WFH: Frank, könntest du beginnen mit dem Gedanken des Wagnisses, der Frage nach dem Zeitpunkt für eine solche Programmdebatte?

FD: Ich habe mir überlegt, welche Probleme im Moment mit einer Programmdebatte in einer sozialistischen Partei, mit der auch ich die Hoffnung verbinde, dass sie eine eigenständige linkssozialistische Formation in der Bundesrepublik werden könnte, verbunden sind.

Zwei für mich sehr wichtige Arbeiten von Historikern zur Geschichte des Sozialismus und des 20. Jahrhunderts – Eric Hobsbawms *Geschichte des 20. Jahrhunderts* und Donald Sassoons *One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century* – kommen am Ende, wo sie als Historiker auch Prognosen machen sollen, zu folgenden Schlüssen: Hobsbawm ist im Anschluss an Rosa Luxemburg davon überzeugt, dass wir vor der »Finsternis« stehen, wenn es uns nicht gelingt, die jetzigen Entwicklungsprozesse des Kapitalismus zu bändigen. Sassoon als Freund von Tony Blair meint, das Einzige, was uns bleibt, sei Sozialismus im Sinne der sozialen Ausgestaltung des Kapitalismus, wobei die Parteiform die politische Form bleibe, in der immer wieder Erneuerungsprozesse stattfinden können. Man braucht das nicht zu teilen. Wenn ich mir allerdings jetzt die politische Landschaft

der mit der PDS vergleichbaren links-sozialistischen Formationen in Europa anschau, dann gibt es nach meinem Eindruck nirgends eine größere Debatte mit dem Ziel, ein Grundsatzprogramm zu machen. Zwar gab es bei der KPF auf dem Parteitag viele Dokumente, die einen ähnlichen Charakter haben, und wohl auch die inneren Auseinandersetzungen in Bezug auf die Neuorientierung der Partei. Aber in der Regel ist es so, dass Widerstand und Kritik auch der linken Gewerkschaften, der linken Opposition in Italien, der Oppositionellen in Spanien usw. sich relativ einheitlich auf die Auseinandersetzungen mit dem Neoliberalismus und der internationalen Politik beziehen. Gleichzeitig sind diese linken Formationen extrem instabil. Es gibt, wenn sie in den Parlamenten vertreten sind, richtige fraktionelle Auseinandersetzungen bei der Stützung einer Mitte-Links-Regierung gegen eine rechte Formation, da diese Regierung ein sozialpolitisches Programm vertritt, das völlig gegen die Programmatik der Linken verläuft. Ich begreife diese Formationen als »offene Laboratorien«, weil immer auch gleichzeitig gerungen wird um ein politisches und programmatisches Verständnis in einer Umbruchkonstellation, die viele alte Erfahrungen und scheinbare Gewissheiten in Frage stellt.

Die Analyse der gegenwärtigen Umbruchsituation – dazu noch speziell im Blick auf die spezifische Situation in Deutschland – zu übersetzen in eine Zielvorstellung von Sozialismus und ein Handlungsprogramm einer sozialistischen Partei scheint mir in der gegenwärtigen Situation einfach unmöglich zu sein. Ich erinnere an den berühmten Satz von Marx, jeder Schritt wirklicher Bewegung sei wichtiger als ein Dutzend Programme.

WFH: Das hinderte ihn freilich nicht, diesem Brief an Bracke seine »Kritik des Gothaer Programms« hinzuzufügen.

FD: Nein, aber bei uns ist es so, dass auch die »wirkliche Bewegung« uns nicht aus der Patsche einer unvollkommenen Programmdebatte heraushilft. Es gibt stets einen negativen Zusammenhang zwischen dem Intensitätsgrad sozialer Bewegung von unten und dem Sektencharakter von Programmdebatten.

WFH: Das klingt düster, als wäre unser Orientierungs- und Beratungsversuch von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

FD: So war das nicht gemeint. Zur Frage einer neuen Formation des Kapitalismus, die im Zentrum einer strategischen Diskussion zu stehen hat, bereiten wir seit einiger Zeit eine Diskussion vor. Ausgangspunkt sind Erfahrung und Schriften von Sozialistinnen und Sozialisten in der ganzen Welt über die gegenwärtige Politik, die gegenwärtige Umbruchskonstellation. Einige gehen davon aus, dass wir noch in einer Übergangssituation leben, die von der Erosion der alten fordistischen Formation bestimmt ist, andere sagen, wir lebten bereits in einer neuen Formation.

Du sprichst vom transnationalen High-Tech-Kapitalismus. Wir brauchen eine Verständigung darüber, welche analytischen Kriterien der neuen Formation angemessen sind. Politisch bedeutsam ist, dass diejenigen, die von der Erosion der alten Formation sprechen, im Wesentlichen eine linkssozialdemokratische bzw. linkskeynesianische politische Orientierung haben. Diejenigen, die von der neuen Formation sprechen, formulieren Kritik radikaler und neuer, auch jenseits der alten programmatischen Linien und der alten politischen Formen.

WFH: Daraus würde sich ergeben, dass der Charakter eines *offenen Laboratoriums* genau das wäre, was programmatisch für diese Epoche als der richtige Ansatz linker Parteipolitik zu formulieren ist. Das hat große Konsequenzen für ein solches Programm.

LP: So sehr es unter dem Gesichtspunkt der Komplexität der Probleme einleuchtet, von »offenen Laboratorien« zu sprechen und intensive Diskussion zu ermöglichen, so muss man auch an das Spannungsverhältnis der Operationalisierbarkeit denken, das mit dem Moment der Vereinheitlichung verbunden ist. Unter dem Begriff des offenen Laboratoriums ist die Möglichkeit des unendlichen Regresses in unübersehbare Einzelvorschläge eingeschlossen.

Bei aller Sympathie für eine neue Diskussionskultur – wir müssen uns immer wieder auch die Frage danach stellen, wie die Vielfalt solcher Lösungsvorschläge in konkrete Formen vergesellschaftet werden kann. Zu fürchten ist, dass das »offene Laboratorium« bei aller Produktivität möglicherweise zu keinem konkreten Vorschlag kommt.

WFH: Die Frage ist: Wie geht man mit diesem unaufhebbaren Widerspruch von politischer Produktivität und pragmatischer Machbarkeit, von Vielfalt versus Einheitlichkeit um.

LP: Genau. Das Problem ist: In welchem Verhältnis steht die mögliche Produktivität des »offenen Laboratoriums« zu einer wie immer gearteten Politikförmigkeit, die irgendwie auch Vereinheitlichung einschließt. Vereinheitlichung ist zwar in Verruf geraten, aber gleichwohl notwendig für Politik.

FD: Nur zur Klarstellung: In allen linken Formationen besteht ein großes Maß an Einheitlichkeit in den Punkten, wo wir Widerstand zu leisten, was wir theoretisch zu kritisieren haben. Auch in den Fragen der Wirtschaftsweise bis zum ökonomischen Umbau sind wir uns darin einig, dass der ökonomische Imperialismus gebrochen und eine Politik formuliert werden muss, die anschlussfähig ist an soziale Bewegungen. Das eint uns, das spaltet uns nicht. Das »offene Laboratorium« beginnt in dem Moment, wo wir Ziele angeben und Subjekte. Was ist unser Begriff von Freiheit? Was haben wir aus der Geschichte gelernt?

WK: Für eine allgemeine Methodendiskussion über linke Programme ist die Frage des »offenen Laboratoriums« sehr wichtig. Es geht nämlich auch darum, dass unklar ist, in welcher Situation wir eigentlich sind. Es gibt Stimmen, die sagen, wir müssten weit hinter Bebel zurückgehen. Nach meiner Auffassung sind wir praktisch in einer Situation, in der sich Marx im Vormärz, ehe er zu seiner eigentlichen Programmatik kam, befand – wir stehen in einer sozialen, ökonomischen und kulturellen Umwälzung, in der gewisse tradierte Politik- und Bewegungsvorstellungen, die noch von der Französischen Revolution und von der Aufklärung her kamen, nicht mehr greifen. Es ist ja kein Wunder, dass sich Marx mit ätzender Kritik, die wir teilweise gar nicht mehr billigen und verstehen, gerade gegen das, was damals links, radikal-demokratisch usw. war, wandte, weil er diesen Leuten sagen wollte, dass die Situation völlig neuartig war. Das ist natürlich in einem Programm – erst recht in einem Wahlprogramm, das die nächsten Schritte festlegt – schwer zu machen. Aber wenn man unabhängig Ratschläge für eine programmatische Diskussion gibt, muss man

sich ziemlich schonungslos damit auseinander setzen. Es geht um Inhalt und Form. Es ist eine Verständigung darüber nötig, dass das alte Systemdenken, *der* Sozialismus versus *den* Kapitalismus, nicht mehr greift und welche Konsequenzen das insgesamt hat.

FOW: Da kann ich unmittelbar anschließen, was vielleicht überraschend ist angesichts unserer unterschiedlichen Biografien. Zur Frage der »offenen Laboratorien« zunächst eine metaphorische Bemerkung. Meine Lieblingsmetapher ist der Umbau des Argonautenschiffs auf offener See. Das heißt, sie müssen sowohl Fahrt machen und Kurs halten als auch alles in Frage stellen. Das ist eine paradoxe Problemformulierung, aber ein kräftiger Mythos, weil er beides einfordert. Man muss den radikalen Selbstumbau und das Handeln miteinander verbinden. Von da aus spitzt sich die Frage nach der Einheit noch einmal zu. Die These, dass Handlungsfähigkeit Vereinheitlichung voraussetzt, stimmt und stimmt nicht. Die Frage ist, ob der Begriff der substanziellen Einheit richtig beschreibt, was ich tue, wenn ich eine Form von Zusammenhalt und Kohärenz mit anderen entwickle, um handlungsfähig zu werden. Das scheint sehr philosophisch-grundsätzlich, hat aber für unsere methodische Frage eine Implikation. Ich möchte vorschlagen, dass wir verfahren wie dies vor einigen Jahren in Skandinavien geschah. In den Parteien dort gibt es keine Grundsatzprogrammdebatten, aber die linken Parteiführer haben sich jeweils hingesezt und jeder hat ein grundlegendes Orientierungsbuch veröffentlicht (Mitte der 90er Jahre) über eine neue Synthese von Sozialismus und Liberalismus. So haben sie mit einem Autorenbuch – nicht mit einem Parteiprogramm – so etwas wie einen Bezugspunkt geschaffen, der die gleichzeitige Austragung der Widersprüche ermöglicht hat. Sie alle sind nach Veröffentlichung dieses Buches wichtige Parteiführer geblieben. Ich glaube, in der jetzigen Situation ist es wichtiger, dass Einzelne oder auch Gruppen ihre Position authentisch vertreten, statt den gemeinsamen Nenner zu formulieren.

FH: Auch in einem »offenen Laboratorium« wird es die Notwendigkeit geben, ab und zu vereinheitlichende Beschlüsse zu fassen. So wie die Grünen auf dem Parteitag zum Beispiel beschlie-

ßen mussten, ob sie nun den Krieg gegen Jugoslawien mittragen oder nicht. Doch auf keinen Fall dürfen die Antworten vor den Fragen kommen. Der Kampf um die Bedeutung bestimmter Begriffe, der »Kampf um die Köpfe«, gehört jedenfalls mit ins Programm. Es ist falsch, immer gleich Antworten für andere geben zu wollen, statt die Notwendigkeit, Kommunikationsprozesse – und zwar unter kämpferischen Bedingungen – in Gang zu setzen, selber zur programmatischen Aufgabe zu machen.

WFH: Vielleicht vermeidet man so die Weitschweifigkeit und phrasenhafte Wunschsemantik vieler Formulierungen.

CT: Wunschsemantik gibt es in breiten Teilen des ursprünglichen Programmmentwurfs, und zwar in Bezug auf sozialistische Werte. Ich warne vor einer solchen Wertediskussion, weil sie den jeweils favorisierten Wert aus seinem Kontext herausbricht. Ich schlage dagegen vor, von Errungenschaften zu sprechen. Das hat zum einen den großen Vorteil, dass man an das Historische denkt, das hat erkämpft werden müssen; zum andern ist eine Errungenschaft auf andere Weise positiv besetzt als ein Wert.

WFH: Das stimmt. Als Staat und Unternehmer die vor Jahrzehnten erkämpfte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall kassieren wollten, breiteten sich die »wilden« Streiks wie ein Lauffeuer aus, und die Gegenseite duckte sich sofort.

CT: Was zum Sieg des Neoliberalismus gehört, ist die Dekontextualisierung der Begriffe und ihre neue Zusammenstückung; wenn das nicht selber offen gelegt und zum Gegenstand der Reflexion gemacht wird, dann genau entsteht dieses Phrasenhafte in einem Programm, was Leute, die nicht unmittelbar dazugehören, so sehr in die Reserve bringt. Nur wenn man eigene Begriffe und Forderungen neu kontextualisiert und z.B. sagt, was Freiheit, Gerechtigkeit unter diesen Bedingungen für uns bedeutet, ist auch ein Maß an Glaubwürdigkeit da, mit dem man mit einer programmatischen Plattform über eine Parteiformation hinaus ausstrahlen kann.

WFH: Das Argument von Frigga ist ja, man müsse die Adressaten einbeziehen in die Ungelöstheit der Fragen. Man müsse einen Rahmen vorschlagen und anbieten, in dem diese Aufgaben ange-

packt werden können. Man dürfe indes nicht so tun, als hätte man zu allem immer schon die Lösung. Die drängenden Fragen des Lebens selbst zu benennen, sie zur Diskussion anzubieten und die Adressaten in die Suche nach Lösungen einzubeziehen, das passt zusammen mit dem Konzept des »offenen Laboratoriums«.

CT: Im engen Zusammenhang dazu sehe ich das, was Frank Deppe vorhin zu Bewegung und Programm ausgeführt hat, denn dass man heutzutage eigentlich nicht mehr weiß, wohin die Bewegung geht, hat genau mit diesen Problemen zu tun. Es gibt einen Zusammenhang zwischen dieser gesellschaftlich produzierten semantischen Verwirrung und der schweren Bestimmbarkeit von Bewegungszielen.

JH: Mir ist etwas Ähnliches in kulturpolitischen Programmentwürfen aufgefallen. Die betreffenden Texte haben durchaus Substanz und in ihnen wird auf hohem Niveau argumentiert. Aber mir fiel eben auch auf, dass sie etwas *Additives* haben. Lauter gute Dinge werden zusammenhanglos aneinander gereiht. Würde man dagegen Konfliktlinien herausarbeiten, käme eine Richtung in die Argumentation. So würde man eine weiterführende Zielsetzung und tagespolitische Fragen zusammenbringen. Man hat den Eindruck, dass der erste Entwurf aus der Perspektive von Leuten geschrieben war, die in einem Rat einer Stadt sitzen und zu tausend Einzelfragen Stellung nehmen und Entscheidungen treffen müssen. Dabei geht die große Linie verloren. Mir ist zum Beispiel aufgefallen, dass die Passagen, die das heute viel diskutierte Stiftungswesen betreffen, sich in steuerrechtlichen Fragen etc. verlieren. Es geht dabei völlig verloren, dass dieses Stiftungswesen, die Privatisierung des Öffentlichen, selbst höchst problematisch ist. Man hat sich bereits auf fremdem Terrain eingerichtet, das man eigentlich nicht akzeptieren kann.

WFH: Das ist eine methodische Generalkritik, die in den dringenden Rat mündet, *das Additive durch Verdichtungsanstrengungen in seiner Unübersichtlichkeit stark zu reduzieren.*

JH: Ja, anders liest es sich wie die Aneinanderreihung von lauter Einzelheiten, ohne dass erkennbar wird, wohin die Reise gehen soll. Stattdessen ist in jedem Moment darauf zu achten, wo die

Kontroversen und die Gegner sind. Auch die Differenzen zwischen SPD und PDS gehen häufig verloren, obwohl es Gründe und Punkte gäbe, sich auch im Kulturpolitischen von den SPD-Programmen zu unterscheiden.

WFH: Das heißt, das Herausarbeiten der Konfliktlinien hätte eine doppelte Wirkung. Erstens: Es erlaubt die Verdichtung, also, die Eliminierung des bloßen Aneinanderreihens. Und zweitens: Es klärt sozusagen nebenbei die Differenz zur Sozialdemokratie.

LP: Ich habe nicht prinzipiell etwas gegen den Begriff der Werte, halte es aber für wichtig, dass man genau bestimmt, was man darunter versteht. Wenn es zum Beispiel gelänge, den Begriff Solidarität zu konkretisieren und trennscharf abzugrenzen gegenüber konkurrierenden Solidaritätsverständnissen, wäre das ein wichtiger Schritt für die Suche nach bestimmten archimedischen Punkten, an denen man sich politisch orientieren kann. Von daher denke ich, dass Überlegungen zu Begriffen wie Solidarität und Gleichheit eine ganz elementare Voraussetzung für ein linkes Politikverständnis sind. Man sollte sich auch nicht ins Bockshorn jagen lassen dadurch, dass der Begriff der Werte sehr stark von rechts und auch von der Sozialdemokratie besetzt ist. Ich würde auch Werte im »offenen Laboratorium« testen.

Das andere ist: Friggas Rede vom »Kampf um die Köpfe« scheint mir zu sehr auszugehen von einer Konstellation, in der es Leute gibt, die wissen, wo es langgeht, und die dann andere davon überzeugen, und zwar auf eine argumentativ-intellektuelle Weise. Natürlich spielt die intellektuelle Argumentation und die Flüssigkeit von Diskursen eine unersetzliche Rolle. Doch hier müsste noch etwas anderes einbezogen werden, nämlich Bedürfnisdispositionen, Probleme der Lebensweise, der Lebensziele, der Lebensentwürfe. Das ist nicht nur eine Frage der intellektuellen Überzeugung, sondern berührt eine andere Dimension. Ich denke zum Beispiel, dass die 68er-Bewegung ihre Kritik mit bestimmten Haltungsveränderungen gegenüber der älteren Generation verknüpft hat. Es ging nicht nur um die Schuldfrage in Sachen Faschismus. Es waren auch Fragen der Einstellung zum Leben, zu den Bedürfnissen, auch zur moralischen Orientierung. Dies kollidiert nicht

mit den intellektuellen Argumenten, ist aber auch nicht einfach mit ihnen identisch. Also nicht »Kampf um die Köpfe«, sondern der Versuch, erst einmal herauszufinden, welche wünschenswerten Vorstellungen des Lebens in modernen kapitalistischen und patriarchalischen Gesellschaften da sind, die als Alternative und Entwicklungskatalysator wirksam sein können.

WFH: Die alte Otto Bauer'sche Formulierung »Kampf um die Köpfe« ist tatsächlich missverständlich. Aber wenn du dich erinnerst, was Frigga vorschlägt, findest du die von dir angemahnte Definition enthalten. Es geht ihr ja darum, die Menschen in die Debatte zu involvieren, statt einfach in einen spannungsfrei scheidenden Raum Bekenntnisse hineinzusetzen.

FH: Ich unterstelle dabei, dass Bedürfnisdispositionen, wie du das nennst, sich dann, wenn Menschen einbezogen werden, anders bilden, als wenn diese Menschen nur Konsumenten sind – sei es Konsumenten der Konsumdinge oder Konsumenten von Politik. Das ist mein Grundgedanke, und ich möchte, dass diese Methodik des Politikmachens stärker gemacht wird, dass die Partei in diesem Fall sich zu der Pflicht bekennt, über ihre eigene Form und Grenze hinaus den gesellschaftlichen Ratschlag zu organisieren, die Menschen zur Wortergreifung einzuladen. Kurz, die Anregung zur Partizipation muss den Vorrang haben vor dem Abgeben fertiger Antworten.

WFH: Dieser methodische Ansatz ist dann natürlich nicht der »Kampf um die Köpfe« von Otto Bauer, der noch glaubte, er wisse alles und das Volk werde erzogen – Bauers Politik hatte großartige Züge, aber er hatte diese edukationistische Schlagseite. Dein Vorschlag zielt nun gerade in die entgegengesetzte Richtung.

FOW: »Kampf um die Köpfe« scheint mir noch anders falsch. Impliziert es nicht, von außerhalb in diesen Kampf einzugreifen, während unsere eigenen Köpfe schon konstituiert sind? Es ist also nicht nur eine gewissermaßen moralische Forderung an die Partei, dass sie im Rahmen ihrer Form diesen Kampf führen soll, sondern die Parteiform ist selbst Produkt dieses Kampfprozesses in der Gesellschaft, und wir als Intellektuelle sind immer *auch* Produkte, selbst wenn wir uns nicht als solche denken und handeln können.

FH: Vielleicht ist »Kampf um die Köpfe« tatsächlich eine unglückliche Formulierung, weil sie dazu verleitet, ein wissendes Oben und umkämpfte Untere zu denken, deren Köpfe zur Disposition stehen. Wie aber denken wir eigentlich Kämpfe um Hegemonie und wie sprechen wir das aus? Der Zeitgeist will, dass wir uns selbst in einer Weise zur Disposition stellen, auch als Intellektuelle, dass wir für nichts verantwortlich sind und eigentlich auch keine besondere Aufgabe haben. Mit »Kampf um die Köpfe« meinte ich, dass es bei der Veränderung und Verbesserung der Welt doch auch darum gehen wird, festgefahrene Gewohnheiten, die Eingenlassenheit in alte Verhältnisse wegen eines angenommenen Vorteils, die Ausblendung und Nichtwahrnehmung von Unrecht und Elend auf eine Weise deutlich werden zu lassen, dass die Einzelnen den *Zusammenhang von Gesellschaftsveränderung und Selbstveränderung* spüren und sich bewegen. Das schließt natürlich die eigene Person ein. Aber bezogen auf Parteipolitik heißt das doch, dass diese sich einlassen muss auf Menschen, die in Herrschaftsverhältnissen leben, dass sie Anordnungen schafft, in denen Selbstbewegung überhaupt möglich wird. Das ruft nach kritischer Analyse der Mittel und Wege, durch welche Menschen ihre Interessen und Zielsetzungen verfolgen. Und es verlangt nach ihrer Einbeziehung in diese Kritik.

Zugleich findet ja von Seiten des Staates und der Parteien über sämtliche Medien tatsächlich ein fortwährender »Kampf um die Köpfe« – vielleicht sollte ich ergänzen: und um die »Bäuche« – statt. Dieser Kampf prägt die Struktur, auf die Parteiprogramme treffen. Ein gutes Beispiel ist die Kampagne darum, die Bedeutung der Achtundsechziger als politische Generation so lange und allseitig mit moralisch empörenden Taten zu verknüpfen, bis das Wort »Achtundsechziger« nur noch mit Ekel gehört werden kann, während umgekehrt das Wort »Faschismus« nach und nach den neutralen Beigeschmack einer beliebigen historischen Epoche erhält. Wie wollen wir solche Kämpfe, in die wir – wie auch jede linke Partei – unweigerlich verstrickt sind, nennen?

WFH: Ich vermute, du findest Begriffe wie »Hegemoniekämpfe« oder »hegemoniales Ringen« zu theoretisch ...

FOW: Ich möchte in diesem Zusammenhang noch etwas zum Problem linker Phrasen sagen. Es ist einige Male der Ausdruck »Bewegung« im Singular aufgetaucht. Das ist eine Phrase. Konkret konnte man das bei Pierre Bourdieu beobachten, wenn er zu den »Generalständen der sozialen Bewegung in Europa« aufrief. Da sind zwei Kategorien problematisch: »Generalstände« war eine feudale Institution, die in der Französischen Revolution wichtig geworden ist. Und »die soziale Bewegung«, im Singular, das ist 19. Jahrhundert, das die eine »soziale Frage« kannte.

In unserer Welt kommen *soziale Bewegungen im Plural* vor, und es steht auch nicht in Aussicht, dass sie sich auf *eine* soziale Bewegung reduzieren lassen. Das muss ein Programm klar zu erkennen geben. Das fordert mehr Anstrengung für die Bestimmung der Perspektive. Auch die Frage nach den Werten erhält dadurch etwas mehr Gewicht. Während Neokantianer und Neoklassik den Boden bereiteten für die Dekontextualisierung von »Werten«, geht es in unserer Debatte dann eher um Leitbilder, auch Fernziele. In dieser Weise ist es wichtig, über Freiheit und Gleichheit zu debattieren. Auf deren konkrete Bedeutung in politischen Projekten hier und heute kommt man bei der Debatte. Man verliert, wenn man hier nicht Position bezieht. Die andere Seite hat, ohne dass wir das so richtig bemerkt haben, seit den 70er Jahren weltweit einen enorm intellektuellen Apparat aufgebaut, der solche Leitbildebatten führt. Da wird über Freiheit, Gleichheit, Politik gesprochen, werden die ganzen ideologischen Verhältnisse und Formationen dekonstruiert und neu zusammengesetzt. Da hier enorm investiert worden ist, können wir das Eingreifen auf dieser Ebene nicht einfach als falsch aburteilen.

WFH: Werte sind eben deshalb nur scheinhafte Fundamente, weil sie alle umkämpft sind. Man muss die Konflikte herausarbeiten.

CT: Nur in diesem Sinne, also wenn man die Konfliktlinie *nicht* herausarbeitet, habe ich etwas gegen »Werte«. Natürlich nicht, weil ich etwas gegen Freiheit, Solidarität oder Emanzipation hätte. Nur, es ist einfach eine historische Erfahrung, dass die Dekontextualisierung dieser Dinge sie zugleich ahistorisch fixiert und sie so nicht mehr lebendig und konkret sind. Insofern optiere ich dafür, dass

man von einer »Wertediskussion« Abstand nimmt, aber keinen Augenblick *Fernziele* aus den Augen lässt. An der Orientierung auf Verhältnisse, in denen »die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (*Manifest*, MEW 4, 482), kann ich nach wie vor nichts Falsches finden. Natürlich ist diese Orientierung abstrakt; aber jemand, der auf solche sozialistische Grundorientierung verzichtet, hat in bestimmter Hinsicht bereits verloren, weil er keine grundsätzliche Zielrichtung mehr angeben kann. Damit ist ein Einwand verbunden. Wenn Frieder Otto Wolf den Akzent stark auf Pluralität legt und sagt, wir können soziale Bewegungen nur noch im Plural denken, dann ist das zu kurz. Wann immer wir von Pluralität sprechen, haben wir es auch mit Einheit zu tun, nämlich mit »Pluralität von«. Die Konsequenz muss ja nicht sein, dass diese Pluralität wieder in eine uniforme Bewegung zurückgeführt werden muss, aber man kann sich nicht darüber täuschen, dass es ein Identisches in dieser Pluralität gibt. Dieses muss nicht in einem Minimalkonsens genau festlegbar sein, aber auf der anderen Seite muss es sich konkretisieren und lebendig werden in einzelnen pluralen Manifestationen und Positionierungen, sonst verliert die Sache vollständig ihre Kontinuität und zwischen demokratischen Parteien wären keine Grenzen mehr auszumachen.

WFH: Wollen wir in diesem Kontext nicht zu dem Anspruch Stellung nehmen, die PDS solle soziale Bewegungen und ähnliche Akteursgruppen *vernetzen*? Ist *Vernetzung* nicht eine Funktionsbestimmung, die eine Partei darauf orientiert, über ihre Grenzen hinaus in die Gesellschaft hineinzuwirken? Nun gilt es, den lebendigen Widerspruch dieser Aktionsform zu denken: Da ist eine einheitliche Instanz nötig, sonst gibt es keine Vernetzung; andererseits ist die Netzstruktur eben nicht zentristisch. Was haltet ihr von diesem Politikbild?

WK: Ich habe Bedenken in Bezug auf das Verhältnis von Pluralität und Handlungsfähigkeit einer Partei in einer bestimmten Phase für ein bestimmtes Ziel und mit bestimmten Trägern. Verlangt ist ein Konsens, von dem wir alle meinen, dass er nicht mehr so vollzogen werden darf, wie das die marxistisch-leninistischen

Kampfparteien zu praktizieren pflegten, der aber zur Erreichung von Politikfähigkeit in bestimmten Momenten notwendig ist. Deshalb die Frage an Frank Deppe: Ich habe verstanden, dass er bezweifelt, dass fest fixierte Programmdebatten überhaupt noch zeitgemäß sind, und dass wir uns deshalb auf »offene Laboratorien« beschränken sollen. Ich glaube, man muss die Ebene einer klaren Orientierung, die in einem gewissen Spannungsverhältnis zum »offenen Laboratorium« steht, davon unterscheiden, wie man auch mittel- und langfristige Probleme unterscheiden muss. Ziele sind nur erreichbar, wenn sie mit einiger Kraft in der Gesellschaft artikuliert und vertreten werden.

Zu den Eckpunkten programmatischer Orientierung, die wir als Werte, Prinzipien, Grundsätze bezeichnen können: Ich bin mit Christoph Türckes Kritik völlig einverstanden. Von Max Weber können wir lernen, dass eine Festlegung auf Wertentscheidungen immer zu einer Enthistorisierung führen wird. Selbst wenn wir uns auf bestimmte »Werte« einigen – etwa Emanzipation, Freiheit und Gerechtigkeit –, werden diese dennoch auch innerhalb einer linken Bewegung kollidieren. Man muss Prioritäten setzen. Irgendjemand hat schön gesagt, dass wir uns ja nicht um die freie Entfaltung der Börsenmakler sorgen müssen.

FD: Der letzte Grund für ein neues Programm ist, wenn die Partei mit der Eröffnung einer Grundsatzdebatte Intellektuelle und Künstler gewinnen möchte, die nicht nur Beiträge zum Begriff der Bedingungen und Ziele sozialistischer Politik in Gegenwart und Zukunft leisten können, sondern mit der Beteiligung an einer solchen Debatte zugleich einen möglichen Beitrag zur Veränderung der kulturellen und intellektuellen Hegemonie leisten können, z.B. des neoliberalen Denkens in den Hochschulen und der kommerzialisierten, medialen Massenkultur. Das Thema »PDS und die Intellektuellen« ist äußerst schwierig, aber natürlich zentral bei jeder Programmdebatte, die über Parteizirkel hinaus wirken soll. Mich beschäftigen die Voraussetzungen der Programmdebatte in der PDS, auch bezogen auf das Denken der Mehrzahl ihrer Mitglieder. Ein großes Problem ist die Verständigungsmöglichkeit zwischen denen, die durch die Tradition des Realsozialismus ge-

formt sind, und den intellektuellen Linken im Westen, zu deren politischer Sozialisation eine Reihe von Erfahrungen und Diskussionen zur Transformation des Kapitalismus gehören. Spätestens seit den 1970er Jahren haben wir diese Frage der Transformation entwickelter kapitalistischer Gesellschaften des Westens in Richtung sozialistischer Perspektiven in Westeuropa diskutiert. Wir waren Teil dieser geistigen und zum Teil auch politischen Bewegung, in unterschiedlichen Positionen. Wir mussten viele Illusionen korrigieren. Die Gramsci-Rezeption z.B. steht unmittelbar in diesem Zusammenhang, diesen Weg anders zu denken als den sowjetischen Weg nach der Oktoberrevolution. Ich weiß nicht, wie man dieses Ost-West-Problem lösen soll. Ich bin auch hilflos, wenn ich von Diskussionen zurückkomme und merke, wir sprechen nicht die gleiche Sprache, selbst dann nicht, wenn wir über Grundsatzfragen sozialistischer Politik reden.

WFH: Gibst du uns ein Beispiel?

FD: Das Grundproblem ist doch die Frage, was haben Linke, Marxisten, was haben all diejenigen, die den Kapitalismus verändern wollen, für ein Verhältnis zum Reformismus? Eines der Probleme des Leninismus war, dass er ein problematisches Verhältnis zum Reformismus hatte. Otto Bauer hat das mit seiner Vorstellung des »integralen Sozialismus« schon in den 30er Jahren klar benannt: Die zwei Grundfehler des Bolschewismus sind, dass er weder je die Natur und Bedeutung des Reformismus noch das Verhältnis zur Demokratie begriffen hat.

Man merkt das ja auch an sich selbst. Der Reformismus gehört zu aller Sozialbewegung und zu aller linken Politik, die niemals kraftvoll werden kann und konnte in der Geschichte, wenn sie nicht reale Bedürfnisse befriedigte. Dies löst aber dann eine eigene Dialektik aus, die wiederum die revolutionäre Politik nie recht zur Kenntnis nehmen wollte, indem die Erfüllung realer Bedürfnisse auch immer ein konservatives Element enthält. Rosa Luxemburg und Wolfgang Abendroth hatten Recht, wenn sie sagten: Jeder Sieg in einer Auseinandersetzung um Reformen verbessert die subjektiven Bedingungen für den Kampf um das Endziel und rückt es zugleich in größere Ferne. Aber das ist ein Grundproblem dessen,

was Tagespolitik zu leisten hat, um erfolgreich Politik zu machen, und steht nicht im ausschließenden Widerspruch zur sozialistischen Perspektive. Die konkrete Vernetzung dieser beiden Pole ist wieder die Frage nach der inneren Spannung eines jeden Programms, dessen, wofür wir in der Gegenwart kämpfen. Welche Dynamik wir heute einleiten wollen im Sinne einer lang- oder mittelfristigen Veränderung, das begründet das Spannungsverhältnis.

WFH: Bei so mancher linken Gruppierung wirst du damit kein Gehör finden.

FD: Ich weiß, ich erlebe das zum Teil sehr schmerzlich. Es gibt eine Jugendkultur, die ist richtig antikapitalistisch. Eine der Leitfiguren ist Robert Kurz. Da gilt man sofort als Reformist, wenn man Zweifel äußert. Man merkt auch, dass dieses – von mir positiv gesehene – antikapitalistische Bewusstsein zum Teil übergeht in eine antibürgerliche Bewegung. Ich würde einen Teufel tun, dies jetzt im traditionellen Stil zu kritisieren. Aber da findet sich überhaupt kein Verständnis auf der Ebene praktischer Politik oder auch auf der Ebene politischer Auseinandersetzung um die Befriedigung negierter Bedürfnisse subalternen Klassen. Ich glaube aber, dass diese Spannung nicht aufgegeben werden darf, wenn man Perspektiven sozialistischer Politik diskutiert. Für die Diskussion ist ein offensives Herangehen notwendig. Wenn wir eine Geschichtsabteilung in dieser Programmdebatte hätten, müsste über diese Frage des Reformismus auch historisch diskutiert werden.

WFH: Willst du nicht noch ein Wort zur Wertedebatte sagen?

FD: An der Kritik der Werte und des Neokantianismus usw. war ich ja auch beteiligt bei vielen Kritiken sozialdemokratischer Parteiprogramme. Den Neokantianismus hielten wir für den Kern des Revisionismus, nach dem der Sozialismus kein historisches Gesetz, sondern Ethik ist. Mit dem »historischen Gesetz« haben wir heute unsere Schwierigkeiten. Was nun aber die Kontextualisierung der gegenwärtigen Wertedebatte betrifft, so fehlt mir in der »Basisphilosophie« zumindest des ursprünglichen Programmentwurfs die Klassendimension des Politischen. Ich weiß, dass es ein Mangel des Marxismus-Leninismus war, Politik wesentlich auf Klassenkampf zu reduzieren. Aber die Klassendimension des Po-

litischen stellt sich für mich vor allem als Politik der Bourgeoisie dar, als Formierungsprozesse von Klassen, Klassenbündnissen und Klassenfraktionen. Der Neoliberalismus ist eine Klassenstrategie.

LP: Dies scheint mir vom Grundlegenden her sehr wichtig.

WFH: Ich sehe, dass sich erste Verständigungsergebnisse abzeichnen. Wir sollten jetzt verdichten und versuchen, zu kurzen, protokollfähigen Sätzen zu kommen, die durchaus offene Fragen und Widersprüche auf den Feldern, die wir jetzt aufgetan haben, zusammenfassen können.

EC: Ich will versuchen, dem nachzukommen. Daher im Telegrammstil: Selbstverständlich ist der Programmprozess ein politischer. Deswegen sollte man sich noch stärker auf inhaltliche Dimensionen beziehen. Nebenbei halte ich Robert Kurz für einen Scharlatan, dem das *Neue Deutschland* willig die Spalten geöffnet hat, um dort regelmäßig mitzuteilen, dass der real existierende Kapitalismus bald untergehen wird. Wir haben jetzt insgesamt die dritte oder vierte Welle der Behauptung der Überakkumulationstheorie, an welcher dieses ausbeuterische System in Kürze zerbricht. Wir haben natürlich, gerade unter jungen Leuten, den Wunsch, dass sich möglichst schnell etwas ändert. Problematisch wird es, wenn diese Ungeduld sich mit elitistischem Politikverständnis paart. Die Veganer, die Hochsitze absägen und den Fleischern die Fensterscheiben einschmeißen, sind dabei ähnlich wie die jungen Leute, die am 1. Mai in Kreuzberg randalieren und damit etwas gegen den Kapitalismus zu tun meinen.

Noch ein Wort zur Klassenfrage: Selbstverständlich sind die Gewinner des Neoliberalismus daran interessiert, ihre Spuren zu verwischen. Die Geschichtslosigkeit, die ja auch die Akademie betrifft, ist Ausdruck dieser Vertuschung. Daher muss die Linke über Interessen sprechen. So kann man eine Programmdebatte auch unter dem Gesichtspunkt führen, indem man sagt, wir vertreten die Interessen der sozial Schwachen, der Arbeitenden usw. *Wenn der Neoliberalismus die Gesellschaft von oben ansieht, dann muss Links-Sein heißen, sie von unten anzusehen.*

Was den »Kampf um die Köpfe« angeht, so ist es für die Linke schon problematisch, dass eine Reihe von Begriffen von rechts

besetzt sind: Gesellschaft, Demokratie, Freiheit, Fortschritt. Die Arbeiterbewegung erscheint nur mehr in den Gewerkschaften, die immer noch Tarifverträge verteidigen. Als Fortschritt tritt auf: neo-liberale Deregulierung und Globalisierung. Es ist im Sinne von Gramsci, dass man bestimmte Positionen und Begriffe zurückgewinnt. Von daher wäre konkrete Politik leichter zu formulieren, als immer von Fernzielen und tagespolitischer konkreter Politik zu sprechen, wobei Letztere gar nicht unbedingt in einem Programm stehen muss.

FOW: Programmarbeit wird immer von bestimmten Leuten für bestimmte Leute geleistet. Das ist indirekt angesprochen in der Frage der unterschiedlichen Sozialisierungen der Mitglieder. Wenn man in einer traditionellen Arbeiterbewegungspartei, die sich wie die SPD *aktuell* zu einer Art Staatspartei entwickelt hat, Politik machen will, dann hat man andere Probleme, als wenn man von einer *ehemaligen* Staatspartei ausgeht, die stark von ehemaligen DDR-Menschen geprägt ist. Wieder anders sieht Politik aus für eine Partei wie die der Grünen, die aus relativ diffusen und pluralen sozialen Bewegungen hervorgegangen ist und jetzt neuerdings versucht, sich als eine Staats- und Regierungspartei zu profilieren. Das spricht gegen eine Vereinheitlichung linker Politik. Man kann sich den Problemen entziehen, indem man wie Bourdieu »*die soziale Bewegung*« oder »*die Linke der Linken*« anruft. Davor möchte ich warnen.

Ein letzter Punkt zur Klassenfrage: Von Göran Therborn gibt es ein Buch mit dem schönen Titel: *Was tut die herrschende Klasse, wenn sie herrscht?* Man müsste einmal fragen: *Was tut die beherrschte Klasse, wenn sie kämpft?* Marx und Engels haben sich dafür viel zu wenig interessiert.

WFH: Was heißt das in unserem Fall? Wir wollen ja, dass eine künftige gesamtdeutsche linkssozialistische Partei entsteht. Das ist die Taube auf dem Dach. Der Spatz in der Hand ist die PDS. Sie ist der mögliche Keimpunkt dafür. Sie darf sich auf Dauer nicht darauf festnageln lassen, eine ehemalige Staatspartei des Staatssozialismus zu sein. Was kann das Programm in dieser Hinsicht tun? Die Programmentwürfe enthalten eine selbstkritische Aufarbeitung

der eigenen Vergangenheit. Das hat Christoph Türcke hervorgehoben. Gleichzeitig werden im Oppositionsvotum die Fehler der Führung anstelle der strukturellen Fehler betont. Das ist im Mehrheitspapier anders. Hier wird eine Strukturkritik versucht. Es wäre vielleicht gut, es würde auch den westdeutschen Bedingungen Rechnung getragen, indem sowohl das Scheitern des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats als auch die Blamage des sektiererischen Linksextremismus in das, was man den geschichtlichen Erfahrungsgrund eines solchen Programms nennen könnte, hineingeschrieben werden.

CT: Noch ein Wort zur Kurz'schen Position. Auch wenn es in der Tat problematisch ist, immer vom Weltuntergang zu reden, hat Kurz im Lichte seiner These doch auch zur Erhellung von konkreten Zusammenhängen beigetragen. Insofern ist das eine Position, die ich zwar nicht teile, aber integrieren möchte in einen Diskurs über Sozialismus, gerade auch unter dem Gesichtspunkt der realen Bedürfnisse. Er trifft in einer ganzen Jugendszene reale Bedürfnisse. Er hat darin Resonanz. Auch in dieser Hinsicht ist ein reales Bedürfnis ernst zu nehmen, dessen Dialektik uns in der Tat nach wie vor begleitet. Auch dies wäre eine weitere Widerspruchskonzeption. Ich bin mit Erhard Crome einverstanden, dass wir die Gesellschaft von unten ansehen müssen. Aber nicht damit, den Neoliberalen die Begriffe wieder wegzunehmen und sie selber zu besetzen. Das wäre ein instrumentelles Verhältnis zu den Begriffen. Man begäbe sich damit aufs Niveau von Gegenreklame. Was ich Kontextualisierung genannt habe, meint etwas anderes.

EC: Begriffsbesetzung verstehe ich nicht als Gegenreklame, sondern als ernsthafte intellektuelle Arbeit.

WK: Was die Methode, programmatisch zu formulieren, betrifft, so schlage ich vor, eine möglichst präzise analytische Beschreibung des Zustandes dieser kapitalistischen modernen Gesellschaft und ihrer Entwicklung zu geben; die Elemente, gegen die gegenwärtig der Kampf geführt wird, mit Anknüpfung an konkrete Interessen und Erlebnisse, die die Leute kennen, in den Mittelpunkt zu stellen und daraus Schritte, Bündnisse, auch einen Integrationsrahmen abzuleiten.

WFH: In Bezug darauf ist ja von Vernetzung und Netzwerk gesprochen worden. Lasst uns zum Schluss dieses ersten Teils darauf zurückkommen.

FD: Ich ärgere mich zugleich über das Netzwerkgerede, während ich selbst Vernetzung als notwendige Perspektive formuliere. Dass die Partei viele Initiativen vernetzt, ist sicher ein Verständnis, das man kritisieren kann, weil es Parteien als große Koordinatoren, Vernetzer, Steuerer denkt. Auf der anderen Seite sollte man diesen Begriff Netzwerk sehr ernst nehmen. In der Staatstheorie heute ist der Netzwerkbegriff der Zentralbegriff, der in der Innen-, der Europa-, der Weltpolitik diskutiert wird. Dahinter steckt der Gedanke, Gesellschaft habe kein Zentrum mehr, werde auch nicht mehr hierarchisch gesteuert, sondern funktioniere über Teilsysteme, die sich wiederum untereinander verkoppeln. Das wiederum kritisieren wir, wenn wir über die gesellschaftlichen Bedingungen, Voraussetzungen und den Herrschaftscharakter, wenn wir über Klassenpolitik sprechen. Aber die Linke verwendet ja auch den Begriff Netzwerk. Wie denken wir Chiapas und Seattle und kleine Reformkämpfe zusammen?

Ich würde mir wünschen, dass wir es aushalten können, dass an unterschiedlichen Punkten unserer Gesellschaft, wo Lernprozesse stattfinden, ganz unterschiedlich vorgegangen wird. Es gibt unterschiedliche Kämpfe in Betrieben. Es gibt Leute, die einen großen Einfluss haben in der Jugendkultur, antikapitalistisches Bewusstsein erzeugen, Künstler, die in verschiedenen Bereichen tätig sind. Der Begriff, der das zusammenbringen könnte im Sinne von Vereinheitlichung – zusammenbringen bei Anerkennung von Autonomie – könnte der Netzwerk-Begriff sein. Da wären wir zugleich bescheidener und könnten einen sozialistischen Anspruch beibehalten.

WFH: Verdichte das bitte noch in einen Politikvorschlag an die Adresse einer linkssozialistischen Partei. Wie muss sie mit der Netzwerkstruktur – linker Variante – umgehen? Du kritisierst, dass sie sich als Vernetzerin anbietet. Aber sie muss ja vereinheitlichen.

FOW: Ich würde als Formel vorschlagen, dass sie sich in die Netzwerke einbringen muss.

LP: Nach meinem Dafürhalten sollte die PDS im Netzwerk gleichberechtigtes, auf produktive Weise mit den anderen konkurrierendes, aber auch, wo es geht, mit ihnen gemeinsame Aktionen initiierendes politisches Moment sein.

– Pause –

Zweiter Teil: Der »Moderne«-Komplex

WFH: Im zweiten Teil wenden wir uns dem »Moderne«-Komplex zu. Dabei sollten wir Fragen des Umgangs z.B. mit der Biotechnologie einbeziehen – als Beispiel für die »Hochtechnologie« insgesamt. In der FAZ hat gerade ein amerikanischer Kapitalist vorausgesagt: Wenn keine starken politischen Vorkehrungen dagegen getroffen werden, wird die Klassenschranke in 30 Jahren eine biologische geworden sein, Herrschende und Beherrschte werden dann unterschiedliche Rassen sein. Das sollte man ernst nehmen.

Was also besagt der Moderne-Begriff für eine Reformulierung des Sozialismus-Verständnisses? Ist zu befürchten, dass er als Deckwort für »Kapitalismus« fungiert?

WK: Der Begriff des Kapitalismus ist notwendig, um im marx-schen Sinne seine nach wie vor bestehenden Widersprüche und destruktiven Kräfte als Merkmal auch der gegenwärtigen Entwicklung deutlich zu machen. Wenn wir aber Moderne gleich Kapitalismus setzen, so ist das nur im allgemeinsten Sinn richtig. Zu beachten sind die vielfältigen regionalen und globalen, synchronen und »ungleichzeitigen« Formierungsprozesse. In dem viel zitierten Marx-Satz aus dem Vorwort von *Zur Kritik der politischen Ökonomie* heißt es: In groben Zügen können wir unterscheiden in asiatische, antike, feudale und moderne bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformationen. Und 1881, in den Briefen an Vera Sassulitsch antwortet Marx auf die Frage, ob Russland unter Vermeidung des Kapitalismus zum Sozialismus kommen könnte: Nur wenn sich im Westen die proletarische Revolution durchsetzt. Da unterscheidet er aufgrund der neuen Erkenntnisse über die Urgesellschaft

große formationelle Entwicklungsreihen, nämlich die primäre, die urgesellschaftliche, die sekundäre, auf Feudalismus und Sklaverei beruhende.

Darin hat der Kapitalismus eine insgesamt transitorische, umwälzende Funktion, die bereits den neuen Übergang einleitet, der für Marx im Grunde die Bewegung zum Kommunismus sein wird. Bei Engels ist das noch deutlicher in *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*. Da unterscheidet er feudale Formation, kapitalistische Revolution und dann Sozialismus/Kommunismus. So dass der gesamte Kapitalismus eine transitorische, dadurch aber verkürzte formationsgeschichtliche Orientierung hat.

Was geschieht nun, wenn nach dem Scheitern der Sozialismusvorstellungen, die mit der Übergangsdefinition des alten Epochebegriffs verbunden waren, diese Perspektive, die nicht nur im Marxismus-Leninismus, sondern auch im westlichen Marxismus verbreitet war, wegfällt? Und wenn viele der Prozesse, die Marx in den *Grundrissen*, im *Kapital* an entsprechenden Stellen eigentlich für die postkapitalistische Entwicklung vorhersah, jetzt noch unter den Bedingungen der Kapitalherrschaft vor sich gehen? Wie müssen dann linke Programme, linke Orientierungen aussehen? Von welchen Entwicklungsphasen müssen sie ausgehen?

Ich antworte zunächst hypothetisch: Wir müssen verschiedene Entwicklungen von Kapitalismen in dieser modernen Produktionsweise unterscheiden, Kapitalismus und moderne Produktionsweise nicht mehr völlig in eins setzen, so wie es das Minderheiten-votum macht. Sondern wir müssen genau definieren, was sich alles schon seit dem 16. Jahrhundert an kapitalistischen Formierungen vollzogen hat und was aufgrund kapitalistischer Vergesellschaftung von Produktivkräften auf immer höherer Stufenleiter noch möglich wird. Daraus folgt, dass man auch das, was unter »Globalisierung«, »zweite Moderne«, »Postmoderne« und anderen Begriffen des »Post-...« zusammengefasst ist, genau definieren sollte. Es geht nicht nur um eine Veränderung, sondern um einen Umbruch, der mit künstlicher Intelligenz, computergestützter Produktionsweise, gentechnologischer Revolution usw. verbun-

den ist. In der Debatte über die Hacker – einem Stichwort in Band 5 des *Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus* – geht es u.a. um die Frage: Läuft nicht dem Kapital durch diese neue Entwicklung die Produktions- und Reproduktionsweise der Gesellschaft aus dem Ruder?

Bei Teilen der PDS spielt immer noch die Vorstellung eine große Rolle, dass wir uns noch in der alten – als Kapitalismus, der dem Feudalismus folgte – strukturierten Produktionsweise befinden, die ihrem Niedergang entgegengeht und revolutionär überwunden werden soll. Das ist die Grundidee des Minderheitenvotums. Hier geht es um den alten Kampf der Arbeiterklasse gegen das, was wir uns immer unter Kapitalismus vorgestellt haben.

Betrachten wir jedoch die verschiedenen Phasen: den Manufakturkapitalismus, dessen Strukturen – in Gestalt einer Neuauflage der Verlagsproduktion ausgebeuteter Kleinproduzenten, die zu Hause arbeiten – sich im Computerzeitalter teilweise erstaunlich wiederholen; dann die industriekapitalistische Phase; dann das, was wir als Imperialismus ansahen; schließlich heute der »Turbo-« oder »Casinokapitalismus«, den Wolf Haug als »transnationalen High-Tech-Kapitalismus« begreift. Jede dieser Phasen hat nicht nur besondere Formen von Kapitalherrschaft hervorgebracht und je neue Produktionsmittel – heute etwa den Computer –, sondern auch unterschiedliche Protestbewegungen der Lohnabhängigen. Wenn ich das vergleiche mit dem, was Marx sich vorstellte, scheint mir evident, dass es ein gesamtgesellschaftliches revolutionäres Subjekt Arbeiterklasse nicht mehr geben wird. Dieses Moment der Geschichte ist vorbei, wenn es je so gegeben war. Ich sage nicht, dass der Gegensatz von besitzenden Klassen, die mit Kapital arbeiten, und Lohnabhängigen in irgendeiner Weise verschwunden wäre. Aber wie konstituiert sich ein »transnationales« Subjekt sozialistischer Gesellschaftsveränderung neu unter den gegenwärtigen Bedingungen? Daher das Plädoyer für eine genaue Analyse der gegenwärtigen Umwälzung der Produktionsweise und der gesamtgesellschaftlichen Folgen dieser Umwälzung.

Daraus folgt, dass ein so allgemeiner Zusammenhang wie der von Moderne und Kapitalismus in einzelne Aspekte auseinander ge-

legt werden muss. Auch der Übergangsprozess vollzieht sich in neuen Dimensionen, wobei sich möglicherweise das Prinzip des Maximalprofits, des Kapitals und seiner Logik auf der einen Seite und das der sozialistischen Regulierung einer gerechteren Gesellschaft nicht als Entweder-Oder gegenüberstehen, sondern jeweils veränderliche Konstellationen miteinander bilden.

Wir sollten dabei zwar von den Problemen in den Ländern mit der fortgeschrittensten Produktionsweise ausgehen, aber nie vergessen, dass selbst die Computer immer noch erst einen gewissen Prozentsatz der Menschheit erreichen. Dies als Beispiel für die Ungelöstheit des Verhältnisses kapitalistischer »Zentren« und »Peripherien«, das bereits Marx beschäftigte. Lenin machte dieses Verhältnis teilweise zur Grundlage seiner Revolutionstheorie – mit dem Hintergedanken der nachholenden Entwicklung. Für die geschichtliche Bewertung der Durchbruchrevolution von 1917 als Aufstand der Peripherie war dieser Zusammenhang außerordentlich wichtig.

Die peripheren Bewegungen gegen den Kapitalismus sind noch lange nicht beendet, sie sind teilweise antikapitalistische Bewegungen, die antimodern gegenüber der Zivilisation sind. Ich denke nur an die verschiedenen Fundamentalismen, an die Stoßrichtung der Mullah-Revolution und Ähnliches. Nichtsdestoweniger sind das bei aller Ambivalenz ernst zu nehmende antikapitalistische, gegen die Weltherrschaft der USA gerichtete Bewegungen, zu denen sich jede linke Programmatik äußern muss. Es kann eine proletarische Revolution im »Zentrum« durch die Entwicklung in der »Peripherie« zerstört werden; umgekehrt kann die »periphere« Revolution selbst zur Initialzündung führen, die den Sozialismus in den Mittelpunkt rückt. Ähnliche Probleme werden nicht aufhören, die Gesamtbewegung zu beeinflussen.

CT: Wenn Sie sagen, wir können den Kapitalismus nicht mehr als transitorisch denken, dann würde ich antworten: ja und nein. Zunächst einmal findet eine geschichtsphilosophische Konstruktion, die letztlich nicht deterministisch denkt, meine vollkommene Zustimmung. Ich entdecke aber in der Debatte eine – wie Hegel sagen würde – *abstrakte Negation* des Geschichtsphiloso-

phischen. Diese Enthaltbarkeit ist genauso unsinnig wie der Versuch, unpolitisch zu sein. Ich kann mir kritisches Verhalten – das ist Horkheimers Umschreibung für linke Politik – nicht vorstellen ohne das Postulat, der Kapitalismus möge transitorisch sein. Das ist im Preis mit inbegriffen.

WK: Ich sehe darin keinen Gegensatz. Meine These lautet, dass dieses Transitorische nicht mehr in einem bloß diachronen wie synchronen Gegensatz Kapitalismus versus Sozialismus gedacht werden kann.

CT: Sie sagen, weil wir den Kapitalismus nicht mehr im marxischen Sinn als transitorisch bestimmen können, müssen wir auch davon abgehen, ihn im Singular zu sprechen. Wir müssen von Kapitalismen sprechen. Mein Einwand von vorhin zur Problematik von Pluralität und Einheit gilt auch hier. Man kann natürlich von mehreren Kapitalismen sprechen. Ich bin sehr dafür, dass man genau hinschaut, wie Kapitalismus hier aussieht, wie in Indien, Südamerika oder sonst wo, und die Differenzen genau wahrnimmt. Aber wir können dabei nicht stehen bleiben, sondern müssen auch das Identische sehen, sonst bricht der Begriff des Kapitalismus ins Diffuse auseinander. In der Diskussion gibt es das Missverständnis, dass Kapital gleichgesetzt wurde mit Großkapital und Akkumulation und man kaum noch einen Begriff davon hat, was Produktionsverhältnisse sind. Auch wenn wir uns auf die Pluralität der Kapitalismen einlassen, besteht die Gefahr, dass wir nur den technischen Stand oder die sich daraus ergebende soziale Konstellation betrachten und bloß noch Differenzen sehen – etwa zwischen Brasilien und hier. Aber die zwei Welten, die wir so sehen, sind auch Schein. Es ist eben auch *eine Welt mit dem Strukturmoment kapitalistischer Produktionsverhältnisse*, deren Vielfältigkeit dann entscheidend ist. Das Strukturmoment hat damit zu tun, dass die Verwandlung der menschlichen Arbeitskraft in eine Ware stattgefunden hat als Bedingung der gesamtgesellschaftlichen Produktion. Das halte ich nach wie vor für einen entscheidenden roten Faden und ein identisch Sich-Durchhaltendes in der Vielfalt der neuzeitlichen Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften. Verliert man diesen roten Faden aus dem Blick, setzt eine Diffusität ein,

wie sie mit dem Moderne-Begriff gegeben ist. Man sagt dann etwa: Die Gesellschaft ist nicht nur kapitalistisch, sondern auch modern. Dem liegt ein eingeschränkter Kapitalismusbegriff – *die* Großkonzerne, *die* Bonzen, *das* Kapital usw. – zugrunde, der nicht die gesamten Produktionsverhältnisse einbezieht mit all den Chancen und Möglichkeiten der Armutsüberwindung, der Entfaltung von Menschenrechten etc., was alles auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsformation ja stattgefunden hat. Diese Gesellschaftsformation konnte bestimmte Erwartungen überhaupt erst wecken und bestimmte Chancen erst eröffnen. Der Widerspruch besteht darin, dass dieselbe Gesellschaftsformation, die diese ungeheuren Chancen hervorbringt, sie zugleich hintertreibt.

WFH: Wir sind uns wohl einig, dass Moderne die Frucht der kapitalistischen Produktionsweise ist. Die Frage ist: Geht sie darin auf? Das müsste präziser herausgearbeitet werden. Dann eine kleine Zusatzbemerkung. Marx gebraucht den Begriff Kapitalismus allenfalls beiläufig, soweit ich das überblicke. Im *Kapital* ist die Rede von »Gesellschaften, in denen kapitalistische Produktionsweise herrscht«. Nun ist aber ein Herrschendes nie allein, sondern es beherrscht auch etwas. Die kapitalistische Produktionsweise dominiert über andere Produktionsweisen. Mit dieser Differenz könnte man arbeiten. Zur Frage des Gleichen an den verschiedenen Ausprägungen lässt sich – zusätzlich zur zentralen Bestimmung der Arbeitskraft als Ware – anführen, dass Marx in der Kritik der politischen Ökonomie *nicht die bürgerliche Gesellschaft, sondern ihre Anatomie* zu analysieren beansprucht. Der zerlegte Körper ist nicht der lebendige. Erst recht bestehen wir, wie Gramsci immer wieder reflektiert, nicht nur aus den Knochen, auf die ein gewisser Ökonomismus die Anatomie weiter reduziert. Natürlich ist das Bild begrenzt. Aber es warnt davor, das herrschende Ökonomische für die Totalität zu nehmen.

Andererseits scheint es so zu sein, dass zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte die Deregulierungs- und Privatisierungspolitik des Neoliberalismus so etwas anstrebt wie tatsächlich einen einzigen globalen Kapitalismus, der alles andere unter sich bringt oder absorbiert. Das wäre die Entgrenzung dessen, was bis-

her durch politische, militärische und ideologische Systeme unterschiedlicher Art umschlossen und auseinander gehalten war.

Noch einmal: Wenn wir bestimmen wollen, wie tragfähig heute der Begriff der Moderne für die Reformulierung eines demokratischen Sozialismus ist, dann müssen wir das Verhältnis des Moderne-Begriffs zum Kapitalismus bestimmen. Dabei können wir uns darüber verständigen, was eigentlich weiterhin der Status der Kritik der politischen Ökonomie, der Theorie der kapitalistischen Produktionsweise ist. Verliert sie ihren grundlegenden Status? Oder ist es so, dass überhaupt keine – auch reformistische – Politik möglich ist, wenn sie nicht ihre Grenzen kennt, wozu sie die Theorie dieser herrschenden Produktionsweise braucht?

LP: Ich habe Probleme mit dem Formationsbegriff. Ich bin zum Beispiel durch die Lektüre von Beiträgen der »Annales«-Schule darauf aufmerksam geworden, dass Herrschaft, Unterdrückung, Produktion, Verteilung ein so langfristiger Prozess ist, dass man Formationen nicht trennscharf bestimmen kann und den historischen Prozess eher zusammenhängend sehen sollte. Dem entspricht, dass man Gesellschaft nicht mehr so einfach, wie wir es gewohnt sind, als kapitalistische denkt. In der bisherigen Diskussion determinierte der Begriff des Kapitalismus alles. Wir gehen davon aus, dass die ökonomischen Verhältnisse eine ganz wesentliche Bedeutung für Gesellschaften haben, die aber darin nicht aufgehen. Es gibt immer auch eine relative Autonomie der anderen gesellschaftlichen »Felder«, wie Bourdieu das nennt, man könnte auch »Subsysteme« sagen. Es gibt Spannungsverhältnisse zwischen ökonomischen Logiken und Logiken des sozialen Sinns, die uns dazu veranlassen könnten, Politik nicht nur mit Blick auf ökonomische Kategorien zu denken. Das ist kein Plädoyer für Relativierung. Ich habe mit vielen Begriffen der ökonomischen Kritik am Kapitalismus wenig Schwierigkeiten. Die Probleme beginnen bei den spezifischen Zwängen, aber auch Möglichkeiten, die sich aus den Beziehungen zwischen ökonomischer Struktur und politischen Institutionen auf der einen Seite und den Prozessen der symbolischen Herrschaft bzw. des symbolischen Sinns und der damit verbundenen Bedürfnisse auf der anderen Seite ergeben. Etwa die

Geschlechterverhältnisse lassen sich nicht auf die kapitalistische Logik reduzieren. Nach ihr wäre es längst möglich gewesen, dass alle Frauen berufstätig sind. Patriarchale Strukturen verhindern dies. Sie hängen mit Herrschaftsverhältnissen generell zusammen, aber nicht im Sinne einer Formationenfolge.

Daher plädiere ich für eine gewisse Loslösung von der Überzentralität des Kapitalismusbegriffs, ohne ihn dabei aus dem Auge zu verlieren. Problematisch ist es aber, die »Moderne« normativ aufgeladen dem »Kapitalismus« als dem Destruktiven und Repressiven abstrakt entgegensetzen. Tut man das, werden alle positiven Erwartungen an linke Politik auf Modernität projiziert. Die moderne Gesellschaft muss jedoch widersprüchlicher gedacht werden: Ökonomisch unlösbar mit Kapitalverhältnissen verbunden, enthält sie sowohl destruktive Potenziale und Tendenzen einer weitgehenden Entfremdung, aber auch den positiven Grund für aufbegehrende Kämpfe.

WFH: Ist das nicht das, was Marx in die Formel gebracht hat: Im Schoße der alten Gesellschaft entwickeln sich Elemente der neuen Gesellschaft?

LP: Das ist auch bei Marx offen mit Blick auf die Zukunft. Wenn man an den zweiten Satz im *Kommunistischen Manifest* denkt, dass die kämpfenden antagonistischen Kräfte beide untergehen können, dann hat er offensichtlich die Katastrophe nicht ausgeschlossen. Aber es gab für ihn letzten Endes einen ökonomischen Determinismus sowohl der möglichen Katastrophe als auch der revolutionären Perspektive, so dass unsere heutige Argumentation sich von der seinen in Bezug auf die Lösung der Widersprüche unterscheiden muss.

WFH: Im Blick auf die »Elemente der neuen Gesellschaft im Schoße der alten« dachte Marx keinen Automatismus.

LP: Er hatte sehr komplexe, intelligente Determinismen.

WFH: Meine Frage ist damit nicht beantwortet: Hängt der Gedanke, dass es »im Schoße« der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft bereits gesellschaftliche Elemente eines Neuen gibt, nicht mit dem zusammen, was wir unter dem Namen »Moderne« diskutieren?

FD: Dafür ist der Moderne-Begriff völlig falsch. Er ist so diffus, dass der Verdacht aufkommt, er entspräche dem Denken der Zweiten Internationale, wo frei nach der alten Maulwurf-Konzeption – die revolutionäre Dialektik wühlt unterirdisch und unabhängig von dem, was die Menschen denken und tun – praktisch jeder Schritt von Kapitalkonzentration als Fortschritt zum Kommunismus angesehen wurde.

LP: Dass Gesellschaften im Laufe ihrer Geschichte Widersprüche produzieren, die über sie hinausweisen, ist gleichwohl richtig, wenn auch keine originäre Erkenntnis von Marx. Man lese dazu das interessante Buch von George Gurvitch *Dialektik und Soziologie*.

FOW: Ich ziehe die Formel von den »Gesellschaften, in denen kapitalistische Produktionsweise herrscht«, der Rede vom Kapitalismus im Plural vor. Dagegen halte ich die Auffassung der kapitalistischen Produktionsweise als *Grundlage* der modernen bürgerlichen Gesellschaft für problematisch, weil sie Ganzheiten aufeinander bezieht, was ein Systemdenken zulässt, das von Herrschaft absieht. Aber müssen wir nicht zusätzlich beim Denken über Herrschaft in diesen Gesellschaften an eine Artikulation unterschiedlicher Produktionsverhältnisse denken, so zum Beispiel kapitalistischer mit patriarchalischen Verhältnissen? Die Kinderproduktion ist schließlich kein Bestandteil der Kapitalakkumulation. Dazu gehört die Frage, wie die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sich andere Produktionsverhältnisse unterordnen, sie ausbeuten usw. Von daher finde ich den Gedanken der Artikulation verschiedener Herrschaftsverhältnisse weiterführend. Das wird für die Formationstheorie problematisch.

WFH: Da liegt ein Missverständnis vor. Artikulation bezieht sich hier primär auf Produktionsweisen, nicht auf Herrschaftsverhältnisse. Herrschaftsverhältnisse sind immer solche, in deren Rahmen unterschiedliche Produktionsweisen artikuliert sein können. So lässt sich auch die Gegenwart beschreiben. Es wäre realitätsuntauglich, den Weltkapitalismus bloß als Bündnispartner anderer Produktionsverhältnisse zu beschreiben.

FOW: Das leuchtet ein. Aber ich halte auch den Gedanken einer Artikulation von Herrschaftsverhältnissen für produktiv. Im

Übrigen suggeriert schon der Begriff Produktionsweise, dass hier der gesamte Prozess der gesellschaftlichen Reproduktion integriert ist. Das ist aber, jedenfalls solange die häusliche Reproduktion da nicht mitgedacht ist, nicht der Fall.

WFH: Ja und nein. Bei der Artikulation heterogener Produktionsweisen hat eine davon die Herrschaft. Das Problem ist nur so beschreibbar. Das ist dann aber nicht Gegenstand der Programmdebatte einer Partei, sondern eine gesellschafts- und geschichtswissenschaftliche Debatte, die vielleicht in anderer Form weitergeführt werden kann.

FOW: Es hat aber strategisch unmittelbare Konsequenzen für die Nebenwiderspruchs-Debatte, die von der Frage abhängt, ob man von *einer* Herrschaft sprechen kann.

WFH: Wenn die kapitalistische Produktionsweise herrschend ist, heißt das nicht, dass die ihr untergeordneten Verhältnisse und Weisen der Produktion herrschaftsfrei wären. Welche der Widersprüche man aktuell wie gewichtet, ist eine Frage der konkreten Situation. Auch heißt es nicht, dass politische Macht oder religiöse Motivationen darauf zu reduzieren wären. Doch zurück zur Frage: Wie tragfähig ist der Moderne-Begriff für ein den Erfahrungen und gewandelten Bedingungen angemessenes Sozialismusverständnis?

FD: Die Komplexität moderner Gesellschaften hat auch in die marxistische Diskussion um Gesellschaftsanalyse Eingang gefunden. Dass *kein totales Determinationsverhältnis* anzunehmen ist, sondern der Eigenwert und die Eigenlogik anderer Sphären, etwa der Kultur und der Wissenschaft, als Voraussetzung funktionaler Ausdifferenzierung dieser Systeme begriffen wird, dazu als ein wichtiger politischer Bereich, in dem Klassenkämpfe stattfinden, das ist eine Erkenntnis, die im westlichen Marxismus spätestens im Gefolge der Gramsci-Rezeption der 1970er Jahre sehr weit und mit der Debatte um Ideologietheorie noch weiter fortgeschritten ist. Dahinter brauchen wir nicht zurückzufallen.

Meine These ist: Der Moderne-Begriff passt nicht für das, was die Autoren der Programmthesen ausdrücken wollten. Er passt nicht für das Problem, dass die bürgerliche Gesellschaft und die bürger-

liche Klasse Potenziale von Fortschritt und Befreiung schaffen, die sie aber – Christoph Türcke hat das schön formuliert – selbst in ihrer eigenen Entwicklung destruieren. Die bürgerliche Gesellschaft setzt – das ist das Grundthema der Moderne – die Erklärung der Menschenrechte auf die Tagesordnung. Die moderne Zeit beginnt mit dem Satz, dass alle Menschen gleich seien. Bis heute stoßen sich Konservatismus und Neokonservatismus an dieser Grundsatz-erklärung der Aufklärung. Die Voraussetzungen dafür, Wohlstand zu schaffen, Menschen aus materiellem Elend, aus der Abhängigkeit von der Natur zu befreien, wird mit der Entwicklung dieser modernen Produktionsweise proklamiert und möglich. Zugleich wird diese Möglichkeit wiederum partiell zerstört – etwa die Möglichkeit, Freiheit im Sinne der Reduktion von Arbeitszeit zu schaffen (ich erinnere an Marxens einschlägige Bemerkungen in den *Grundrissen*). Dieser Widerspruch bildet ja nicht nur eine objektive Logik, sondern bestimmt die *Logik der Kämpfe* seit 200 Jahren, die den Kapitalismus verändert haben. Das meint hier der Begriff der Moderne. Das muss aber in jedem Punkt deutlich gesagt werden. *Zivilisationsgewinne sind nicht Ausdruck einer objektiven Modernisierungstendenz des Kapitalismus, sie sind Ergebnis des Klassenkampfes und sie sind immer wieder bedroht.*

Warum fehlt in den modernetheoretisch verfassten Programmthesen aber der Sozialstaat als eine solche Errungenschaft? Wir kritisieren ihn in seiner Widersprüchlichkeit, weil er kapitalistischer Sozialstaat ist. Aber an seiner Verteidigung als zivilisatorische Errungenschaft entzündeten sich in der Gegenwart wiederum Kämpfe. Dann folgen einzelne Begriffe wie pluralistische Demokratie, Rechtsstaat usw. Warum fehlen dann Kultur und Wissenschaft? Das liegt an der Ausdifferenzierung der einzelnen Sphären. Dann aber passt der Begriff von Modernität nicht.

Ich habe die Vermutung, dass im Moderne-Diskurs noch etwas vom Denken der Zweiten Internationale steckt. Da soll etwas in dieser Gesellschaft arbeiten, was hinter dem Rücken der Beteiligten objektive Fortschrittsqualitäten hat. Weil hier der Begriff Moderne meines Erachtens nicht wirklich passt, weckt er Misstrauen. Und wenn es dann heißt: »Ohne die Bewahrung dieser Moderne-

qualität wird es keine entwicklungs offene Gesellschaft geben. Dies anzunehmen ist Grundvoraussetzung für die Öffnung der PDS in die Gesellschaft hinein«, stecken wir wieder in der Problematik des östlichen und des westlichen Diskurses. An diesen Formulierungen entsteht Misstrauen, dass mit dem Moderne-Begriff doch mit der Betonung von politischem Pluralismus, Markt und Rechtsstaat eine Verschiebung im Denken nach Rechts einsetzt.

WFH: Erhard Crome hat den Finger darauf gelegt, dass die Sozialismusgeschichte ein antimodernes Gemeinschaftselement gegen die moderne Gesellschaft in Anschlag gebracht hat. Vielleicht kann man das hier diskutieren?

EC: Wir haben natürlich ein Ost-West-Problem in dieser Diskussion, das auch in den Programmpapieren der Grundsatzkommission der PDS zum Ausdruck kommt. Das Wort »Errungenschaften« z.B. wird bei jedem DDR-sozialisierten Menschen ein müdes Lächeln hervorrufen, weil das ein Lieblingswort der parteioffiziellen Ideologie war. Arbeit, Leben, Wohnungsbau, alles waren im Munde Honeckers »Errungenschaften des realen Sozialismus«. Das Wort »Errungenschaften« orientiert eine negative Rezeption. Denken wir mit Marx die künftige Gesellschaft als eine, die jenseits einer Revolution oder eines revolutionären Umbruchs stattfindet? Oder denken wir sie als eine, die sich über Transformationsprozesse herstellt bei Nutzung der Institutionen der gegebenen Gesellschaft? Aus der Antwort ergeben sich Konsequenzen für die Art des Umgangs mit den Programmthesen.

WFH: Das war bereits die Problemstellung im Revisionismusstreit mit Bernstein an der Wende zum 20. Jahrhundert. Steht die Frage nach wie vor?

EC: Nach meiner Auffassung nein. Aber Figuren wie Robert Kurz denken natürlich die Gesellschaft nach der Revolution oder nach dem Zusammenbruch.

Aber zu Frank Deppe: Die Verwendung des Moderne-Begriffs in den ersten Programmentwürfen erklärt sich nach meinem Verständnis aus dem Ost-Diskurs. Das ist die Konfrontation zwischen denen, die modernen Sozialismus Ende der 1980er Jahre zu denken versucht haben, und den kommunistischen »Plattfüßlern« in Ein-

heit mit den »wahren Marxisten« auf der anderen Seite, die ja auch in diesen Kommissionen sitzen. Aus der Zusammenfügung der verschiedenen Positionen erklärt sich auch das Additive.

Der Moderne-Diskurs in der Reformdiskussion in der späten SED bezog sich genau auf die »Errungenschaften« der modernen Gesellschaft in Gestalt von Rechtsstaat, Verwaltungsgerichtsbarkeit usw. Realsozialismus bedeutete, um einen Begriff von Michael Brie und Rainer Land zu verwenden, Abschaffung jener Basisinstitutionen der modernen Gesellschaft, während die Abschaffung des Kapitalprinzips zur Zentralverwaltungswirtschaft führte, die am Ende das wirtschaftliche Fiasko zur Folge hatte. Wenn wir uns darin einig sind, dass die moderne Gesellschaft nicht zusammenfällt mit dem, was gemeinhin unter Kapitalismus verstanden wird, können wir auch versuchen, Konsens herzustellen, dass man den Moderne-Begriff nicht braucht. Man muss dann eben Demokratie, demokratische Mitwirkungsrechte, liberale Freiheitsrechte mitdenken. Dies kann kein zentraler Streitpunkt zwischen Ost und West sein.

Ein dritter Punkt: Wir sprechen nun über Kapitalismen und meinen damit etwas Neues. Gentechnik wäre solch ein Neues auf der Seite der Produktivkräfte. Am Ende kommt bei den Reichen, die sich das erkaufen, ein Mensch heraus, der mit dem Pöbel, der auf der Müllhalde lebt, nicht mehr kreuzbar ist. Dann hätten wir es mit zwei verschiedenen menschlichen Rassen zu tun. Bei der Computereentwicklung prophezeit einer der berühmtesten amerikanischen Computerspezialisten, dass am Ende des 21. Jahrhunderts eine neue Produktion entsteht, die durch künstliche Intelligenz ohne Einsatz von Menschen reguliert ist. Wenn man das politisch diskutieren will, braucht man dafür einen Begriff von Fortschritt und ein Bild vom Menschen.

Was die Produktionsverhältnisse betrifft, wird es noch komplizierter. So ist ein großer Teil der vielen Dollars, die in den Spekulationsfonds stecken, deswegen im Kreislauf, weil es amerikanische Pensionsfonds sind, die an den Markt gegangen sind. Die Eigentümer dieser Rentenfonds sind aber Angestellte, Lehrer, lauter kleine Leute. Deshalb gibt es ironische amerikanische Sozialwissen-

schaftler, die sagen: Wenn wir die Eigentumsfrage stellen, dann sind heute mindestens 40 Prozent der amerikanischen Haushalte Aktien- bzw. Fondsbesitzer. Danach gäbe es in Amerika Sozialismus.

Da aber etwa 40.000 Personen in der Welt Besitzer der Weltwirtschaft sind, muss man diese Eigentumsfunktion trennen von der Verfügungsfunktion. Diese wiederum wäre zu analysieren im Verhältnis zu den Sozialstrukturen der jetzigen Gesellschaft. Unterm Eigentumsgesichtspunkt ist der Herr Esser Angestellter von Mannesmann gewesen und kriegt nun 60 Millionen dafür, dass er in Rente geht, nachdem er so hervorragend gemanagt hat. Insofern stellt sich die Eigentümer- und Verfügungsfunktion in neuer Differenziertheit.

Zur Zentrums- und Peripheriefrage: Nach Wallerstein ist die Frage noch ungeklärt. Wenn das Zentrum-Peripherie-Verhältnis machtpolitisch von den Vereinigten Staaten dominiert wird, scheinen diese komplizierte Weltwirtschaft und die Rolle der USA im internationalisierten System von heute sich gegenseitig zu bedingen. Von daher wäre das Verhältnis zur Europäischen Union als Konkurrent zu den Vereinigten Staaten zu bestimmen.

FD: Ich halte das für eine ganz wichtige Fragestellung. Es scheint, als müsste man manchmal Position für Europa ergreifen, um die amerikanische Vorherrschaft zu brechen, und dafür bräuchte es eine europäische Armee. Um dieser Zwangskonstellation zu entgehen, muss die Frage von Weltpolitik von links neu gedacht werden. Die Konkurrenz der Imperialismen kann ebenso wenig unser Ziel sein wie die Vorherrschaft eines Imperiums.

EC: Diese Frage gehört zu den Spannungsverhältnissen linker Politik, wie sie Wolfgang Fritz Haug ganz am Anfang aufgeworfen hat.

Letzter Punkt: Sind die Kapitalform von Akkumulationssystemen, die diese Entwicklung der Produktivkräfte praktisch begründen und begleiten, und der Kapitalismus als Herrschaftssystem notwendigerweise das Gleiche? Das ist für mich das Problem einer antikapitalistischen Position in all diesen Papieren. Bedeutet sie, dass man das Kapitalverhältnis überhaupt abschaffen will oder die Kapitalform? Das ist ja die Frage nach der Erfahrung des Real-

sozialismus. Was soll dann die Produktivkraftentwicklung regulieren? Oder geht es um die Frage, wie die Verfügungsrechte über die Ausdehnung demokratischer Institutionen in der Gesellschaft verändert werden. Das ist für mich eine der großen ungelösten Fragen. Insofern habe ich auch ein Problem mit dem Rauhängen der roten Fahne des Antikapitalismus.

WFH: Vielleicht kann man als Zwischenthese formulieren: Zumindest für unsere Epoche gilt in Bezug aufs Kapitalverhältnis *soziale Regulierung geht vor Abschaffung*.

WK: Eine weitere Zuspitzung zu den Fragen, wie sie Erhard Crome auf den Punkt gebracht hat: Stellen wir uns das Transformationsziel Sozialismus als ein neues gesellschaftliches Gesamtverhältnis vor, das erst nach der völligen Überwindung all dessen, was wir uns unter Kapitalismus vorstellen, entstehen kann? So dass dann alle Regulierungsschritte nur Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel wären? Oder stellen wir uns eine Bewegung in mehreren Schritten vor, die nicht nur praktischer Natur sind, sondern auch eine bestimmte gesellschaftliche Ordnung einschließen, die aber auf dem Gesamtboden erwachsen, den wir unter dem Begriff Kapitalverhältnis zusammengefasst haben?

Wie denken wir Transformation in verschiedenen Ordnungen? Unter Historikern gab es eine Debatte über den Feudalismus bzw. Feudalisten. Man einigte sich unter den klügeren Geistern auf die Formulierung vorkapitalistische Formationsweisen, die auf Grundeigentum beruhen und sehr unterschiedliche Formationen hervorgebracht haben. Dabei wurden zwischen dem großen Grundeigentum als der Instanz der Unterdrückung und Ausbeutung und den Interessen der kleinen – agrarischen oder gewerblichen – Produzenten immer wieder neue Konstellationen progressiver Art aufgewiesen. Wir können daraus für unsere Debatte lernen – es sei denn, wir befänden uns im Augenblick in einem so tiefen soziokulturellen Sturz und Umbruch, dass daraus ganz neue Verhältnisse erwachsen. Aber auch dann könnte man das Kapitalverhältnis nicht »abschaffen«, sondern es würde durch die Logik der Produktivkräfte *gesprengt*, natürlich immer im Kampf der bewegenden Kräfte gegeneinander.

JH: Der Gedanke, den Anwendungsbereich des Kapitalismusbegriffs im Gegensatz zum Begriff der Moderne einzuschränken, führt meist dazu, dass man Letztere in Gestalt zivilisatorischer Errungenschaften im kulturellen Bereich ansiedelt. Für Habermas ergibt sich so eine Trennung zwischen kultureller und ökonomischer Moderne. Das Unvollendete der Moderne vollendet sich dann eigentlich in der Kultur. Das führt dazu, dass die Eigenlogik des Kulturellen – des wissenschaftlichen Bereichs oder der Kunst – akzeptiert wird. Damit gibt man aber diese Bereiche als »Kampfplatz« preis, auf dem es um die Konstellation Sozialismus contra Kapitalismus geht. Kultur als Kampfplatz fehlt im ersten Entwurf, in dem im Grunde alles Moderne eben als Errungenschaft akzeptiert wird und es nur noch darum geht, dass man es gerecht verteilt. Z.B. wird bei den Medien gar nicht nach Gebrauch und Sinn gefragt, sondern sie werden als Kommunikationsmittel einfach so akzeptiert, und es bleibt bloß die Frage, wie man selbst da ran kommt.

Ähnlich ist es auch im Bereich der Werte oder Leitbilder. Den Gedanken vom Individualstil zum Beispiel, der da akzeptiert, verbreitet oder ermöglicht werden soll, halte ich für überaus naiv. Da wird einfach das Kulturelle so stehen gelassen, wie es ist, ohne seine Bestimmung durch gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu sehen. Einen Individualstil in dem Sinne gibt es gar nicht. Stile sind ja immer schon vergesellschaftet. Dies bedenkend würde man die Auseinandersetzungen in jedem einzelnen Phänomen besser sehen.

CT: Es ist wichtig, dass das unvollendete Projekt der Moderne hier explizit genannt wird, denn ich fürchte, dass die Wortwahl »modern« die Neigung bestärkt, den Moderne-Begriff von Habermas zu übernehmen, der genau diese Trennung vornimmt zwischen der Lebenswelt, mit ihren Errungenschaften kultureller Art, und einem systemischen Bereich, der eigenartig wertfrei und in sich selbstbezüglich laufend gedacht wird und in den man schwer eingreifen kann. Mein Haupteinwand gegen die habermassche Theorie ist, dass er die *Verhältnisse* der Produktion nicht denkt, die eben etwas anderes sind als nur das *System* Produktion, und

damit etwas für eine kritische Position ganz Entscheidendes preisgibt.

Damit komme ich noch einmal zurück auf Semantisches. Wir haben es mit Positionierungen zu lauter Begriffen zu tun, die in irgendeiner Weise alle schon einmal kompromittiert waren; das gilt nicht nur für den Begriff der Errungenschaft. Es gibt unter den kompromittierten Begriffen welche, zu denen man gleichwohl stehen muss, weil sie tatsächlich etwas Vernünftiges aussagen. Nun ist in dem Positionspapier der PDS einigermaßen deutlich, dass versucht worden ist, einen Reizbegriff wie den des Kapitalismus zu umgehen oder zurückzudrängen und einen anderen, der sehr verbreitet ist, nämlich den der Moderne – in der gesamten Post-Moderne-Diskussion ist er ja ständig der Gegenbegriff – zu »besetzen«. Das demonstriert strategisch: Wir sind in dieser Gesellschaft angekommen. Das halte ich für außerordentlich problematisch. Bei PDS-Positionierungen steht immer auf der Kippe, was Abschied von der DDR ist und was Abschied von elementaren sozialistischen Positionen.

Beim Kapitalismus-Begriff habe ich den Eindruck, dass er mit dem Ost-Zusammenbruch eine semantische Veränderung erfahren hat. Er ist nicht mehr so tabuisiert wie vor zehn oder fünfzehn Jahren. Alle Welt spricht davon. Partei- oder programmstrategisch gesehen ist hier eine »Sklavensprache« gar nicht nötig; man braucht keinen Geheimbegriff, um bestimmte Dinge auszusprechen. Ich würde dagegen den Begriff Kapitalismus neu und schärfer bestimmen. Ich würde nicht primär vom Herrschaftsverhältnis, sondern von der Vergesellschaftungsinstanz sprechen. Alle Differenzierungen und alle konkreten Ausformungen von Gewaltherrschaft und Kultur finden im Rahmen dieser Vergesellschaftung statt. Wenn man das klarstellt, hat man einerseits all das Kritische in diesem Begriff wachgehalten, hat ihn geöffnet. Ich stamme ja eher aus der filigranen Fraktion der kritischen Theorie. Natürlich gehört dann Adornos ästhetische Theorie genau in diesen Zusammenhang. Nur so kommt man aus dieser unglücklichen Zusammenstellung heraus, dass man sagt, nicht nur kapitalistisch, »sondern auch« modern. Da tritt sofort ein Additionsverhältnis ein. Es wird davon

abgesehen, dass dieses, was man unter »sondern auch« fasst, ja innerhalb dieser Vergesellschaftungsinstanz stattfindet. Wenn man den Begriff Kapitalismus so öffnet, verliert er das Reduktionistische oder Ökonomistische.

Um es zusammenzufassen: Das Problem beim Moderne-Begriff ist der Verlust des Gedankens von Produktionsverhältnissen, Kotau gegenüber windelweichen Diskursen. Umgekehrt darf man sich nicht dadurch beirren lassen, dass bestimmte Begriffe kompromittiert sind. Erhard Crome hat mit Recht Probleme mit dem Antikapitalismus. In dem Moment, wo man aber den Gedanken der Vergesellschaftungsinstanz plausibel macht, heißt das auf der einen Seite, das ist unsere quasi-natürliche Lebensbedingung, innerhalb derer wir über konkrete Humanisierung nachdenken müssen. Auf der anderen Seite schließt das keineswegs aus, den Gedanken wachzuhalten, dass diese Lebensbedingung gleichwohl gewaltförmig erzeugt worden ist. Alles kritische Nachdenken enthält immer zugleich das Postulat, diese gewaltförmige Vergesellschaftung zu überwinden.

WFH: Ich schlage vor, diesen Komplex zu konkretisieren in Bezug auf Neoliberalismus und Globalisierung. Der Kampf gegen den Neoliberalismus, der heute auf der Tagesordnung steht, ist ja genau ein anderer Kampf als der für die Abschaffung des Kapitalismus, nämlich der Kampf um eine sozial-ökologische Regulierung – und zwar eine, die nicht an den Landesgrenzen Halt macht, sondern weltweit wirkt und das Nord-Süd-Verhältnis umfasst. Während ich einen Kampf gegen Globalisierung für absurd halte, scheint mir der *Kampf für die menschheitlich-soziale Umgestaltung der Globalisierung* unbedingt geboten.

LP: Ich möchte zunächst die schematische Darstellung von Habermas ein wenig korrigieren. Er hat natürlich nicht nur abstrakt System und Lebenswelt gegenübergestellt, sondern den Bereich der politischen Öffentlichkeit auch als wichtiges Element von Lebenswelt gekennzeichnet. Das ist etwas anderes, als wenn man nur an den privaten Bereich denkt. Ich halte das für einen konstruktiven Ansatz für eine linke Politik. Denn auch wir versuchen ja, Möglichkeiten und Bedingungen zu schaffen, in denen man

sich diskursiv und auf eine demokratische und vernünftige Weise öffentlich auseinander setzt, ohne allerdings – wie Habermas – die Antagonismen aus den Augen zu verlieren. Sie sind nicht nur dem Widerspruch zwischen System und Lebenswelt vorbehalten, sondern gehen jeweils durch beide hindurch. (Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die vorzügliche Habermas-Kritik von Nancy Frazer.) Dies als Grundlage, um das Instrument der Widersprüchlichkeit offen zu denken, so auch den Kampf *um das Wie* der Globalisierung, *nicht gegen sie*.

WFH: Dann sollten wir jetzt auf den Komplex der neoliberal geprägten Globalisierung im Verhältnis zur »Modernisierung« eingehen und auf die Frage, wie die Kritik daran angelegt werden kann.

FOW: Ich denke, der Einsatzpunkt einer zeitgenössischen linken Programmatik wäre, dass man zur neoliberal geprägten Globalisierung einen alternativen Vorschlag macht. Das liegt irgendwie quer zu der Debatte Kapitalismus und Moderne.

WFH: Man könnte ja argumentieren, dass der Neoliberalismus mit seiner Entfesselung und Entgrenzung des Kapitalprozesses bestimmte Errungenschaften der Moderne kassiert.

FOW: Gleichzeitig tritt der Neoliberalismus doch als Modernisierung auf. Das ist ideologisch widersprüchlich. Moderne tritt doppelt auf, als Neuzeit mit den Errungenschaften der Französischen Revolution und als Jetztzeit.

WFH: Ich zitiere Jacques Derrida: »Nie war in der ganzen neueren Geschichte die liberale Demokratie so gefährdet wie heute.« Er sieht diese Gefahr von der neoliberalen Entfesselung des Marktes und der Niederreißung der anderen eigenlogischen Instanzen ausgehen, deren Ausdifferenzierung eben als das entscheidende Kriterium für moderne Gesellschaft gilt.

FOW: Dann würde ich aber auch von der liberalen Demokratie sprechen und das nicht einfach mit der Moderne gleichsetzen. Die Errungenschaften sind einerseits im historischen Prozess »gefunden« worden, andererseits erkämpft und umkämpft. So würde ich versuchen, mich aus der formationstheoretischen Falle, dass man das Ganze zu vollständig und ohne Genese denkt, herauszulavie-

ren. Das geht nicht mit dem Begriff der Moderne und eigentlich auch nicht mit dem Begriff des Kapitalismus. Wir müssen das präzisieren. Eine der großen Lektionen von Marx besagt, dass das Kapital seine eigenen Widersprüche hervortreibt und nicht nur, weil hier jemand kämpfend in das Kapitalverhältnis eingreift. Statt Moderne würde ich eher moderner liberal-demokratisch verfasster Staat sagen. So denken wir nicht nur die Verfassung, sondern auch eine bestimmte historisch entwickelte bzw. erstrittene und gefundene Form politischer Kämpfe und ihrer Resultate. Damit kommt man zu einer präziseren Debatte auch über jene andere historische Erfahrung, dass im Realsozialismus vieles nicht mehr funktionierte, als die Basisinstitutionen der Moderne abgeschafft wurden.

WFH: Die »wissenschaftlich-hochtechnische Revolution« mit ihren neuen Herrschaftsmitteln stellt uns vor neue Fragen. Robert McChesneys Buch von 1999: *Rich media – poor democracy* (Reiche Medien – arme Demokratie) zeigt in Verlängerung gegenwärtiger Prozesse, dass in zehn Jahren mit höchster Wahrscheinlichkeit sechs Konzerne die Weltöffentlichkeit beherrschen werden. Was bleibt dann von der habermasschen Öffentlichkeit? Wir sollten auch die Kämpfe dagegen – bzw. um alternative Nutzungen der neuen Medien – als zentrale Gegenstände der kommenden Jahre diskutieren.

FD: Mich wundert, dass wir noch nicht auf den Begriff Zivilgesellschaft gekommen sind, wenn wir über den Moderne-Begriff reden. Wenn man mit Modernisierungsprozessen Verhältnisse der Ausdifferenzierung von Staat und Gesellschaft und Staat und Ökonomie meint, bezieht man sich ja auf die Herausbildung von Zivilgesellschaft. Die ganze neuere Habermas-Diskussion sowie auch Teile der neueren »Linken« in der Bundesrepublik verwenden den Begriff Zivilgesellschaft auf eine Weise, die ihre Versöhnung mit dem Neoliberalismus legitimieren soll über einen Anti-Etatismus, der liberal gewendet ist. Dabei kann man auf gewisse anarchische Traditionen zurückgreifen.

Die Programmdiskussion böte methodisch eine gute Gelegenheit, Gramscis Begriff der Zivilgesellschaft aufzuwerten und zu vertei-

digen, und zwar nicht nur aus historischen und emotionalen Gründen, sondern weil er tatsächlich etwas fasst, was zu moderner Gesellschaft im Sinne von Errungenschaft gehört und was die Linke auch verteidigen will, wenn sie Fragen von Selbstorganisation, Selbstverwaltung, Autonomie, Kritik von Staat, staatlicher Intervention verteidigen will, ohne in liberale Ideologie zu fallen. Bruno Trentin sagt, wir müssen aus der Geschichte des Sozialismus die genossenschaftlichen Traditionen wieder ausgraben, die durch die beiden großen »Etatismen« des 20. Jahrhunderts, den sowjetischen Kommunismus und den Sozialdemokratismus, immer an den Rand gedrängt wurden und nie eine echte Entfaltungschance bekamen. Von daher könnte man viele Aspekte der Diskussion im Zusammenhang mit dem Begriff Zivilgesellschaft präzisieren und in die politische Tradition stellen.

WFH: Keine Zivilgesellschaft, die noch irgendetwas bedeutet, ist ohne Demokratisierung, ohne gesellschaftliche Partizipation denkbar. Das wäre ein Anschlusspunkt.

WK: Erstens: Die Kritik am Neoliberalismus, dessen Hegemonie wir mit Hobsbawm im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts – von 1970 an – beginnen lassen, muss im Mittelpunkt stehen. Zweitens: Wir müssen deutlich machen, dass die so genannte Wende von 1990, der große Epochenbruch, aber auch das Scheitern der sozialdemokratisch dominierten Modelle im Westen die gemeinsame Konsequenz dieser Entwicklung sind und dass dadurch nicht nur die Globalisierung eine ganz neue Qualität erreicht hat, sondern auch viele Rahmenbedingungen nicht mehr die alten sind. Daran krankt im Augenblick die Debatte, dass man wie die alten Handwerker im Vormärz zurückwill, jetzt zurück in den Keynesianismus, in den alten Reformismus, in die alten Gewerkschaftskämpfe. Marx hat in dieser Richtung etwa im *Kommunistischen Manifest* ganz brutale Warnungen ausgesprochen.

Da man nun aber nicht mehr zurückkann, muss man etwas Konstruktives ausarbeiten, aus dem hervorgeht, wogegen und wofür ein linkes Programm in dieser Hinsicht steht. Das wird den Moderne-Begriff zwar nicht überflüssig machen, weil eine große Mehrheit der Bevölkerung ihn positiv besetzt. Frigga Haug sagte

mit Recht, dass man das Feld nicht einfach verlassen darf, in dem man die Gefahren des Moderne-Begriffs sieht. Aber es muss deutlich werden, dass seine neoliberale Besetzung dasjenige an der modernen zivilen Gesellschaft, worauf wir nicht verzichten wollen, ins Gegenteil verkehrt. Was als neoliberale Modernisierung auftritt, bringt auf vielen Gebieten die Barbarisierung der Gesellschaft voran.

JR: Vielleicht könnte man die Kontroversen um die Moderne entschärfen, wenn man sich über den unterschiedlichen Status des Begriffs verständigt. Frank Deppes Kritik richtet sich doch offenbar gegen dessen Einsatz als vermeintlich theoriefähiges Konzept, das die in kapitalistischen Formen entwickelten, aber über sie hinausgehenden zivilgesellschaftlichen Errungenschaften trennscharf erfassen könnte. Sie trifft vor allem dann, wenn bei der Bestimmung dieser Moderne wichtige Elemente fehlen – zum Beispiel der Sozialstaat oder auch die Elemente gesamtgesellschaftlicher Planung wie im Keynesianismus oder der gaullistischen »planification« und soziale Regulierung der Marktprozesse.

WFH: Mein Vorschlag ist, »modern« als Adjektiv zu bevorzugen. Man mag dann zum Beispiel von modernem Sozialismus, modernen Produktivkräften sprechen, wie Marx von der modernen Lohnarbeiterklasse gesprochen hat, wird es sich aber dreimal überlegen, bevor man »die Moderne« sagt, als wüsste alle Welt, was damit gemeint ist. Das Adjektiv erscheint mir nützlich.

JR: Zumindest kann man »modern« als einen weitgehend zustimmungsfähigen, in den Alltagsverstand eingedrungenen Term behandeln, um dessen Auslegung und Definition in der Gesellschaft gerungen wird. Man sollte hier nicht den alten Fehler vieler Marxisten und z.T. auch von Marx selbst wiederholen, einen umkämpften Begriff, etwa den der »Gerechtigkeit«, polemisch abzustoßen, nur weil er als Theoriebegriff nicht taugt. Das war, ideologietheoretisch gesehen, blind, weil die Verletzung populärer Gerechtigkeitsvorstellungen häufig den Auslöser von Erhebungen und Revolutionen darstellten. »Modern« kann in einem demokratisch-sozialistischen Diskurs einer der Begriffe sein, mit dem man die auf bürgerlichem Boden erkämpften zivilisatorischen Errun-

enschaften der Demokratie und der Zivilgesellschaft gegen ihre neoliberale Zerstörung einklagt.

Die neoliberale Hegemonie in Europa lebt vor allem bei der Jugend zu einem großen Teil von der Attraktivität der vermeintlich »modernen« Errungenschaften der USA gegenüber dem immer noch »rückschrittlichen«, weil etatistisch-regulierten Europa. Dieser ideologischen Offensive können die Linken nur wirksam begegnen, wenn sie den »killing capitalism« der USA überzeugend als »vor-modern« darstellen können. Dies ist oft leichter zu vermitteln als über den Begriff der Zivilgesellschaft, der in deutschen Ohren oft noch wie ein Fremdwort klingt. Die Privatisierung der Eisenbahn, die den amerikanischen Fahrgast dazu zwingt, für Fahrzeiten und Fahrkarten bei verschiedenen Gesellschaften vorzusprechen, ist unmittelbar als ein Rückfall hinter moderne Standards erfahrbar. Während »saubere« Internet-Seiten aufgebaut werden, geht die geschäftliche und zivilgesellschaftliche Infrastruktur großer urbaner und ruraler Bereiche vor die Hunde. Es ist tatsächlich ein schwieriges Unterfangen, sich in Manhattan seinen Laptop reparieren zu lassen. Die Beschäftigung unterbezahlter und passivierter Arbeitskräfte führt dazu, dass Kundenberatung kaum mehr existiert. Wer unter solchen Bedingungen auf ein emphatisches menschen- und naturverträgliches Moderne-Kriterium verzichtet, hat sich aus den Bedeutungskämpfen über unsere Gegenwart und Zukunft schon verabschiedet.

WFH: Nach diesem überzeugenden Hinweis auf die Schwächen des neoliberalen Löwen in dessen ureigenster Höhle, den USA, sollten wir uns etwas eingehender über seine Stärken, über den Grund seiner epochalen Hegemonie verständigen. Kurz gesagt: Wo sozialdemokratische und kommunistische Linke paternalistische Konzepte der Politik hatten – sie wollten für die Menschen etwas Gutes tun, die Partei baute Wohnungen in der DDR, der Sozialstaat sorgte für die Bedürftigen in der BRD –, mobilisiert der Neoliberalismus die Initiative der Individuen und der Gruppen.

Eigentlich ist »Initiative« eine potenziell linke Energie. Das initiative Moment ist zumindest ambivalent. Ich kann mir keinen leben-

digen »modernen« Sozialismus vorstellen, in dem nicht die Initiative der Menschen vor Ort einen entscheidenden Handlungsraum hat. Genau daraus aber, dass Sozialdemokratismus wie Staatssozialismus diesen Raum verschlossen hielten, Letzterer besonders rigoros, während der Neoliberalismus ihn zu öffnen verspricht, bezieht dieser viel von seiner Überzeugungskraft. Er tut dies zumal unter Nutzung der Möglichkeiten, die die neuen Produktiv- und Kommunikativkräfte eingeräumt haben. Es gibt ein Millionen von Jugendlichen einbeziehendes Spielen und Agieren in diesen neuen Formen, das man nicht einfach zurückstoßen kann. Das sind potenzielle Energien, auf die assoziative Handlungsfähigkeiten von unten nicht verzichten können.

FOW: Ich glaube, dass der Neoliberalismus dieses Konzept von den sozialen Bewegungen der 1960er Jahre gelernt hat. Die haben diese Initiativen in der neueren Politik, die Bürgerbewegungen und dergleichen, erfunden. Da ist ein Prozess propagandistischer Entfremdung abgelaufen.

WFH: Das erinnert mich an Ernst Blochs Rede von der »Entwendung aus der Kommune«. Der Kampf darum wäre dann aber nicht beschreibbar als Kampf um bloße Umbesetzung eines Begriffs. Stattdessen muss er wohl als Kampf um Handlungsfreiräume begriffen werden, die artikuliert sind durch andere Aktivitätsarten und -sphären.

CT: Ich denke, die Analyse und Kritik des Neoliberalismus muss ihn selber als historisches Produkt begreifen und nicht als das kleinere Übel, gegen das man vorgehen möchte, weil der Kapitalismus nicht bekämpft werden kann.

WFH: Das ist ein Missverständnis. Das kleinere Übel wäre der sozial-ökologisch regulierte Kapitalismus im Vergleich zum neoliberal entfesselten.

CT: Man muss die Kontinuität einer Entwicklung sehen, die inzwischen mehrfach angedeutet worden ist. Dieselbe Dynamik, die zu einem kapitalistischen Sozialstaat geführt hat, hat diesen wiederum unterminiert und bedroht. Das ist Resultat eines Kräfteparallelogramms und zeigt noch einmal sehr schön die Ambivalenz des Begriffs der Errungenschaft. Bestimmte Dinge, wie For-

men elementarer Krankenversicherung, Rentenversicherung etc., sind kostbare Angelegenheiten, die man nicht kampflos preisgeben kann. Und trotzdem ist mit ihrem Erringen zugleich etwas wie eine bestimmte Form von Passivität, von Empfängermentalität, von Es-sich-im-sozialen-Netz-ein-Stück-weit-bequem-Machen verbunden gewesen. Das Fatale ist, dass die Propaganda dagegen deswegen so gut funktioniert hat, weil sie ein Körnchen Wahrheit enthält.

WFH: In dieses Kräfteparallelogramm ist eine weitere Determinante einzutragen, nämlich die schubhafte Entwicklung der Produktivkräfte, einschließlich der Kommunikativkräfte.

CT: Natürlich ist der Neoliberalismus vollkommen undenkbar ohne die mikroelektronische Revolution. Die hat ihn ausgelöst in Gestalt der Perspektive, durch die ungeheure Mengen von freigesetzten Arbeitskräften den gesamten Dienstleistungssektor tendenziell in effiziente Firmen umstrukturieren. Das Effektivitäts- und Produktivitätspotenzial, das so entwickelt werden konnte, hat den Endsieg im Kalten Krieg ermöglicht. Die Dimension der mikroelektronischen Revolution fehlt im ersten Programmentwurf. Blendet man sie aus, entsteht der Eindruck, ein paar Verschwörer hätten ein Projekt – den Neoliberalismus – in die Welt gesetzt und sich damit durchgesetzt.

Ich bezweifle, dass die Moderne ein Projekt in dem Sinne ist, wie Habermas das sagt. Das ist Seminarterminologie. Diese suggeriert ein so doch gar nicht vorhandenes Maß von Intentionalität. Der marxische Begriff der *Naturwüchsigkeit* ist hier eher angebracht. Innerhalb dieser Naturwüchsigkeit, dieser Dynamik werden dann allerdings bestimmte Intentionen entfaltet. Dazu gehört auch, dass die in den 1960er Jahren antiautoritär, kritisch, basisgruppenmäßig entwickelte Orientierung auf Initiative und Eigenständigkeit, auf Selbstorganisation von Gruppen, in einer effizienzökonomischen Weise anektiert und weitergeführt worden ist.

Auf der anderen Seite – auch hier stimme ich Wolf Haug zu – ist damit ein Stachel gegeben. Wir müssen den Begriff der Initiative zugleich als große Herausforderung betrachten und in irgendeiner Weise damit arbeiten. Vielleicht durch Verknüpfung mit dem vorher diskutierten Begriff der Vernetzung.

WFH: Das Netz hat viele Aktivitätsfelder, »öffentliche Bereiche«, Güter ohne Wertform und dergleichen. Wir werden darauf zurückkommen.

LP: Ich möchte an Christoph Türcke anknüpfen und eine Beziehung herstellen zwischen dem Begriff des Neoliberalismus und dem Versuch, Bewusstsein und Handlungsorientierung, die mit ihm verbunden sind, zu charakterisieren. Dabei ist mir besonders wichtig, dass Neoliberalismus auch eine Mentalität der Geschichtslosigkeit produziert, womit der Kampf gegen den Neoliberalismus auch Kampf um ein Geschichtsbewusstsein wäre, gegen Omnipotenzwahn und Unmittelbarkeitsbesessenheit. Omnipotenzphantasien sehe ich bei vielen jungen Leuten im Umgang mit den neuen Medien. Es kommt ihnen vor, als könnte man in jedem Moment alles überall machen. Historische Vermitteltheit, Bedingtheit und Kontextualität – auch im Sinne der Folgen für das Gemeinwesen oder für die Gesellschaft – fallen damit praktisch völlig heraus. Dabei sind nicht die Medien das Problem – hier knüpfe ich an die positiven Aspekte an, die Wolf Haug vorhin genannt hat –, sondern die Handlungsorientierung und die Wertorientierung, die mit der gegenwärtigen Medienkultur verbunden sind, individualistisch, unmittelbarkeitsfixiert, geschichtslos zu agieren.

WFH: Langsam aufs Ende dieser ersten Runde zusteuernd möchte ich doch noch fragen: Wie verhält es sich denn nun mit den patriarchalischen und paternalistischen Strukturen im Rahmen der Moderne-Reflexionen, die wir angestellt haben? Sind das archaische, vormoderne Reste? Oder sind sie tragende Bestandteile dieser Moderne?

EC: Analytisch würde ich patriarchalisch und paternalistisch trennen. Vorhin war die Rede vom sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat, der auch gescheitert ist. Diese Art etatistischer Politik der Arbeiterparteien hängt natürlich auch mit der Großindustrie zusammen und dem dazugehörigen hierarchischen Politikverständnis. Insofern war dieser Wohlfahrtsstaat eingebunden in das fordistische Regulationsmodell, das durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität und durch die Umweltvernutzung und -zerstörung sein Ende fand. So dass praktisch die Lösung der sozialen Frage

durch immer mehr Wohlfahrtsstaat nicht mehr möglich war. Dazu kam dann die mikroelektronische Revolution als Ursache für den Neoliberalismus. Damit ist das Ende oder das Auslaufen der Steuerungsfähigkeit des fordistischen Regulationsmodells angesagt. Was passiert danach? Eine Variante ist eben der Neoliberalismus. Eine alternative Variante auf dem Feld linker Politik ist noch nicht gefunden.

WFH: Ich bin damit einverstanden, dass wir einen gewissen Paternalismus dem fordistischen Sozialstaatskonzept zuordnen. Die Frage steht dann noch immer: Wie ordnen wir patriarchale Strukturen ein in Beziehung auf moderne kapitalistische Gesellschaft?

SL: Ich denke, dass patriarchale Strukturen sowohl zu den Grundlagen der Moderne gehören als auch zum Neoliberalismus. Zum Beispiel ist die Kleinfamilie mit dem männlichen Ernährer konstitutiv für den Fordismus und auch für eine bestimmte Epoche der Moderne, während es im Neoliberalismus andere, aber immer noch patriarchale Umformungen gibt. Zu denken ist an die neue Form von Sexualisierung, die ganze Neuformierung von Sexualität, die auch in bestimmten Formen extrem patriarchal ist, was wir ja täglich im Fernsehen erleben. Gleichzeitig liegen in diesem Aufbrechen der fordistischen Kleinfamilienstruktur auch Chancen neuer Handlungsräume für die Geschlechter. Man muss den Blick darauf richten, wie sich patriarchale Formen verändern und neu formieren.

CT: Ich habe mich mit einem ganzen Buch dazu – *Sexus und Geist* – überall unbeliebt gemacht. Ich denke, um es gleich provokativ zu sagen, dass die Vergesellschaftungsform, die wir haben, im Kern nicht mehr patriarchal ist. Sie ist zwar von Männern ins Werk gesetzt worden, aber der Vergesellschaftungsform ist es eigentlich wurscht, wes Geschlechts die Ware Arbeitskraft ist. Nur dass sich das keineswegs strukturell rein in der Gesellschaft durchsetzt. Aus dem patriarchalen Erbe gibt es nach wie vor brisante gegenwärtige Abhängigkeits- und Herrschaftsstrukturen patriarchaler Art. Ich halte sie aber für etwas, das innerhalb dieser Vergesellschaftungsform, die ich vorhin im weiten Sinn als kapitalistische bezeichnet habe, stattfindet, so dass man auch hier eine wei-

tere Ambivalenz sehen muss. Sie sprachen von bestimmten Formen der Sexualisierung. Ich halte diese für die Kehrseite einer bestimmten Form von Desexualisierung. Was Marcuse einmal repressive Entsublimierung und damit Sexualisierung genannt hat, hat er zugleich als eine Form der Entemotionalisierung bezeichnet.

Wir haben nicht nur das Problem, dass patriarchale Strukturen nach wie vor in dieser Gesellschaft bestehen, sondern dass ihre Auflösung auch immer in der Gefahr steht, etwas Produktives, was in der Geschlechterspannung enthalten ist, mit preiszugeben. Der Begriff der Geschlechterspannung hat einerseits ein Gewaltmoment, auf der anderen Seite aber auch das der wechselseitigen Attraktion des Verschiedenen. Und diese Verschiedenartigkeit droht durch die bestehende Gesellschaftsformation ebenfalls verloren zu gehen. Man muss diese Dinge zusammen sehen: einerseits Kontinuität des Patriarchatsproblems und andererseits falsche Auflösung dieser patriarchalen Strukturen durch eine Gesellschaftsform, die strukturell nicht mehr patriarchal ist.

WFH: Können wir das schlichten durch unsere Formel, dass die Gesellschaft nicht identisch ist mit ihrer herrschenden kapitalistischen Produktionsweise? Sie kann sehr viel ungleichzeitiger sein, in ihren Strukturen überdeterminiert.

WK: Ich bin entschieden dafür, diese Frage des Patriarchats, die ja kontinuierlich seit der Agrargesellschaft besteht, als eine typisch moderne Begünstigung der kapitalistischen Verhältnisse festzustellen und zu kritisieren. Das lässt sich auch in der Wissenschaftsentwicklung sehen. Es ist teilweise sogar trotz aller Errungenschaften von Gegenbewegungen noch schlimmer geworden. Ich möchte nur noch einen Satz zum Geschichtsbild hinzufügen: Die herrschenden Kreise dieses neoliberalen Mainstream haben auch ein Geschichtsbild und verfügen über eine »große Erzählung«, die außerordentlich dezidiert die gesamte abendländische, europäische Entwicklung hinschreibt aufs neoliberale Menschenbild. Sie verstehen unter Freiheit einen entfesselten Kapitalismus und unter sozialer Regulierung traditionalistischen Rückschritt. Das gilt es mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen.

CT: Ich plädiere dagegen, den Begriff der »großen Erzählung« in einen kritischen Diskurs aufzunehmen.

WFH: Der Neoliberalismus »erzählt« das angebliche Ende der »großen Erzählungen« des emanzipatorischen Denkens und der Dialektik, diese als »Erzählungen« noch überbietend. Insofern kann man »große Erzählung« ruhig als Retourkutsche sprechen.

JH: In gewisser Weise hat der Feminismus seine Mission erfüllt, insofern sich eine weitgehende Individualisierung in der Gesellschaft durchgesetzt hat. Das heißt, die Familie als Formation spielt keine Rolle mehr. Jedes Individuum sorgt für sich selbst. Das ist die Devise. Was nicht heißt, dass da nicht noch Restbestände sind, von denen natürlich ebenso profitiert wird. Hierzu gehört die Tatsache, dass Frauen meistens weiterhin in subalternen Rollen zu finden sind. Dass jetzt viele Frauen in den Universitäten sind, hat möglicherweise weniger mit vermehrten Chancen zu tun, als damit, dass die Universitäten keine große Rolle mehr spielen.

EC: Das gilt auch, wenn Frauen in die Armee kommen.

JH: Das wäre ja gut.

WFH: Sollen wir in der Einbeziehung der Frauen ins Militär einen Weg zur Weltabrüstung sehen?

JH: Ich glaube allerdings nicht daran. Ich würde auch sagen, dass das Patriarchat in anderer Form weiterhin herrscht, aber nicht über eine Resexualisierung. Auch ich sehe eher eine Entsexualisierung. Einfach, weil man für die Reproduktion bald die Geschlechterspannung nicht mehr braucht. Insofern scheint der Beitrag der Fortpflanzung zur Geschlechterspannung fast Folklore. Es wird sie – so könnte man sich das Szenario ausmalen – nur durch die Unterordnung der körperlich Schwächeren unter die körperlich Stärkeren geben. Dass im Kulturbereich der entsexualisierte Körper eine so große Rolle spielt, hat damit zu tun.

SL: Mir leuchtet ein, dass in der neuen Sexualisierung auch Formen von Desexualisierung enthalten sind. Aber patriarchale Formen lösen sich nicht einfach auf. Sie nehmen neue Formen an. Auch so etwas wie die Auflösung der Familie ist nicht einfach Indiz für Auflösung. Auch diese feministische Strategie war an einer gewissen Stelle erfolgreich. Aber für die heutigen Verhält-

nisse greift sie zu kurz – man denke nur an die Zunahme allein erziehender Mütter, die von Sozialhilfe leben. Es gibt neue Phänomene, die kein Beweis sind, dass diese Gesellschaft egalitärer wird in Bezug auf die Geschlechterverhältnisse. Internationaler Frauenhandel zum Beispiel.

CT: Man muss Auflösung nicht unbedingt im Sinne von Verschwinden denken, sondern als Dekomposition, die durchaus ein Gärungsprozess ist und diffuse neue, aber auch relativ vage Formen annimmt. Das wäre übrigens ein produktives Weiterdenken des Begriffs der »faulen Existenz« bei Hegel.

LP: Die Menschheit ist eher so, dass beides geschieht: auf der einen Seite traditionelle Formen von patriarchalischer Herrschaft und auf der anderen Seite eine Auflösung von Geschlechtsidentitäten als Dekonstruktion im Sinne von Judith Butler. Beide Formen halte ich für Prozesse, denen sich linke Politik stellen muss. Butlers Vorschläge lösen mit den starren Identitäten auch die Frage der gesellschaftlichen Verantwortlichkeit auf – aber auch die nach dem Subjekt von Veränderung im Blick auf Geschlechterverhältnisse als Herrschaftsverhältnisse. Daher muss man ihren Überlegungen kritisch begegnen. Zu fragen ist, ob der Kampf gegen den Neoliberalismus auf der Ebene der Geschlechterverhältnisse auch ein Kampf um eine neue Identität der Geschlechter sein könnte.

FH: Christoph Türckes Vorstellung, dass es im Kapitalismus gleichgültig sei, welches Geschlecht die Ware Arbeitskraft habe, halte ich für richtig und falsch zugleich. Schließlich müssen wir beantworten, warum unter solchen Bedingungen Frauenmarginalisierung und Ungleichbehandlung erhalten bleiben. Dafür reicht nicht der Verweis auf Ungleichzeitigkeiten. Kapitalismus ist eine strukturelle Verbindung mit dem Patriarchat eingegangen und hat Frauenunterdrückung in seine Fundamente aufgenommen. Eine rein kapitalistische Gesellschaft, also eine, in der alle Individuen außer den Kapitalisten Lohnarbeit im Dienste der Profitinteressen leisten, wäre nicht überlebensfähig. Allzu viele Arbeiten – etwa viele, die mit dem Heranziehen der nächsten Generation zu tun haben – lassen sich nur schlecht in der Form von Lohnarbeit ableiten, schon weil sie einfach zu zeitaufwändig und daher zu teuer

sind, von der qualitativen Seite ganz zu schweigen. Zur Lebenserhaltung braucht es also auch andere Arbeiten und andere Motive als bloß die des Geldverdienens. Vom Standpunkt des Kapitals war es eine produktive Lösung, solche Arbeiten an Ungleiche, in der Regel Frauen zu übergeben. Insofern ist die Gestalt der sorgenden Hausfrau auch ein Produkt der industriekapitalistischen Produktionsweise.

Das ändert sich mit der neoliberalen Phase. Erst jetzt würde ich davon sprechen, dass für einen Teil der Menschen die Herrschaftsfrage in Geschlechterverhältnissen gelöst ist. Die alten Verhältnisse mit ihrer bewährten Arbeitsteilung von sorgenden, pflegenden, umsonst arbeitenden Frauen und den dazugehörigen Werthaltungen – funktional für den Mehrwert schaffenden Einsatz männlicher Arbeitskräfte, denen ihr Ernährerstatus zugleich ein Recht auf sexuelle Befriedigung garantiert – bleiben für die neue Produktionsweise im selben Maße notwendig, wie sie überflüssig werden.

Die Auflösung dieses Paradoxes ist die Spaltung des Arbeitspersonals. Viele Manager der neuen informationsgesteuerten Produktionsweise sind – oder verhalten sich analog zu – Singles, die in der Lage sein müssen, ihren Geist, Körper, Charakter und also auch ihren Sex so zu kontrollieren und zu managen, dass der konzentrierten Verausgabung ihrer Arbeitskraft, welche die ganze Person verlangt, nichts im Wege steht. Dafür müssen sie jung sein und allein, leistungsfähig und also ihre eigenen Bedürfnisse in den entsprechenden Zeiten rationell organisieren. Hierfür sollten sie keine Hilfe brauchen, die abhängig macht, und nicht sorgen müssen für andere, die von ihnen abhängig sind. Insofern wird es unerheblich, ob sie Männer oder Frauen sind, hetero- oder homosexuell, wofern sie nur ihr eigenes Leben vollständig in der Hand haben. Aber die herrschende Politik um Sex, Körper und Arbeit betrifft nicht sie, sondern das übrige Volk in der Arbeit. Hier scheinen die alten Regeln zu gelten. Denn die Verwerfungen und Brüche in der Arbeitswelt verschärfen den Wettkampf um die verbleibenden Plätze und schaffen einen Boden, auf dem die alten Sorgeideale, durchgeführt von fürsorglichen Frauen, umso dringlicher

werden, da sie jetzt auch die fallen gelassenen Arbeiten des abbröckelnden Sozialstaats abdecken müssen.

Man lese die Vorschläge der Vertreter des »Dritten Wegs«. Da wird die Kleinfamilie zur Verfügung gestellt, weil sie auf der Ungleichheit der Geschlechter beruhte; Scheidungsgesetze sollen erleichtert werden; auch homosexuelle Paare sollen Kinder aufziehen können. Als Hauptsache gilt, dass das Aufziehen der nächsten Generation weiterhin Privatsache bleibt, welche die selbstverantwortlichen Individuen, die am Zustandekommen der Kinder beteiligt waren, lösen müssen nach der zynischen Devise, dass es schließlich auch ohne Kinder geht.

WFH: Für heute kommen wir damit zum Schluss. Für die Vorbereitung unseres zweiten Treffens schlage ich vor, Felder zu benennen, auf denen besondere Defizite herrschen. Welche der weißen Flecken auf unserer Karte müssen unbedingt geschlossen werden? Welche lassen wir offen, weil wir ohnehin nur ein Stück machen können?

Die ursprünglichen Programmthesen enthalten Kraut und Rüben in Sachen Arbeitspolitik. Was dort zur Wirtschaftspolitik gesagt wird, ist noch inkohärent. Mit dem Profitprinzip wird einmal gebrochen, dann wieder Rücksicht darauf genommen. Ständig wird Geld ausgegeben, ohne zu sagen, woher es kommen soll. So lässt sich keine Politik machen. Das sind ebenso viele Felder, zu denen eigentlich Äußerungen notwendig wären. Aber kann das unsere Aufgabe sein?

LP: Eher sollten wir uns auf übergreifende Themen beschränken.

WFH: Unter diesem Gesichtspunkt wäre es nicht schlecht, wir würden die heute angefangenen methodischen Rahmenfragen vertiefen und unsere Vorschläge zur Methodik ausbauen.

CT: Leitender Gesichtspunkt sollte dabei der anfangs genannte Spagat zwischen Wünschbarem und Machbarem sein, zwischen Fernperspektive und Anknüpfung an die konkrete Situation.

Zweite Unterhaltung

Vorverständigung

WFH: Lasst mich zu Beginn an den Menschen erinnern, der wesentlich dazu beigetragen hat, dass dieses Projekt der Politikberatung zustande gekommen ist, an Michael Schumann, der bei einem Autounfall gemeinsam mit seiner Frau ums Leben gekommen ist. Das ist nicht nur für seine Angehörigen und für die PDS ein entsetzlicher Verlust, sondern auch für uns sehr schmerzlich. Frigga und ich haben einen Freund verloren.

In der ersten Runde haben wir vor allem Methodenfragen linker Politik besprochen. Wir kamen zu dem allgemeinen Ergebnis, *erstens* den Ansatz von den Widersprüchen her zu empfehlen (nicht zuletzt auch diejenigen Widersprüche behandelnd, die die Linke immer wieder zu zerreißen drohen); *zweitens* die Adressaten in die Bearbeitung der Widersprüche einzubeziehen, also aktivierend auf sie zuzugehen, nicht vor allem fertige Lösungen anzubieten, sondern Bewegungs-Formen für den Umgang mit Widersprüchen vorzuschlagen.

Für heute haben wir uns vorgenommen, Verwerfungen der »gesellschaftlichen Landschaft« zu vermessen, in die linke Politik eingreifen soll. Wir sind Zeugen eines Umbruchs der vorherrschenden Produktions- und Lebensweisen, dem meines Erachtens mit Formeln wie »Krise des Fordismus« oder »Postfordismus« nicht mehr beizukommen ist, sondern der positiv-kritisch beschrieben werden muss, wie es Gramsci Ende der 1920er Jahre für den Fordismus unternommen hat. Es gibt keinen Lebensbereich, der nicht erschüttert und modifiziert würde durch diesen »Kontinentaldrift«. Man fühlt sich an die Sätze des *Manifests* erinnert:

»Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren.«

Versuchen wir also, für die Gegenwart und nähere Zukunft abzuschätzen, wie die »fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung«, wie es im *Manifest* weiter heißt, sich heute darstellt. An den Verschiebungen und Verwandlungen ist Maß zu nehmen für linke Politik.

Es wäre aussichtslos, Vollständigkeit anzustreben. Aber wenigstens Grunddeterminanten können wir herausarbeiten. Die Diskussion wird wie beim ersten Mal in zwei Phasen gegliedert sein. Ich schlage vor, dass wir im ersten Teil die *Konfliktlinien* behandeln, an denen gesellschaftliche Auseinandersetzungen sich vermutlich entzünden werden. Im zweiten Teil sollten wir nach den möglichen *Subjekten* linker Politik fragen. Während demnach im ersten Teil Krisen abzuschätzen wären, auf die von links handlungsfähig zu antworten ist, ginge es im zweiten Teil, falls mein Vorschlag auf Zustimmung stößt, um die Vielfalt von Akteuren, denen das Angebot gelten kann, sich zu pluraler Handlungsfähigkeit aneinander zu lagern, wobei die Vielfalt der Wurzeln linker Politik und die notwendige »Mehrsprachigkeit« ihrer Artikulation deutlich werden sollte.

Da niemand widerspricht, gehe ich davon aus, dass die vorgeschlagenen Fragestellungen eure Zustimmung finden. Bevor wir uns dem ersten Thema zuwenden, gibt Frigga Haug ihren Eindruck von den inzwischen veröffentlichten *Grundlinien* für ein neues PDS-Programm wieder.

FH: Die neuen *Grundlinien* unterscheiden sich vom früheren Entwurf zunächst durch die Länge. Sie umfassen nur zwölf Seiten. Es ist eine Art Forschungsauftrag, in den die Politik hinein formuliert werden soll. Das in der vorherigen Fassung so umstrittene Wort »Moderne« und auch der Ausdruck »Projekt Moderne« kommen so nicht mehr vor. Geblieben ist die dem Begriff zugrunde liegende Denkweise, dass der Kapitalismus einerseits schlimme Dinge tut und andererseits auch gute Dinge, eben im Sinne der

»Moderne«, vorantreibt. Immer noch fehlt die Analyse, dass die Bewegungsweise im Kapitalismus eine ist, in der die schlimmen und die guten Dinge ineinander verhakt vorkommen und durch die Menschen hindurchgehen. Der Geist des vorherigen Moderne-Denkens, der empfiehlt, einiges als Erbe anzutreten, anderes zu bekämpfen, statt die neuen Entwicklungen umfassend zu gestalten, ist so eigentlich geblieben.

Das bedingt eine nach meinem Dafürhalten problematische Gliederung. Der erste der vier Teile formuliert – aus einer gewissen Defensive in die Offensive gehend – erst einmal den Sozialismus schlechterdings, als sozialistischen Anspruch der PDS. Das kommt über eine oft phrasenhafte Rhetorik nicht hinaus, ist relativ umfangreich und verlangt in der Durchführung dann, dass die Strategien jeweils mit einem extra Bekenntnis zum Sozialismus versehen werden, das sich zumeist ethisch äußert. Zum Beispiel: Sozialisten erkennt man nicht daran, dass sie etwa klarere Vorstellungen von der Gesellschaft zu haben beanspruchen als andere, sondern daran, dass sie ein ethisches Engagement in Richtung sozialistischer Verwirklichung haben. Diese Schreibweise folgt aus dem Aufbau, den ich für unklug halte. Ich würde gleich mit dem jetzigen zweiten Punkt anfangen, mit der Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus, dann Strategien und Orientierungen bringen. Denn sozialistische Politik muss sich doch wohl aus der Analyse der herrschenden Verhältnisse ergeben.

Aktuell an unserer Diskussion bleibt der Anspruch, von den Widersprüchen auszugehen und über die Subjekte nachzudenken. Wieder fehlen Widersprüche weitgehend, was eine Schreibweise des Aneinanderreihens von Bereichen und Gebieten hervorbringt. Wiederum sind diese so gebaut, dass man sie mehr oder weniger bei jeder anderen Partei so finden könnte. Dass es sich um Arbeit, Bildung, Umwelt usw. handelt, das kann ja auch die CDU auf ihre Fahnen schreiben. Daher muss dann das sozialistische Engagement jeweils zusätzlich gesprochen werden.

Der Umstand, dass schon wieder nicht mit Widersprüchen gearbeitet wird, führt dazu, dass auch der für Sozialisten zentrale Widerspruch, der zwischen Produktivkräften und Produktionsverhält-

nissen, im Prinzip nicht vorkommt. Die Rede ist von Technologiepolitik und Informationstechnologie, ansonsten fehlen die neuen Produktivkräfte und werden also auch nicht als bestimmend für das Terrain analysiert, auf dem neoliberale (De-)Regulierungspolitik entspringt. Es gibt keine entsprechenden Konfliktlinien.

Die Subjekte kommen als Bekenntnis vor. Das Ganze soll beschrieben werden vom Standpunkt dessen, was die Menschen brauchen und wünschen. Das ist aber auch das einzige Mal, dass von den Menschen gesprochen wird. In der Folge wird ihnen gesagt, wo es langgeht und wozu sie sich verhalten können. Es gibt keinen Raum, in dem die Einzelnen an die Arbeit gesetzt werden, um selber Untersuchungen über ihre Lebensbedingungen anzustellen und das in Politik zu transformieren – etwa in der Richtung, in der einmal die marxische Arbeiterenquôte angelegt war. Dieses Niveau ist geradezu blockiert.

Der zweite Teil behandelt die Veränderungen im Kapitalismus. Das sind bekannte Dinge: Dass sich das Kapital organisiert bzw. international kooperiert, dass es Großbanken und Kriege gibt, auch Feminisierung der Arbeit kommt vor oder dass »das Leben in Ware verwandelt« wird und es die Politik des »Dritten Weges« gibt. Man merkt an der Reihung, dass hier einerseits ein gewohnter Katalog aufgemacht wird, es dann aber eigentümliche Einsprengsel gibt, die – wie der Dritte Weg der Sozialdemokraten – eigentlich auf eine andere Ebene gehören.

In den folgenden »Eckpunkten« sind dann die Felder aufgeführt, auf die das Programm eingehen soll. Es sind die bekannten – *notwendigen* – Punkte: demokratische Rechte, Freiheit von Krieg und Gewalt, Erhalt der Umwelt, Existenzsicherung, Arbeit, Bildung, Wissen, Kultur und soziale Sicherung.

Ich wiederhole diesen Katalog, weil in der Reihe der Felder ein Wissen um die Konfliktlinien vorausgesetzt ist, in das jedoch die Subjekte nicht einbezogen sind. Es könnte ja sein, dass in ihren Lebensweisen andere Probleme auftreten, dass sie andere Politikformen brauchen und zu anderen Regulierungen aufgerufen werden wollen. Es gibt in dieser Hinsicht keine Offenheit in diesem Problemkatalog.

Die *Grundlinien* enden mit der Aufforderung, eine Art »Erzählung« zu entwickeln, eine unverwechselbare PDS-Erzählung, die in Wahlkämpfen leicht transportierbar ist. In ihr soll quasi jeder sich gemeint und ausgesprochen fühlen können.

Im Übrigen gibt es auf den nur zwölf Seiten sechs Wiederholungen. Das ist eine erstaunliche Leistung, wenn man so wenig Platz hat. Es macht den Text langweiliger, als er sein müsste. Die großen Begriffe zum Sozialismus stammen alle aus der Französischen Revolution. Bei der Gretchenfrage, ob Sozialismus durch Revolution oder durch Reform erreicht werden kann, winden sich die Autoren. Man hält beides für möglich. Wir sollten das vielleicht wenigstens luxemburgisch diskutieren, dass das so keine Alternative ist und man diese Bekenntnisse nicht braucht, um die Sozialismusanhänger und die Reformanhänger gleichzeitig bei sich zu vereinen. Man könnte natürlich auch empfehlen, von Gramsci zu lernen, wie man die Menschen mehr einbeziehen kann.

CS: Für eine Partei und eine Programmatik, die von Jüngeren nicht gleich weggelegt wird, ist meines Erachtens vor allem Ehrlichkeit gefragt, im Sinne von ehrlicher Auseinandersetzung, wozu Respekt, Anerkennung, Kritik, Ergebnisoffenheit gehören. Im Unterschied zu Frigga Haug gefällt mir an den *Grundlinien* am besten die Idee, eben nicht mit der Analyse der Welt anzufangen (denn das macht eben schon mal misstrauisch), sondern mit den Subjekten. Mit der Position, dass man Sozialismus nicht als abstraktes Modell sieht, sondern als Gradmesser der Verwirklichung emanzipativer Forderungen, die wiederum aus realen sozialen Bewegungen und den Interessen konkreter sozialer Gruppen entstehen, und dass die Mitglieder nicht beanspruchen, sie wüssten, was für andere gut ist. Das finde ich ziemlich revolutionär. Es wäre großartig, wenn es mal ein Programm gäbe, das damit anfängt: »Menschen gestalten ihr Leben und dessen Bedingungen, ständig und überall, allein und gemeinsam, in vielen spontanen und organisierten Formen. Auch eine parteipolitische Bewegung ist eine solche Form. Was sie von anderen Formen unterscheidet, ist, dass ihr Gestaltungshorizont grundsätzlich unbegrenzt ist: Es gibt nichts, was eine parteipolitische Bewegung sich nicht vornehmen kann

zu ändern; darin liegen ihre – historisch bekannten – großen Gefahren, aber auch ihr enormes Potenzial. Wir organisieren uns in dieser Partei, weil wir glauben, auf diese Form nicht verzichten zu können, um die anderen Formen von Gestaltung zu unterstützen, zu schützen und ihnen zum Durchbruch zu verhelfen.« Und dann kommt der ganze Rest. Das wäre mal ein anderer Ton als der sattsam bekannte. In einem Film über eine Rundreise der Zapatistas durch Mexiko kommt eine Szene vor, wo einer ihrer Sprecher seine Ansprache in einem Dorf mit dem Satz beginnt: »Wir wissen, dass ihr ein organisiertes Volk seid.« Auf diese Haltung kommt es an. Das kriegt man natürlich nur hin, wenn man dieses Organisiert-Sein auch erkennt, gerade auch in Bereichen wie Alltag, Kommunikation, soziales Leben, die der traditionell patriarchale Blick nicht ernst nimmt und deshalb vorschnell von Passivität und Politikmüdigkeit spricht. Aber eine Linke, die die Ansätze und Erfahrungen realer Selbstgestaltung nicht wahrnimmt, fällt durch.

FH: Freilich fangen ja die Thesen nur sehr abstrakt mit den Subjekten an, eigentlich mit dem Menschen als solchem, um dann ziemlich bald auf sozialistische Werte zu kommen. Bei diesem Herangehen kann man das sozialistische Engagement kaum anders als moralisch hinzufügen. Du selbst, Christoph, kommst ja selber sogleich auf einen ganz anderen Anfang, der dann doch die Brücke zur Besichtigung des gegenwärtigen Kapitalismus und seiner Widersprüche schlagen muss.

FD: Bei der Lektüre der *Grundlinien* fällt in der Tat auf, dass die ursprüngliche Konzeption von »Moderne« aufgegeben wurde und stattdessen *zivilisatorische Errungenschaften* genannt werden. Das halte ich für eine Verbesserung gegenüber dem früheren Text. Allerdings sind die danach folgenden zentralen Begriffe – Individualität, Freiheit, Gerechtigkeit usw. – nicht gut abgeleitet. Zunächst sollten die Herrschaftsverhältnisse und die sozialökonomischen Verhältnisse analysiert werden, die es zu kritisieren und zu verändern gilt. Es »menschelt« schrecklich in diesem Text mit seiner abstrakten Konzeption vom Menschen und vom Menschsein. Das Wissen darum, dass »das menschliche Wesen kein dem Individuum innewohnendes Abstraktum«, sondern »in seiner Wirk-

lichkeit ... das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse« ist – Marxens sechste Feuerbachthese –, sollte nicht preisgegeben werden. Amüsiert hat mich der Hinweis auf das legitime Gewinnstreben der kleinen und mittleren Unternehmen. Ich höre schon den Zwischenruf von Diether Dehm, der progressive Strömungen bei der kleinen und mittleren Bourgeoisie preist und deren Bereitschaft zu antimonopolistischen Bündnissen (so nannte man das in der Stamokap-Theorie) zu erkennen meint. Tatsächlich gibt es wohl im Osten der Republik auch Kleinkapitalisten, die der PDS treu geblieben sind.

CS: Das mit dem »Profitstreben der kleinen und mittleren Unternehmen« ist einerseits eine solche Scheinsicherheit nach dem Motto »klein ist gut, groß ist böse«; andererseits besitzt es eine geradezu rührende Ehrlichkeit, sich einem realen Problem zu stellen, an dem das Unzureichende des eigenen theoretischen Rüstzeugs sich unerbittlich in unzureichender Programmatik niederschlägt.

FD: Gleichwohl darf nicht übersehen werden, dass heute gerade in den mittleren und kleinen Betrieben – und hier wieder vor allem im Osten – die schlimmsten Ausbeutungsbedingungen und patriarchalische, quasi-feudale Herrschaftsverhältnisse zu finden sind: kein sozialer Schutz, keine Tarifverträge, keine Betriebsräte, prekäre und fluktuierende Beschäftigungsverhältnisse vor allem für Frauen; brutal wird da der hohe Sockel der Arbeitslosigkeit ausgenutzt, die Angst der Menschen, ihre Entsolidarisierung und Bereitschaft, jedem Kapitalisten – eben: dem »Arbeitgeber« – aus der Hand zu fressen.

FOW: Die Fragen des Widerspruchs und der Subjekte finde ich ganz zentral. Ihr Fehlen hängt damit zusammen, dass vorneweg ein fertiger Sozialismusbegriff aus der Tradition weitertransportiert wird, ohne sich dem Verhältnis von Sozialismus und Sozialdemokratie zu stellen. Worin unterscheiden sich Sozialisten und Kommunisten oder Demokraten?

Diese ganzen terminologischen Fragen werden nicht in der historischen Zuspitzung diskutiert. Das macht das dann so lyrisch. Da stecken ja auch jede Menge explosiver Probleme drin, wenn man sich dem wirklich stellen wollte.

EC: Zwei Anmerkungen dazu. Ich halte gerade die historische Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kommunismus für problematisch, weil sich natürlich die PDS dezidiert als Partei versteht, die mit dem kommunistischen Parteityp gebrochen hat. Auch deswegen gibt es dauernd die Auseinandersetzungen zwischen den demokratisch-sozialistischen Hauptströmungen in der Partei und den »wahren Marxisten« der Kommunistischen Plattform usw. Daher kann der Programmentwurf die Frage Sozialismus – Kommunismus und sozialistische Partei nicht wirklich aufgreifen. Dennoch muss man bei all diesen Debatten immer auch davon ausgehen, dass ein programmatischer Neuansatz für eine Partei wie die PDS ohne kritischen Umgang mit dem, was der Realsozialismus war, letztlich nicht geht: Wesentlich ist bei allem die Erfahrung des Scheiterns.

Den Versuch, mit dem Freiheitsbegriff in für Teile der Linken ungewohnter Weise zu operieren, halte ich für innovativ. Gerade auch die Erfahrung des Realsozialismus bedeutete, dass die Freiheit des Einzelnen sich immer aus den obwaltenden Verhältnissen definierte und die Herrschenden aus der Parteiführung beschloßen, was dem Volke dient. Dagegen nun von der Freiheit des Einzelnen, seinen Spielräumen, seiner Selbstverwirklichung her – was eigentlich ein originär marxischer Ansatz ist – das Ganze neu zu denken und die Frage zu stellen, wie man in die jetzigen Verhältnisse, die immer die Freiheit so plakativ im Munde, aber letztlich ad absurdum führen, dieses Moment neu einführen kann, halte ich für wichtig.

Ich habe mir im Internet das Minderheitenvotum von Uwe-Jens Heuer angesehen. Es richtet sich genau gegen diesen freiheitlichen Ansatz, weil er das kollektivistische Sozialismusverständnis behalten möchte.

FOW: Aber man sollte den Begriff »Kommunismus« nicht einfach den Vertretern der bestimmten bolschewistischen Parteiform überlassen. Es gibt auch historisch-anarchistische Kommunisten oder einen anarchistischen Kommunismus, es gibt auch radikal-demokratische Stränge in der kommunistischen Bewegung – der Kommunistische Bund von Marx.

TS: Die Intention einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Realsozialismus steht offenbar hinter dem Bezug auf den Moderne-Begriff und die bürgerlichen Werte wie Freiheit und Gleichheit. Die damit eingeschlagene Richtung ist jedoch problematisch. Man müsste, wenn man den Realsozialismus von links kritisieren will, fragen, was das eigentlich für eine Produktionsweise und Gesellschaftsformation war. Resultierten nicht viele Probleme daraus, dass es viel mehr Übereinstimmungen mit dem Kapitalismus gegeben hat als Differenzen? Die Form der Produktivkraftentwicklung oder die Tatsache, dass es keine demokratisch-gesellschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel gegeben hat, deuten ja eher auf solche Gemeinsamkeiten hin. Daher denke ich, dass man diese Gesellschaft nicht einfach im Namen bürgerlicher Werte kritisieren kann, sondern genauer analysieren muss, worauf ihre Widersprüche beruhten. Also: Was war eben gerade nicht sozialistisch oder kommunistisch, gemessen an den eigentlichen Zielvorstellungen?

WFH: So wichtig diese Fragen sind, schlage ich vor, sie zurückzustellen und mit der Diskussion um die politischen Felder zu beginnen.

WK: Auch ich plädiere dafür. Die sträfliche Vernachlässigung der Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus entspringt vermutlich dem Glauben, im Besitz einer Theorie, die die bestehenden Umwälzungen richtig wiedergibt, die sozialistischen Orientierungen neu bestimmen zu können. Das ist aber eine Illusion. Man muss anfangen bei der Analyse der gegenwärtigen Umwälzungen und ihrer Perspektiven.

FD: Wir sollten in der Tat nicht von den Schwerpunkten abweichen, die wir uns vorgenommen haben, auch wenn es spannend wäre, über die geistigen Traditionen und historischen Erfahrungen zu diskutieren, auf die sich ein Programm einer sozialistischen Partei heute zu beziehen hätte. Nach dem Scheitern der etatistischen Varianten wäre nach den Traditionen des genossenschaftlichen Denkens (die allerdings auch vielfach deformiert wurden), nach der Bedeutung des utopischen Denkens und anderem mehr zu fragen. In der Präambel des »Godesberger Programms« der SPD

zum Beispiel – das soll nicht als Anregung zur inhaltlichen Nachahmung verstanden werden – wird auf die Traditionen eingegangen, auf die sich die Partei beziehen soll.

WFH: Ansatzweise wäre dies im heutigen zweiten Teil möglich. Für die Ausgangslage der Diskussion lässt sich zusammenfassen: Der Moderne-Diskurs ist differenziert worden. Das geht in eine Richtung, die wir teilen würden. Doch der methodische Geist, aus dem das Ganze gemacht ist, ist noch identisch. Die Auftragslage hat sich insofern nicht wesentlich verschoben.

FH: Vielleicht könnte man den Unterschied und zugleich unsere Beratungsaufgabe in einem Satz zusammenfassen: Der zentrale Satz in den *Grundlinien* heißt: »Die Hauptgefahren heute sind Kapitalismus und Patriarchat«. Er heißt nicht: Kapitalismus und Patriarchat sind Produktionsverhältnisse, in denen stets neu konfigurierte Problemfelder auftauchen, in denen wir politisch handeln müssen. Es wäre unsinnig, die beiden schlicht als Bösewichter abzubilden. Sie sind ja die Quelle der gegenwärtigen Bewegung und Entwicklung, sowohl nach vorn als auch als Problem. So bleibt uns weiter, energisch auf einem Widerspruchsdenken zu bestehen.

CS: Es wäre schon schön, wenn ein Programm nicht schreiben würde: »Wir leben in einer Gesellschaftsform, die man Kapitalismus nennt«, so als ob wir da zufällig wie Mieter drin wären und uns beim Vermieter beschweren könnten. Sondern etwa: »Wir organisieren und produzieren unser Leben und seine gesellschaftlichen Strukturen in einer Art und Weise, die man Kapitalismus nennt; die man auch als Patriarchat beschreiben kann, als Nord-Süd-Herrschaft (>Imperialismus<), und in verschiedenen anderen zutreffenden Begriffen. Was uns, als Mitglieder dieser Partei, von anderen unterscheidet, ist, dass wir glauben, dass es auch noch andere Formen geben kann und muss, wie Menschen ihr Leben und ihre Gesellschaft organisieren und produzieren; und dass die heutige, kapitalistisch-patriarchale Form sich nicht aus sich selbst heraus immer weiter verbessert, sondern dass es mächtige Interessen gibt, die auf dem Weg zu neuen Formen zurückgewiesen und zurückgedrängt werden müssen.« usw.

Erster Teil: Konfliktlinien

WFH: Damit ist das Problem angesprochen, das wir uns unter dem Stichwort »Konfliktlinien« für den ersten Hauptteil heute vorgenommen haben. Mit den bereits zitierten Worten des *Manifests* lautet die Frage: Wie sehen wir heute »die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung«, die der Kapitalismus bewirkt. – Ich nehme an, wir sind uns einig, dass Wort für Wort dessen, was ich hier aus dem *Manifest* zitiert habe, in der einen oder anderen Weise die Gegenwartserfahrung aller gesellschaftlichen Schichten heute bestimmt. Für eine Analyse folgt hieraus der Auftrag, die Determinanten der gegenwärtigen Form dieser Umwälzungen zu benennen und die Modifikation dessen, was Herrschaft von Menschen über Menschen heißt, abzuschätzen: Die Veränderung der Geschlechterverhältnisse, die Modifikation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Am Zusammenwirken dieser verschiedenen Veränderungsprozesse Maß zu nehmen und Krisenfelder und Konfliktlinien zu benennen, die sich daraus ergeben, das ist unsere Aufgabe im ersten Teil.

Soweit ich den linken Diskurs beobachte, finden wir viele Beschreibungen von Finanzkapitalismus. Wir finden kaum Beschreibungen, die in marxscher Weise ausgehen von dem Umbruch auf dem Feld der Produktivkräfte und dem folgenden Umbruch auf dem Feld, was eigentlich Arbeit heißt. Ich denke, dass die Finanzprozesse eher eine Bewegungsform – früher hätte man Erscheinungsform gesagt – der Veränderungen sind, aber nicht das in letzter Instanz Bewegende, allenfalls eine verstärkende Rückkoppelung.

FOW: Nach Marx führt die fortwährende Umwälzung der Produktivkräfte zu Krisensituationen. Aber darin steckt ein Problem. Marx hat das so gedacht, dass das unmittelbar und permanent der Zustand der kapitalistischen Produktionsweise ist. Inzwischen haben wir aber die Erfahrung gemacht, dass diese sich periodisch restrukturiert, prekäre Gleichgewichte erzielt und dann Perioden wie den Hochfordismus hat, die doch eine ganze Weile relativ stabil sind und in denen es unter Gewinn für große Teile der Gesell-

schaft – zumindest in den führenden Ländern – vorangeht, und dann erst wieder eine Krisenphase auftritt. Diesen Gedanken muss man hinzufügen, sonst bekommt man keinen Zugang zur gegenwärtigen Situation. Zu fragen ist, ob wir in einer Strukturierungsphase oder ob wir in einer neuen Phase von allgemeiner Krise des Kapitalismus sind.

WFH: Nur zur Vermeidung einer falschen Front: Von der »ununterbrochenen Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, der ewigen Unsicherheit und Bewegung« zu sprechen, heißt nicht, die allgemeine Systemkrise auszurufen. Im Übrigen war das »goldene Zeitalter« des Fordismus zugleich die Zeit von Kriegen wie dem Vietnamkrieg, und es war auch sehr kurz. In Deutschland dauerte es gerade mal ein Jahrzehnt. Die Wiederaufbaukonjunktur nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird man ihm ja wohl nicht zuschlagen können. Doch nun zum gegenwärtigen Veränderungsschub!

Methodisch besonders wichtig scheint mir die Frage nach den ambivalenten Potenzialen. Das muss man im Auge behalten, damit man nicht Texte macht, die länglich davon reden, dass alles immer schlimmer wird, um am Schluss einen Abschnitt anzufügen »... aber es gibt auch Chancen«. Die Widersprüchlichkeit jener Potenziale muss ins Bild kommen.

FH: Ich spitze die Problematik auf das Feld der Arbeit zu: Da ist doch eine permanente Umwälzung der Produktivkräfte, deren Zeugen wir sind. Immer weniger Produzenten und immer andere werden dafür gebraucht. Fast alle Probleme, die wir im Augenblick im politischen Feld haben, lassen sich darauf beziehen. Die Fragen von Migration und Ausländerpolitik etwa sind in der veränderten Form, in der sie sich heute stellen, anders gar nicht angebar. Im steigenden Bedarf nach Software-Spezialisten und anderen Hochtechnologiearbeitern, der die Kapitalvertreter nach »Zuwanderung« zehntausender Spezialisten aus anderen Ländern rufen lässt, während gleichzeitig die Massenarbeitslosigkeit im Inland auf hohem Niveau verharrt, macht sich die Umwälzung der Produktionsweise geltend. Die Ausdehnung der Anwendungsfelder der Leitproduktivkraft des Computers führte zu einem ande-

ren Arbeitskräftebedarf, für den nicht genügend ausgebildet worden ist. Die Umschichtung in der Zusammensetzung der Arbeiterklasse bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit droht zur weiteren Schwächung der Gewerkschaften zu führen. Eine Gegenbewegung, die aufmerksam zu studieren ist, manifestiert sich in der Gründung der Supergewerkschaft *ver.di*, in der übrigens mehr als die Hälfte Frauen sind.

Zur Neustrukturierung der Arbeiterklasse als Resultat der Produktivkraftentwicklung gehört eine Verschiebung im Verhältnis von Männer- und Frauenarbeit. Auch diese verläuft nicht geradlinig. Neben einer Herausdrängung von Frauen, die dem generellen Abbau von Arbeitskräften im Dienstleistungssektor – auch wegen der Möglichkeit, viele Tätigkeiten im Computer zusammenzufassen – geschuldet ist, und der fortdauernden Schwierigkeit, auf den höheren Ebenen der Erwerbsarbeit Fuß zu fassen, erfahren wir eine »Feminisierung der Arbeit«. Das bedeutet zweierlei: Mehr Frauen werden erwerbstätig – es gibt ja Stimmen, die die wachsende Arbeitslosigkeit insgesamt auf die zunehmende »Erwerbsneigung« der Frauen schieben –; und die Arbeitsverhältnisse werden prekärer, »flexibler«, geringer entlohnt. Wir erleben also eine Veränderung von Lohnarbeit in Richtung auf die bisherige weibliche Erwerbsarbeit. In der Sprache der Regierung heißt das: Niemand kann mehr einen Vollzeit-Arbeitsplatz auf Dauer erwarten. Es gibt also insgesamt einen größeren Anteil an Frauen in der Gesamtarbeit und ein höheres Maß an Fluktuation an den einzelnen Arbeitsplätzen. Diese Bewegungen und Veränderungen müssen studiert werden, da sie es notwendig machen, die Arbeitssubjekte als Träger von Veränderung komplexer zu denken und eine andere Politik als die von den Gewerkschaften bislang betriebene zu verfolgen.

Zwei weitere Aspekte zum Komplex Arbeit, über die wir uns verständigen müssen: Das Minderheitenvotum zu den ursprünglichen Programmthesen hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht, dass in der Frage der Arbeit eine Politik empfohlen wurde, die auch die Neoliberalen des Dritten Weges vorschlagen. Nämlich davon auszugehen, dass Arbeit nicht nur Lohnarbeit ist, sondern dass alle

möglichen Formen von Umsonstarbeit, von Hausarbeit usw. gleichzeitig existieren. Diese, so etwa der Vorschlag des Club of Rome, könnte man bündeln und zusammen als Arbeit bezeichnen, um so zu einer umfassenden Integration der Gesellschaftsmitglieder über Arbeit zu gelangen. Es kann zweifellos nicht das Programm einer demokratisch-sozialistischen Partei sein, vorhandene herrschende Politik einfach zu verdoppeln. Vielmehr wären solche Ansätze über die Grenzen einer ideologischen Befriedungsstrategie hinauszu-schieben in wirkliche gesellschaftliche Partizipation und Mitgestaltung.

Durch »passive Revolution« im Sinne Gramscis, das heißt durch die Aufnahme von Forderungen aus der Frauenbewegung – den Arbeitsbegriff zu erweitern, Hausarbeit der Erwerbsarbeit gleichzusetzen, Reproduktionsarbeit anzuerkennen –, wird im Zusammenhang des Dritten Wegs, also quasi regierungsoffiziell versucht, die Krise der Arbeitsgesellschaft zu ermäßigen. Die Einsicht, dass es nicht an Arbeit fehlt, sondern an ihrer gerechten Verteilung, und dass Kreativität, Selbstverwirklichung legitime und unterstützenswerte Aktivitäten sind, ist an und für sich zu begrüßen. Zugleich tut sich hier eine Falle auf, weil die Art der Berufung auf diese Einsicht daran mitwirkt, die um Lohnarbeit gesammelten politischen Kräfte zu schwächen. Es ist auch eine Falle, weil es den Widerstand aus der Frauenbewegung aufnimmt und zu erfüllen scheint, ohne dieser eine aktive Rolle zuzuweisen. Auch für die Frage der ursprünglich sehr utopisch klingenden Forderung nach einem Existenzminimum für alle, oft »Bürgergeld« genannt, braucht es einen spezifischen Vorschlag, der auf Bewegung von unten setzt.

Die produktivkraftbedingten Veränderungen im Arbeitsbereich verlangen im großen Maßstab Arbeitssubjekte, die selbstverantwortlich sich zu ihrer Arbeit, deren Entwicklung, zu ihren Kollegen, zu ihrem Alltag, ja zu sich selbst, ihrer Arbeits-, Bildungs- und Lebensplanung verhalten. Entsprechend ist Selbstverantwortung ein Schlüsselwort in den politischen Verlautbarungen des Dritten Wegs. An die Stelle des paternalistisch verfügbaren Subjekts, aber auch des klassenbewussten Lohnarbeiters, tritt der »Arbeitskraftunterneh-

mer«. Solche zweideutigen Entwicklungen gilt es zu analysieren, ihre die Menschen aktivierenden Dimensionen aufzunehmen und weiterzutreiben in wirkliche gesellschaftliche Verantwortung.

FD: Es ist nicht leicht, gleichsam aus dem Stegreif die neue Konstellation in ihren verschiedenen Dimensionen zu charakterisieren. Hier gibt es zahlreiche offene Fragen und deshalb auch theoretische Kontroversen. Wir können zunächst einmal anschließen an Eric Hobsbawms *Zeitalter der Extreme*. Hobsbawm ist Historiker, der weniger theoretisch argumentiert als präzise beschreibt und ein Gespür für die großen Brüche und epochalen Wendungen in der Geschichte hat. Den Schlussteil seines Buches hat er mit »Der Erdrutsch« überschrieben. Er meint damit die Entwicklungen im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts, in dem sich die weltpolitischen Kräftekonstellationen vor allem infolge der Implosion des »Realsozialismus« ebenso dramatisch verändert haben wie die inneren – sozialökonomischen, politischen und kulturellen – Verhältnisse in den Metropolen des Kapitals, aber auch in den Systemen der Peripherie. Die Programmdebatte einer sozialistischen Partei muss die innere Struktur, die Triebkräfte etc. dieses Umbruchs bestimmen und deren Bedeutung für die Reformulierung eines sozialistischen Programms benennen. Wenn man davon überzeugt ist, dass Sozialismus noch eine Zukunft hat (ansonsten würden wir hier nicht zusammensitzen), muss zunächst diese Arbeit geleistet werden.

Das Programm einer linkssozialistischen Partei sollte erkennen lassen, dass die Analysen und Debatten von Marxistinnen und Marxisten über diesen »Erdrutsch« und seine Konsequenzen bekannt sind. Die Rede vom »westlichen Marxismus« (Anderson) stimmt natürlich heute nicht mehr so wie vor zwanzig Jahren; gleichwohl kann eine Kontinuität marxistischen Denkens – sowie von Kapitalismusanalysen – wohl nur in dieser Tradition bestimmt und weiterentwickelt werden. Ich denke dabei an Analysen zur »neuen (postfordistischen) Kapitalismusformation« (Lipietz/Aglietta), zur »Globalisierung« und zu den internationalen Finanzregimen (von Altvater/Mahnkopf, Jörg Huffs Schmid bis Peter Gowan und Leo Panitch), zur Herausbildung neuer Hegemonialkonstellationen in

der internationalen Politik (Robert Cox bis Stephen Gill), zur Transformation staatlicher Tätigkeit zum »Wettbewerbsstaat« (Bob Jessop, Joachim Hirsch u.a.), zur Veränderung der Klassenstrukturen und der Arbeitsorganisation und schließlich auch zur Kultur im postmodernen, globalen Kapitalismus (Frederic Jameson und Perry Anderson).

FH: Hast du bei deinem erfreulichen Versuch, so etwas wie eine westmarxistische Literaturliste zusammenzustellen, nicht etwas vergessen? Ich denke dabei etwa an die Arbeiten des Projekts Automation und Qualifikation und im Anschluss daran die Debatten im *Argument*, in denen es auf Grundlage der Automationsforschung um den Übergang zur hochtechnologischen Produktionsweise und zum transnationalen High-Tech-Kapitalismus geht, um die neue Bedeutung geistiger Arbeit, um neoliberale Globalisierungspolitik und die Herausbildung von Elementen eines »Biokapitalismus«. Bedenke auch die Arbeiten zum *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, in dem nicht nur die meisten der von dir genannten Autoren – einschließlich deiner selbst – schreiben, sondern auch das Erbe an Marxismus-Diskussion aus den staatssozialistischen Ländern aufgearbeitet wird.

FD: Es sei mir fern, dies alles zu verdrängen. Vor allem die Arbeiten des Projekts Automation und Qualifikation, die damals gegen den Strom gingen und ihrer Zeit voraus waren, stellen wichtige Grundlagen bereit. Ein Aspekt scheint mir dabei besonders wichtig. Marx spricht in den *Grundrissen* davon, dass mit der Produktivkraftentwicklung und der Verwissenschaftlichung der Produktion sich einerseits der Charakter der lebendigen Arbeit verändert – der »Mensch verhält sich als Wächter und Regulator zum Produktionsprozess selbst« –, andererseits »die auf dem Tauschwert beruhende Produktion« an ihre Grenzen gerät und die Reduzierung der notwendigen Arbeitszeit als Voraussetzung für die »freie Entwicklung der Individualitäten« zum zentralen Feld politischer und sozialer Auseinandersetzungen wird (MEW 42, 601f). Damit hängen heute zahlreiche Fragen wie die Entwicklung der Arbeitsmärkte, die Transnationalisierung, die Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, die Krise des Sozialstaates usw. zusam-

men. Außerdem besteht hier »Anschlussfähigkeit« an die Debatten über »Dekommodifizierung« – gemeint ist das Abstreifen des Warencharakters der Arbeitskraft –, die im Zusammenhang mit der Sozialstaatsdebatte (Esping-Anderson u.a.) auf die Bedeutung eines staatlich geschützten Sektors der Beschäftigung aufmerksam gemacht haben, in dem die Arbeitskraft nicht den Risiken des Marktes und der Fluktuationen kapitalistischer Produktion unterliegt und zugleich einen relativ hohen sozialen Schutz genießt (durch Tarifverträge und Sozialgesetze). Im Gegensatz dazu schafft die »Lösung« der »Freisetzungproblematik« durch den Markt – nach angelsächsischem Vorbild – »überschüssige Arbeit«, die nicht länger nützlich oder besonders billig geworden ist. Zentral für ein sozialistisches Programm müsste sein, dass die Gesellschaft wieder die Kontrolle gewinnt über die Frage, wie Zeit verwendet und freie Zeit genutzt wird.

WK: In unserem ersten Gespräch gab es eine von mir ausgelöste Debatte über den Kapitalismus im Singular und den Kapitalismus im Plural. Da wurde ich insofern missverstanden, als ich nicht etwa dafür plädierte, nur noch von Kapitalismen zu reden und den Kapitalismus auch theoretisch nur noch im Plural zu denken. Es gibt eine übergreifende innere Struktur und Dynamik, die alle Gesellschaften gemeinsam haben, die auf dem Prinzip der Kapitalverwertung und des Maximalprofits beruhen. Doch dieser Kapitalismus im Singular steht oberhalb der Ebene, auf der wir mögliche Transformationen heute konkret zu diskutieren haben. Man muss den Kapitalismus im Singular denken, kann ihn aber nur im Plural bekämpfen. Das zweite, was ich für sehr wichtig halte, war das von Wolfgang Fritz Haug formulierte Fazit, dass für unsere Epoche in Bezug aufs Kapitalverhältnis *soziale und ökologische Regulierung vor Abschaffung* rangiert. Das war wirklich ein Fazit der Debatte. Es geht aber eben darum zu diskutieren, wer reguliert, was reguliert werden muss, zu welchem Ziel und wie reguliert werden kann.

Ein anderer wichtiger Punkt ist die Permanenz der Umwälzung in der kapitalistischen Produktionsweise. Wenn man sich das *Manifest* und die spätere marxische Theorie vor Augen führt, hat man

immer die Schwierigkeit, dass die Arbeiterklasse eine Gesellschaft umwälzen soll, die sich selber ständig umwälzt. Es gibt am Schluss des *Manifests* den Satz, dass die Kapitalistenklasse sich den Boden selber unter den Füßen wegzieht und deshalb der Sieg des Proletariats gewiss ist. Beides ist so nicht aufrechtzuerhalten. Was die ständige Umwälzung angeht, so sind historisch in den vier bis fünf Jahrhunderten der Entwicklung seit den ersten Ansätzen des Kapitalismus sehr viele Phasen mit den ihnen eigenen Strukturen zu unterscheiden, die jede für sich auch Stagnationsphasen aufweisen. Diese Entwicklung innerhalb kapitalistischer Gesellschaften hat die von Marx für die Formationsentwicklung insgesamt festgestellte Dialektik zwischen Stagnation und Dynamik jeweils bis zum Konflikt zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen getrieben. Dadurch entsteht die bisher ungenügend beachtete Frage, auf welcher historischen und theoretischen Ebene wir dann diese Gesamtentwicklung noch unter ein und denselben Formationsbegriff bringen können.

Das wäre ein theoretischer Denkanstoß, der uns davor bewahren sollte, weiterhin den Kapitalismus insgesamt als »ökonomische Gesellschaftsformation« nur im Singular zu definieren und ihn demzufolge auch im Singular als Ganzes abschaffen zu wollen. Zunächst sehr allgemein: Man muss genau die Schritte formulieren, die es zu gehen gilt, um die richtige Art der Regulierung zu finden, die der Linken und ihrer Politik unter den neuen Bedingungen entspricht und worin dabei die konkreten gesamtgesellschaftlichen Transformationstendenzen bestehen.

Was die Widerspruchslinien angeht, will ich hier nur eine nennen. Ich glaube, der Finanzkapitalismus hat gegenwärtig eine veränderte qualitative Funktion. Die bewegende Kraft ist zweifellos die seit etwa 30 Jahren vor sich gehende mikroelektronische, wissenschaftlich-technische Produktivkraft-Revolution. Diese besteht darin, dass unter den Bedingungen der höchsten Entwicklung in den Zentren des Kapitalismus immer mehr Regelungs-, Ordnungs- und Kontrollfunktionen, die Menschen inne hatten, durch Technik übernommen werden – und zwar auf einer ganz anderen Ebene als in der früheren Fabrik und auch noch in der fordistischen Großin-

dustrie. Hinzu kommen Biotechnologien und die Gen-Technik. Daraus ergibt sich ein Unterschied dieser neuen Existenzweise des Kapitals zu dem, was früher als kapitalistische Produktionsverhältnisse formuliert wurde. Man muss untersuchen, was die Produktions- und Reproduktionsweise menschlicher Gesellschaft unter diesen Bedingungen ist.

Was gegenwärtig vor sich geht, ist eine »Finanzialisierung« aller Lebensbereiche, ob es sich um die Eisenbahn, das Gesundheitswesen oder den Fußball handelt. Dadurch erodiert die Verbindung zum wie auch immer veränderten Produktionsbereich bzw. zur gesellschaftlich-kulturellen Funktion des jeweiligen Sektors von Dienstleistungen und kulturellem Leben.

Im Prospekt einer Tochterfirma der Deutschen Bahn stand, die Gewerkschaft der Eisenbahner unterstütze das Ziel des Vorstandes, die Börsenfähigkeit der Bahn zu erhöhen. Das sagt mehr aus als vieles andere über diese Entsachlichung durch Finanzströme. Die eigentlichen Zwecke sämtlicher sachlicher Lebensbereiche der Gesellschaft springen um in Fragen der Finanzregulierung, der Anbindung an die Börse, der Orientierung am »shareholder value« usw. Das halte ich für eine tief greifende Verwerfung, die darüber nachzudenken zwingt, wo und wer die Verlierer dieser Globalisierung sind und welche Interessen davon betroffen werden. Wo kann hier eine neue Bündnispolitik ansetzen? Das Gesagte lässt sich auch augenfällig am Streit zwischen der Autoindustrie und der Kirch-Gruppe um die Verwertung der Formel-I-Fernseh-Rechte zeigen.

WFH: Erlaubt mir einen Zweifelssatz. Im *Manifest* ist das in allgemeiner Form alles beschrieben: Die eigentliche Sache, ihr Sturz, der eigentliche Zweck, seine Abstraktion und Verschwinden im einzigen Verwertungszweck. Darin sehe ich keine Neuigkeit. Man kann nur sagen, dass gegenwärtig die Verwertungsbeziehungen wieder einmal expandieren in Räume, die bisher noch nicht dem Kapital unterworfen waren. Wir müssen diese Expansionen benennen – etwa die gegenwärtige Ausdehnung der kapitalistischen Aneignung in den Bereich der genetischen Muster der Lebewesen. Wie es im Übergang zur kapitalistischen Gesellschaft

die berüchtigten »enclosures« gegeben hat, die »Einhegungen«, durch die Gemeindeland, Allmende, zum Privateigentum der bisherigen Feudalherren gemacht wurde, so werden heute Wellenlängen, biologische Lebensmuster oder kulturelles Erbe privatisiert. Hier tun sich enorme neue Problem- und Konfliktfelder auf.

WK: Ich bin damit einverstanden. Mit Recht wurde in der Debatte über 150 Jahre *Manifest* immer wieder gesagt, dass Marx bei der Beschreibung der modernen Produktionsweise Tendenzen antizipiert, die eigentlich jetzt erst qualitativ voll wirksam werden. Insofern muss man die neue Qualität sehen und auch als solche analysieren.

WFH: Oder wir fassen es wie Frieder Otto Wolf: Es ist eine Geschichte von Schüben. Gegenwärtig ist wieder eine solche Schub-Phase. Es ist nicht die erste und wird vermutlich nicht die letzte sein.

FOW: Ich möchte die Frage der Schübe noch etwas mehr beleuchten. Ich glaube inzwischen, es gibt zwei. Es gibt den großen Deregulierungsschub unter neoliberalen Vorzeichen in den 1980er und 90er Jahren. Da haben die Finanzmärkte als Hebel zur Zersetzung alter Verhältnisse und Strukturen gewirkt. Dabei waren sie nicht nur ein äußerlicher Ausdruck. In der gegenwärtigen Situation gibt es Ansätze eines zweiten Schubes in Richtung auf eine neue Struktur, die selber paradox ist, weil sie eine Struktur der permanenten Umstrukturierung ist. Insofern wird der Kapitalismus seinem Begriff entsprechender als er es jemals war. Diese beiden Schübe, die in der linken Debatte aber immer wieder durcheinander gehen, müssen wir unterscheiden. Ich will versuchen, das an zwei Punkten etwas konkreter zu fassen.

Erstens die Frage der Arbeitsverhältnisse. Wolf Haug hat gesagt, wir sollten die Ambivalenzen von vornherein mitdenken. Ich will das für die Rede vom »Arbeitskraftunternehmer« vorschlagen. Als Denkfigur ist sie natürlich neoliberal. Aber sie spricht vor dem Hintergrund einer wirklichen Entwicklung, wo gerade in den neuen Bereichen den Subjekten selber die Organisation ihrer Ausbeutung aufgegeben wird, ohne dass noch jemand existiert, der ihnen durch Anweisungen sagt, wie sie sich ausbeuten lassen sollen. Das

wird vielmehr über Marktverhältnisse vermittelt. Marktvermittelte Herrschaft hat einen ganz neuen Stellenwert. Dem entsprechen neue Arbeitsplatzverhältnisse. Inzwischen gibt es andererseits die Rede von der »klassischen Lohnarbeit«. Ich hätte Zweifel, ob man sagen sollte: Gegenüber diesen neuen Arbeitsverhältnissen müsse man die klassische Lohnarbeit wieder stark machen. Das ist wohl keine realitätstüchtige Strategie.

FH: Einen entscheidenden Teil der paradoxen Subjektformungen, wie sie jetzt mit dem hässlichen Wort »Selbsternehmerisierung« beredet werden, haben wir in unseren Schriften zur Automationsforschung schon vor über zwanzig Jahren auf Formeln wie notwendiges »Eigentümergehalten« von Lohnarbeitenden, »einsame Zusammenarbeit«, »gefesselte Freisetzung« usw. gebracht.

FOW: In der Frage, was sich gegenwärtig strukturiert, ist sicherlich ein zentraler Punkt, ob wir nicht in unserer Vorstellung von Produktivkraftentwicklung, von Übertragung von menschlichen Funktionen an Maschinen, noch immer so etwas im Hinterkopf haben wie die alte Vorstellung vom Buch der Natur, das irgendwann ausgelesen ist. Wenn diese Funktionen »übertragen« sind, bleibt für die Menschen nichts mehr zu tun. Diese Vorstellung müssen wir überwinden. So wie jede Antwort auf eine wissenschaftliche Frage es möglich macht, neue, intelligentere Fragen zu stellen, macht auch jede technische Problemlösung einen ganzen Fächer neuer Möglichkeiten auf, sie auch sozial, kommunikativ und reparatur- und planungsmäßig zu vermitteln. Das erfordert den Einsatz menschlicher Fähigkeiten, macht also Arbeit. So entstehen im Prozess der technischen Entwicklung neuartige Arbeitsaufgaben, und mit der »Produktivkraftentwicklung« verschwindet nicht etwa die menschliche Arbeit. Das gilt auch in der gegenwärtig anlaufenden »Landnahme« industrieller, d.h. auf der Anwendung von Technologie beruhender Arbeit gegenüber der »inneren Natur«, also in der Biotechnologie, oder im Hinblick auf die noch unentwickelten Potenziale einer Öko-Technologie, die sich auf den Stoffwechsel der Menschen mit Naturbedingungen richtet.

Auf die Frage der kleinen und mittleren Unternehmen bezogen: Es wäre ein ganz anderes Ding, wenn BP, VW oder Siemens sich neue Verkehrs- und Energiemodelle auf den Zettel nähmen und dort strategisch investieren würden, als wenn ein Kleinunternehmen gegründet wird, das eine Form der Wasserreinigung praktiziert. Ich will Letzteres nicht niedermachen, aber ich glaube, die gegenwärtigen Umstrukturierungsfragen sind eher Fragen an die Global Players, ob und wo sie sich engagieren und neue Sphären für sich erschließen. Auch da gilt die Ambivalenz. Da werden natürlich neue Probleme produziert. Aber man muss auch sehen, welches Potenzial an Zeitgewinn und damit an Erschließung von Handlungsräumen in solchen Änderungen liegen können.

WK: Noch ein Wort zur Frage von Regulierung und Deregulierung: Es ist missverständlich, den Neoliberalismus mit Deregulierung zu identifizieren. Die neoliberale Deregulierung ersetzt in Wirklichkeit die sozialstaatliche durch eine rein kapitalistische, das Kapital entfesselnde Regulierung. Das Gerede vom freien Markt ist Ideologie. Das ist mir deutlich geworden bei der Diskussion um Kirch. Es geht um eine neue Art von Herrschaft, die ganz brutal im Streben nach Monopolstellung umgesetzt wird.

WFH: Ist das nicht ein Paradox, von Kapitalismus als entfesselnder Regulierung zu sprechen? Regulierung ist doch immer partielle Fesselung, Einschränkung. Hat Regulierung einen anderen Sinn als den, dass es einen Damm gibt für einen Fluss? Das Einreißen der Dämme ist doch keine Regulierung.

FOW: Da herrscht ziemliche Verwirrung in der Terminologie. Es gibt Reglementierung, Regulierung und Regulation. Die drei Begriffe bedeuten nicht dasselbe. Reglementierung – da ist das Argument völlig klar. Regulierung im deutschen Traditionsgebrauch auch. Ein Sprecher der Deutschen Bank wird immer sagen, wir brauchen weniger Regulierung. Regulation ist anders gefasst. Auch wenn wir sagen, wir gehen auf Marktregulation über, die Sachen sollen sich unter den bestehenden Machtverhältnissen von Monopolen frei einpendeln, sprechen wir in diesem Sinne von Regulation.

WFH: Das ist gleichsam eine Entführung des Gramsci'schen Begriffs der *economia regolata*. Dort hat die Regulationsschule

das ursprünglich her. Im Kernsinn steht *regolazione* bei Gramsci fast schon für Planung, für das, was man damals auch »organisierten Kapitalismus« nannte. Dann hat man vergessen, was daran marxistisch war. Und es entstand eine neue formal abgehobene Theorie.

WK: Eine solche Art von Planung findet bei den Global Players auch statt. So organisieren sie die Verwirklichung ihrer Interessen. Ich will damit kein Zentralkomitee der Konzerne unterstellen, aber da wird die Beherrschung der Märkte durchaus geplant. Das halte ich auch für eine Art von Regulierung. Der Damm wird errichtet gegenüber Konkurrenten.

WFH: Aber können wir uns sprachlich dann nicht doch darauf einigen, dass Smiths »Unsichtbare Hand« dem Begriff Deregulierung seine Pointe gibt? Das ist genau beschrieben mit der Formel, es gelte, »den Markt sich selbst zu überlassen«. Regulierung tritt genau dann ein, wenn man den Markt nicht sich selbst überlässt.

CT: Mir scheint, dass der Begriff der Reglementierung stärker den Aspekt der Gewalttätigkeit hat. Da wird gewaltsam in einen Prozess eingegriffen. Regulierung verbinden wir eher mit einem vernünftigen Strukturierungseingriff. Was Frieder Otto Wolf als Regulation bezeichnet hat, wäre eher so etwas wie ein Sich-Einspielen von eigentlich freien Kräften. Der Begriff der Deregulierung ist insofern besonders missverständlich, weil er meistens assoziiert wird mit Entbürokratisierung. Genau das Gegenteil ist ja der Fall. Es geht nur darum, Handelsschranken zu beseitigen, Kapitalverwertungsschranken. Aber das Niederreißen dieser Schranken ist gewöhnlich verbunden mit einer Fülle neuer Administrationsprobleme. Man denke nur an den Konflikt zwischen globalem Kapitalfluss und nationalen Rechtssystemen. Von daher hat die Vorstellung, mit der Deregulierung träten wir aus dem Gestrüpp der Bürokratie heraus in eine freie Sphäre, überhaupt keine Entsprechung in der Realität.

WFH: Wir reden also von einem Umbau. Das wäre dann der Sinn der beiden Beiträge. Du sprachst vom Übergang von der sozialstaatlichen Regulation zu einer die Expansion der neuen Kapitalsektoren fördernden Regulation.

FD: Regulation betrifft die Beziehung von Ökonomie und Politik, eine zentrale staatstheoretische Thematik also. Schon Hobbes begibt sich auf dieses Feld, wenn er die Gründung des Staates durch Vertrag zwischen den Individuen als Beendigung eines Naturzustandes ansieht, in dem ein jeder der Feind eines jeden sei. Recht und Gesetz, Institutionen und ideologische Normen bilden jeweils ein Ensemble der Regulation, der politischen Herrschaft einerseits, der Kontrolle der kapitalistischen Akkumulation und Konkurrenz sowie der in Krisen und Klassenkämpfen immer wieder aufbrechenden struktur-immanenten Widersprüche und Antagonismen andererseits. Die Formen der Regulation entsprechen daher nicht nur dem historischen Entwicklungsstand kapitalistischer Produktionsverhältnisse, sondern sind stets auch Resultate des Klassenkampfes und reflektieren ein historisch je konkretes Kräfteverhältnis der Klassen.

Die jeweiligen Formen der Regulation – vor allem in der neueren Zeit – sind so immer auch Ausdruck des Versuchs der Gesellschaft, die Kontrolle über die destruktiven Tendenzen antagonistischer Vergesellschaftung zu gewinnen – das ist die Fragestellung, die Karl Polanyi in *The Great Transformation* 1944 im Blick aufs Zeitalter der Katastrophen durchdacht hat. Sie sind Ergebnis des Kampfes gesellschaftlicher Kräfte. Für die Sozialisten war immer klar, dass diese Formen der Kontrolle durch den demokratischen Staat ausgeübt werden müssen.

Es ist vor allem Ralph Miliband gewesen, der diesen Gedanken betont hat. Dabei ging es ihm nicht nur um die Formen der repräsentativen Demokratie (Wahlen, Parteien, Parlamentarismus) und die Inhalte der Politik (Staatsbürgerrechte, soziale Bürgerrechte), sondern vor allem auch um die Demokratisierung der Institutionen des Staatsapparates selbst. Diese werden so selbst zum Terrain des Klassenkampfes – darin stimmte er sogar mit Nicos Poulantzas überein. Die Kämpfe um Reformpolitik in den späten 1960er und frühen 70er Jahren (Hochschulreform, Bildungsreform, Justizreformen, erweiterte Mitbestimmungs- und Partizipationsrechte usw. usf.) haben übrigens diese Erkenntnis praktisch erfahrbar werden lassen.

Auch heute – in der Epoche der Hegemonie des Neoliberalismus – ist der Begriff der Regulation umkämpft und unterschiedlich besetzt. Soll Regulation im Sinne der politischen Steuerung dazu dienen, die Wettbewerbsbedingungen des jeweiligen »Standorts« – des Unternehmens, der Region, der Nation, der EU – in der globalen Konkurrenz zu verbessern? Oder ist Regulation mit Eingriffen in den kapitalistischen Verwertungs- und Akkumulationsprozess selbst verbunden, um die Klassenverhältnisse als Ganzes zu regulieren mit der Perspektive sozialer Kohäsion und Stabilität? Die heute gängigen Begriffe des »regulativen Staates« bzw. des »aktivierenden Staates«, die überwiegend zum Vokabular der »neuen Sozialdemokratie« gehören, bezeichnen eher die markt- und wettbewerbsorientierte Variante: Es geht um die Schaffung institutioneller und rechtlicher Rahmenbedingungen, die ein Optimum an Markteffizienz versprechen. Der »neoliberale« Regulationsmodus dient der Beseitigung von Hindernissen, von Grenzen des Marktes; er verzichtet auf Maßnahmen und Instrumente der »Umverteilung«. Der so genannte »Wettbewerbskorporatismus« – wie er von Wolfgang Streeck und Fritz W. Scharpf propagiert wird – zielt auf die Anpassung der je nationalen Sozialsysteme und Regulationsformen an die Erfordernisse des globalen Wettbewerbs.

Stephen Gill begreift als »neuen Konstitutionalismus« die Tatsache, dass sich die Politik (und damit auch ihr Verständnis von Regulation) zunehmend den Vorgaben (»Sachzwängen«) der Märkte – vor allem der internationalen Finanzmärkte – unterwirft. Pierre Bourdieu sprach in diesem Zusammenhang von der »pensée unique«, dem Tietmeyer'schen »Einheitsdenken«, mit dem sich die Linke kritisch auseinander zu setzen habe. Redistributive Regulation dagegen meint Umverteilung – sowohl auf der nationalstaatlichen als auch auf der europäischen Ebene: Über die Politik (vor allem die Steuerpolitik) muss ein Teil des gesellschaftlich produzierten Reichtums angeeignet werden, um die sozialökonomischen und ökologischen Probleme zu bearbeiten, um die Folgen sozialer Risiken und sozialer Polarisierung aufzufangen, um »öffentliche Güter« im Bereich der Infrastruktur, der Kultur, des Gesundheitswesens, des Bildungswesens und der Wissenschaft von

hoher Qualität zur Verfügung zu stellen. Die Möglichkeiten einer solchen Politik werden heute – unter Hinweis auf die »Globalisierung« – nicht nur von den Neoliberalen, sondern auch von der »neuen Sozialdemokratie« bestritten. Sie haben sich vom Keynesianismus verabschiedet; damit werden aber auch Gerechtigkeitsvorstellungen aufgegeben, die nicht nur mit der sozialistischen Gleichheitskonzeption, sondern auch mit der redistributiven Funktion des demokratischen Staates verbunden gewesen sind. Das Programm einer linkssozialistischen Partei hätte genau hier eigenständige Antworten zu geben.

WFH: Für unsere Abschätzung von Konfliktlinien und Krisenzonen können wir jetzt eine erste Konfliktlinie für die kommenden Jahre benennen: Es wird zweifellos krisengeschüttelte Kämpfe um Regulation geben. Sei es im ersten oder im zweiten Sinn. Selbst die Entstörung des Verwertungsprozesses muss ja gegen dessen selbstzerstörerische Tendenzen angehen. Insofern greifen die beiden Dimensionen ineinander. Die Kapitalfraktionen werden sich in dieser Frage untereinander entzweien, wie es in der Geschichte des Kapitalismus periodisch geschehen ist. Letztendlich wird das Ringen um Regulation das Thema der Themen sein. Es dividiert sich dann herunter in viele verschiedene Politikfelder.

EC: In Vorbereitung dessen, was ich heute vortragen wollte, habe ich Zettel geschrieben. Auf dem ersten steht Ambivalenz ganz oben. Ich möchte insofern alles unterstreichen, was Wolfgang Küttler und Wolf Haug gesagt haben. Wir sollten uns dringend davor hüten, das Ganze vor allem als Niedergang und Zerfallsprozess zu beschreiben. Wenn man die harten Sozialdaten und die Lebenserwartung der Leute im Norden heute und die von vor dreißig Jahren oder die Wohnungsgröße und deren Ausstattung heute und die von vor dreißig Jahren vergleicht, dann ist das unter diesen gesetzten materiellen Bedingungen Geschaffene zunächst einmal für große Teile der Bevölkerung, die von ihrer Arbeit leben, als Fortschritt zu verstehen.

Die Ambivalenz steckt darin, was die Kosten dafür sind und was dabei passiert. Die Ambivalenz in Bezug auf diese Regulierungs- und Deregulierungsdebatte ist ja, dass die Neoliberalen dies im-

mer als einen Befreiungsprozess interpretieren, was eine Lüge ist. Wir brauchen nur zu sehen, wie viele männliche Angehörige der Jahrgänge zwischen 18 und 25 Jahren in den USA im Gefängnis sitzen und wie viele in den EU-Ländern im Durchschnitt. Wie hängen die wachsenden Ausgaben für den Gefängnisbau in den USA mit der Verringerung der Ausgaben für das Bildungswesen zusammen? Hier lässt sich sehen, wie diejenigen, die diese angebliche Deregulierung, die Demolierung des Sozialstaates fordern, auf der anderen Seite vom Staat erwarten, dass er die unmittelbaren Machtmittel in Gestalt von Polizei, Justiz, Gefängnisbau umso drastischer erweitert. Insofern geht es im gegenwärtigen Abschnitt gesellschaftlicher Entwicklung nicht um Sein oder Nichtsein von Regulierung, sondern um die Frage, wer zu welchem Zweck und mit welchen Absichten was fordert. Das ist die Auseinandersetzung, mit der wir es in den nächsten Jahren zu tun haben.

Wir sollten auf jeden Fall alle Bestrebungen unterstützen, von wem auch immer, in Deutschland oder in Europa die bestehenden Elemente von Sozialstaatlichkeit zu verteidigen.

Eine Bemerkung zu der von Wolfgang Küttler angesprochenen Frage nach dem Unterschied von Kapitalismus im Singular und Kapitalismus im Plural. Wir sollten vielleicht noch einmal zurückkommen auf einen beim vorigen Mal besprochenen Punkt. Stichwort ist das »Denken der Welt als System mit Zentrum und Peripherie«. Man könnte dazu einen vorhin gefallen Satz von Frieder Otto Wolf zuspitzen: Der Kapitalismus stand bis zum Ersten Weltkrieg in wesentlichen Ländern noch unter der politischen Vorherrschaft vorkapitalistischer Kräfte und Herrschaftssysteme. Dann stand er jahrzehntelang in Auseinandersetzung mit dem »re-alsozialistischen« System, das ja als Militär- und Politiksystem über viele Jahrzehnte ziemlich mächtig gewesen ist. Als Weltsystem und als gesellschaftliches und Wirtschaftssystem ist der Kapitalismus in diesem Sinne erst jetzt zu sich selber gekommen. Vielleicht ist das einer der Gründe, warum es gegenwärtig recht genau so abläuft, wie bei Marx im *Manifest* beschrieben. Nachdem es jene historischen Hemmfaktoren nicht mehr gibt, funktioniert der Kapitalismus so, wie er seinem Charakter gemäß zu funktionieren tendiert.

Damit komme ich zu den Konfliktlinien. Wenn wir den Kapitalismus als internationales System denken, präsentiert er sich auch als Staatensystem. Für das, was sich gegenwärtig auf dieser Ebene abspielt, finden wir eine Antwort eher bei Kautsky in der These vom Ultraimperialismus als bei Lenins Vorstellung von der Aufteilung der Welt. Kriege finden jetzt in einem imperialen Gefüge, dessen Kerne die USA, Japan und Westeuropa sind, »nur« noch an der Peripherie statt, wo es darum geht, »Schurkenstaaten« zur Ordnung zu rufen. Die Zentren sind untereinander aber so verflochten, dass sie sicherlich zu unseren Lebzeiten keinen Krieg gegeneinander führen werden. Dieses imperiale Gefüge tendiert dazu, weltweit seine Interessen – u.U. auch mit militärischen Mitteln und in Kriegen, die unter Verweis auf Menschenrechte usw. vom Zaun gebrochen werden – zu behaupten. Unter diesen Voraussetzungen hat sich die Krieg-Frieden-Frage verändert. Sie verschwindet aber nicht. Sie verlagert sich ins Zentrum-Peripherie-Verhältnis. Die Konfliktlinie ist aus unserer Perspektive, die wir in einem dieser Zentren sitzen, die Frage nach der Erzwingbarkeit von Frieden. In einer neuen Friedensbewegung haben wir dafür zu sorgen, dass solche Kriege wie auf dem Balkan nicht wieder so freihändig vom Zaun gebrochen werden können.

WFH: Die Krieg-Frieden-Frage bezeichnet zweifellos eines der wesentlichen Konfliktfelder, auf denen auch das brechtsche »Operierenkönnen mit Antinomien« gefragt ist. Die ungeklärte Debatte darüber hat immerhin zum überstürzten Rücktritt der PDS-Partei-führung geführt.

CT: Ich möchte zunächst die Formulierung »des zu sich selbst gekommenen Kapitalismus« aufnehmen. Natürlich hat auch sie schon eine Geschichte. So ist schon in den zwanziger Jahren geredet worden. Vielleicht werden wir bei den Umwälzungen, die jetzt auf dem Biotechnologiesektor bevorstehen, uns noch sehr umsehen. Wir könnten zum Beispiel in zwanzig oder dreißig Jahren feststellen, dass der Kapitalismus in ganz anderer Weise »zu sich selbst« gekommen sein wird, als das jetzt der Fall ist. Beim »zu sich selbst gekommenen Kapitalismus« schwingt immer eine Vorstellung von Endstadium mit. Ihr gegenüber wäre ich gerade im Sinne der hier

schon mehrfach zitierten Formel des *Manifests* vom »ständigen Umbruch« ein bisschen skeptisch. Damit wäre ich bei dieser Umbruchsformel selber.

EC: Ich setze für unsere Debatte natürlich alles, was wir früher bereits gesagt haben, voraus. Ich habe mich ganz dezidiert gegen jede Endzeitvorstellung gewandt.

CT: Die habe ich Ihnen auch gar nicht unterstellt. Ich wollte nur anmerken, dass die Formel von der ständigen Umwälzung in der Tat so etwas bezeichnet wie das Beharrliche im Wechsel. Was diese Formel begrifflich sagt, erfüllt sich tatsächlich immer mehr. Die Dauerumwälzung wird immer deutlicher als gesamtgesellschaftlicher Motor. Was sie inhaltlich bewirkt, geht freilich weit hinaus über die konkreten Vorstellungen, die Marx und Engels damit vor 150 Jahren verbunden haben. Wenn sie von der Erhöhung des Faktors der Geschwindigkeit sprechen, der entscheidend wird bei der ganzen Expansion, dann haben sie Geschwindigkeitsvorstellungen, von denen wir heute sagen würden: »Blumenpflücken während der Fahrt verboten«. Gleichwohl ist das Prinzip ganz richtig bezeichnet. Man muss nur die Umwälzungsstruktur des Kapitalismus scharf unterscheiden von den zeitbedingten Vorstellungen, die damit verbunden waren, dann kommt man an das heran, was heute qualitativ neu ist.

Von den Punkten, an denen weiter zu arbeiten ist, möchte ich vor allem die Frage herausgreifen, inwieweit die Auflösung fester Strukturen, die Flexibilisierung als das einzig Feste, dafür sorgt, dass alle möglichen Dinge ineinander verschwimmen. Das letzte Mal sind wir auf die Diffusion bestimmter Begriffe zu sprechen gekommen und damit auf die neue Bedeutung des Semantischen. Sobald Begriffe aus ihrem angestammten Kontext herausgebrochen werden – der Neoliberalismus ist darin Meister –, bedeuten sie plötzlich etwas ganz anderes. Mir scheint, es gibt ein verstärktes Auseinanderdriften von bewusst politischen oder zumindest politisch gemeinten Widerstandintentionen gegen das kapitalistische System oder seine konkreten Formen vor Ort und, auf der andern Seite, Widerstandsimpulsen, die sich überhaupt nicht politisch artikulieren und die trotzdem so etwas wie Nervenpunkte des

gesellschaftlichen Systems berühren. Die ganze Diskussion um Napster bringt mich darauf – jene Tauschbörse im Internet, die zahllosen Netzteilnehmern ermöglicht hat, sich an der Musikindustrie vorbei wechselseitig beliebig viele Musiktitel zum Herunterladen auf den eigenen Computer anzubieten. Hier zeigt sich, dass die mikroelektronische Umwälzung in neuer Weise die Eigentumsfrage zur Debatte stellt. Und die Eigentumsfrage ist nach wie vor der Nerv. Das wird natürlich so nicht diskutiert. Gefragt wird: Wie kommen wir mit dem Recht den Internet-Verhältnissen so hinterher, dass wir die ungeklärten Eigentumsprobleme kapitalistisch wieder in den Griff bekommen. Aber de facto findet doch durch dieses eigenartige Phänomen des »Herunterladens« – was inzwischen alle machen, die sich Informationen aus dem Netz holen – etwas Neues statt: die Vergesellschaftung der Reproduzierbarkeit. Was unverschlüsselt im Netz steht, hat zwar einen Autor, sonst stünde es nicht dort, aber es hat keinen Eigentümer mehr, nur mehr Besitzer. Jeder kann es sich beliebig oft kopieren und es also besitzen. Damit ist die Eigentumsfrage in einer Weise wieder aufgerührt, die zeigt, wie wenig gewisse sozialistische Grundüberlegungen einfach vom Tisch sind. Und wie sehr es notwendig wäre, das nicht zu vergessen. Wer jene allgemein verfügbaren Produkte gemacht hat, hat damit, um es mit Marx zu sagen, »allgemeine Arbeit« geleistet.

Das ist nur ein bescheidener Punkt, an dem ich den Verdacht artikulieren will, dass gegenwärtig eine Schere aufklappt: Auf der einen Seite die althergebrachte wohlerrwogene politische Widerständigkeit gegen das kapitalistische System, die aber über die altbekannten, ausgelaugten Formen des Streiks, der Demonstration, der Tagung nicht hinauskommt und keinen mehr ernstlich kratzt; auf der andern Seite vollkommen unpolitische Widerstandsformen, die als solche von den Betroffenen vielleicht gar nicht wahrgenommen werden und wo man auch vorsichtig sein muss, dass man da nicht eigene vereinnahmende Wünsche hineinprojiziert, so wie die Kirchen, wenn irgendwo einer ein Ritual begeht, schnell mit dem Etikett bei der Hand sind, er sei ein latenter Christ. Aber ausgerechnet diese Widerstandsformen »kratzen« den Kapitalismus. Sie

gehören zu dem Neuen, das die »Deregulierung« mit sich bringt. Und sie nötigen dazu, die Frage nach möglichen Kooperations- und Bündnispartnern noch einmal neu zu stellen. Angestammte Zusammengehörigkeiten und Gegnerschaften müssen erneut auf den Prüfstand. Auch das gehört zu den neuen Diffusions-Tendenzen.

WFH: Zu unserer Frage nach den Konfliktlinien ist damit eine wichtige Front bezeichnet. Formelhaft gesagt: Der marxsche Satz, dass die Produktivkräfte an einem bestimmten Punkt über die Grenzen der kapitalistischen Produktions- und damit der Eigentumsverhältnisse hinausstreben, gewinnt am Beispiel des so genannten geistigen Eigentums eine überraschende Aktualität.

WK: Erhard Cromes Ausführungen geben mir zunächst Anlass, zwischen Konfliktlinien zu unterscheiden, die sich aus der neuesten Entwicklung ergeben, und Konfliktlinien, die aus den nach wie vor vehementen Widersprüchen entstehen, die sich aus früheren Epochen fortschleppen. Der globale Kapitalismus ist zum ersten Mal global herrschend. Dem gegenüber ist festzustellen, dass er um 1900 noch in sozialen, kulturellen und vor allem herrschaftspolitischen Verhältnissen organisiert war, die in vielen wichtigen Regionen, wie Mittel- und Osteuropa, zum großen Teil aus früheren feudalen oder traditionellen, »vormodernen« Verhältnissen stammten. Aber mit diesem Gegensatz ist nicht das ganze Problem des Verhältnisses von Zentrum und Peripherie benannt. Was als »Globalisierung« beredet wird, ist ein neuer Schub der universalen Herrschaftsausdehnung der kapitalistischen Zentren, mit neuen Qualitäten und aufgrund neuer innerer Triebkräfte wie den hochtechnologischen Revolutionen.

Diese Entwicklung wird wahrscheinlich einen neuen Aufstand der Peripherie hervorrufen. Der erste ist die revolutionäre Welle gewesen, die Anfang des 20. Jahrhunderts begann. Der zweite muss nicht eine ähnlich große Revolution sein. Er kann auch durch Migrationsbewegung, Hungersnöte, in Verbindung mit demografischen Veränderungen und den katastrophalen Folgen geschehen, die von der Umweltschädigung sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern herrühren. Es gibt somit auch Kon-

fliktlinien, die sich aus der Degradierung und Ausgrenzung immer größerer Mengen von Bevölkerung von den Möglichkeiten und Chancen der neuen Entwicklung ergeben.

Ich möchte vor allem noch einmal auf Friggas Betonung der Fragen der Arbeit hinweisen. Das ist noch nicht ausdiskutiert. Ich sehe hier eine große Konfliktlinie zwischen der neoliberalen Deregulierung und der notwendigen Existenzsicherung der Mehrheit der Menschen. Das hängt mit der Frage der Renten, der demografischen Entwicklung, des Gesundheitswesens usw. zusammen. Diese Konfliktlinie wird eine wesentliche Teilfrage des Kampfes um die Form der Regulierung sein.

Neue Konfliktlinien entstehen darüber hinaus in Verbindung mit der Weltsystemfrage aus den neuen Tendenzen im Verhältnis von Krieg und Frieden, in der Rolle von Gewalt für das künftige Völkerrecht usw.

FOW: Wir sollten uns das nicht zu einfach machen. Auch die Vertreter des Dritten Weges – wenn man etwa schon Rawls nimmt und das Kriterium der Minimalgerechtigkeit – haben dieses Problem aufgegriffen, dass man irgendwie die Grundversorgung eines Menschen sich normativ zum Ziel machen muss. Im Dritten Weg wird daran gearbeitet, extreme Situationen, die zu Aufständen, Hungersnöten, unkontrollierter Migration etc. führen, unter Kontrolle zu bringen. Wenn wir das zu unserer Hauptlinie machen, sind wir vielleicht auf dem falschen Weg, weil dann alle weiteren Fragen abgeschnitten wären und die Umverteilung aufs absolute Minimum ein- bzw. dereguliert würde, eben um zu verhindern, dass es zu solchen Katastrophen kommt.

Ich finde es spannend, das Napster-Beispiel mit der Frage der Arbeit zu verknüpfen. Marx' Begriff der allgemeinen Arbeit bezeichnet ja eine Form von wissenschaftlicher Arbeit, die dann nicht mehr privatisierbar ist. Das Patent ist eine Form, wie man sich auf Zeit private Nutzungsrechte sichert. Das wird von der elektronischen Revolution tatsächlich untergraben. Die Differenz zwischen Original und Kopie verschwindet. Benjamin spricht vom Kunstwerk im Zeitalter der technischen Reproduzierbarkeit. Das setzt aber noch voraus, dass es die Differenz zwischen Original und Kopie

gibt. Im elektronischen Bereich wird das sinnlos. Ob ich mir das als Hundertster runtergeladen habe, als Zweiter oder als Millions-ter, macht an dem Produkt überhaupt keinen Unterschied. Das führt dann auch im Bereich der Arbeit dazu, dass die Menschen eigen-
tümlich gespalten werden. Einmal sind es diejenigen, die als Auf-
tragnehmer von Microsoft irgendeine Software entwickeln, die
Microsoft dann so kompliziert verschlüsselt, dass man sie nicht
einfach kopieren kann. Man kann es am Ende aber doch. Aber
Microsoft hat dann Strategien entwickelt, Leuten diese Sachen zu
schenken, damit sie zu ihren Websites kommen und sich dann auch
entsprechend registrieren lassen usw. Da wird gerade ganz kom-
pliziert dran gearbeitet.

Auch Bertelsmann, der größte Global Player der Inlandsproduk-
tion, hat Napster nicht umsonst gekauft, sondern um das Problem
anzugehen. Die Frage, weil es da um Regulierung allgemeiner
Arbeit geht, ist, ob das mit den klassischen Instrumenten wirklich
geht. Bei Napster zeigt sich, dass es Alternativen gibt. Bei der Ar-
beit gibt es dieselben Leute, die die Datensicherheit konstruieren,
die in der Freizeit Viren oder andere Angriffsmethoden produzie-
ren, mit denen man dann diese Datensicherheit wieder sprengen
kann. Dieses Problem, dass man die Menschen selber zu Subjek-
ten der Organisation ihrer Ausbeutung macht, enthält die Ambi-
valenz, dass sie unter bestimmten Voraussetzungen beschließen
könnten, da sie ja Zugang zu allen Bedingungen ihres Produzie-
rens haben, das nicht mehr zu tun, sondern dass sie die Fähigkeit
zum Selber-Organisieren, zum Selber-Machen, zum Selber-Erfin-
den für ihre Selbstbestimmung nutzen.

TS: Was ich sagen möchte, schließt weniger ans zuletzt Gesag-
te als an die Globalisierungsproblematik an. Abwehrkämpfe ge-
gen neoliberale Deregulierung oder Globalisierung finden derzeit
oft im Rahmen von nationalen oder regionalen Standortkoalitionen
statt. Dabei werden existierende institutionelle Formen des
Fordismus genutzt, zum Beispiel die Mitbestimmung in Deutsch-
land. Aber dabei kämpft natürlich auch eine Standortkoalition ge-
gen die andere. Für linke Politik stellt sich die Frage, wie sie mit
dieser Situation umgehen und zu sinnvollen Kompromissen im

Sinne eines Ausgleichs zwischen den Interessen der Lohnabhängigen verschiedener Regionen oder Nationen beitragen kann. Um es an einem Beispiel zu konkretisieren: Die deutsche Mitbestimmung ist so angelegt, dass in den Aufsichtsräten Vertreter der Arbeitnehmer deutscher Standorte sitzen. Obwohl es sich bei den mitbestimmten Unternehmen oftmals um transnationale Konzerne handelt, die zum Teil im Ausland mehr Beschäftigte als im Inland haben, werden von den Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsräten in erster Linie die Interessen der inländischen Belegschaften vertreten. Die Zusammensetzung der Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat wird nun jedoch auch von der Kapitaleseite kritisiert. Letztere weiß, dass sie die Mitbestimmung unter den gegebenen Kräfteverhältnissen nicht einfach abschaffen kann. Selbst wenn sie es könnte, wäre es unter dem Gesichtspunkt der korporatistischen Interessendurchsetzung unter Umständen sogar kontraproduktiv. Also spekuliert die Kapitaleseite darauf, durch Internationalisierung der Aufsichtsräte eine Schwächung der Arbeitnehmervertretung herbeizuführen. Für linke Politik stellt sich hier das komplizierte Problem, wie sie mit der Weiterentwicklung der Mitbestimmung umgehen soll.

FD: Eine Spezifik der gegenwärtigen Entwicklung ist einmal die Schwäche der »Gegenkräfte«, zum anderen besteht sie darin, dass die Kapitalakkumulation – auf der Basis der mikroelektronischen Produktivkraftrevolution und des Übergangs zur »Wissensgesellschaft« – in neue Bereiche vordringt, sich neue Anlage- und Verwertungssphären erschließt, die zugleich von hoher Bedeutung für das gesellschaftliche und individuelle Bewusstsein sind. Diese Problematik ist historisch nicht unbedingt neu. Während in den imperialismustheoretischen Debatten bis zum Ersten Weltkrieg im Grunde von Grenzen, Schranken der Kapitalakkumulation (in den Zentren) ausgegangen wurde, hat Gramsci in der Analyse des Amerikanismus und Fordismus zumindest gespürt, dass sich in den USA ein neues Kapitalismusmodell herausbildet, das – mit der Massenproduktion von Automobilen, mit der Taylorisierung der Arbeit und der Entwicklung der »Kulturindustrien« – die Schranken des europäischen Kapitalismus hinausschiebt und zu-

gleich eine eigenständige Bedeutung für die Hegemonie des Kapitals und die Entwicklung des Arbeiterbewusstseins gewinnt. Was nun die gegenwärtige Entwicklung betrifft, so könnte man mit Habermas sagen, dass die Imperative des Systems, Geld und Staatsmacht, mit der Durchkapitalisierung des »Überbaus« lebensweltliche Sphären transformieren. Zugleich wird – mit der Gentechnologie – die Reproduktion des Lebens selbst zur profitablen Anlagensphäre, die von den Bewegungen der Finanzmärkte gesteuert wird.

Die Veränderung der Produktivkraftstrukturen – das wäre ein zweiter Gesichtspunkt – führt nicht nur zu einer gewaltigen Veränderung der Produktion und der Arbeitsorganisation, sondern auch zu Veränderungen auf den Arbeitsmärkten und in den Strukturen der Herrschaft im Arbeitsprozess selbst. Die Arbeiterklasse formiert sich international neu, vor allem in den unteren Segmenten. Es entsteht eine neue »Helotenklasse«, die – bei Niedriglöhnen und kaum vorhandenem sozialem Schutz – die niederen Dienstleistungen für die einheimischen Mittel- und Oberklassen verrichtet. Das sind die »Pull-Faktoren«, die die globalen Migrationsprozesse aus den Metropolen des Kapitals heraus verstärken, die aber gleichzeitig die traditionellen Voraussetzungen der Entwicklung eines solidarischen Bewusstseins in den Arbeiterklassen der Metropolen untergraben und so auch Bedingungen für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit usw. reproduzieren.

Die Stabilität einer hegemonialen Konstellation hängt natürlich nicht von der Herrschaft einer Klasse oder einer Klassenfraktion, sondern von der Bildung eines »geschichtlichen Blockes« ab. In der Epoche des Neoliberalismus sind die mit dem Internationalen Finanzkapital und mit den Informations- und Kommunikationstechnologien verbundenen Managergruppen gewiss die führenden Fraktionen des herrschenden Blockes, die sich weite Teile der – auch von den Aktien- und Geldmärkten profitierenden – Mittelklassen sowie der Oberschichten der Arbeiterklasse aggregiert haben. John Galbraith hat in diesem Zusammenhang von einer »Kultur der Zufriedenheit« gesprochen. Diese geht einher mit der Herausbildung einer Unterschicht, in den USA überwiegend von

Schwarzen und Latinos, die den »wirtschaftlich Erfolgreichen« als Reservoir billiger Dienstboten zur Verfügung steht. Die Klassenspaltung gewinnt also ganz neue Dimensionen.

WFH: Die Arbeiterklasse wird also entlang ethischer Grenzen fraktioniert. Lässt sich das gewerkschaftlich nicht in neuartige Solidarisierungsformen einbinden?

FD: Das ist verdammt schwierig. Für die europäischen Gesellschaften ist die Herausbildung einer neuen Unterschicht der Arbeiterklasse, die sich aus Immigrantinnen und Immigranten zusammensetzt, ein durchaus neues Phänomen. Die ethnische und kulturelle Vielfalt bedeutet für die politische Kultur Europas eine gewaltige Herausforderung. Obwohl es schon früher Migration gab, waren die Arbeiterbewegungen doch *nationale* Bewegungen. Die neuen Unterschichten sind zum Beispiel noch längst nicht in die Gewerkschaftsbewegung integriert – im Gegenteil. Sie erscheinen auf der einen Seite als »Helotenklasse«, notwendig auch für die Reproduktion der Mittel- und Oberschichten; auf der anderen Seite fungieren sie auf dem Arbeitsmarkt auch als Druckpotenzial, um traditionelle Regulationsformen (Tarifverträge, gesetzliche Regelungen usw.) in ihrer Wirkung auszuhöhlen und schließlich abzubauen. Die damit verbundene Konkurrenz mit den Unterschichten der einheimischen Arbeiterklasse ist *einer* der Gründe für die Akzeptanz rassistischer und fremdenfeindlicher Deutungsmuster, die allerdings nur dann Einfluss gewinnen, wenn die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung schwach ist.

Die Frage nach der Bedeutung von Regulation dürfte uns auch noch einmal im Zusammenhang der Demokratiedebatte beschäftigen. Zwei Verschiebungen sind wichtig: Auf der einen Seite werden neue Vergesellschaftungsformen direkt über den Markt reguliert; auf der anderen Seite nimmt die Bedeutung der politischen Kontrolle über die repressiven Staatsfunktionen zu. Wenn wir die Frage der Regulation für ein sozialistisches Programm wirklich ernst nehmen, müssen wir davon ausgehen, dass Regulation – auch in progressiver Wendung – nicht mehr nur nationalstaatlich praktiziert werden kann. Nur am Rande sei erwähnt, dass die Regulationsdebatte eine lange Geschichte hat und sich keineswegs auf

Frankreich beschränkt. Ab Mitte der 1970er Jahre haben Ökonomen vom IPW der DDR von der Krise der »staatsmonopolistischen Regulierung« gesprochen. Im Frankfurter IMSF gab es viele Arbeiten zu dieser Thematik.

Heute stellt sich die Frage nach einer »progressiven Entwicklungsvariante«, also nach einer neuen Kohärenz von Akkumulation und Regulation in veränderten Kontexten. Über den Strukturwandel des Kapitalismus haben wir bereits gesprochen. Aber auch die Politik hat sich grundlegend verändert. Sie muss neu gedacht und strategisch definiert werden: in der Verknüpfung verschiedener Ebenen (lokal, national, regional, global) sowie in der Entwicklung transnationaler politischer Projekte der Linken. Hier gibt es ermutigende Ansätze – zum Beispiel bei den Aktivitäten von ATTAC – für die Tobin-Steuer und andere Formen der Regulation der internationalen Finanzmärkte. Besonders wichtig scheint mir, diese Fragen auf der Ebene europäischer Politik zu konkretisieren; denn nicht erst mit der Einführung der gemeinsamen Währung Euro und der Rolle der Europäischen Zentralbank (EZB) haben sich Mechanismen einer transnationalen Steuerung und Koordinierung der Geld- und Fiskalpolitik etabliert, die weitreichende sozial- und gesellschaftspolitische Folgen haben. Sie wirken u.a. direkt und indirekt auf den »Umbau« der je nationalen Sozialsysteme (Altersversicherung, Gesundheitssysteme, Beschäftigungs- und Bildungspolitik) ein. Es wäre Aufgabe der Linken in Europa, solche Verknüpfungen strategisch zu analysieren – eben im Blick auf europäische, politische Projekte und auf die notwendige Repolitisierung einer »europäischen Wirtschaftsregierung«. Noch gibt es kaum Ansätze dazu.

JS: Ich möchte auf die Frage des Verhältnisses von Eigentum und Internet zurückkommen. Der Fall Napster hat gezeigt, dass hier ein Problem besteht. Die traditionellen rechtlichen Maßnahmen scheinen nicht zu greifen, da bereits andere Gratis-Tauschbörsen zur Verfügung stehen. Es mehren sich die Stimmen, die besagen, dass die Hoch-Zeit des Internet-Kapitalismus deshalb schon wieder vorbei ist. Offensichtlich ist es immer noch so, dass sich mit dem Internet – trotz der Publizität des Begriffes und der

scheinbar wachsenden Bedeutung – noch keine nachhaltigen Profite im größeren Maßstab machen lassen. Auch der Bertelsmann-Konzern wird dies erfahren, der bei Napster eingestiegen ist.

Es ist richtig, dass Patente bei der elektronischen Reproduktion nun ausgehebelt werden und bisher noch eine geringere und ungeklärte Rolle spielen. Auf der anderen Seite wurde in den letzten Jahren bis zum Erbgut sehr vieles patentiert, was vor kurzem noch undenkbar gewesen wäre.

WK: Das Internet wird häufig mit den anderen großen medialen kommunikativen Revolutionen wie zum Beispiel der Erfindung des Buchdrucks verglichen. Die bisherige Diskussion regt aber an, darüber nachzudenken, dass es sich auch um eine Umwälzung handelt, die direkt in den Bereich der Produktivkräfte und damit der Produktionsverhältnisse eingreift. Es wird in der Linken immer wieder diskutiert, ob damit nicht auch Entwicklungen angestoßen werden, die jeglicher kapitalistischer Kontrolle entwachsen könnten. Die Krise der Neuen Ökonomie spricht momentan dagegen. Das Wiedereinfangen durch die großen Global Players ist in vollem Gange.

CT: Ich wollte mit der Internet-Frage darauf hinweisen, dass man ein Bewusstsein entwickeln muss für gegenwärtige Formen möglicher oder faktischer Verwundbarkeit des bestehenden Gesellschaftssystems. Sie finden sich zum Teil gerade dort, wo nicht darüber gesprochen wird, während dort, wo viel darüber gesprochen wird, keine wunden Punkte getroffen werden. Ich bin nicht der Auffassung, das Internet sei jetzt das kommunistische Medium. Es wird viel davon erzählt, dass es das erste demokratische Medium sei. Auch das ist reine Ideologie. Es stimmt schon historisch nicht, weil dasjenige, was als die Frühphase oder die Erstphase des Internet gefeiert wird, schon seine Zweitphase war, nämlich sein Heraustreten aus dem militärischen Komplex – es war ja ursprünglich eine militärische Abwehrmaßnahme. Als die Eisenbahn auf den Weg kam, war ebenfalls die Rede von einer demokratischen Erfindung. Auch da hat man Mittel und Wege gefunden, dass es gar so demokratisch mit ihrer Nutzung nicht zugeht. Die Vorstellung, das Medium sei selbst schon demokratisch, ist so

alt wie Massenkommunikations- und Transportmittel selbst. Es ging mir lediglich darum, dass beim Internet plötzlich unerledigte Fragen in neuer Weise wieder zum Vorschein kommen. Dazu gehört eben die Eigentumsfrage, die sich jetzt in Gestalt eines verschärften Kampfes um Urheber- und Patentrechte stellt. Verschlüsselung und Patentierung gehören ja eng zusammen. Beide sind Zugangskontrollen. Sie wollen den Zugang entweder kostenpflichtig machen oder ganz verunmöglichen. Wogegen sie kämpfen, das sind die neuen technischen Kopierkräfte, die in den verschiedensten Bereichen entstehen. Informationen, die nicht gratis sein sollen, sicher zu codieren und Gene zu patentieren – darin steckt eine sehr ähnliche Intention. Die neuen Kopierkräfte sind ein außerordentlich wunder Punkt der Eigentumsordnung. Dafür ein Bewusstsein zu wecken ist eine wichtige Aufgabe.

WFH: Die linken Debatten der letzten Jahre über diese Nutzungskonflikte des Internets haben zum Teil ungeheure Fantasieblüten getrieben. Ich erinnere an Robert Kurz' Vision, das Internet sei der Totengräber des Kapitalismus, oder an Toni Negris Verködung, der Kommunismus sei schon da.

CT: Es gibt sicherlich die eine oder andere Form von euphorischer Überschätzung, etwa wenn so getan wird, als sei das Netz schon Kommunismus an sich, nur noch nicht für uns. Das erinnert sehr an Lenins Vorstellung von der Post. Man brauche ihr Prinzip nur noch zu übertragen auf die gesamte Gesellschaft, und dann sei diese kommunistisch eingerichtet.

TS: Ich möchte an Jochen Steinhilber anschließen, inwieweit man mit dem Internet Profite machen kann. Das führt zu der Frage, wie der auf den Informations-, Kommunikations- und Biotechnologien beruhende Schub der inneren Landnahme einzuschätzen ist. Führen diese Technologien wirklich zu einem neuen Wachstumsschub der Kapitalakkumulation? Wenn man es sich näher anschaut, ist es immer noch so, dass mit der Gen- und Biotechnologie relativ wenig Geld verdient wird. Die Pharma- und Agrarkonzerne machen den größten Teil ihres Umsatzes mit traditionellen Produkten oder den Modifikationen schon existierender Produkte. Die Biotechnologie hat auch nicht den Querschnitts-

charakter wie die Informations- und Kommunikationstechnologien. Was Letztere und speziell das Internet angeht, stellt sich die Frage, welche Konsequenzen die gesteigerte Markttransparenz hat, die sich durch den Einsatz dieser neuen Technologien möglicherweise ergibt. Führt das nicht zu Preissenkungsbewegungen sowie zu einem Schrumpfen der Profitraten und damit auch zu einer zunehmend prekäreren Kapitalakkumulation? Das Internet bringt nicht nur neue Anlagesphären für Kapital mit sich, es verschärft auch die Konkurrenz in den etablierten Industrien. Welcher Effekt bedeutender sein wird, ist noch offen.

Was den Produktivitätsschub betrifft, da bin ich auch skeptisch. Wenn man sich einzelne Großkonzerne ansieht, dann sieht man gewaltige Produktivitätsschübe. Aber das hängt auch damit zusammen, dass Konzernteile, die sich nicht rationalisieren lassen oder bei denen die Produktivität nicht so leicht zu steigern ist, ausgegliedert wurden. Sieht man von dem Sonderfall der USA in den 90er Jahren ab, so sind die Produktivitätszuwächse zumindest in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern im gesellschaftlichen Durchschnitt in den letzten Jahrzehnten eher gefallen als gestiegen. Aber auch bezüglich der »New Economy« in den USA ist es sehr umstritten, inwieweit dort von einem neuen Produktivitätsschub die Rede sein kann.

WFH: Zu bedenken ist dabei allerdings, dass der kapitalistische Begriff der Produktivität und der marxsche Begriff der Produktivkraftsteigerung auseinander klaffen. Hier müssen wir theoretische Vermittlungsschritte machen. Für die bürgerliche Betriebswirtschaft sind alle Ausgaben selbstverständlich produktive Ausgaben. Sie sind nicht produktivkraftorientiert in ihrer Berechnung, sondern orientiert auf das Ergebnis vor Steuern. Das hat Marx schon im *Kapital* aufgespießt. Produktivkraftentwicklung und -steigerung denkt er als Verringerung menschlicher Arbeit, aufs einzelne Produkt bezogen.

EC: Eine kurze Anmerkung zum Internet. Erst einmal haben die aus der Old Economy Geld damit verdient, die die Vorrichtungen dafür produzierten: PC, Netze usw. Die nichts verdienen, sind die »Content«-Produzenten, wobei auch die großen Verlage da-

von ausgehen, dass das, was man ins Internet stellt, weg ist. Das Urheberrecht ist nicht mehr zurückzuholen. Es gibt Versuche, das über Runterladen und 1 DM für einen Artikel zu lösen. Aber ich habe noch niemanden gesehen, der das konnte. Mein Punkt ist also, dass man auch hier diese Ambivalenz hat. Auf der einen Seite ist das ein »Fortschritt«, dass wir eine Lebensweise haben, nicht nur eine Produktionsweise, die völlig anders ist als vorher. In den 1980er Jahren musste ich meine Artikel mit der Schreibmaschine schreiben, ins Kuvert stecken oder in die Redaktion bringen. Heute schreibe ich das auf dem PC und maile es von zu Hause irgendwohin. Das ist eine völlig andere Produktionsweise.

Ich möchte auch Christoph Türcke widersprechen. Wenn ein Peter Glotz vom Internet als einem demokratischen Forum redet, dann leugnet er selbstverständlich nicht, dass es aus dem militärisch-industriellen Komplex der USA kommt. Sondern es wird so hingestellt, dass tendenziell jeder gleichzeitig Sender und Empfänger ist. Während früher hierarchisch geklärt war, der Staat hat den Rundfunksender und entscheidet, was gesendet wird, kann im Internet nicht nur jeder etwas rausholen, sondern auch seine Seiten reinstellen und andere Leute animieren, sein Zeug zu lesen. Das ist von der Tendenz her grundsätzlich ein demokratischer Vorgang. In Bezug auf die Zapatistas ist er zum ersten Mal als besonders bemerkenswert hervorgehoben worden. Kaum hatten sie ihren Aufstand begonnen, hatten sie auch ihre Erklärung ins Netz gestellt, so dass jeder sie lesen konnte. Früher wäre so etwas von der mexikanischen Regierung der »Institutionalisierten Revolution« brutal niedergeschlagen worden, und erst Monate später hätte man erfahren, dass dort so etwas stattgefunden hat.

WK: Ich bin gegen eine Überschätzung dieser Veränderungen der Lebensweise durch das Internet. Schon der Buchdruck hat zur Zeit der Reformation keineswegs das Bildungs- und Kulturmonopol der Katholischen Kirche beseitigt. Er bedeutete eine gewaltige Umwälzung der Herrschaft, nicht ihr Verschwinden. Damals allerdings mit einem eindeutigen Vorteil der revolutionären Kräfte. Die waren die Ersten, die sich der neuen Kommunikationstechnik bedienten.

Bei allen Zweifeln schlage ich zur Verdichtung der Diskussion vor, als eine der wichtigen Konfliktfronten zu formulieren, dass der Widerspruch zwischen der Vergesellschaftung und der privaten Aneignung durch diese kommunikative Revolution zumindest einen neuen Schub erhält, von dem wir noch nicht wissen, wie er sich auswirken wird.

FOW: Bei dem Widerspruch möchte ich auch noch einmal, aber andersherum ansetzen. Wir haben das beim Fordismus erlebt. Es gibt so etwas wie Kontrolle oder Macht durch Schaffung und Strukturierung von Märkten. Das findet natürlich auch im Internet statt. Die meisten Leute lesen nicht das, was irgendjemand auf seine Webseite gestellt hat, sondern was die großen Suchmaschinen oder Anbieter ihnen suggerieren. Das ist inzwischen so tief in die Strukturen des Netzes eingeschrieben, dass man immer wieder auf diese Pfade geführt wird. Auch hier gibt es marktmäßig verfasste Herrschaft. Von da aus ist die schlichte These, das neue Medium sei demokratisch, zu hinterfragen. Aber natürlich ist es demokratisch nutzbar. Wenn es gelingt, wie in Chiapas oder Seattle, ein Ereignis zu setzen, das die Weltaufmerksamkeit auf anderen Wegen erzeugt, dann ist dieses Medium wirklich demokratisch zu nutzen, weil es die Marketingstrategien der Hauptsender durchbrechen kann.

Eine andere Frage: Wir haben aus den Augen verloren, was Frigga eingangs angesprochen hat, nämlich das Patriarchat als Produktionsverhältnis. Wir reden jetzt die ganze Zeit vom Kapital. Gerade wenn wir über Reproduktionstechnologien reden und auch über Kommunikationsverhältnisse bis hin zu dem neuen Balzverhalten von Jugendlichen über SMS – hier überschulden sich die Jugendlichen, was zu einem sozialen Problem wird –, stoßen wir darauf, dass auch die Geschlechterverhältnisse in diesen Strudel hineingezogen sind. Ich glaube zudem, dass ein ganzer Teil der Marketing- und Machtchancen darauf beruht, dass die Kapitaleseite Geschlechterverhältnisse nutzt, um hier neue Chancen und neue Vorsprünge zu erreichen. Ist nicht auch das Patriarchat als Produktionsverhältnis dabei, diese neue Technologie für sich zu nutzen? Werden nicht auch Geschlechterverhältnisse herrschaftsorientiert neu strukturiert in diesem Prozess? Dazu wissen wir zu wenig.

WFH: Vielleicht kann man die Frage etwas widersprüchlicher formulieren: Die Geschlechterverhältnisse werden ja nicht nur dadurch modifiziert, dass das Patriarchat die neuen Medien nutzt, sondern die Individuen beider Geschlechter nutzen die neuen Medien, und es fragt sich, wie dies die Geschlechterverhältnisse modifiziert. Wie reagiert darauf das Patriarchat? Anders gäbe es ja nur einen Akteur – das Patriarchat.

FH: Ihr habt bis jetzt auf verschiedenen Ebenen Urteile eingebracht, die ganz ohne Berücksichtigung der Geschlechterverhältnisse und der damit verbundenen Veränderungen auskommen, und zwar in Bezug auf die Regulierungsfrage sowie auf Selbst- und Fremdbestimmung. Ferner meintet ihr, wenn der Sozialstaat abgebaut wird, müsse man das unbedingt bekämpfen. In der Tat geht der Abbau des Sozialstaates vor allem auf Kosten der Frauen, weil sie die liegen gelassenen Aufgaben übernehmen müssen in den kleinen Strukturen wie der Familie. Infolgedessen sind Frauen ein Kritikpotenzial im Verhältnis zum Neoliberalismus.

Um mein Problem an diesem Punkt zu verdeutlichen, rekapituliere ich stichwortartig, wie bisher von linken Feministinnen Politik gemacht wurde: Sie richteten sich gegen den Sozialstaat, und zwar gegen den männlichen Ernährer und die dazu gehörige Gestalt der Hausfrau; gegen die Familie und ihren Schutz durch den Staat; gegen staatliche Schutzpolitik und staatliche Kontrolle überhaupt; gegen die patriarchale Ausschließung von Frauenteilhabe an den politischen Institutionen; gegen den patriarchalen Staat überhaupt; gegen staatliche Repression in Gestalt von Abtreibungsverboten; usw. usf. Insgesamt ist das eine antipaternalistische und antistaatliche Politik. Ziel war, diese Politiken in die eigenen Hände zu nehmen. Das gelang teilweise in Gestalt von Frauenhäusern, Gesundheitszentren, alternativen Mädchenschulen und Ähnlichem. Folglich ist es nicht so einfach möglich, den Kampf gegen den Abbau des bevormundenden Sozialstaats, wie wir ihn bisher gekannt haben, linken Frauen anzutragen. Das ist noch nicht alles. Der Neoliberalismus hat diese Forderungen der Frauen in verschobener Weise übernommen und ihre Einlösung vorangetrieben. Das hat die Frauenbewegung desorientiert. Der vorhergehende, fordis-

tische Staat hatte zwar den Mangel, durch seine Sozial- und Wohlfahrtsstaatsform die Frauen als subalterne Gruppe zu halten. Aber in dieser subalternen Form konnten sie sich wenigstens als Kollektiv organisieren und dagegen formieren. Sofern diese Bereiche jetzt neoliberal übernommen sind, der staatliche Schutz zersetzt und der Abbau des paternalistisch kontrollierenden Sozialstaates gar nicht mehr eine Forderung der Frauenpolitik, sondern faktisches Geschehen ist, ist für die Frauen die bisherige Möglichkeit entfallen, sich als subalterne Gruppe gegen Subalternität zu erheben. Die Entwicklung treibt in allgemeine Vereinzelung. Nun passen sich die neuen Frauen des aktiven Sektors in die neue Form der »Selbstunternehmer« ein. Kurz, die hegemoniale Verlockung des Neoliberalismus – es gehe um mehr Selbstbestimmung – geriet zur »passiven Revolution«, die der bisherigen linken Frauenpolitik den Wind aus den Segeln nahm.

Was bedeutet das für unsere Analyse von Regulierung und Deregulierung oder Regulationsweisen? Müssten wir nicht, um uns politisch bewegen zu können, zugrunde legen, wie die Geschlechterverhältnisse die jeweilige Produktionsweise mitbestimmen und umgekehrt? Wir können davon ausgehen, dass die Reproduktion der Gattung innerhalb des kapitalistischen Gesellschaftsmodells nicht wirklich vorgesehen ist. Deshalb wird sie spontan immer den Frauen zugeschoben. Sieht man sich die neoliberalen Vorstellungen an, stellt man fest, dass die Frage der Reproduktion der Gattung schon wieder nicht existent zu sein scheint. Infolgedessen sind sämtliche neoliberalen Artikulationsformen auf eine noch zu klärende Weise Herausforderungen an Frauenpolitik.

Von daher denke ich, dass in einem linken Parteiprogramm nicht allgemein von Geschlechterverhältnissen die Rede sein sollte, sondern etwa davon, dass durch das Herausfallen der Problematik der Gattungsreproduktion sowohl Frauen als auch sämtliche linke Politik aufgerufen sind, die Dominanz der kapitalistischen Profitlogik in Frage zu stellen.

Hier gibt es einen Regulationskonflikt besonderer Art. Es handelt sich um einen Bereich, in dem staatliche Regulierung ganz punktuell eingreift – etwa bei Abtreibung und jetzt bei Fragen der Gen-

technologie oder der Stammzellenforschung –, dann aber wieder kaum, wenn es nämlich darum geht, wer die neuen Menschen wie großzieht.

Man könnte in diesem Kontext auch argumentieren, dass die vom neoliberalen Diskurs angesprochenen »neuen Staatsbürger«, die flexibel und leistungsfähig sind, zumeist auch Individuen sind, die sich nicht reproduzieren. Solche Hochleistungen lassen sich mit einem Alltag mit Kindern nicht vereinbaren. So dass der weibliche Alltag wieder ein Ort möglichen Widersprechens ist.

Ich könnte natürlich auch zu den Produktivkräften sprechen, zu Internet und den Frauen. Aber ich wollte zunächst dazu anstiften, darüber nachzudenken, was geschieht, wenn Neoliberalismus, Globalisierung und Produktivkraftentwicklung die alten Politikformen überholen. Es stimmt fast nichts mehr, was wir in den 1970er Jahren für richtig gehalten und getan haben.

WFH: Du hast eine weitere Grenze der Profitlogik genannt. Auf eine erste Grenze waren wir am Beispiel des Internets gestoßen. Auch das ist eine Suchfrage: Wo sind die Grenzen der Profitlogik? Wo machen sich Grenzen geltend – sei es im Sinne von Naturgrenzen oder von solchen der Eigentumsverhältnisse –, an die das System stößt?

CT: Ich weiß nicht, ob ich Frigga Haug ganz richtig verstanden habe. Aber ist es nicht so, dass wir erstmals vielleicht in der Geschichte die Situation haben, dass der Kapitalismus anfängt, die Reproduktion der Gattung mit vorzusehen? Weil ja das Thema der Reproduktion, das wir vorhin unter dem Gesichtspunkt des Herunterladens, des Kopierens erörtert haben, sich analog sehr ähnlich stellt bei einer anderen Form des Kopierens, nämlich der des Klonens. So dass diese beiden technischen Revolutionen, die mikroelektronische und die biotechnische, in neuer Weise ineinander greifen.

FH: Embryos im Reagenzglas stellen noch keine andere Lösung der Reproduktionsfrage dar, denn danach geht es erst richtig los. Die künstliche Zeugung ist nur ein kleiner Punkt in der Gesamtfrage, wenn man daran denkt, dass die Familie weitgehend zerstört ist und eine Politik der Refamilialisierung ohne Familie

gemacht wird. Wir bewegen uns in einem fantastischen Problem. Die Frage, wie die Kleinen unter lauter Hochleistungs-Singles zu erwachsenen Menschen werden sollen, ist doch noch gar nicht gestellt.

WFH: Tatsächlich geht in der Gen-Debatte die postnatale Humanisierung, die Tatsache, dass wir im Unterschied zu den Tieren erst nach unserer Geburt das geschichtlich-soziale Menschsein erlernen, ganz unter. Sie stellt das eigentliche Problem dar. Sie bedeutet zumindest in den ersten Jahren einen Ganztagsjob, den die jetzige technologische Entwicklung nicht einbezieht.

CT: Ich meine nur, indem die Reproduktion der Gattung vielleicht erstmals durch die Möglichkeiten der neuen Biotechnologie tatsächlich vorgesehen ist, zeigt sich auf der anderen Seite, wie ungenügend diese Vorsehung ist, weil sie damit umso schärfer das Problem, das Frigga angesprochen hat, auf die Tagesordnung bringt. Die postnatalen Folgen zeigen sich damit als umso unbewältigter. Auf dieser Ebene reproduzieren sich in der Tat dann die Altprobleme, doch in ganz neuer Gestalt.

FOW: Ich glaube, da zeigt sich, dass der Begriff Reproduktion der Gattung auch zu Verwirrung führen kann. Das Kopieren eines Programms und das Klonen eines Menschen – im einen Fall führt es zu einem Programm, mit dem man arbeiten kann, der andere Fall führt zu einem Embryo – sind vollkommen unterschiedlich. Den Fehler, das gleichzusetzen, sollte man nicht machen.

In dem, was Frigga gesagt hat, ist die Grenze genannt, die darin liegt, dass Reproduktion der Gattung oder der Menschheit mitzudenken ist, einschließlich ihrer ökologischen Grundlagen. Es ist – wie bei der Napster-Frage – eine Grenze, an der versucht wird, alle möglichen Lösungsansätze zu finden. Peter Glotz sagte kürzlich im Radio, da könne man doch Hausmädchen einstellen, die sich um die Kinder kümmern. Die einen machen Karriere und die andern besorgen ihnen die Küche und die Kinderstube. Das ist die eine Richtung. Die andere Richtung ist, dass man statt hier Kinder zu produzieren, wo es besonders teuer ist, Kinder in Bangladesch produzieren lässt, die später hierher importiert werden. Auch das ist durchaus im quantitativen Umfang von Bedeutung. Dann gibt

es noch den Spezialzweig der In-vitro-Technologie, wo Eltern mit Geld die Produktion von Embryos bezahlen und hinterher die Frau als Hausfrau das Kind großziehen kann.

Wenn wir uns zudem den neuen Dienstleistungssektor ansehen, dann gehört ein beträchtlicher Bereich psycho-sexueller Dienstleistungen für Erwachsene und Heranwachsende dazu, die die Aufgabe der historischen Menschen-Reproduktion tatsächlich zum Gegenstand von Kapitalanlagestrategien machen. Dass das begrenzt ist, ist sicherlich wichtig. Aber es ist eine Grenze, die fast schon überschritten ist. Ich sage deshalb »fast«, weil das materiell rückgebunden ist und wir nicht wissen, ob und wie weit das als Kapitalanlagesphäre organisierbar ist.

EC: Das eine ist die Kapitalisierung der »Herstellung« von Kindern. Das andere ist der Punkt der sozialen Reproduktion. Da finde ich Frigga Haugs Beschreibung zutreffend, dass die Reproduktion als sozialer Vorgang innerhalb dieser Gesellschaft dann nicht stattfindet, wenn die Leute sich marktförmig verhalten. Das haben die Ostdeutschen gleich nach 1990 exemplarisch vorgemacht. Die Geburtenrate im Osten brach zusammen, nachdem die deutsche Einheit stattgefunden hatte. Sie ist heute noch deutlich niedriger, als sie es in der späten DDR gewesen ist.

Man muss das analytisch noch ein bisschen weiter treiben. Es verteilt sich sozial unterschiedlich. Es sind die Single-Yuppie-Mittelklasse-Menschen, die keine Kinder mehr haben, nicht mehr heiraten usw. Kinder haben entweder Leute, die so arm sind, dass von vornherein feststeht, dass die Sozialhilfe die Kinder ernährt, oder Leute aus anderen kulturellen Kontexten. Die Geburtenrate der Türken im Wedding oder in Neukölln ist höher. Oder es gibt Leute, die so reich sind, dass sie sich Kinder leisten können. Die »Wiederherstellung« des Sozialverhältnisses Ehe ist damit in einem Zustand, wie er vor der Schaffung der bürgerlichen Gesellschaft gewesen ist. Die Gutsherren usw. hatten die Familie, während die Knechte und Mägde in etablierten offiziellisierten Eheverhältnissen nicht vorgesehen waren. Unterm Stichwort der größeren Freiräume finden also sozialhistorische Vorgänge statt, die rückwärts gehen.

WK: Aber kann man wirklich sagen, dass die Familie zerstört ist?

FH: Gut die Hälfte aller Menschen leben nicht mehr in Kernfamilien. Sie leben in Singlehaushalten, WGs, Kinder leben nicht mehr mit den leiblichen Eltern zusammen.

WFH: Bitte präzisiert, was ihr mit dem Wort Familie meint. Friggas Satz bezieht sich auf die Blutsfamilie. Die neuen Formen des Zusammenwohnens und -lebens werden ja auch – im antiken Sinne – als Familie bezeichnet. Die Hausgenossen sind auch Familie – nur eben keine Blutsfamilie. Kehrt eigentlich auch hier eine vorübergerliche Form zurück und wird sozial relevant? Selbst die CDU bemüht sich ja, ihre Kategorien zu flexibilisieren, um diese Sektoren nicht abzustoßen, die bevölkerungsmäßig immer wichtiger werden.

FOW: Diese moderne lohnabhängige Kleinfamilie ist eine relativ junge Errungenschaft, die von der Wende zum 20. Jahrhundert datiert. Da ist es durchaus sinnvoll, sich vor Augen zu halten, dass die Ordnung der Familie damals bewusst politisch regulativ durchgesetzt worden ist, um zumindest den ökonomisch aktiven Teilen der Unterschicht das Heiraten und die Aufzucht von Kindern zu ermöglichen. Gegenbegriff ist etwa »Zille sein Milieu«, das sich derzeit zum Teil wieder herstellt, allerdings in ethnisch neu durchmischten Formen.

– Pause –

Zweiter Teil: Subjekte

WFH: Wir alle sind uns bewusst, dass wir unser Verdichtungsziel noch nicht erreicht haben. Auch wäre es unsinnig, nicht zur Frage der Subjekte zu kommen. Dabei geht es schließlich um die Adressaten, denen man Angebote machen muss.

FD: Wir haben uns in der bisherigen Diskussion auf die epochalen Veränderungen in der Entwicklung der gesellschaftlichen Strukturen und der Herrschaftsstrukturen des heutigen Kapitalismus konzentriert und dabei die Frage verfolgt, wie diese im Pro-

gramm einer sozialistischen Partei zu reflektieren wären. Ein zentrales Ergebnis ist zunächst einmal, dass eine sozialistische Politik, die auf die Veränderung dieser Herrschaftsstrukturen zielt, nicht in den traditionellen Bahnen des sozialistisch-kommunistischen Denkens begründet werden kann. Der Bezug zur emanzipatorischen, geschichtlichen Rolle des industriellen Proletariats, zu den klassischen Organisationsformen der Arbeiterbewegung (einschließlich des leninistischen Parteytyps), aber auch der Glaube an die Rolle des Staates bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme – diese Eckpfeiler klassischer Programme bedürfen einer gründlichen Überprüfung. Das eben macht – wie wir in der ersten Runde festgestellt haben – eine Programmdebatte heute so schwierig. Sie kann nicht einfach fortschreiben und aktualisieren. Sie muss die Widersprüche und die Niederlagen der »Sozialismusmodelle« des 20. Jahrhunderts zu ihrem Ausgangspunkt machen.

Neben dieser Kernproblematik gibt es zahlreiche Felder, die nicht zu kurz kommen dürfen. Ich denke vor allem an die Frage Krieg-Frieden, also an die Positionen von Sozialisten zur Außenpolitik und zur internationalen Politik. Der Kosovo-Krieg hat uns die Bedeutung dieser Problematik vorgeführt. Zudem hat die Spaltung der Linken über dieser Frage verdeutlicht, wie sehr die Maßstäbe für Friedenspolitik, für die Bearbeitung internationaler Konflikte, für die Bedeutung internationaler Organisationen und schließlich für die Machtdimensionen imperialistischer Politik verloren gegangen sind. Die Rechtfertigung dieses Krieges durch Jürgen Habermas in der ZEIT ist vor allem für die intellektuelle Linke in Deutschland eine Katastrophe gewesen. Auch Anthony Giddens hat sich – mit weitaus plumperen Argumenten – als Ideologe für die Außenpolitik von New Labour zur Verfügung gestellt. Der Verfall der politischen Kultur der westeuropäischen Linken in den letzten Jahren wird besonders deutlich, wenn man die Rolle von Habermas und Giddens mit der von Pierre Bourdieu vergleicht. Ein weiteres Thema – speziell in Deutschland – ist die »Geschichtspolitik«. Dabei wird immer wieder die Frage nach dem »deutschen Sonderweg« und den Demokratiepotenzialen der deutschen Gesellschaft aktualisiert. »Geschichtspolitik« ist ein Feld des ideolo-

gischen und kulturellen Klassenkampfes; das herrschende Bewusstsein definiert sich über diese Politik. Immer wieder wird die Linke mit der Tendenz der herrschenden Klasse und ihrer Ideologen konfrontiert, die Geschichte des Sozialismus und aller progressiven Bewegungen zu kriminalisieren – wobei die kriminelle Geschichte der herrschenden Klassen in Deutschland, deren besondere Bereitschaft, Gewalt für die Durchsetzung ihrer Ziele nach innen und außen anzuwenden, ihre Verantwortung für Nazismus und Holocaust, verschleiert wird.

Eine linkssozialistische Partei sollte keinen Zweifel daran lassen, dass sie stets bereit ist, gegen alle Formen der Kriminalisierung und des Verdrängens der progressiven Dimensionen der neueren deutschen Geschichte, der Revolutionen und des Kampfes gegen Faschismus und Krieg, zu kämpfen. Die »68er-Debatte« – Frigga Haug hat bereits darauf angespielt – war eine solche Auseinandersetzung. Nachdem die DDR und »der Osten« »abgewickelt« und kriminalisiert worden waren, kam in der unsäglichen »68er-Debatte« die westdeutsche Linke und ihre Geschichte an die Reihe. Leider wird dieser Angriff dadurch erleichtert, dass führende Vertreter der 68er- und 70er-Bewegungen heute Teile des Establishment und der Regierung geworden sind und mit ihren Distanzierungen von ihrer Geschichte die Angriffe von rechts geradezu provozieren. Über ihre politische Praxis distanzieren sie sich dabei noch viel wirksamer als über ihre Erklärungen. Gleichzeitig sollte immer wieder auf den Skandal hingewiesen werden, dass in einer Zeit, in der offen faschistischer Radikalismus in Deutschland immer unverschämter auftritt, in der täglich Menschen anderer Hautfarbe auf den Straßen bedroht und geschlagen werden und bereits mehr als 100 Menschen in solchen Ausschreitungen ermordet worden sind, in einer Zeit, in der die politische Klasse und große Teile der Justiz gegen diesen Terror von rechts gut zehn Jahre lang weitgehend untätig geblieben sind, und erst dann reagieren, wenn die deutsche Wirtschaft vor den Nachteilen für ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit warnt – dass gerade in einer solchen Zeit eine Debatte über die Gewaltbereitschaft der Linken in der Folge der 68er-Bewegung zu einer nationalen Debatte hoch-

gezogen werden konnte. Bewerkstelligt haben das vor allem jene, die gleichzeitig von »deutscher Leitkultur« und vom »Stolz, ein Deutscher zu sein« bramarbasieren. Das zeigt, wie sehr sich seit den 80er Jahren, in denen ja zum Beispiel Jürgen Habermas im Historikerstreit mit Ernst Nolte noch eine so wichtige Rolle gespielt hat, die Gewichte und Kräfteverhältnisse auf dem Felde der Geschichtspolitik und damit der Konstruktion »nationaler Identität« verschoben haben.

FOW: Man muss die Erschöpfung des Impulses von 68 nüchtern feststellen und deutlich machen, dass wir von Vergangenheit reden. Andererseits haben wir eine ganz andere Kräftekonstellation, weil auch Gerhard Schröder begreift, dass er irgendwie mit gemeint ist. Das geht tief in die gesellschaftliche Mitte. Von daher ist die Vorstellung, dass es jetzt gelingen sollte, den Aufbruch von 68 zu kriminalisieren, unrealistisch. Vielleicht gibt es die Chance, das demokratisch Weitertreibende an diesem Aufbruch für eine linke Partei zu retten und zu beerben, aber als neu anzugehende Aufgabe, nicht als selbstverständlichen Traditionsbestand.

WK: Ich möchte etwas zur Ostperspektive ergänzen. Es gibt hier nämlich Verwerfungen. In den Diskussionen, die ich kenne, gibt es sehr wenig Verständnis für die These, dass es hier um eine Geschichtspolitik geht, in der die Kriminalisierung von 1968 und die des DDR-Sozialismus innerlich zusammengehen. Das wird im Allgemeinen von vielen Ost-Intellektuellen nicht begriffen, weil sie sich selber als Gegenstand einer Abwicklungspolitik verstehen, bei der viele, die 1968 im Westen Aktivisten waren und dann durch die Institutionen marschiert sind, nunmehr als Abwickler auftraten. Hinzu kommt, dass hauptsächlich Fischers aktuelle Politik einschließlich der deutschen Kriegsbeteiligung im Kosovo gesehen und darüber vergessen wird, dass es bei der Kampagne gegen ihn allgemein um eine geschichtspolitische Antilinks-Diskriminierung geht.

Man muss genau definieren, was man denn eigentlich unter dem demokratischen Schub von 1968 versteht, und dies gleichzeitig auch mit Kritik verbinden, weil man sonst nicht weiß, gegen wen und wofür Stellung zu nehmen ist. Und es ist natürlich eine deut-

sche Debatte. In Frankreich wird sie sicherlich in anderer Weise geführt.

TS: Ich glaube nicht, dass die weitere Kriminalisierung von 68er-Aktivist*innen der dominante Trend ist. Die Hauptströmung läuft darauf hinaus, 1968 als nachholende Gründung der Bundesrepublik zu begreifen, auch im Sinne einer liberal-demokratischen Normalisierung. Mit dieser Interpretation von 1968 werden alle darüber hinausgehenden linken Impulse eingeebnet oder verschwiegen. Dies ist doch die hegemoniale Position und das Selbstbild wichtiger Akteure, die sich jetzt im Nachhinein so begreifen und ihre früheren Intentionen uminterpretieren. Auch demgegenüber muss eine linke Position Stellung beziehen, nicht nur gegenüber der konservativen Kriminalisierungsschiene. Man müsste dabei an kulturrevolutionäre und sozialistische Impulse der 68er-Bewegung wieder anknüpfen, die über die bürgerliche Gesellschaft hinauswiesen. Ich denke an die neuen Lebensformen, die damals angestoßen worden sind, an die Konsumkritik, die Kritik an der bürgerlichen Lebensweise. Da waren viele weitertreibende Momente, die man wieder aktualisieren müsste im Sinne einer linken Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen.

WFH: Viele der Forderungen von 1968 sind ja inzwischen Normalität geworden. Z.B. die vorhin angesprochene rhizomatische Neu-Familie. Das ist die »Wohngemeinschaft« der 68er. Elemente der antiautoritären Erziehung oder des Nichterziehens überhaupt, die Amerikanisierung der Umgangsformen, die Kleiderordnung, die Pluralisierung als legitim erachteter Sexualmuster. Das gab es alles vor 1968 nicht. Das ist inzwischen aber Mainstream. Vieles ist Kulturgeschichte geworden, was einmal Aufbruch war.

TS: Ist es wirklich so, dass das, was damals gefordert wurde, verwirklicht ist? Wohngemeinschaften und Kommunen sind keine dominante Lebensform, dominant ist eher die Bewegung zu Singlehaushalten. Neue Vergesellschaftungsmuster sehe ich in diesem Sinne nicht. Natürlich hat es eine Liberalisierung gegeben. Sicherlich muss man auch die Widersprüche innerhalb der 68er-Bewegung thematisieren, etwa die problematische und kritikwürdige Form von sexueller Befreiung, wie man sie sich damals vorstellte

und praktizierte. Aber inwiefern sind die Impulse von 1968 verwirklicht? Das sehe ich nicht so.

FH: Ich glaube, das Problem ist schwieriger. Ganz viele von den Impulsen sind in Form einer passiven Revolution neoliberal aufgenommen worden. Die Dynamik, die darin war, ist deshalb nicht spürbar, weil es jetzt über das selbstverantwortliche Individuum artikuliert wird statt über Kollektive, Gemeinschaften und Gruppen. Über die Formel »Selbstbestimmung« zielt neoliberale Politik immer auf das mit allen andern konkurrierende Individuum. Das ist der zentrale Punkt, den wir kritisch befragen müssen – auch in den neuen Grundlinien zur Programmdebatte der PDS geht es ja um das »selbstbestimmte Individuum«. Die Solidarität muss dann von außen hinzugefügt werden, damit dieser Robinson gesellschaftlich verträglich handelt. Umgekehrt gilt es, die Menschen gleich im Plural zu denken und zu prüfen, was sie eigentlich vereinzelt, zerstreut, wenn nicht gar destruiert.

TS: Der Impuls für ein selbstbestimmtes und herrschaftsfreies Leben ist neu artikuliert worden im Sinne der Vereinzelung und der individuellen Selbstbestimmung, die aber eben heute nicht mehr als gesellschaftliche, kollektive Selbstbestimmung gedacht wird, im Sinne einer neuen Vergesellschaftungsform. Insofern ist die Verarbeitung des Impulses von 1968 widersprüchlich. Er ist aufgenommen, aber in eine ganz andere Richtung gewendet worden.

FOW: Das ist ein Prozess von Entwendung und Rückentwendung. Die passive Revolution hat Motive des Aufbruchs von 1968 sich angeeignet, aber gleichzeitig auch umgebaut. Ich finde es problematisch, wenn man das als Gegensatz von Individuum und Kollektiv diskutiert. Ist es nicht eher so, wenn wir an eine Rückentwendung denken, dass wir gerade in den neuen Produktions- und Arbeitsverhältnissen den Gedanken der Selbstbestimmung eher noch radikalieren müssen. Aber eben eine Selbstbestimmung, die mitdenkt, dass zum Individuum sein Zusammenhang mit den andern gehört. Das ist etwas anderes als im Gegensatz von Individuum und Kollektiv zu denken. Das ist eher der Gegensatz von privatem Individuum und Individuum als lebendigem Mitglied der Menschheit.

WFH: Michael Brie hat in diesem Zusammenhang neuerdings den Eigentumsbegriff, der am Ende von Bd. 1 des *Kapital* steht, in die Debatte gebracht: Marx spricht dort, wo es um den Ausblick auf die »geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation« geht, von der Wiederherstellung des »individuellen Eigentums auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel« (MEW 23, 791).

FOW: In der Tat gibt es eine lange, auf Proudhon zurückgehende Tradition, die das Eigentum, also das private Eigentum, für das eigentliche Problem hält. Ich glaube dagegen, da müssen wir schärfer diskutieren: Zum einen dürfen wir nicht jede Art von Privateigentum als antisozial kritisieren, zum anderen müssen wir die Individuen selber tatsächlich als gesellschaftliche denken, auch mit dem, was sie sich aneignen. Individuen, nicht nur Kollektive, sind entscheidende Träger bewusst gesellschaftlicher Praxis – herrschaftsüberwindend, gemeinschaftlich Dinge organisierend. Wir sollten daher nicht das gemeinschaftliche, organisierte Handeln als einen Gegensatz zur Existenz und Tätigkeit von Individuen mit Privateigentum konzipieren.

WFH: »Individuen mit Privateigentum« sind etwas anderes als Individuen, die sich als »Personifikation« ihres Eigentums verhalten, wie Marx sagen würde.

WK: Ein anderer Gesichtspunkt dieser Debatte ist die heikle Frage der Gewalt. Die Debatte um Fischer und 1968 dient nämlich auch zu einer anderen Diskriminierung, die noch weiter geht: der Diskriminierung von jeder Art außerparlamentarischen Widerstands. Siehe die Debatte um die Castor-Transporte.

Ein Lehrstück dafür war ein TV-Gespräch von Friedman mit Angela Merkel, bei dem Letztere in der Ablehnung jeder innerstaatlichen Gewalt so weit ging, dass sie eigentlich konsequenterweise auch von den Stauffenbergs eine Entschuldigung dafür hätte fordern müssen, dass einer der Ihren ein Attentat gegen ein deutsches Staatsoberhaupt begangen hat. Ganz zu schweigen davon, dass auch alle wichtigen Grundlagen der westlichen Werte nur durch Gewalt der bürgerlichen Revolutionen ermöglicht wurden –

in den USA, in England und anderswo. Wenn das nicht mitgedacht wird, wird aus der Anti-Gewalt-Kampagne eine Diskriminierung jeder eingreifenden gesellschaftsverändernden Bewegung.

CT: Aber auch an dem Punkt müsste man noch einmal differenzieren. Aus der 68er-Zeit stammen ja auch Organisationsformen, die wir dann etwa als Bürgerinitiativen kennen gelernt haben. In gewisser Weise haben die außerparlamentarischen Impulse »gesiegt«, nämlich in dem Maße, wie sie integriert worden sind; und in anderer Weise sind sie in der Tat abgewiesen worden oder neigt man nach wie vor dazu, sie zu kriminalisieren. Vielleicht ist das der Punkt, den man schärfen müsste. In den kurzen Bemerkungen, die Wolf Haug uns vor der Veranstaltung zugeschickt hat, wird angemahnt, dass in jegliche gegenwärtige sozialistische Standortbestimmung die Integrationsprozesse einzubeziehen seien, die widerständige Gruppen und Parteien innerhalb dieses Gesellschafts-systems durchlaufen haben.

Das wurde da hauptsächlich am Beispiel der Sozialdemokratie und der Grünen vorgeführt. Dahin gehört auch der »Marsch durch die Institutionen«. An der 68er-Bewegung ist in der Tat ein Problem in besonderer Weise aufgebrochen, das sich genereller bei allen Parteien und Gruppierungen gestellt hat, die versuchten, systemsprengend zu wirken. Das System hat viele dieser Impulse aufgenommen, sie damit aber auch in einen neuen Kontext gestellt, umgedeutet, umgewertet. Wolf Haug sagt, in bestimmter Weise hat 68 gesiegt. Das stimmt. Womit nicht bestritten ist, dass die systemsprengende Intention, die viele dazu bewog, außerparlamentarische Opposition zu machen statt parlamentarische, damit zugleich auf der Strecke geblieben ist. Die systemische Gewalt, die es schafft, widerständige Bewegungen und Köpfe zu integrieren, ist für mich das eigentliche Thema, das hinter der 68er-Debatte steht.

WFH: Ein Thema gleich im Anschluss. Es sind ja nicht nur die Bürgerinitiativen, sondern die Nichtregierungsorganisationen, die im Gefolge von 68 vorgedrungen sind. Damit überschreiten wir bereits unser erstes Thema in Richtung auf die Frage nach den politischen Subjekten.

TS: Ich würde sagen, dass die NGOs zumindest im Norden im Grunde ein Überbleibsel der neuen sozialen Bewegungen sind. Es sind Kerne dieser Bewegungen, die sich professionalisiert haben. In dem Moment, in dem die Bewegungen selbst rückläufig waren oder nicht mehr existierten, haben die NGOs in einer neuen, institutionalisierten Form von Politikberatung, Öffentlichkeitsarbeit usw. versucht, deren Ziele weiterzuführen. Mit bestimmten Widersprüchen, die daran geknüpft sind, wenn man auf dieser institutionalisierten Ebene durch Auseinandersetzungen mit internationalen Organisationen wie der WTO etc. versucht, Positionen zur Geltung zu bringen.

WFH: Aber die Akteursform ist zunächst einmal als eine wichtige zu registrieren. Vielleicht könnte man auch sagen, sie sind nicht ein Phänomen nach dem Verschwinden der sozialen Bewegungen, sondern sie sind eine Form, in die sich auch soziale Bewegungen übersetzt und auf Dauer gestellt haben. Wenn sie verschwunden wären, wie könnte ein mächtiger Akteur sich dann weiter finanzieren und mit Personalressourcen immer wieder ausstatten? Übrigens sind auch die Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er Jahre aus der Wirkungsgeschichte von 68 heraus zu begreifen.

FOW: Es gehört zum Durchsetzungsprozess einer sozialen Bewegung, dass man Institutionen und Organisationen schafft. Im weiten Sinn sind die NGOs älter: Die UNO hat bereits in den 1950er Jahren den CONGO – Konsultativorgan für NGOs – geschaffen. Aber da steht ein anderes Verständnis von NGO im Hintergrund – nämlich das angelsächsische –, dass man nämlich einen Zweig von stiftungsmäßig auf Spenden beruhenden Organisationen hat, was in der amerikanischen Gesellschaft eine alte Realität ist. Das hat man auf die internationale Ebene übertragen. Es hat aber eine neue Qualität bekommen in dem Moment, in dem die Basisorganisationen, die – nicht nur in Deutschland – aus den 68er-Bewegungen entstanden sind, versucht haben, zwei Dinge neu zu kombinieren, die in dieser Form vergessen waren: Politik in der ersten Person und »Zusammen sind wir unschlagbar«. Diese beiden Gedanken neu zu kombinieren war gegenüber den alten Organisatio-

nen – jedenfalls so wie sie damals existierten – eine wirkliche Neuerung. Denn die hatten eigentlich nur den zweiten Gedanken. Dass jeder da selber was tun muss, war eher störend. An die Stelle war der Gedanke der Disziplin getreten, dass jeder das tat, was die Organisation beschlossen hatte. Aber dieser Gedanke der Eigeninitiative, der Politik in der ersten Person – die Frauenbewegung ist da ziemlich vorne gewesen –, der gibt diesen Organisationen die neue Dynamik und macht es ihnen gleichzeitig möglich – das ist auch neu –, Zusammenhalt anders zu organisieren als über das Schaffen einer Zentrale. Das hängt auch mit den Umwälzungen in den Kommunikationsmitteln – Telefon und Fernkopierer – zusammen.

Der Anti-Vietnamkriegs-Kongress in Berlin gab ein erstes Beispiel, wie weltweit und mit Aufmerksamkeit in der Weltöffentlichkeit Impulse gebündelt wurden, ohne dass daraus ein organisierendes Zentrum hervorging.

WFH: Wenn man das mit Seattle vergleicht, lässt sich dann daraus etwas abschätzen über die neuen Akteurs- und Aktionsformen?

FOW: Eine Sache fällt mir sofort auf: In Seattle war die amerikanische Gewerkschaftsbewegung organisiert dabei. Die verschiedenen Komponenten – Jugend, Umweltschützer, indigene Völker – waren alle in organisierten Netzwerken in einem Bündnis dabei, das entsprechend ziemlich aufwändigen Vorlauf hatte. Es hat da lange Vordebatten gegeben, wie man das organisiert, wie man die Vielstimmigkeit auch so orchestriert, dass es funktionieren kann. Es hat auch begleitend einen komplizierten Kommunikationsprozess gegeben, wo man immer die Aktionsformen – wie weit gewaltfrei, welche Form von Gewalt gegen Sachen ist sinnvoll, welche nicht, wo kann man es dem Einzelnen überlassen, was er macht – absprach. Das hatte der Vietnam-Kongress von 68 mangels der entsprechenden kommunikativen und organisatorischen Mittel in dieser Form nicht.

WFH: Frank Deppe sagte vorhin, die zentrale Aufgabe spezifisch linker Politik sei die Verknüpfung der verschiedenen Ebenen. Das bezog sich auf die Regulationsproblematik. Es berührt aber auch, was jetzt in die Debatte gekommen ist.

FD: Eine kurze Bemerkung zum 68er Vietnam-Kongress: Ganz so spontan war er nun auch nicht. Da waren ziemlich viele Leute mit strikt leninistischen Organisationsvorstellungen dabei.

Die Debatte über die NGOs ist sehr widersprüchlich. Von 68 ist zweifellos ein wichtiger Impuls für die Neuen Sozialen Bewegungen (die es als Bewegungen allerdings seit den 80er Jahren nicht mehr gibt) und für neue Formen der Politik jenseits der Parteien und Parlamente ausgegangen. Auch heute ist für viele junge Menschen, die sich kritisch engagieren wollen, die Parteiform nicht attraktiv – die Partei als »Heimat«, die Unterordnung des Individuums unter die Organisation, die Kultur der Organisation, die scharf zwischen dem Innen und dem Außen trennt. Hier wirkt – wenngleich viel schwächer – die 68er-Tradition fort. Nach wie vor halte ich es für wichtig, den Charakter der 68er-Bewegung als weltweite Intellektuellenbewegung – mit den jeweiligen Bündnissen sowohl mit den Arbeiterbewegungen als auch mit den anticolonialen und antiimperialistischen Befreiungsbewegungen – zu erforschen und in der öffentlichen Erinnerung lebendig zu halten. Einige würden das nur zu gerne verdrängen, weil sie – indem sie sich zu Revolutionären und Führern des Proletariats erklärten – damals sich selbst als Intellektuelle verrieten.

Wir sollten auch die Intelligenz- und Intellektuellendebatten der 60er und 70er Jahre nicht vergessen. Damals war vom enormen Bedarf an wissenschaftlich qualifizierter Lohnarbeit die Rede – im Bereich der Produktion ebenso wie im Bereich der Staatsapparate (hier vor allem im Bildungs- und Wissenschaftssystem). In der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft unserer Zeit hat das Wissen, der Umgang mit Information, die Fähigkeit zur Kommunikation usw. eine weitere Aufwertung erfahren. Die Intellektuellenrolle hat sich deutlich verändert: Im Bereich der Medien, der Werbung und der Politik, die auf Imagepflege und Verkaufserfolge aus sind, sind die Intellektuellen im klassischen Sinne »organisch« im Hinblick auf die Reproduktion der bestehenden Herrschaftsverhältnisse. Politisch relevante Bruchstellen sind kaum zu erkennen – auch an den Universitäten nicht, wo wir seit langem eine Abwertung kritisch sozialwissenschaftlichen Denkens und

einen Siegeszug empirisch-analytischen und pragmatisch orientierten Denkens erleben – zusammen mit der Akzeptanz der »Ökonomisierung der Wissenschaften« unter dem Primat des Neoliberalismus. Gleichzeitig gibt es innerhalb und außerhalb des offiziellen Wissenschaftsbetriebs immer noch lebendige Minderheiten, die sich solchem Konformismus entziehen. Eine linkssozialistische Partei sollte sich in ihrer Programmdebatte positiv auf dieses kritische Potenzial – auch außerhalb der Partei – beziehen. Im Zusammenhang mit der Netzwerkdebatte haben wir schon über die Beziehung der Partei zu anderen Initiativen, NGOs und Ansätzen von Sozialbewegungen gesprochen. Sie sollte diese Beziehungen nicht mit dem Anspruch auf Führung und Vereinheitlichung entwickeln, sondern ihr Potenzial in einen Kooperations-, Austausch- und Lernprozess einbringen. Oft geht es auch nur darum, technische Kapazität zur Verfügung zu stellen.

WFH: Das schließt an das an, was Frieder Otto Wolf bei unserem ersten Gespräch gesagt hat: Die PDS muss sich »in die Netzwerke einbringen«. Sie darf nicht die Position des Majordomo beanspruchen. Aber die Gegenposition, die damit auch nicht erledigt war, besagte, dass alle Politik, auch das Sich-Einbringen, die platonische Frage des Eines-machen-aus-Vielem, was sonst auseinander fällt, praktisch lösen muss. Die politischen Kräfte werden pulverisiert, zu einer Staubwolke, wie Gramsci sagt, wenn keine vereinheitlichende Kraft darin ist. Die PDS muss sich dieser Aufgabe stellen. Wie macht man es gleichzeitig und macht es auch wiederum nicht? Das ist einer der Widersprüche der politischen Kunst.

FD: Das ist wieder einmal eine der sehr schwierigen Fragen. Natürlich geht es in der Politik immer auch um die Aggregation von Interessen – und natürlich wissen wir nur zu gut um die Unbeständigkeit und die Zerfallsprozesse spontaner Ein-Punkt-Bewegungen. Daher denke ich, dass Parteien immer auch notwendig sind, um Interessen kollektiv – als soziale und politische Kraft – zu artikulieren, um – wie Gramsci sagte – als »kollektiver Intellektueller« die Erfahrungen von Erfolg und Niederlage zu erarbeiten, strategisch zu denken und zu handeln.

Allerdings sind wir gerade in der marxistischen und vor allem der marxistisch-leninistischen Tradition mit der Herausforderung konfrontiert, die Parteifrage im Zusammenhang der Klassenfrage einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen. Damit werden zahlreiche Leerstellen der politischen Theorie des Marxismus markiert. Althusser hatte sie schon in den 70er Jahren moniert. Ganz wichtig ist, dass sich die Partei nicht zur Hüterin eines monistischen Wahrheitsbegriffes erhebt, dass per Führungsorgane und -persönlichkeiten darüber entschieden wird, was gedacht und geredet werden darf. Heute befinden wir uns auf jeden Fall in einer Situation, in der die Anerkennung der Vielfalt als eine wichtige Voraussetzung für die Organisierung kritischer Lernprozesse und der Entwicklung von Handlungsfähigkeit gelten sollte.

Die Fragmentierung sozialer Erfahrung ist eine der Funktionsbedingungen gegenwärtiger kapitalistischer Herrschaft auf der Ebene des Bewusstseins. Wir erleben das in verschiedenen Bereichen. In den Gewerkschaften zum Beispiel reden die Kolleginnen und Kollegen oft aneinander vorbei, weil sie – so scheint es – aus verschiedenen »Welten« (und Betrieben und Wirtschaftsbereichen) kommen: solche, die prosperieren, in denen kooperative Arbeitsformen bestehen, Kreativität und Partizipation gefordert sind; und solche, in denen – mit dem Rücken an der Wand – gleichsam ums Überleben gekämpft wird und kapitalistische Rationalisierungsstrategien äußerst brutal durchgezogen werden. Auch dann, wenn die strategische Debatte auf das gemeinsame Ziel der Durchsetzung von Interessen der Lohnabhängigen sowie auf Kritik des »Wettbewerbskorporatismus« gerichtet ist, muss Solidarität – als das Gegenteil von Markt- und Konkurrenzverhalten – neu »erlernt« werden. Wichtig ist also, eine politische Kultur der Kommunikation zu entwickeln. Das gilt auch für eine linkssozialistische Partei – und das gilt zumal für die PDS, in der ja nun ganz unterschiedliche Erfahrungen und Biographien, im Osten und im Westen, zusammenwirken.

WFH: Frank, deine Kategorie »Fragmentierung der sozialen Erfahrung« muss – glaube ich – kritisiert werden. Sie setzt ja soziale Erfahrung als einheitliche voraus, was deinem berechtigten Postu-

lat widerspricht, dass man keine Einheit voraussetzen darf, sondern alles darauf ankommt, eine politische Kultur zu fördern, in der sie sich bilden kann. Dann kannst du die auseinander klaffenden Eingangserfahrungen nicht schon fragmentiert nennen. »Fragmentierte Erfahrung« ist ein nostalgischer Begriff.

FOW: Außerdem war das noch ein bisschen anders, Frank, als du es sagst: Es ging auch um »das Persönliche«. Doch im Kern trifft genau das zu: Dass es eben darum geht, dass die Individuen sich in jenem Wir auch als Individuen wirklich wiedererkennen und sich nicht diszipliniert unterwerfen. Insofern halte ich daran fest: Eine linke Politik, die nicht mehr das Versprechen der Entfaltung von Individualität als gesellschaftlicher formuliert, hat immer schon verloren.

Zum Problem der Partei: Das ist zu Unrecht nur auf Parteien zuge-spitzt. Das gilt auch für Gewerkschaften. Es gibt ja jetzt inzwischen die Debatte zur Netzwerkgewerkschaft.

FD: Da stimme ich dir zu. Das ist nicht nur eine Frage für die Parteien.

WFH: Könntest du auch etwas sagen in Richtung auf die zu erwartenden neuen Subjekte und Subjektformen, Akteursformen, die aus der Welt der Arbeit in den kommenden Jahren auf uns zu-kommen?

FD: Die Entwicklungen in der »Welt der Arbeit« bestätigen zu-nächst unsere Ausgangsthese von der neoliberalen Hegemonie. Ein Moment dieser Herrschaftskonstellation reflektiert sich in der Krise der traditionellen Gewerkschaftsorganisationen. Seit gut zwei Jahr-zehnten leiden sie unter Mitgliedschaftsschwund und einer gerin-geren Mobilisierungsfähigkeit, d.h. schwindender politischer Macht. Es gibt Unterschiede und Ungleichzeitigkeiten zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern – aber insgesamt bestä-tigt dieser Trend. Als Reaktion auf diese Krise sind übrigens erhebliche Teile der europäischen Gewerkschaften – schon vor der »Neuen Sozialdemokratie« – auf einen rechten Anpassungskurs gegangen. Sie sind konservativ geworden, weil sie es sich zur Hauptaufgabe machen, Besitzstände ihrer Klientel zu verteidigen – und zwar nicht im Kampf oder im Widerstand gegen das Kapital

und den Neoliberalismus, sondern in Kooperation mit Staat und Management.

Dazu kommen Eigeninteressen des Apparates und der Selbsterhaltung der Organisation. Die Wahlerfolge der Sozialdemokratie in den 90er Jahren haben fast überall die Entstehung von so genannten »Sozialpakten« – hierzulande das »Bündnis für Arbeit« – gefördert, über welche die Gewerkschaften in ein System des nationalen Wettbewerbskorporatismus eingebunden sind. Es ist bitter für manche Intellektuellen, dass gerade der linke Flügel der europäischen Gewerkschaften, für den sie in den 70er Jahren wegen seiner Kampffähigkeit und auch seiner theoretisch-strategischen Debatten geschwärmt haben – ich denke dabei zum Beispiel an Bruno Trentin und seine Schriften –, besonders hart von diesem dominanten Trend betroffen ist.

Es gibt aber innergewerkschaftliche Kritik an der Politik der Subalternität und Anpassung. Zugleich sind seit den frühen 90er Jahren die Bruchstellen und Widersprüche des Neoliberalismus deutlicher ins allgemeine Bewusstsein getreten – u.a. auch aufgrund von zahlreichen gewerkschaftlichen Streiks, Demonstrationen und anderen Interventionen. In den 90er Jahren hat – wenn auch nur geringfügig – die Streikstatistik diese Veränderung ausgedrückt. In der neuesten Ausgabe des »Socialist Register« (2001) macht der Herausgeber Leo Panitch auf diese Entwicklung aufmerksam und fügt hinzu, dass zum Zeitpunkt der Niederschrift seines Artikels alleine in fünf Ländern (in Argentinien, Indien, Korea, Nigeria und Südafrika) Generalstreiks stattfinden. Diese Ansätze von Widerstand in der ganzen Welt haben Berührungspunkte, gemeinsame Bezüge, denn sie betreffen die Auseinandersetzung mit Auswirkungen des Neoliberalismus – steigende Armut und Massenarbeitslosigkeit, die durch die Folgen internationaler Finanzkrisen verstärkt werden, Korruption der politischen Klassen, Abbau von staatlichen Sozialleistungen, um Schulden zu bedienen usw. usf. Gleichzeitig haben sich neue Bündniskonstellationen entwickelt, die Hoffnung machen.

Die großen Demonstrationen von Seattle waren ja nur der Beginn einer Bewegung der von den Medien so genannten »Globalisie-

rungsgegner«, die sich auch in Europa formiert haben. Natürlich sind solche Bündnisse von Gewerkschaftern, Ökologen und Menschenrechtsaktivisten nicht widerspruchsfrei. Das hatte sich schon in Seattle gezeigt, als zum Beispiel die amerikanischen Gewerkschaften die Frage der Zugehörigkeit von China zur WTO unter dem Gesichtspunkt des möglichen Verlustes weiterer Arbeitsplätze in den USA kritisierten, während andere Gruppen hier die Frage der Menschenrechte in den Vordergrund stellten. Bei den vergangenen Gipfelkonferenzen der Europäischen Union – von Amsterdam 1997 bis Nizza 2000 – haben jeweils große Demonstrationen in den Städten für eine effektive Beschäftigungspolitik im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und die Massenarmut, für eine aktive Sozialpolitik der EU sowie gegen die Vorherrschaft der Konzerne und Banken in der Europäischen Gemeinschaft stattgefunden. Das sind Ansatzpunkte, die entwicklungsfähig sind und auch zur Repolitisierung der Diskussion über Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik führen dürften.

WFH: Wir könnten hier tatsächlich mit der Frage nach neuen Subjekten und neuen Individualitätsformen weitermachen. Ich habe in der Einladung zitiert, was Christoph Spehr zur Frage der Vereinheitlichung geäußert hat. Er postuliert erstens eine Art Angebotspluralismus für eine linke Partei. Sie soll von vornherein anschlussfähig sprechen, und zwar in ganz unterschiedlichen Sprachen. Sie soll die Vereinheitlichung nicht aufzwingen, sondern einen Uneinheitlichkeitsrahmen bilden, wo sich ganz unterschiedliche Akteure einfinden können. Diesen Punkt kann man nicht richtig diskutieren, wenn man die Akteure nicht benennt.

Wie heterogen sind sie eigentlich, diese prospektiven Akteure? Zum Teil sind sie ja wie Feuer und Wasser. Was nicht heißt, dass sie immer so bleiben. Die amerikanischen Grünen und die amerikanischen Gewerkschafter waren einander spinnefeind. Dann hat sich in Seattle die »Greeny-Sweany-Koalition« etabliert. Das war der Durchbruch, ein völlig unerwartbarer, unerhoffbarer Akt. Das kann sich auch auf anderen Feldern ereignen. Die beiden Fragen, diejenige nach der Struktur linksparteilichen Agierens und die nach der Adressatenpluralität, lassen sich nicht trennen.

WK: War es nicht so, dass 1968 – in Frankreich etwa – die Sache daran scheiterte, dass die intellektuelle Bewegung nicht mit der Arbeiterbewegung zusammenkam. Ist der Aufbau einer Gegenmacht im Sinne Gramscis auf dezentraler Basis überhaupt möglich? Wenn ich es richtig verstehe, hat er sich auf die Arbeiterklasse als Kernpunkt einer Gegenmacht gestützt.

Zweifellos kann es auch dazu kommen, dass es plötzlich ohne langfristige organisatorische Vorbereitung, ohne dass eine Kernbewegung entsteht, dennoch zu explosionsartigen Widerstandsbewegungen großen Ausmaßes kommt. Können die aber nachhaltig sein im Sinne einer Transformation, wenn es keine Kernkraft gibt? Davon hängt für mich die Subjektfrage sehr wesentlich ab.

Die zweite Sache, die ich daran anschließen wollte: Es ist sehr schwer, Widerstand gegen die Grenzüberschreitungen der Kapitallogik zu leisten. Wann kommen die Leute damit in Berührung? Wenn sie merken, dass die Preise ständig steigen? Wenn sie merken, dass der Service in der Bahn immer schlechter wird und Strecken eingestellt werden? Wenn die Fußballfans merken, dass sie im Stadion im Grunde überflüssig sind, weil der Verein mehr an der Börse vorankommt? Wenn die Patienten merken, dass sie nicht das Subjekt des Gesundheitswesens sind? Und wenn die marxistischen Professoren merken, dass ihre Stellen mittels Finanzkeule eingespart werden?

Das sind ganz unterschiedliche direkte Empfindungen ein und derselben Tatsache. Abgesehen von den marxistischen Professoren, die das natürlich wissen.

WFH: Falls es überhaupt noch marxistische Professoren gibt.

WK: Wer von den anderen, die ich meinte, führt die Ursache gleich zurück auf die Kapitallogik? Wie kann man solch heterogene Seiten zusammenführen? Was bedeutet überhaupt der Klassenbegriff unter den gegenwärtigen Bedingungen? Die Frage haben wir noch gar nicht diskutiert. Sie ist aber ganz wesentlich. Frank Deppe hob eben sehr stark auf große Streikbewegungen ab, hinter denen auch die Arbeiterbewegungen stehen. Überschätzen wir nicht die Chancen einer Dezentralisierung widerständiger Bewegungen? Auch das zivilgesellschaftliche Zustandekommen einer Gegen-

macht bzw. einer transformatorischen Hegemoniekonstellation ist m.E. daran gebunden, dass es eine Kernbewegung gibt, die sich auf der Gemeinsamkeit von Interessen zur Überwindung gemeinsam erlebter und auf gemeinsame Ursachen zurückführbarer Missstände gründet, die sie in ihrem Lebensprogramm und in der eigenen Selbstverwirklichung behindern. Wie das künftig aussehen könnte, ist eine Frage, die sehr schwer zu beantworten ist, wenn man nicht gleichzeitig weiß, welche Interessenlagen denn aufgrund der neuen Lebensverhältnisse in der gegenwärtigen Umwälzung entstehen. Wer sind die Verlierer? Die Verlierer sind nicht immer die Widerstandsträger. Das kennen wir schon aus den Bauernkriegen. Die Träger der Bauernkriege waren nicht die von der Leibeigenschaft degradierten Bauern, sondern solche, die nach oben wollten. Die Degradierten werden, wenn sie nicht von einer nach vorn orientierten Bewegung mitgerissen werden, womöglich sogar zu einer destruktiven Oppositionskraft, die eher zum gemeinsamen Untergang beitragen kann als zur wirklichen Regeneration der Gesellschaft als Transformation.

WFH: Ich erinnere an den marxischen Satz, dass eine Woche Kämpfe und Bewegung mehr tut für die politische Bildung der Arbeiterklasse als ein Jahr Programmdiskussion. Wenn es zu einer »Explosion« kommt, dann wird sich zweifellos das, was es an lernfähigen politischen Akteuren gibt, in der Folge verändern. Linkssozialistische Politik ist gut beraten, wenn sie sich für diese Art von Lernfähigkeit offen hält und wenn sie sich in gar keiner Frage – sei sie noch so wohlklingend sozialistisch – auf irgendeine Art von Ewigkeit eingräbt. Stattdessen wird sie sich Rosa Luxemburgs Unterscheidung zwischen dem *Machen* und dem *Vorbereiten* hinter die Ohren schreiben. Was kein Akteur *machen* kann, wäre eine »Explosion«. Das *ereignet* sich. Aber man kann vorbereiten, dass, wenn eine solche Explosion sich ereignet, produktive Verarbeitungsformen folgen und nicht der gemeinsame Untergang. Die gegenwärtige Programmdebatte sollte zumindest immer auch als solche Vorbereitung verstanden werden.

Du sagst, es muss vorher schon die vereinheitlichende Parteiform da sein. Ich fürchte, wenn sie vorher in einem starken Sinn verein-

heitlich, wird sie mehr verhindern als vorbereiten. Andererseits darf sie sich auf keinen Fall durch die prinzipielle Absage an Vereinheitlichung die künftige Wahrnehmung möglicher Aufgaben verbauen, die sich jetzt noch nicht abschätzen lassen.

EC: Punkt eins – Thema Gegenmächte: Das ist für mich nicht generell positiv besetzt. Ich erinnere daran, dass Widerstand gegen den Neoliberalismus auch von rechten, ja auch von faschistischen Bewegungen kommt. Trotzki hat schon Ende der 20er Jahre darüber geschrieben. Das ist auch heute so.

Punkt zwei: Das sich Vorbereiten auf eine »Explosion« halte ich für problematisch. Ich denke Umbrüche vor dem Hintergrund des Endes der DDR. Das Politbüro der SED suchte immer die konspirativen Netzwerke. Was dann wirklich den Umbruch ausmachte, waren eben nicht konspirativ organisierte Netzwerke, sondern eine Bewegung, die aus den Verhältnissen und dem Umbruch heraus von unten kam.

Punkt drei – Kapitallogik am Thema BVG-Preise: Der Kapitallogik kann auch ein gut funktionierendes Nahverkehrsnetz entsprechen. Es gibt Städte in Süddeutschland und im Ruhrgebiet und in der Schweiz, wo es tatsächlich so ist. Insofern denke ich, sind die Politikfelder und damit auch das Nachdenken über Subjekte, die in den einzelnen Politikfeldern jeweils anzusprechen wären, nicht notwendigerweise sofort gebunden an die große Frage der anderen Gesellschaft, sondern der Verbesserung, der Veränderung, der Erleichterung der Verhältnisse unter den gegebenen Voraussetzungen. Die »Explosionen« vorab zu denken ist m.E. unmöglich. Insofern ist das Tagesgeschäft das eigentliche Geschäft in der Politik.

WFH: Linkssozialistisch betrieben werden kann das politische Tagesgeschäft freilich nur in einer Perspektive, die weit darüber hinausweist. Gefragt ist nach dem Kompass, der zur Orientierung dabei hilft. Frank Deppe hat zu Beginn unseres ersten Gesprächs gefragt, ob die Gegenwart überhaupt der richtige Moment für eine linkssozialistische Programmdiskussion sei. Ihm scheinere der historische Moment entsprechende Großaussagen nicht zu erlauben. Doch zu begründen und etwas darüber zu sagen, was man jetzt

überhaupt tun kann, das verlangt ja eine Programmdebatte. Sie kann aber nicht, wie manche das am Ende des 19. Jahrhunderts oder am Beginn des 20. noch geglaubt haben mögen, aus dem *Kommunistischen Manifest* ableiten, was die Zukunft parat hält. Zur Klassenfrage: Zwischen Modernisierungsverlierern und -gewinnern ist gewiss – da hat Wolfgang Küttler Recht – nicht einfach eine Grenze zu ziehen, die die Verlierer auf der Seite der Interessenten einer vernünftigen Veränderung sortiert und die Modernisierungsgewinner auf die Seite der Feinde. Es gibt ebenso viel linkes Potenzial bei den Modernisierungsgewinnern wie es reaktionäres Potenzial bei den Modernisierungsverlierern gibt. Wir müssen unbedingt aufpassen, dass das rüberkommt. In den alten Programmthesen war noch – in neoliberaler Sprache – von »Leistungsträgern« die Rede im Unterschied zu den auf »Versorgung« Angewiesenen. Das ist eine Formulierung, die in die Falle der neoliberalen Ideologie geht. Aber richtig daran ist gleichwohl, dass linke Politik nicht heißt, *für* die Abgehängten und *gegen* die mit der Entwicklung sich selber weiterbildenden Kräfte vorzugehen. Die Subjekte linker Politik verteilen sich nicht nach diesem Muster: Verlierer sind die Subjekte, Gewinner sind die Gegner. Ein geschichtlicher Block lässt sich nur quer zu dieser Spaltungslinie bilden.

Eine zweite Bemerkung zur Klassenfrage: Wir haben von Gramsci gelernt, dass wir Individuen durchzogen sind von unterschiedlichen Determinanten. Wir gehören gleichzeitig zu unterschiedlichen Kollektiven. Welche dieser Zugehörigkeiten in welchem Moment entscheidend wird für unser Handeln, das lässt sich nicht deterministisch beantworten. Die soziologisch beschreibbare Klassenzugehörigkeit ist nur eine dieser Determinanten. Die anderen Determinanten – zum Beispiel der sexuellen Orientierung oder des kulturell-geschichtlichen Selbstverständnisses – können unter Umständen genauso stark wirken, vielleicht sogar den Ausschlag geben. Ich finde das nicht bloß eine beklagenswerte Sache, dass der Klassendiskurs nicht mehr dominant ist. Die Entwicklung hat sich wegbewegt von den großen Massenkollektiven standardisierter Formen zu viel durchmischteren und durchkreuzteren Formen.

Das ist das Feld, auf dem man die Akteure suchen muss, wenn man versuchen will, sie zu neuer Handlungsfähigkeit zu gruppieren.

JS: Zur Klassenfrage wurde schon viel gesagt. Ich denke auch, es kann sich nicht darum handeln, eine Klasse auf dem Papier zu definieren. Vielmehr sollten wir von einer sozialen Klasse sprechen, die dynamisch und lernfähig ist und sich im Kampf um Interessendurchsetzung erst konstituiert.

Die gesellschaftliche Entwicklung in Frankreich in den 90er Jahren bietet ein interessantes Beispiel dafür, wie sich Koalitionen finden können und dass die linken Subjekte nicht nur bei den Modernisierungsverlierern, sondern auch bei den vermeintlichen Gewinnern zu suchen sind. Die Streiks von 1995 wurden vom neuen Mittelstand getragen, der seine soziale, politische und kulturelle Identität zunehmend durch den Neoliberalismus bedroht sah. Für den neuen Mittelstand waren drei Elemente ganz zentral, die nun in den neunziger Jahren unter Druck kamen: Bildung und Ausbildung, ein starker öffentlicher Dienst, Sozialstaatlichkeit. Während die Arbeiter von den Reformen in den achtziger Jahren stärker betroffen waren, wurden nun die für den Mittelstand zentralen Errungenschaften gestutzt. Anders als in den USA kam es in Frankreich vor diesem Hintergrund nicht zu einer Abgrenzung des Mittelstandes gegenüber der Arbeiterklasse. Die Streikbewegung förderte die Erkenntnis – die auch durch linke Intellektuelle und die Gruppe um Bourdieu gestärkt wurde –, dass soziale Ausgrenzung ein Prozess ist, der bereits im Kern der Gesellschaft angelegt ist und von dem schließlich auch Angehörige des Mittelstandes betroffen sind.

FH: Ich finde es schwierig, so vielfältige Punkte zusammen zu denken. Ich habe verstanden, dass wir von Rosa Luxemburg ausgehend über die Vorbereitung nachdenken, nicht über das Machen, und innerhalb dessen eine Vielfalt von Akteuren für möglich halten. Wer sich in welcher Situation wie artikulieren wird, ist eine historisch offene Frage. Darin scheint mir aber noch eine Frage ungeklärt: Welches sind die Kriterien, nach denen man sich in der jeweiligen Situation entscheidet? Es reicht nicht aus, nur mit Marx

zu sagen, ich will »alle Verhältnisse umstürzen, in denen der Mensch ein geknechtetes, verlassenes, verächtliches Wesen ist«. Es muss ein Element dazu kommen, das uns erlaubt, jeweils handlungsfähig in einzelnen Punkten zu urteilen.

Schade, dass Frieder meinen Vorstoß abgewimmelt hat, es handle sich um Vereinzelung versus kollektive, gemeinschaftliche, gesellschaftliche Aktivitäten. Ich finde, du hast das spitzfindig umgewendet, indem du das Wort »kollektiv« abgewiesen hast. Dann bist du zum gesellschaftlichen Individuum rübergewandert. Aber geht es denn nicht doch in jedem Punkt darum, ob ein Vorteil für mich allein da ist und ob ich Sieger werde – was ja das hegemoniale Versprechen des Neoliberalismus ist – oder ob ich mich für Handlungsziele und -formen entscheide, in denen sich viele zusammenfinden? Wo es heißt: Organisiert euch! Schließt euch zusammen, bildet eine Gruppe, bildet eine Gemeinschaft etc. Ob das nicht eine Messlatte abgäbe, die man an all das anlegen könnte – das Vorbereiten, das Eingreifen? Dazu gehört die Analyse der herrschenden Ideologie, die einem einredet, wenn du dich nur richtig anstrengst, wirst du Sieger sein. Das funktioniert ja auch in einzelnen Fällen.

Es gelingt mir nicht wirklich, euch für die Geschlechterverhältnisse zu interessieren, außer als Formel, aber nicht als inhaltliche Politik. Umgekehrt gibt es an dieser Front eine Reihe von Siegen auf Seiten neoliberaler Hegemonie. Die heißen heutzutage »Gender Mainstreaming«. Hamburg hat gerade zehn Professuren bekommen nur für »Gender«. In einer Zeit, in der alles gekürzt wird, zusammengestrichen wird, funktioniert dieses Wort als wahrer Sesam-öffne-dich. Gender Mainstreaming ist wiederum eine Doppelwaffe, die einerseits positiv darauf beharrt, dass die Frage der Geschlechter in allen Feldern gestellt werden muss. Nicht bloß für Frauen und nicht bloß für Familie, sondern schlechterdings überall. Aber sie suggeriert zum anderen, die Politik müsse so geführt werden, dass jede Frau für sich glaubt, das Recht zu erringen, bei den Oberen mitzumischen. So ungefähr erleben wir den Sieg über die Fragen der Frauenbewegung, der Frauenunterdrückung, des Akteurspotenzials der Frauen, die doch im Alltag so viele Res-

sources haben. Die Möglichkeit zu widersprechen wird auf diese Weise kassiert, wenn wir hier keine Leitlinie angeben können. Die aber ist meines Erachtens nach wie vor: Glaubt nicht an diese einzelnen Siege, weil ihr darin insgesamt verlieren werdet – und zwar alle. Für alle wird in dieser Individualisierungs-offensive das Alltagsleben immer anstrengender.

WFH: Aber ist das wirklich ein Gegensatz zu dem, was Frieder aus der Frauenbewegung aufgriff? Damals hieß es: Das Private ist das Politische. Er will keine Aktionsform, die wieder im Namen irgendeiner Kollektivdisziplin zur Marginalisierung des Individuums führt. Sein Kriterium wären die Entfaltungsbedingungen des Individuums als gesellschaftliches Wesen.

FOW: Genau darum geht es, dass die Individuen sich in diesem Wir auch als Individuen wirklich wiedererkennen und sich nicht diszipliniert unterwerfen müssen. Insofern halte ich an diesem Gesichtspunkt fest. Eine linke Politik, die nicht mehr das Versprechen der Entfaltung von Individualität als gesellschaftlicher vermitteln würde, hätte verloren.

WFH: Friggas Impuls haben wir noch nicht abgearbeitet. Damit linke Politik nicht Wasser trägt für den Neoliberalismus, muss sie in Bezug auf die Geschlechterverhältnisse ein trennscharfes Kriterium formulieren. Das muss mit in die Politikentwürfe Eingang finden. Wie formuliert man das? Negativ ist es leichter gesagt. Erinnern wir uns noch, als die Deutsche Bank für 2 Mio DM das Recht erworben hat, Steffi Graf's Fotografie für ihre Corporate Identity zu benutzen. Die blonde, blauäugige Siegerin diente dazu, dieses Versprechen – streng dich ordentlich an und du gehörst zu den Siegern – zu vermitteln. Welche Möglichkeiten gibt es, scharf zu unterscheiden zwischen einer solchen Verwendung und einer, die auf solidarische Assoziationsformen zielt? Welche Angebote an welche Art Akteursgruppen muss linke Politik in diesem Sinn machen? Welche Sprache muss sie sprechen? Wie sieht die Messlatte aus?

FOW: Ich denke, dass wir hier so etwas wie eine Renaissance genossenschaftlicher Formen der Selbstorganisation des anstrengenden Alltags bekommen. Es gibt die Kinderladenbewegung aus

der Vergangenheit. Es gibt aber auch neue Formen von Konsumgenossenschaften. Ich entsinne mich noch, dass es nach Tschernobyl große Gemeinschaften gab, die sich Lebensmittel besorgt haben, die nicht radioaktiv verseucht waren. Auch jetzt gibt es mindestens wieder Kommunikationsgemeinschaften, die sich darüber informieren, wo man was kriegen kann, was einigermaßen sicher ist. So weit müsste das Angebot gehen. Das wäre in der Tat eine Erneuerung des Genossenschaftsgedankens, tatsächlich als Zusammenhang, wo das Selber-Tun als Chance zur eigenen Kontrolle dient.

WFH: Also müsste das Kriterium negativ/positiv etwa so formuliert werden: Kampf gegen die vereinzelnde Individualisierung und für individuelle Selbstverwirklichung in solidarischer Orientierung.

FOW: Solidarische Selbstverwirklichung wäre schon eine relativ gute Formulierung.

WFH: Sie hat jedenfalls den Widerspruch in sich.

FH: Die Geschlechterspezifität liegt darin, dass die Frauen praktisch die zentrale Zielgruppe für die Vereinzelungspolitik von oben sind.

FOW: Das wird von Frauen auch gern übernommen, weil die Alternative oft schrecklicher ist.

FH: Genau, weil die Gesellschaft insgesamt geschlechterhierarchisch restrukturiert wird, ist das Angebot an Frauen, also an diejenigen, die an subalterne Positionierung gewöhnt sind, plötzlich als Einzelne aufsteigen zu können, gerade weil sie Frauen sind, fast unwiderstehlich. Natürlich kann sich jede ausrechnen, dass nicht alle Frauen über einen Geschlechterbonus in Führungspositionen kommen können, jedoch wirkt diese Anrufung qua Geschlecht gepaart mit Leistungsideologie eben dort vereinzelnd, wo zuvor die Frauenbewegung sich als subalterne Gruppe widerständig organisierte.

WFH: Vielleicht lassen wir diesen Punkt so stehen und führen die Frage der zu erwartenden Akteursformen und Individualitätsformen weiter. Die Frage wird dadurch erschwert, dass es zu unseren Lebzeiten einen Generationeneinschnitt gibt, den vielleicht

keine frühere Generation so gekannt hat. Viele formulieren das als Geschichts- oder Kulturbruch in der Generationenfolge. Das hängt einerseits mit dem Auftreten einer neuen Kulturtechnik, die der Computer symbolisiert, zusammen; andererseits mit dem Vorverlagern des Eintritts in die Konsumenten- und Käuferidentität, ein Erbe des Fordismus, das der Neoliberalismus radikalisiert. Schon für die 3- bis 4-Jährigen gibt es Werbeprogramme, für die Milliarden ausgegeben werden. Der Generationsbruch hat damit zu tun, dass Produktionsweise, Lebensweise, Kommunikationsmuster usw. einen Veränderungsschub durchgemacht haben. Plötzlich erfahren sich die Älteren als Laien in so und so vielen Alltagstechniken. Von unserem neuen Telefon beherrsche ich mal gerade knapp zehn Prozent der möglichen Funktionen. Die Sozialisierung, die durch den Umgang von klein auf mit mikroelektronisch bestückten Geräten aller Art stattfindet, vor allem denen des Imaginären, hat vielleicht zu einer anderen Individualitätsbildung geführt als bei den Älteren. Daher muss man eigens der Frage nachgehen, welche Individualitätsmuster die heute 10-, 15- oder 20-Jährigen ausgebildet haben. Welche Sprachen werden dort gesprochen? Welche Ansprüche, Bedürfnisprofile werden entwickelt? Grob gesagt: Was muss Politik berücksichtigen, wenn sie sich nicht mit einer Politik für Rentner bescheiden will?

CS: An diesem Punkt würde ich gerne einsteigen. Ich halte die Frage, wie sich Programmdebatte und Programm zur Erfahrung, Denkweise und Praxis der jüngeren Generation verhalten, für zentral; es geht da ja nicht einfach um eine bestimmte Zielgruppe, deren spezifische Forderungen eingebaut werden müssen, sondern ganz grundsätzlich darum, ob eine politische Tradition und Utopie für die Nächsten, die dran sind, noch funktioniert bzw. unter welchen Bedingungen. Es macht die Sache vielleicht einfacher, wenn man sich klar macht, dass zur Spezifik von Jugend mindestens drei Aspekte gehören: Erstens, dass die Welt erst mal denen gehört, die schon da sind. Ganz platt im Sinne von Eigentum, aber auch im Sinne von vorfindlichen Regeln, bei deren Aushandlung die Jüngeren nicht dabei waren, ferner im Sinne von herrschender Sprache, Theorie und Deutung. Zweitens, dass die heute 15- bis

35-Jährigen geprägt sind von der Auseinandersetzung mit subtilen, pseudo-demokratischen, pseudo-sozialen Herrschafts- und Dominanzformen, dem, was ich mal »progressiver Alienismus« genannt habe. Da sitzen eben nicht mehr die alten Drachen, die sagen, »solange du deine Füße unter meinen Tisch stellst, machst du, was ich sage«, sondern die neuen, sozialpädagogisch geschulten Drachen, die sagen: »Wir sind hier alle gleich, und wir diskutieren über alles. Aber natürlich muss es im Zusammenleben gewisse Spielregeln geben, und die Gemeinschaft muss sich auch dagegen schützen können, wenn diese Regeln auf Kosten anderer gestört werden ...« usw. Die Jüngeren sind deswegen supermisstrauisch, gegen Wahrheits-Ansprüche, aber auch gegen falsches Schulterklopfen. Drittens, dass diese jüngere Generation eigene Praxisformen und Lebensweisen entwickelt und sich die Möglichkeiten und Anforderungen gesellschaftlicher Umbrüche schneller aneignet. Da gehören dann irgendwann auch das Internet und die SMS dazu.

FOW: Ich komme noch einmal zurück auf das Beispiel Seattle, Prag, Davos, Porto Alegre, zu diesen neuen transnationalen Bewegungen. Ihre Aktivisten sind überwiegend sehr viel jünger als wir, die meisten sind zwischen 15 und 25. Auch die Bewegungs-Intellektuellen haben einen geringeren Altersdurchschnitt, als wir ihn hier haben. Der Gegensatz von Zentralisierung und Pluralität stellt sich für sie nicht in der Form wie für uns aufgrund unserer Erfahrungen. Sie haben zentrale Forderungen, Aufrufe, sind aber jeweils als Initiativen, Gruppen, Bündnisse usw. autonom geblieben. Die Einheit ist durchaus hergestellt. Und diese Einheit ist offenbar für Jüngere ansprechend, sich dort zu engagieren, auch ganz praktisch zu engagieren. Sie reisen nach Seattle oder Prag, mit den ja enorm verbilligten Mitteln, und entwickeln im Grunde einen Sektor der reisenden Jugendkultur, der sich jetzt in politische Aktionen einspannt.

WFH: Das Handlungsmuster wäre dann dasjenige des im so genannten Postfordismus nach vorn gerückten Individualtourismus? Nur dass jetzt ähnliche Handlungsmuster oppositionell, widerständig ausgeführt werden?

FOW: Es gibt in Holland tatsächlich eine »Agentur Rucksack«, die speziell Politreisen dieser Art anbietet.

WFH: Darf ich mal ein anderes Element einbringen, auch zur Verarbeitung, das spielerische Element. Eine wesentliche Nutzung der neuen Medien sind Spiele unterschiedlichster Art. Ich nehme an, dass in diesem Moment zig Millionen von Halbwüchsigen gerade eines dieser Spiele spielen. Das prägt ein insgesamt spielerisches Verhältnis zur Identität ins Selbstverständnis. Wie wird das politisch wirksam? Was bedeutet das für Widerstandsformen, Disziplinarten usw.?

EC: Das ist mir zu gesetzt. Ich sehe nicht, dass wirklich alle so sind und sich so sozialisiert verhalten.

WFH: Alle gibt es gar nicht.

EC: Es ist ja die Frage der Jüngeren. Wenn wir die rechte Bewegung in Ostdeutschland ansehen, dann ist der Reiz gerade, dass sie da eine Kollektivität angeboten bekommen, die ihnen die offizielle Gesellschaft nicht bietet. Insofern denke ich, dass es so eine Art Grundbedürfnis nach direktem menschlichem Kontakt gibt, der nicht nur über Internet, SMS usw. vermittelt ist. Das hat auch Folgen für die Angebote.

WFH: Machen wir doch keine falsche Front auf! Das bestreite ich doch gar nicht. Es gibt beides. Da herrscht kein Entweder-Oder. Unter anderem gibt es Millionen von Jugendlichen, die die von mir angedeuteten Sozialisationsmuster erfüllen. Das ist der Modernisierungssektor im Bereich der Jugend. Was bedeutet das für politische Agens? Wie werden die tätig?

WK: Der Generationsbruch ist auch ein Kulturbruch, der viel schneller vor sich geht als vergleichbare Umwälzungen in früheren Epochen. Sicherlich war zwischen denen, die 1760, und denen, die um 1800 geboren sind, auch ein großer Einschnitt. Aber im Augenblick geht es schneller und schärfer. Insofern stimme ich zu. Aber ich habe eine Frage, die an Erhard Crome anschließt: Es gibt in keiner Diskontinuität eine Stunde Null. Insofern gibt es immer auch – ich rede jetzt in Familienkategorien, ohne die Blutsfamilie zu meinen – bei jeder Art von Sozialisation, auch wenn sie noch so diskontinuierlich ist, immer die Großeltern, Eltern und

die Kinder. Und wie deren gegenseitiges Tradieren ist, bestimmt in großer Weise auch, wie auf die neuen Sozialisationsbedingungen jeweils reagiert wird. Die Frage ist, ob der Bruch gegenwärtig so stark ist, dass die Großväter die Enkel nicht mehr verstehen. In mancher Hinsicht kann ich bei meinen Enkeln nicht mehr mitmachen. Aber auf der anderen Seite merke ich jetzt schon, dass die Tradition des Hauses – wenn es einigermaßen funktioniert – sehr große Prägekraft besitzt. Tradition des Hauses muss sich nicht unbedingt auf die traditionelle Familie beziehen, das kann auch die Schule sein, es kann eine politische Bewegung, ein Verein und jede lebensbestimmende Gruppe sein – darum muss gerungen werden, denn es kann sich da ja auch um einen rechtsradikalen Schlägerverband handeln.

WFH: Ihr missversteht mich. Ich sage doch nicht, dass es nur noch »Computerkids« gibt. Ich möchte nur, dass wir auch zu diesem Sektor der Wirklichkeit etwas sagen. Was für Veränderungen im Bereich politischer Akteursbildungen und Praxisformen bringt er hervor? Darauf muss doch wohl linke Politik auch – nicht ausschließlich – eingehen können. Auch diesen Adressaten gegenüber muss sie Kompetenz beweisen.

CS: Die elektronische Kultur unterscheidet sich von der Literalität dadurch, dass sie geographisch unheimlich viel breiter ist, also tendenziell wirklich global, dagegen aber zeitlich enorm verkürzt: Was gestern war, wird gelöscht. Eine sozialistische Programmatik sollte daher stärker ausführen, wie sie sich als Teil einer internationalen Bewegung sieht. Das ist der leichtere Teil. Sie muss aber auch dazu stehen, sich als Teil einer historischen Bewegung zu sehen. Das ist der schwerere Teil, aber ich halte das für ganz wichtig, sich hier auch als Kontrapunkt zu zeigen. Erinnerung und Gedächtnis sind schwierig, schmerzlich, mühsam, unbequem, aber sie sind notwendig, um nicht dieselben Fehler immer wieder zu machen. Etwas historische Informiertheit hätte zum Beispiel den New Economy-Angestellten einigen Katzenjammer erspart.

JS: Auch die Welt der Computerkids ist nicht einheitlich. Da gibt es die ursprünglich anarchischen Hacker, die Unzähligen, die das Internet als Kommunikationsplattform und Informationsres-

source nutzen, sich vernetzen und chatten, und schließlich gibt es sicherlich die von dir angesprochenen Computerkids, die stundenlang Computerspiele spielen. Ich bin mir jedoch nicht sicher, ob diese Computerkids spielerische und damit auch kreative Elemente auch in anderen Lebensbereichen verwirklichen. Richtig ist, dass das Internet vermehrt ganz praktisch zur raschen Vernetzung und zum effizienteren Transport politischer Inhalte genutzt wird. Das kenne ich von der Gewerkschaftsjugend, der ich selbst viele Jahre aktiv angehört habe.

Hier konnte ich aber auch feststellen, dass viele Jugendliche sehr wohl politisch denken und sich über präzise und konkrete Fragestellungen politisieren. Die Erfahrung von Ungerechtigkeit, nicht als abstrakte Größe, sondern an spezifischen Punkten wie zum Beispiel im Betrieb, steht hier an oberster Stelle. Auch in Seattle ging es, wenn auch globaler gefasst, um konkrete Fragen.

Im Zuge des »Niedergangs der großen Erzählungen« verschob sich der politische Fokus, und es wird schwieriger sein, die einzelnen Facetten kohärent zusammenzubringen. Eine generelle Entpolitisierung der Jugendlichen bedeutet dies jedoch nicht. Diese Erkenntnis führte in der Politik der Gewerkschaftsjugend dazu, dass sich etwa die IG Metall-Jugend wieder verstärkt neben betriebs- und ausbildungsspezifischen Problemen auch anderen Fragen widmete, in ihre Diskussionsforen andere, nicht gewerkschaftliche Gruppen mit einband und mit diesen zusammen auch neue, griffige Aktionsformen entwickelte.

WFH: Ist das eine Empfehlung für linke Politik insgesamt?

JS: Es ist eine Empfehlung für eine andere linke Politik, die eventuell dem politischen Denken und Handeln Jugendlicher besser entspricht. Die DGB-Jugend oder die IG Metall-Jugend, aber auch andere Organisationen wie die PDS müssen für Jugendliche mit unterschiedlichen progressiven politischen Hintergründen attraktive Foren bieten, in denen sie sich vernetzen können, um damit die spezifischen Probleme in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Ein kohärentes Projekt ist sicherlich wichtig, entstehen kann es allerdings nur, wenn sich ausgehend von den konkreten Problemstellungen ein weitergehendes Interesse entwickelt.

CS: Sehr viele Jüngere haben heute erhebliche Erfahrungen damit, komplexe Bereiche von Produktion und Reproduktion selbst und eigenverantwortlich zu organisieren. Das gilt sowohl für die Nerds, die in der Regel männlichen Computerfreaks, die schon früh mit anderen zusammen programmieren oder in der New Economy z.T. sehr schnell auf- und wieder abgestiegen sind, als auch für die allein erziehende Mutter, die studiert, arbeitet oder möglicherweise in einem selbstorganisierten Projekt tätig ist. Solche Menschen erkennen sofort und mit Recht als Hohlsätze, wenn wir schreiben, alle gesellschaftlichen Missstände seien Ausfluss der Kapitallogik, und diese müsse man deshalb abschaffen.

Diese Menschen wissen nämlich, dass Kooperation irgendwie organisiert werden muss, dass dabei soziale Macht, Erbringen von Leistungen, Austausch, Anspruch auf Leistungen, Ermächtigung, Ermöglichung, Überlassung etc. eine Rolle spielen und dass es sich nicht einfach aus der freien allseitigen Entfaltung eines jeden ergeben wird, dass der Vater das Kind pünktlich abholt, wenn man ins Kino oder zu einem Treffen will, obwohl er doch so viel Wichtiges zu tun hat. Diese Menschen fragen: »Wie soll es denn gehen?«, und sie erwarten keine Blaupause als Antwort, sondern nur, dass man an dieser Antwort mitarbeitet und sich nicht hinter unbrauchbaren Scheinsicherheiten vergräbt.

WFH: Wie könnte das programmatisch gebündelt und verdichtet werden? Welche Empfehlung folgt daraus?

FOW: Das muss ein bisschen prinzipieller werden. Die Erfahrung, ungerecht behandelt worden zu sein, die Erfahrung von Unterdrückung, von Diskriminierung – die kann tausend konkrete Formen annehmen. Und die neuen Medien bedeuten dann auch, dass man Leute, die das gleiche Problem und die gleiche Problemwahrnehmung haben, ziemlich rasch finden kann. Was früher für einige ein Problem war, musste endemisch vorhanden sein, damit man etwas organisieren konnte. Heute ist das viel leichter zuzuspitzen.

WFH: Auch Neonazis haben das Gefühl, ungerecht behandelt worden zu sein, wie Erhard Crome zu Recht gesagt hat. Selbst dies reicht also noch nicht. Kann man das noch schärfen?

FOW: Mit anderen zusammen demokratische Lösungen finden, das Problem haben die Neonazis nicht.

FH: Ich versuche mir während eurer Reden die verschiedenen Jugendlichen, die ich kenne, als Gruppen vorzustellen, einschließlich Computerkids. Ich glaube, etwas, was sich grundlegend verändert hat, ist das Verhältnis zu Realität im Unterschied zur Fiktion. Die Computerkultur bietet auch die Grundlage, eine eigene Realität zu simulieren und sich selbst in sie als handelnde Person hineinzuprojizieren. Das Verhältnis zum eigenen Leben wird experimentell. In diese experimentelle Bereitschaft greifen Computerspiele ein. Man kann dies in der Literatur nachvollziehen oder herausarbeiten, die von solchen Jugendlichen gelesen wird – falls sie noch lesen. Exemplarisch ist etwa der Held einer Jugendromanserie, *RanVan*, von der Kanadierin Diana Wieler. Er ist ein Meister in Fantasy-Spielen, das sind die als Automaten aufgestellten Spiele, in denen man nach Einwerfen von genügend Geld versuchen muss, über alle möglichen Widerstände ein Held zu werden, zu gewinnen und dabei die Prinzessin oder den sterbenden König usw. zu retten. Das Ganze ist zugleich wie eine Wette organisiert, man kann Geld zurückgewinnen, wenn man der Beste ist. Das Spiel braucht großes Reaktionsvermögen, Erfahrung, Antizipation von Tricks und Fallen, rasche Kombinationsgabe und lange Ausdauer. Seine Anziehungskraft beruht nicht zuletzt auf der Einbildung eigener Macht beim Zerstören der Hindernisse als auch auf der Einfühlung in die Anordnung voller Feinde, die auszumerzen sind, um selbst Sieger zu sein. Die Spiele unterstellen Konkurrenz und Vereinzelung und sind so konstruiert, dass sie Fantasien induzieren, die die Wahrnehmung gewöhnlicher Realität mitbestimmen oder gar organisieren. Der Effekt ist ein gesteigertes, dabei illusionäres Selbstbewusstsein. So auch im Falle dieses Romanhelden.

Das Spielen kostet ein Menge Geld, wie auch die anderen Accessoires der neuen Jugendkultur – Handys, Designerklamotten, Drogen – dies tun. Man muss also davon ausgehen, dass viele Jugendliche in einer Kultur leben, in der sie sich materiell verschulden, in die sie darum umso mehr flüchten, weil die andere Realität lang-

weilig, zu ordentlich, fantasielos, hart ist und ihr Selbstbewusstsein nicht unterstützt.

Die veränderte Haltung zu Fiktion und Realität bedeutet in diesem Kontext auch, dass Politikangebote herkömmlichen Stils es schwer haben, weil die leichte Machbarkeit solcher Fantasie-Einlösungen von Gesellschaftsveränderung ihnen allemal voraus ist. Gleichwohl wäre zu überlegen, dass Politik mit dieser Generation das Aktivierungsangebot, das in den Computerspielen steckt, aufgreifen muss. Auch hier müsste es darum gehen, dass der einsame Gewinner im Spiel solidarisch aufgehoben gehört in eine Gemeinschaft, in der alle sich an Veränderung beteiligen können, also alle zusammen gewinnen oder verlieren. Solche Aktivierungsdispositive müsste linke Politik anbieten.

WFH: Wie baut man aktivierende Dispositive? Oder fördert man sie? Wie kann man sich das praktisch vorstellen?

WK: Hängt nicht die linke Politik und unser Verhältnis zum Idealtypus des Computerkids davon ab, was sie eingespeist bekommen? Ist das nicht auch eine medienpolitische Frage? Ich meine, das spielerische Verhalten, das da stattfindet, hängt doch immer noch auch vom Inhalt dessen ab, was gespielt wird.

WFH: Ja, aber nicht nur. Wie Schreiben und Lesen – die Literalität – ganz bestimmte Auffassungen, Haltungen und ein gewisses Zeitregime mit sich geführt haben, egal, was geschrieben und gelesen wurde, so gilt das jetzt bei der digitalisierten Virtualität auch. Egal, welche Inhalte gemacht werden, hat sie eine »Grammatik«, eine andere Referentenbeziehung. Das prägt Individualität eben auch.

Quer zu Rechts/Links gibt es bestimmte Muster der Repräsentation und der Selbstorganisation. Doch wahrscheinlich sind viele Computerkids nicht geneigt, Realität für eine Spielart des Virtuellen zu halten. Die aktiven Computerkids, die gewohnt sind, ständig virtualistisch zu disponieren, muss man sich nicht vor allem als Manipulationsgegenstände denken. Sie sind zunächst Manipulatoren. Ihre Kompetenzen und Handlungsfähigkeiten sind neuartig und mindestens so ambivalent wie irgendetwas von dem, was wir hier besprochen haben.

CS: Die spezifische Weltauffassung, die das Internet im Unterschied zu früheren Formen kultureller Vergesellschaftung mit sich bringt, entspricht m.E. ziemlich genau der Weltauffassung, die von der heutigen herrschaftsförmigen Globalisierung nahe gelegt wird. Das Internet ermöglicht gewaltigen Zugang zu Information und schnelle, weltweite Kommunikation. Andererseits ist es geradezu das vergegenständlichte Vergessen und Verdrängen der Tatsachen, auf denen dieses mächtige kommunikative Handeln beruht, nämlich der Arbeit und der Ressourcen von Millionen Menschen, die Geräte schrauben, Bodenschätze abbauen, Kabel verlegen und in den Netzwerkfirmen die Klos putzen. Diese »virtuellen Identitäten«, die sich selbst nicht mehr klar machen, wer sie reproduziert, wer ihnen die freie Zeit ermöglicht, in der sie im Netz tolle Dinge machen, dass ihre eigene Produziertheit als Menschen von einem ganzen Universum reproduktiver Arbeit abhängt, dessen Gesetze ihnen unwirklich und rückschrittlich erscheinen – das stellt ein Problem dar. Deshalb ist auch die Debatte zwischen globalisierungskritischer Bewegung auf der einen und zum Beispiel Freier-Software-Bewegung auf der anderen so wichtig.

FOW: Das MAI – Multilateral Accord on Investment – ist ja letzten Endes daran gescheitert, dass sie nicht mit den Computernetzwerken gerechnet haben. Hinter verschlossenen Türen in der OECD vorbereitet, hätte das eine gigantische Veränderung der Politikformen bedeutet, wenn es durchgegangen wäre. Und es wäre wohl durchgegangen. Alle waren einverstanden, einschließlich der Gewerkschaften – wenn nicht Computerkids und ein paar fortschrittliche Regierungsbeamte in Kanada das weltweit ins Netz gestellt und damit öffentlich gemacht hätten. Daran hat sich dann eine soziale Bewegung entwickelt, die es geschafft hat, das so weit zu politisieren, dass es nicht mehr durchging.

Insofern ist es richtig: Sie müssen etwas reingestellt kriegen, aber sie sind in der Lage, sich auf irgendwo an der Peripherie des Netzes aufkommende Inhalte zu stürzen und sie weiterzuverbreiten. Die Weiterverbreitung ist aber schon Aktivierung. Von da aus ist das Medium immer auch gleichzeitig Aktivierungsgelegenheit. Denn im Unterschied zum Fernseher kann man nicht auf der Couch

sitzen und einfach darauf warten, was vom Computernetz gezeigt wird.

WFH: Gleichzeitig ist es aber auch ein Medium des Wirklichkeitsverlustes. Das muss man auch sehen. Es ist wirklich ambivalent.

CS: Dass das Internet selbst uns nicht frei macht und dass es keine an sich emanzipativen Medien gibt, das muss man nach wie vor sagen. Und dass es bezüglich Emanzipation, Utopie und Internet noch ein paar andere Fragen gibt als die der proprietären Aneignung von intellektueller Arbeit.

CT: Vielleicht muss man sich damit bescheiden zu sagen: Die neue Neigung zum Experimentieren ist, gerade in ihrer ganzen Unberechenbarkeit, ein Faktor, mit dem man rechnen muss.

WFH: Ist nicht eine experimentalistische Lebenseinstellung mindestens etwas Ambivalentes?

CT: Sicher. Auch in dem positiven Sinn, dass sie ein gutes Gegenmittel gegen jedwede Form von Verfestigung darstellt. Nur behagt mir nicht, hier danach zu suchen, was wir den jungen Leuten sagen und umgekehrt aufnehmen sollen, was die umtreibt. Das suggeriert, dass man da etwas voraussehen könnte. Ich sehe nicht, wie das möglich ist. Ich komme hier über ganz abstrakte Appelle nicht hinaus wie: Genau hinschauen, wo sich dort an verwundbaren Punkten, an ernst zu nehmenden Punkten, an Punkten, die Veränderungen möglich machen, etwas konstellierte, um Seattle, um Chiapas etc. Aber was sich da konstellierte, kann man immer erst nachträglich aufnehmen. Hinschauen, was sich da in der Wirklichkeit zum Gedanken drängt, das kann man. Das muss man sogar. Aber daraus parteiprogrammatisch brauchbare Formeln gewinnen, das scheint mir zum gegenwärtigen Zeitpunkt aussichtslos zu sein.

Wir sind jetzt immer dabei gewesen, wenn auf die Frage geantwortet wurde, nicht auf sie zu antworten, sondern ein paar analytische Beispiele zu geben. Wir sollten zugeben: Wahrscheinlich geht nicht mehr. Es ist wichtig genug, dass man das tut.

WFH: So dass es nicht weit hinausgehen kann über zwei Forderungen. Die erste: das Internet vor Überwältigungsattacken

zumindest als Potenzial der Selbstvernetzung von unten zu verteidigen. Und zweitens: sich vom Bierernst in der politischen Programmatik nicht allzu viel zu versprechen, sondern die Angebote so zu machen, dass sie selber mehrere Facetten haben. So wie ein genialer Wahlkampfslogan von André Brie einmal lautete: »Take it Gysi«. Am Tiefpunkt der postkommunistischen Situation, als alles gelähmt war durch die historische Katastrophe, kommt so ein lockerer Ton daher, so vieldeutig. Es sollte überlegt werden, welcher Stil angebracht ist, damit Leute, die keine allzu große Erzählung mehr akzeptieren, nicht von vornherein sagen, das geht uns nichts an.

CT: Man muss wahrscheinlich lernen, die Ausdrucksformen, die sich da bilden – Stichwort Comic –, selber als eine Form von Grammatik zu interpretieren, innerhalb derer durchaus mehr ausgedrückt werden kann als nur in einem oberflächlichen Sinne Comic-Haftes. In der Kunst hat es so etwas ja schon gegeben, etwa bei Art Spiegelman, KZ-Verhältnisse comic-haft als Katz-und-Maus-Verhältnisse darzustellen, und zwar so, dass es einen schaudert. Spiegelman ist durchaus ein ästhetischer Vorläufer von etwas, was eine politische Dimension haben kann. Den Comic als eine Grammatik zu erkennen für den Ausdruck von Dingen, die man unmittelbar nicht oder nicht mehr glaubwürdig sagen kann, für die man Distanz braucht – diese Möglichkeit sollte man sich zumindest nicht verstellen. Den Ausdrucks- und Verständigungsformen, die sich etwa in den Jugendkulturen bilden, könnten sich neue Potenziale abgewinnen lassen.

WK: Ich sehe diese ganze Verspieltheit, diese Virtualisierung als eine Hausmacht des Neoliberalismus an. Neulich hörte ich einen Werbeslogan sagen: Du musst erstens intensiv leben, zweitens dich selbst verwirklichen und drittens alles im Griff haben. Da wird quasi die Illusion des Tellerwäschers verbreitet, der, wenn er nur will, ein Ford werden kann. Jeder hat sein Leben im Griff, und die objektiven Umstände spielen überhaupt keine Rolle. Das ist die postmoderne Philosophie in ihren schlimmsten Auswüchsen. Andererseits weiß ich, dass es diese Verspieltheit gibt und dass darin auch Chancen liegen. Wie setzt hier linke Kultur- und Bildungspolitik an?

WFH: Zum Beispiel indem sie experimentelle Lebensformen fördert, die solidarischen Assoziationsformen gewidmet sind. Wir setzen bei Erfahrungsbereitschaft an, am Gegenpol zu den Frühgreisen – es gibt Leute, die sehen blühend aus, sind erst 20 Jahre alt und schon unendlich verspießt. Dagegen gibt es jugendliche Greise. Bevor wir Schluss machen für heute, sollten wir noch einmal zurückkommen auf die Frage, mit welchen Politisierungsprozessen zu rechnen ist. Wir haben ja festgestellt, dass es unrealistisch wäre, bestimmte Unzufriedenheitspotenziale wesensmäßig zu identifizieren. Dieselben Konfliktlinien können nach rechts wie nach links verarbeitet werden, sie können sich politisch neutral artikulieren. Betrachten wir die Dinge also unter dem Gesichtspunkt der Politisierungsprozesse.

FOW: Dazu ein Beispiel: Wir hatten als erste *ver.di*-Aktivität einen Streik der Lufthansapiloten. Einen gut organisierten »wilden« Streik, der offenbar recht wirksam war und auch einen zentralen empfindlichen Punkt getroffen hat. Das ist in mehrerlei Hinsicht bedeutsam. Einmal rückt es gewisse Vorstellungen von Arbeiterklasse zurecht, die wir vielleicht noch mit uns herumschleppen. Wenn man sich diejenigen ansieht, die da gestreikt haben, so sehen sie ganz anders aus und haben auch einen anderen beruflichen Hintergrund. Zweitens steckt da etwas Politisches dahinter, nämlich dass die *ver.di* als Gewerkschaft sich jetzt die Frage stellt, an welchen Stellen können wir in den Reproduktionsprozess eingreifen, wo es wehtut. Das ist eine politische Frage.

Von da aus stellt sich die Frage der Politisierung erstmals als Frage der Identifizierung der Nervenpunkte innerhalb des chaotisch oder entgrenzt gewordenen gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Offenbar ist es möglich, von ganz partikulären Ansätzen ausgehend einen kleinen Politisierungseffekt zu erzielen.

Wenn man das jetzt auf Parteien übersetzt, stellt sich die Frage, wie eine Partei agieren könnte, um in einer solch kitzligen Frage gesellschaftliches Agieren hervorzurufen, zu unterstützen und zu fördern. Offenbar ist das nicht so einfach. Denn die Gewerkschaft verfügt über das Instrument des Arbeitskampfes, mit dem sie auch Subjekte, die anders sind als die traditionellen, aktivieren kann.

WFH: Politisierung ist vielleicht ein zu leeres Wort. Wenn jemand Nazi wird, wird er auch politisiert.

WK: In diesem Punkt, der Funktion des Politischen gibt es die weit verbreitete Meinung des Politfrustes, der Entpolitisierung, allgemein der Abkehr von großen Organisationen und Gesellschaftsentwürfen in Gestalt einer Individualisierung, die zur Abkehr von der Politik führe. Hier sehe ich eine Möglichkeit demokratischer Politik, des Ansprechens der verschiedenen Interessenlagen, weil sie nur durch Politik gewahrt werden und realisierbar sind.

FH: Aber ist nicht die Frage der Politisierung auch die Frage nach den zu erwartenden Konflikten, auf die wir zugehen? Es geht um den Widerspruch zwischen einer Politik, die auf Selbstverantwortung setzt, die die Menschen als selbstbestimmte Individuen zu gewinnen trachtet, ja sie als »Selbstunternehmer« anruft, und der völligen Unmöglichkeit für diese Einzelnen, an der Gestaltung ihrer gesellschaftlichen Lebensbedingungen mitzuwirken. Das muss Spannungen und Konflikte ergeben, in die eine sozialistische Politik interveniert. Erst einmal mit der abstrakten Idee, dass jede Selbstverantwortung zu begrüßen ist, um dann die entsprechenden Claims in der Gesellschaft abzustecken, für die man verantwortlich ist. Wenn ich mir das auf der Frauenebene vorstelle, ist es so, dass Frauen die Verantwortung, die sie für die nächsten Generationen usw. haben, im Grunde gar nicht übernehmen können, wenn sie nicht gleichzeitig für Umwelt, Städtebau, Politik, Polizei, Verkehrswesen usw. mit verantwortlich sind. Das ist der Sinn meines Vorschlags, einen neuen »Geschlechtervertrag« auszuhandeln. Dazu gibt es auch Akteurinnen. Zu fragen ist also: Wo wird es Konflikte geben zwischen Selbstverantwortung und Nichtgestaltbarkeit? Formuliert man diesen Widerspruch allgemein, zielt man auf eine Politisierung, die ins Radikaldemokratische geht. Die Forderung lautet dann: Mehr Gestaltungsräume für das, was wir sowieso tun sollen.

WFH: Es empfiehlt sich, den Begriff des Politischen dabei offen zu handhaben. Wenn du, Wolfgang Küttler, registrierst, dass sich überwiegende Teile der Jugendkultur von den traditionellen Groß-Organisationen und ihren Theorien abgewandt haben, dann

sagst du, das sei eine Abkehr von der Politik. Aber was heißt dabei Politik?

WK: Die Politikmüdigkeit bezieht sich natürlich hauptsächlich auf die gegenwärtig gemachte Politik, gar nicht auf die Funktion des Politischen an sich. Demokratie und Politik hängen unbedingt zusammen. Vielleicht ergeben sich aus dem, was als Abwendung von der Politik erscheint, Zugänge zu neuen Formen. Es ist aber schwer zu sagen, ob sich solche herausbilden.

WFH: Das ist der Punkt. So schwer ist es gar nicht. Wir wissen ja von Seattle und Prag usw., dass zum Beispiel das Internet und der sich über dieses verständigende Protest-Tourismus solche Formen darstellen. Und dass es Zigtausende gibt, die das wahrnehmen und dadurch auch die Kräfteverhältnisse erstens mal in der Auseinandersetzung mit den jeweiligen Staatsmächten, aber vor allem auch in den Medien und mit den Medien verändert haben. Das ist schon etwas. Das ist nicht Nicht-Politik. Sie wenden sich von dem, was wir bisher unter Politik verstanden haben, ab, aber nicht von *der* Politik. Wenn das so ist, müssen auch wir uns etwas von unserem bisherigen Begriff von Politik abwenden und entdecken, dass das Politische andere Formen, andere kapillare Erscheinungsweisen angenommen hat. Gramsci hat einmal Entsprechendes seiner Partei aufgetragen, in einer merkwürdigen Metaphorik: Sie müsse eine Art lebendiger Philologie betreiben. Damit meinte er, sie müsse ständig das gesellschaftliche Leben in seinen feinsten und vielfältigsten Formen lesen. Philologie war für ihn »der methodologische Ausdruck dafür, wie wichtig es ist, dass die Einzeltatsachen in ihrer unverwechselbaren ›Individualität‹ festgestellt und präzisiert werden« (*Gefängnishefte*, H. 11, §25). Natürlich müssen sie dann gruppiert und gewichtet werden. Dieser Auftrag wäre ins Heutige zu übersetzen.

CT: Wobei es dann darum gehen müsste, diese neuen medialen Strukturen zu analysieren. Sie entstehen sehr schnell und spontan und brauchen, wie Frieder Wolf gesagt hat, die langen und langatmigen Vorläufe nicht mehr, sind aber bedroht von einem hohen Maß an Flüchtigkeit, an Nachhaltigkeitsverlust, wie Wolfgang Küttler das genannt hat. Nachhaltigkeit bleibt natürlich für jede

Form von Politik ein Desiderat. Insofern müsste es darum gehen, einerseits diese neuen Kommunikationsformen aufzunehmen und ein ganz genaues Auge auf sie zu haben, andererseits sie nicht einfach nur zu verdoppeln, sondern zu schauen, was in ihnen an Nachhaltigkeitsmöglichkeiten steckt.

FOW: Ich möchte noch einmal Friggas Metapher vom Vertrag aufgreifen. Da kann ich ein Anschlussstück formulieren zu dem, was mir unter Politisierung vorschwebt. Es geht darum, dass diese verschiedenen Bewegungen, die sich auf etwas einigen, der Gesellschaft und der Gegenseite vorschlagen, aufgrund der gegebenen Kräfteverhältnisse ein bestimmtes Ergebnis vorübergehend zu fixieren. Darin ist der Gedanke zu fassen, dass man gemeinschaftlich solidarisch handelnd die Verhältnisse gestalten kann. Die beiden Seiten gehören zusammen. Das steht ein bisschen quer zu der Art, wie wir linke Politik traditionell gedacht haben. Man sollte das nicht gleich als Sozialpartnerschaft oder Ähnliches denken.

WFH: Meinst du damit das, was Peter Glotz vor Jahren »antagonistische Kooperation« genannt hat?

FOW: Vielleicht, obwohl er vielleicht nur die Sozialpartnerschaft ein bisschen rot übermalt hat. Mir geht es um die Zuspitzung, die sich auch selber zumutet, darüber nachzudenken, wie das Ganze funktionieren könnte. Wenn man das real gewonnen hat, hat es auch Bestand für einige Zeit. Insofern entspricht der Vertragsgedanke, der erst einmal wie ein Rückfall ins 17. und 18. Jahrhundert klingt, heutigen Politisierungsbedingungen und hat mobilisierendes Potenzial. Im Vertrag sind alle auch als Personen einbezogen. Das ist nicht nur von irgendwelchen Spitzen unterschrieben. Der Vertrag funktioniert darüber, dass alle, die sich an den Auseinandersetzungen beteiligt haben, zu diesem Resultat gekommen sind.

WFH: Die Kunst besteht darin, jetzt erst einmal einen Schluss zu finden. Vielleicht sogar noch einen, der eine Botschaft enthält: Gegenüber noch undefinierten potenziellen Akteursgruppen muss sich ein solches Programmangebot offen zeigen. Es muss Zutrauen bilden können, dass sie sich andocken können. Das »scheue Reh« der sich vielleicht politisierenden gesellschaftlichen Kräfte –

wobei zunächst unklar ist, wohin sie sich bewegen – wird das Misstrauen haben, dass man es nur auf seine Wählerstimmen abgesehen hat, um es anschließend zu vergessen. Am Schluss werden die Gewählten dann die nächsten systemintegrativen Kompromisse machen und alles in den Wind schreiben, was sie einmal versprochen haben. Das müsste angesprochen werden. Es müsste die linkssozialistische Spezifik damit verknüpft werden. Kurz, Offenheit gegenüber sozialen Bewegungen, und zwar in ihrer Vielfalt als potenzielle Akteure, sollte ausgesagt werden.

WK: Irgendwo muss aber definiert werden, was mit der Gesamtrichtung kompatibel ist und was nicht. Insofern verstehe ich auch, dass sich der zweite Entwurf der PDS, den Frigga Haug eingangs kritisiert hat, so lange bei der Uminterpretation herkömmlicher Auffassungen vom Sozialismus aufhält, weil es dabei letztlich um diese Frage geht. Was das »Andocken« betrifft, so kann in transformatorischer Absicht nur an etwas angedockt werden, was sich in einer bestimmten Gesamtrichtung bildet und bewegt. Das ist das schwierige Problem, weil wir in einer Phase sind, in der sich die Subjekte möglichen Widerstands mit den Konfliktlinien erst herausbilden. Man kann Tendenzen feststellen, aber mit sehr vielen Fragezeichen.

WFH: Das ist ein mögliches Schlusswort.

FOW: Es wäre schon viel, wenn man es schaffen würde, das klar zu machen.

FH: Du hast gesagt, du kannst verstehen, dass sich die *Grundlinien* so lange mit der Uminterpretation herkömmlicher Sozialismus-Auffassungen aufhalten. Man sollte kritisch die Abstraktionsstufe anmerken, auf der sie das tun: Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit ... Wenn man stattdessen den marxischen Satz nimmt, dass man für Verhältnisse streitet, in denen die Entwicklung jedes Einzelnen und die Entwicklung aller andern zusammenfallen und nicht mehr gegeneinander gerichtet sind, dann hast du doch eine ungeheuer weit reichende Linie drin. Das geht gegen jede Spaltung, gegen jede Herausbildung von Helotentum und Lumpenproletariat, Dritte Welten und Desolidarisierung. Das ist sehr konkret, verglichen zu Gerechtigkeit und Freiheit.

WFH: Der Satz, an den du dich erinnerst, steht im *Kommunistischen Manifest*: »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« (MEW 4, 482)

FH: Das sollte wieder aufgenommen werden.

Dritte Unterhaltung

Erster Teil: Nach dem 11. September

WFH: Die Anschläge vom 11. September und die politisch-militärischen Reaktionen darauf haben eine weitere Runde unserer Unterhaltungen notwendig gemacht. In der FAZ las ich die Sätze: »Was der Fall der Berliner Mauer für Osteuropa bedeutet hat, vollzog sich im Westen mit dem Crash der New Yorker Hochhaustürme. Nichts ist mehr wie zuvor.« (Schümer) Die Leitfragen bei diesem dritten Gespräch lauten entsprechend: Was folgt daraus für linke Politik? Wie haben sich deren internationale Rahmenbedingungen verändert? Gibt es neuen Klärungsbedarf für die Gewinnung linker Handlungsfähigkeit? Vielleicht verständigen wir uns zunächst darüber, was neu ist seit dem 11. September.

LP: Gewalt war immer ein Mittel imperialistischer Politik, aber seit dem 11. September ist sie zum Inbegriff der Menschenrechte geworden. Wie ist diese Perversion zivilisatorischer Standards möglich gewesen, ohne dass sich weltweit ein Sturm des Protestes erhob?

CT: Nun ja, immerhin wurden die USA in ihrem Zentrum angegriffen – *erstens* von einem Feind, der sich nicht erklärt, sich nicht definiert hat, im Dunkeln bleibt; *zweitens* durch einen Schlag, der mit einfachsten Waffen, die gerade ausreichen, um eine Flugzeugbesatzung zu überwältigen, die Hochtechnologie der USA gegen sich selbst gekehrt hat; einen Schlag, der *drittens* die Vernichtung der USA *bedeutet*, in dem Doppelsinn, dass er einerseits bloß symbolisch ist, bloß die Wahrzeichen der imperialistischen Macht in Schutt und Asche legt, nicht diese Macht selbst, andererseits aber so atemberaubend realistisch verfährt, dass er an die 4000

Menschen dabei mit in den Tod reißt, die Börse vorübergehend lahm legt, Krisen und Kursstürze auslöst.

WFH: Wie lässt sich dieser ungeheuerliche Zusammenstoß verstehen? Wobei Verstehen nicht Vergeben heißen kann.

FD: Es sind die Konflikte und Widersprüche, die aus dem Zusammenbruch des europäischen Staatssozialismus und aus dem universalen Herrschaftsprojekt des US-dominierten »globalen High-Tech-Kapitalismus« resultieren, die immer mehr die Form gewaltsamer Eruptionen und neuer – nichtstaatlicher – Formen der Kriegsführung und Gewalt annehmen. Darin besteht die epochale und natürlich auch symbolische Bedeutung des 11. September.

WFH: »Nichtstaatlicher Krieg« kommt mir paradox vor. Auf ein als »Heiliger Krieg« artikuliertes Verbrechen haben die USA mit einer Kriegserklärung gegen unbekannt geantwortet. Sie wollten anscheinend die Hände frei haben. Doch wie hat diese Reaktion die Weltordnung verändert?

FD: Das Charakteristikum der neuen Epoche – als permanenter universeller Krieg gegen das Böse – mit der Definitionsmacht des US-amerikanischen Präsidenten, was das Böse ist – wäre darin zu sehen, dass das neoliberale Projekt nunmehr als »disziplinierender Neoliberalismus« (Stephen Gill) mit militärischer Gewalt geostrategisch neu abgesichert wird. Die Hegemonie wird – um einen Ausdruck Gramscis zu verwenden – mit Zwang gepanzert.

WFH: Aber wird sie das nicht immer?

LP: Ja, aber nun präsentiert sich der Krieg als die eigentliche Verwirklichung der hegemonialen Werte. Wer den Krieg als barbarisch ächtet, wer den Frieden durch Mittel des Friedens herbeiführen möchte und für universale Werte nicht mit Kampfbombern wirbt, gilt jetzt im günstigeren Fall als weltfremd, im ungünstigeren als Komplize des Terrorismus. Mutige Amerikanerinnen und Amerikaner, die sich der Kreuzzughysterie widersetzen, haben das zu spüren bekommen. Die Verwandlung imperialistischer Interessen in die Verteidigung westlicher Werte schlechthin bedurfte eines massenpsychologisch geeigneten Katalysators. Die Tragödie des 11. Septembers hat ihn geliefert. Am Vorabend des Ersten

Weltkriegs vollzog sich in Deutschland etwas Ähnliches: Der Krieg avancierte zur eigentlichen Erfüllung des Lebens, zum höchsten Ausdruck des Geistes und der Kultur. Es wird heute ebenso schwer wie damals werden, dieser Perversion ein Ende zu setzen und die Ideen des Friedens, der Menschenrechte und der Demokratie jener paradoxen Identifizierung mit kriegerischer Gewalt zu entreißen, in die sie der 11. September gebannt hat.

EC: Dem vermag ich so nicht zu folgen. Der Erste Weltkrieg als Erfüllung der in den Jahren zuvor, vor allem unter Intellektuellen, gepflegten »Todessehnsucht« lief auf die »Stahlgewitter« in den Schützengräben vor Verdun hinaus. Das heißt, der erste »totale Krieg« – hier folge ich Gordon A. Craig – hatte die totale Mobilisierung auf jeder der kriegsführenden Seiten zur Voraussetzung, der materiellen Ressourcen, der menschlichen und der ideologischen. Heute handelt es sich eher darum, dass eine imperiale Macht an der Peripherie mit hochspezialisierten Waffensystemen und Truppen einen völkerrechtswidrigen Krieg führt und sich dabei nicht stören lassen will, weder außenpolitisch noch im Inneren. Nachdem der eher sozial-liberale Clinton den Haushalt saniert hat, steckt der konservative Bush das Geld in neue Rüstung, statt in Soziales. Dafür braucht man den Popanz des allgegenwärtigen und zugleich nicht zu fassenden Feindes, aber nicht massenhaft Zinksärge, die in die USA zurückkommen.

WK: Das stimmt, aber etwas ist doch plausibel am Vergleich mit der Lage vor 1914. Das Jahrzehnt seit dem Ende der Sowjetunion ist eine Zeit der Wiederermöglichung von Kriegsakten mit ansteigendem Niveau. So etwas spielte sich zwischen 1904 – russisch-japanischer Krieg – und 1914 ebenfalls ab, übrigens wie nach 1991 auf dem Balkan! Völlig anders sind zweifellos die Grenzen von Krieg und Frieden in dieser neuen Situation – neu ist vor allem die Entgrenzung von »innen« und »außen«, die Entwertung der Massenheere zugunsten elitärer Söldnertruppen, die ungleich größere Technisierung der Mittel auf einer Seite. Gänzlich anders ist auch die Konstellation der kämpfenden Seiten: das Imperium oder der neue Mono-Imperialismus einer Supermacht gegen einen kaum fassbaren Terror mit ungewisser Ausbreitung, ein

erklärter Krieg ohne erklärten Adressaten und ohne deutliche Fronten.

Besonders bewegt mich dabei, dass sich dahinter eine neue Qualität des ebenfalls etwa seit 1900 virulenten Gegensatzes von Peripherie und Zentren verbirgt. Huntington produziert falsches Bewusstsein über einen sehr realen Zusammenhang – dass nämlich die westlich-neoliberale Penetration der übrigen Welt dort zerstörend in alte Kulturen eingreift und deren Widerstand hervorruft, in vielfältigen Formen radikalisierte Ohnmacht. Diese wiederum sind Motivationen für Fundamentalismen anderer Art in den hochentwickelten Ländern – auch hier sind die USA Vorreiter auf einem in vielen Bereichen noch kaum säkularisierten Boden. Dennoch gibt es Chancen einer völkerrechtlich fundierten, zivilgesellschaftlichen Antwort auf den Terror, und zwar nicht zuletzt in Amerika selbst. Ich bin trotz aller nationalistischen Hysterie überzeugt, dass Bush langfristig nicht das ganze politische Spektrum dieses Landes hinter seiner Strategie eines unbegrenzten »Weltkriegs gegen den Terror« oder »das Böse« vereinigen kann.

CS: Davon gehe ich auch aus. Der Eindruck, die USA könnten als einzige übrig gebliebene Supermacht nun völlig frei schalten und walten, täuscht. Was als Anti-Terror-Koalition bezeichnet wird, ist in Wahrheit ein komplizierter Verhandlungsprozess zwischen der Vormacht USA und den anderen beteiligten Ländern, gerade denen im Trikont.

Natürlich ist es kein positiver Verhandlungsprozess, sondern ein Schacher zwischen Regierungen, eine Art Schnäppchenmarkt für Zyniker: Pakistan bekommt Militärhilfe und Nachsicht für seine Diktatur, Indien Zugeständnisse im Kaschmir, Russland freie Hand in Tschetschenien, Deutschland weitere Hilfe auf dem Weg zur »Normalisierung«, d.h. zur Rehabilitierung als kriegsführende Macht. Dass die USA als Erstes die Beitragszahlungen an die UNO wieder aufgenommen haben, ist noch der positivste Effekt.

Aber es wird deutlich: Auch die USA können nicht allein gehen, sie brauchen eine hegemoniale Koalition unter Einschluss der wichtigen Schwellenländer, die wiederum druckempfindlich sind gegenüber der Haltung ihrer Bevölkerungen. Es ist diese Bindung

von unten, die einen Militärschlag gegen den Irak bislang noch verhindert hat.

Die Situation ist also an sich nicht neu, ihre Konsequenz spitzt sich nur immer noch weiter zu: dass Gegenmacht gegen das weltweite imperialistische Projekt nur als weltweite Bewegung denkbar ist, als Anti-Anti-Terror-Koalition.

WFH: Vorsicht! Die Ausrufung einer Anti-Anti-Terror-Koalition könnte leicht als Solidarisierung mit dem Terrorismus verstanden werden. Das wäre umso verhängnisvoller, als die Islamiisten zur Liquidierung der Linken angetreten sind.

JR: Das sehe ich genauso. Zu der von Wolfgang Küttler angeführten westlichen Erzeugung einer vielfältig radikalisierten Ohnmacht in der Peripherie gehört ja, dass die US-Außenpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg alles darangesetzt hat, einheimische Modernisierungen zum Beispiel eines arabischen Nationalismus à la Nasser zu vereiteln. Das hing mit der strategischen Zielsetzung zusammen, die »atheistische« Sowjetunion an der Südseite mit ultra-reaktionären Theokratien zu umgeben. Diese kompensierten die unheilige Einbindung in den kapitalistischen Weltmarkt dadurch, dass sie das Erziehungssystem den Fundamentalisten überließen – eine unheimliche Dialektik, die jetzt zurückgeschlagen hat. Es ist keine Verschwörungstheorie, wenn man darüber aufklärt, dass bin Laden das »Familiengeheimnis« der USA ist, wie Arundhati Roy unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September geschrieben hat, »created by the CIA and wanted by the FBI«, übrigens auch geschäftlich mit der Bush-Family verflochten. Der Terrorismus ist nicht einfach ein stummer Ausdruck von Verelendung, wie ihn auch manche Linke missverstehen, sondern politisch erzeugt: direkt durch finanzielle und militärische Unterstützung via Geheimdienste, indirekt durch die Zerstörung progressiver Modernisierungsperspektiven. Indem man den Linken im weitesten Sinn das Rückgrat gebrochen hat, hat man ein politisches Vakuum geschaffen, das der Fundamentalismus besetzen konnte.

Neu scheint mir in diesem Zusammenhang, dass es im Zuge des von Frank Deppe erwähnten »disziplinierenden Neoliberalismus«

zu einer intensiven Umarbeitung des Feindbilds kommt. Die »islamische Karte« in der US-Außenpolitik, die auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion noch gezogen worden ist, hat mit dem 11. September erst einmal ausgespielt. Viele der ehemaligen »Freiheitskämpfer« sind jetzt im Lager des »Terrorismus« gelandet. Nun betreiben die USA die Konstruktion eines Feindbilds, in dem die islamischen Fundamentalisten mit den Linken verschmolzen werden, zu deren Vernichtung sie gerade noch eingesetzt worden waren. Wenn wir dieses heimtückische Bündel nicht aufzuschnüren versuchen, kann sich die Schlinge schnell zuziehen. Die Verschmelzung wird in den US-Medien im Fall Kolumbien schon recht erfolgreich durchexerziert: »the leftist guerillas go on killing rampage«, titelt etwa die *New York Times*.

TS: In der Tat ist dieser Terrorismus nicht Ausdruck der Verelendung der subalternen Klassen – aber nicht nur deshalb, weil die westliche Politik die islamistischen Kräfte selbst gegen die Linke großgezogen hat. Wenn man sich den internen Kontext im arabischen Raum anschaut, die bürgerliche und kleinbürgerliche Herkunft und die Finanziere dieser neuen Akteure, kommt man zu dem Ergebnis, dass es sich hier eher um das letzte Aufgebot einer um die Herrschaft konkurrierenden Elite handelt, die im Kampf gegen die herrschenden Oligarchien bisher keinen Stich machen konnte.

FH: Ich möchte noch einmal einen Schritt zurücktreten, um den Doppelschrecken zu fassen, den der 11. September sowie die US-amerikanische Kriegsantwort birgt. Der Schrecken nach dem Attentat wurde dadurch noch verstärkt, dass er als Hollywood-Fiktion schon x-mal genossen worden war. Bislang glaubten wir davon ausgehen zu können, dass wir zwischen Fiktion und Realität zu unterscheiden wüssten. Zugleich hatte uns eine postmoderne Theoriekampagne mürbe gemacht, diese Unterscheidung selbst für unwesentlich bzw. konstruiert zu halten. Dass dann die Flugzeugbomben *wirklich* in die Zwillingstürme einschlugen, war zugleich Beweis für die Richtigkeit des großen Theoriezweifels an der Realität wie seine makabre Widerlegung. Es wurde wirklich zerstört und gestorben. Erschrocken, dass Fiktion und Realität solcherart aufein-

ander prallen, müssen wir noch einmal von vorne denken. Dazu bleibt wenig Zeit, denn Bush erwies sich als genau der Präsident, der diese Vorlage zur Erzeugung eines Weltkrieges nutzen würde.

WK: Der fließende Übergang von Fiktion und Wirklichkeit spielt sich m.E. auch im Bewusstsein der Zäsur des 11. September selbst ab. Nach dem Schock folgte spätestens seit Dezember mit den scheinbar so schnellen Erfolgen die Normalisierung. Inzwischen ist der Weltkrieg gegen den Terror zumindest in den europäischen Medien oft nur noch marginal zu spüren. Damit verschwimmen auch die Gefahren, ohne dass die Strategie der USA sich geändert hätte. Es gibt also auch eine Falle des Normalen im Kontext der Barbarisierung: Der erklärte Krieg, der Bündnisfall, die uneingeschränkte Solidarität scheinen relativiert, sind es aber nicht.

FH: In den USA ist die patriotische Welle noch ungebrochen. Bushs Kriegserklärung gegen der Terror setzte Mittel der Hegemoniegewinnung ein, die auch mich an den Ersten Weltkrieg erinnern und die wir längst als blamiert angenommen hatten. Und er hatte Erfolg damit. Der nicht eigentlich gewählte, sondern hart an der Grenze zum Putsch an die Macht gekommene Präsident mobilisierte jetzt die Zustimmung von über 80 Prozent der US-Amerikaner. Wir müssen neu zur Kenntnis nehmen, was im Massenbewusstsein mobilisierbar ist. Wir glaubten, von den vielfältigen Verfeinerungen und Differenzierungen postmodernen und postkommunistischen Denkens nicht unangefochten, an die Stelle binärer Gegensätze wie gut/böse, ja auch Mann/Frau höchst komplexe Überlegungen zur Konstruktion der Menschen in den je verschiedenen lokalen und kulturellen Umständen setzen zu dürfen. Die wahnsinnige Zerstörung der Zwillingstürme hat dagegen manichäische Gefühle aufgerührt und es erlaubt, massenhafte Zustimmung zu Formen staatlicher Gewalt zu mobilisieren, die wir für atavistisch hielten. Wir sind Zeugen der Etablierung einer Militarisierung des Politischen, wie sie Frank Deppe als »geostrategische Absicherung des neoliberalen Projekts« bezeichnet hat.

WFH: Was folgt daraus für linke Programmatik?

FH: Die Probleme einer linken Politik liegen u.a. in der Kombination, in der sich die verschiedenen Fragen stellen: Das marxisti-

sche Projekt ist von vielen Seiten geschwächt, das gilt sowohl für seine Vertreter, die Ebene der Theorie wie die Auftreffstruktur in der Bevölkerung. Man kann nicht mehr damit rechnen, dass ein begründetes Argument vielerorts Gehör findet. Zugleich muss die Analyse des neoliberalen Projekts und der dazugehörigen Hochtechnologie, die immer noch in Entwicklung sind, vorangetrieben und die Widersprüche herausgearbeitet werden, um überhaupt politischen Bewegungsraum zu finden. Diese Arbeit findet in einem stark besetzten Feld statt, in dem beständig Hegemonie von oben erstritten wird. Der Widerstand dagegen folgt nicht den alten Mustern etwa gewerkschaftlicher oder parteilicher Politik, sondern ebenso neuartig in organisatorisch diffusen Gruppen. All dies gilt es auf den Ebenen des Politischen, des Ökonomischen, des Subjektiven, des Ideologischen usw. interdisziplinär zu studieren.

CS: Verzeih, aber es geht nicht nur um das Studieren, sondern um die konkrete Zusammenarbeit. Die Regionen, die heute zum Ziel von Militärschlägen werden, sind nicht von ungefähr solche, zu denen wir – die Linke bzw. die fortschrittlichen Bewegungen in den Zentren – seit längerem wenig Kontakt haben. Wir kennen die Kräfte, Gruppen und Bewegungen nicht, die dort arbeiten, und deshalb mobilisieren diese Militärschläge weniger Solidarität, als wenn sie beispielsweise in Chiapas gegen die Zapatisten geführt würden. Deshalb wissen wir auch nicht ohne weiteres, was denn die richtige Forderung und Handlungsalternative ist. Man kann die westliche Politik in Afghanistan nicht gut kritisieren, wenn man nicht liest, was zum Beispiel die linke afghanische Frauenorganisation RAWA über die Nordallianz schreibt. Es ist in weiten Teilen die Linke in den Zentren, die nicht reif ist für eine globale Gegenkraft.

WFH: Was schreibt denn RAWA und was folgt daraus, um die Linke zur globalen Gegenkraft zu befähigen?

CS: Es geht darum, dass die von den USA an die Macht gebombte Nordallianz gerade aus der Erfahrung afghanischer Frauen heraus keine Alternative zu den Taliban darstellt. Dass das Massaker in Kabul 1992 genau von den Kräften kommandiert wurde, die heute die Nordallianz führen, ist noch in deutlicher Erinne-

rung. Nadschibullah, den niemand im Ausland unterstützt hat, als er sich nach dem Abzug der sowjetischen Truppen als Präsident um eine Übergangsregierung unter Einschluss aller Kräfte bemühte, wurde damals auf offener Straße aufgehängt. Im Westen ist die Nordallianz dagegen bereits seit 1998 systematisch als »die Guten« aufgebaut worden. Es kann angesichts eines faschistoiden Regimes ja richtig sein, eine oppositionelle Gegenkraft von außen zu stärken. Aber die Nordallianz ist eine Warlord-Fraktion unter mehreren, ihre Haltung zu Menschen- und Frauenrechten ist nicht anders, und Fortschritte in diese Richtung wären untrennbar mit einer Demilitarisierung der Konflikte verbunden, mit einem Ausweg aus dem zwanzigjährigen Bürgerkrieg, der mehr ist als der temporäre Sieg der einen über die andere Fraktion.

Das kann man alles aber nicht von außen wissen. Man muss zur Kenntnis nehmen, was diejenigen Kräfte, die in der Region selbst für eine emanzipative Veränderung kämpfen, sagen und welche Solidarität sie fordern. Für die Linke als Teil einer globalen Gegenkraft heißt das, dass sie dafür eintritt, dass die Beteiligten und Betroffenen ihre Zukunft selbst gestalten und das aushandeln, statt »Lösungen« zu ermitteln, die von außen durch Intervention durchgesetzt werden, und dass sie diejenigen solidarisch und energisch unterstützt, denen gleichwertige Verhandlungsmacht verweigert wird.

WFH: Mir ist nicht klar, wie man sie »energisch unterstützen« soll, ohne »von außen zu intervenieren«. Aber ich stimme dir zu, dass ein erneuerter linker Internationalismus gefordert ist. Wir kommen darauf zurück. Zuvor möchte ich die Frage nach den Veränderungen noch einmal aufnehmen, die der 11. September angestoßen hat. Zur Rolle der NATO meinte Dirk Schümer in der FAZ: »Erstaunlich, wie spur- und reibungslos dieser Verteidigungspakt sich nach dem 11. September quasi selbst aufgelöst hat, nicht unähnlich seinem Warschauer Zwillingsbruder nach 1989.«

FD: »Die Supermacht drängt auf ihre Handlungsfreiheit«, notierte Theo Sommer in der ZEIT.

LP: Als militärisches Bündnis gegen den Kommunismus ist die NATO in Ermangelung des Gegenstandes obsolet geworden. Aber

das bedeutet nicht, dass sie damit funktionslos wurde. Vom Standpunkt der hegemonialen Ambitionen der USA betrachtet, ist sogar das Gegenteil der Fall. Den USA steht mit der NATO ein gebrauchsfertiges, nicht erst mühselig zu entwickelndes Werkzeug zur Verfügung, eine Autonomisierung Europas so lange und so weit wie möglich unter Kontrolle zu halten. Der 11. September hat diese Einbindung der Europäer noch erleichtert. Ob das langfristig so bleibt, ist eine andere Frage. Bisher verfügt Westeuropa nicht über das Potenzial, um seine Position gegenüber den USA zur Geltung bringen zu können. Noch muss es sich den USA unterordnen, um den Anschluss an zukünftige Szenarien einer Neuaufteilung der Welt nicht zu verlieren.

CT: Der »Krieg gegen den Terrorismus«, den die USA ausgerufen haben, ist ein Weltpartisanenkrieg oder ein Partisanenweltkrieg. Diese Situation gibt meines Erachtens in einer Hinsicht tatsächlich Anlass, der alten Zeit von NATO versus Warschauer Pakt nachzutruern. Dort hatte man es wenigstens mit definierten Blockverhältnissen zu tun. Das Mindestmaß an Orientierung, das diese Blöcke gaben, brachte eben auch ein Mindestmaß an Sicherheit – so gefährlich das Wettrüsten und der Kampf um Einflussphären in der Dritten Welt auch waren. Diese Form von Sicherheit verschwindet. »Der« Terrorismus, der nun weltweit bekämpft werden soll, ist ebenso wenig greifbar wie »die« internationale Gemeinschaft, die den Kampf führen soll. Wie weit reicht sie? Wer gehört noch dazu, wer nicht mehr? Sehen ihre Hauptakteure den Terroristen nicht ziemlich ähnlich? Selbst Ulrich Wickert drängten sich ja gewisse Ähnlichkeiten zwischen Bush und bin Laden auf.

Der Terrorismus von der bin Laden-Sorte ist eine reale Gefahr und ohne Waffengewalt wohl nicht zu bremsen. Aber er ist mit Waffengewalt nicht auszurotten. Waffengewalt hilft gegen ihn ungefähr so viel wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Er ist ein strukturelles Grundproblem des modernen Imperialismus, sozusagen dessen eigene Brut, die er bei seinem gewaltsamen Eindringen in die außereuropäischen vormodernen archaischen Verhältnisse mit diesen Verhältnissen zusammen gezeugt hat.

Er ist das Produkt einer Vergewaltigung. Der Imperialismus muss nun, wie Kronos, diese seine eigene Brut verschlingen, damit er die Errungenschaften, die er bei seinen Vergewaltigungen der Welt *auch* mitgeteilt hat – nämlich Demokratie und Menschenrechte –, überhaupt aufrechterhalten kann, und auch die Imperialismus-Kritiker müssen dafür sein, dass das bin Laden-Netzwerk und ähnliche Gebilde zerstört werden. Und obwohl man schwerlich für den Afghanistan-Krieg der USA sein kann, dessen wahre Verwüstungen erst im Laufe der Zeit in ihrem ganzen Ausmaß offenbar werden dürften und dessen Interesse an der Verfügung über die Zugangswege zu den Bodenschätzen in Zentralasien offensichtlich ist, muss man zugeben, dass die erste Phase des neuen Weltpartisanenkriegs schneller zu Ende ging, als alle Skeptiker dachten. Dass schon dreieinhalb Monate nach Kriegsbeginn eine Übergangsregierung da ist und Wahlen vorbereitet werden, welcher kritische Geist hätte das im Oktober 2001 geglaubt?

WFH: Die Freudenfeiern könnten verfrüht sein. Es gibt Militärs, die sagen, der eigentliche Afghanistankrieg stehe noch bevor ...

CS: Dass der Krieg so relativ leicht gewonnen werden konnte und bislang auch nicht zu einer neuen Welle von Anschlägen geführt hat – jedenfalls keinen, von denen wir wissen –, hätte ich auch nicht erwartet. Dabei dürften auch Faktoren eine Rolle spielen, die wir nicht kennen: El Kaida ist eben wohl keine völlig autonome Terrororganisation, sondern den politischen Entscheidungen zum Beispiel saudischer Geldgeber sehr wohl zugänglich.

WK: Ich vermag nicht zu sehen, wieso in Afghanistan alles so schnell zu Ende gebracht wäre. Die neue Regierung sitzt wie frühere Regierungen ziemlich isoliert in Kabul. Rundherum wird eine große letzte Entscheidungsschlacht nach der anderen geschlagen, und dann sind die bösen Feinde Wochen später immer noch oder schon wieder da.

EC: Es kann so kommen wie im Kongo vor wenigen Jahren. Die militärische Niederlage des Systems Mobutu ging schnell, die Etablierung einer neuen Regierung ebenfalls. Man war geneigt, das gut zu finden, die vorherige Situation war ja ähnlich verbrecherisch. Zugleich gab es massive amerikanische Interessen an

Schürf- und Abbaurechten, die von den Rebellen zugesichert wurden. Und heute ist der Kongo Ort eines endlosen, im Prinzip gesamtafrikanischen Krieges. Nicht geändert hat sich ja die Politik des Westens: die Staaten der Region gegeneinander auszuspielen, Konflikte langfristig zu erhalten und zu schüren anstatt sie zu lösen, Regierungen dort prinzipiell als Übergangsregierungen zu verstehen, die nicht genug verankert sind, als dass man sie nicht bei Bedarf jederzeit von außen kippen könnte. Erinnern wir uns daran, dass es der Westen war, der 1999 aus den multilateralen Verhandlungen über Afghanistan ausgestiegen ist, um stattdessen die Nordallianz hochzurüsten. Es geht dem Westen geradezu darum, das Entstehen sozialer und politischer Strukturen an seiner Peripherie zu verhindern: Verhandlungslösungen, *nation-building*, regionale Solidaritäten, damit sich zum Beispiel im arabischen oder im mittelasiatischen Raum keine wirklichen Gegenkräfte etablieren können.

TS: Das heißt aber auch, dass die Ziele und Mittel der westlichen Politik zueinander im Widerspruch stehen, dass es zu nicht-intendierten Folgen kommt. Wenn es stimmt, dass der Zugang zu den Rohstoffquellen in Zentralasien eine wesentliche Ursache für den Krieg in Afghanistan war, so muss man auch feststellen, dass die USA jetzt zwar stärker in der Region präsent sind, dass aber zum Beispiel die Bedingungen für einen Pipeline-Bau durch Afghanistan nach wie vor nicht existieren. Die vom Westen gestützte Übergangsregierung ist ja nicht in der Lage, eine landesweite Souveränität auszuüben.

WFH: Das lenkt unsere Aufmerksamkeit noch einmal auf den Begriff des Imperialismus bzw., mit Christoph Türcke zu sprechen, des »modernen Imperialismus«.

EC: Die Rede vom »modernen Imperialismus« scheint vertraut. Aber was meint sie? Ist Lenins »Imperialismus-Theorie« mit ihren berüchtigten »Fünf Merkmalen« gemeint? Dann hätten wir jetzt die abschließende Phase des »faulenden und sterbenden Kapitalismus«.

Bei Edward Gibbon setzt der »Verfall und Untergang des Römischen Reiches« im engeren Sinne nach dem Tode von Marc Aurel,

im Jahre 180, ein. Danach existierte das Weströmische Reich aber noch fast dreihundert Jahre und das Oströmische von Byzanz nochmals tausend Jahre. Solche Zeiträume unter einer Verfalls-Begrifflichkeit zu fassen ist schon kurios. Insofern halte ich, zumal nach dem Fiasko des Realsozialismus, eine »leninistische« Interpretation der heutigen Verhältnisse für irreführend. Es schließt die Verkündung des baldigen Untergangs der heutigen Verhältnisse ein, und gerade dies führt zu einer fragwürdigen Sicht auf Sinn und Inhalt einer demokratisch-sozialistischen Politik. Auch Lothar Peters Formel von einer »Neuaufteilung der Welt« greift so nicht. Sie unterstellt historische Formen, wie sie zum Ersten Weltkrieg führten, einem totalen Krieg zwischen »imperialistischen Mächten«. Heute haben wir es eher mit Kautskys »Ultraimperialismus« zu tun: Die großen kapitalistischen Firmen und Mächte haben sich zusammengeschlossen, um ihre Weltordnung gemeinsam zu realisieren.

WK: Die Zweifel an der leninschen »Verfallsbegrifflichkeit« – sterbender und faulender Kapitalismus, imperialistische Kriege der großen Mächte gegeneinander und weltweite revolutionäre Erschütterungen als Epochenzusammenhang – im Blick auf die Gegenwart sind berechtigt. Aber die ersten vier der angeblich so berücksichtigten »fünf Merkmale« werden ja wohl durch viele Tendenzen im globalisierten Kapitalismus eher noch überboten denn entkräftet: 1. die Konzentration der Industrie, 2. die Konzentration der Banken, 3. die Entstehung der Finanzoligarchie und eines neuen Typs des Finanzkapitals und 4. der Kampf um die »Aufteilung der Welt«, d.h. um Rohstoffquellen und Absatzmärkte. Natürlich haben sich die Erscheinungsformen seit 1916 wesentlich verändert; die Tendenzen aber sind nach wie vor aktuell. Aber einen kautskyschen Ultraimperialismus, der den Sozialismus evolutionär hervorbringt, wie die reformistische These lautete, sehe ich in der »Globalisierung« überhaupt nicht. Sicher sind die Impulse und auch die Möglichkeiten der damaligen »innerimperialistischen« Kriege nicht mehr gegeben. Aber die Gegensätze der großen Zentren – und mit China ist ein neues Machtzentrum im Kommen, das die Amerikaner ja offenbar als künftigen Weltkonkurrenten sehr ernst nehmen –

verschärfen sich offensichtlich, bis hin zu Handels- und Wirtschaftskriegen.

EC: Solange die Konflikte nicht mit militärischen Mitteln ausgefochten werden, ist Krieg eine irreführende Metapher. Das transnationale imperiale Gefüge der Gegenwart führt Kriege nur an seiner Peripherie, um andere seiner Botmäßigkeit zu unterwerfen. Das schließt Konkurrenzen innerhalb des Gefüges nicht aus, sondern setzt sie vielmehr voraus. Peter Gowan hat darauf hingewiesen, dass auch im Zeitalter der Globalisierung sich die Kapitalisten in bestimmten geographischen Zentren konzentrieren und von hier aus untereinander konkurrieren. Die Konkurrenz ist nicht nur eine zwischen Firmen und Eigentümern, sondern auch eine zwischen geographischen Zentren des Kapitalismus, der aber insgesamt als Interessengeflecht gegen jene Peripherie steht.

WK: Hier sehe ich entgegen den Zweifeln von Erhard Crome doch eine Parallele zum antiken »Imperium« nach Marc Aurel: Die zunehmende Ent-Zivilisierung und Barbarisierung des *orbis terrarum* von innen und außen, gepaart mit fortbestehender überwältigender Überlegenheit des »Imperiums«, lässt die Analogie nicht in den Begriffen schnellen Zerfalls, wohl aber in denen katastrophaler Bedrohungen denken. Natürlich hinken alle historischen Vergleiche. Eine große Differenz zur leninschen Problemlage besteht in der offenkundigen Schwäche transformatorisch-oppositioneller »Subjekte« auf dem Boden der hochentwickelten Gesellschaften. Die Hauptfrage ist für mich das Defizit zivilgesellschaftlich fundierten und organisierten Widerstands, falls nicht die immer stärkere Bewegung der Globalisierungskritik – in Barcelona sollen schon an die dreihunderttausend demonstriert haben – bereits eine neue Richtung zeigt.

EC: Dass der Kapitalismus komplexe soziale Strukturen schafft, die an bestimmten Stellen dichter werden, bedeutet eben auch, dass er dort sozialen Einflüssen stärker aussetzbar ist als anderswo. Dies gibt Möglichkeiten und bedeutet Verantwortung für eine linke Politik in den kapitalistischen Zentren.

WFH: Ist nicht zu befürchten, dass der Konflikt zwischen dem neoimperialistischen transnationalen Gefüge und seiner Periphe-

rie die Form des von Huntington ausgerufenen »Clash of Civilizations« annimmt? Von der Bush-Regierung droht er vollends in einen »Clash of Fundamentalisms«, wie Tariq Ali repliziert, verwandelt zu werden.

LP: In Europa wird es gegenwärtig, von einigen rechten Außenseitern einmal abgesehen, kaum jemand wagen, den 11. September offensiv als Beispiel für einen »Clash of Civilizations« zu instrumentalisieren. Europa ist tiefer als Amerika in Probleme des Zusammenlebens mit der islamischen Kultur involviert. Es stellt für die Inszenierung entsprechender Feindbilder deshalb aktuell kein sehr günstiges Terrain dar. Dagegen stößt die Formel eines »Clash of Fundamentalisms« innerhalb der Linken selbst auf eine gewisse Resonanz. Diese Formel ist jedoch letztlich genauso verfehlt wie die Phrase von Huntington. Sie suggeriert eine Gleichwertigkeit und Gleichverantwortlichkeit für die mit dem 11. September entstandene internationale Lage. Die Regierung Bush und ein aggressiver islamistischer Fundamentalismus werden politisch auf eine Stufe gestellt und als gemeinsame Urheber der Anschläge von New York und des Krieges in Afghanistan betrachtet. Aber der US-Imperialismus und der islamistische Fundamentalismus sind nicht »gleichursprünglich«, wie immer man beide moralisch bewerten mag. Der Letztere konnte nur aus Bedingungen entstehen, für die der Erstere – zusammen mit anderen kapitalistischen Staaten – historisch die Hauptverantwortung trägt. Die Taliban und El Kaida basieren auf Strukturen feudaler Rückständigkeit, brutalem Patriarchalismus und Despotie, die den Westen gänzlich ungerührt gelassen haben, solange die jetzt als Verkörperung des Bösen verteuflten Taliban als Verbündete im Kampf gegen die sowjetische Armee willkommen waren. Das Elend in Afghanistan ist eines der Ergebnisse jener Spaltung der Welt in Gewinner und Verlierer, die in erster Linie historisch aufs Konto von Kolonialismus und Imperialismus geht. Nicht die Bekämpfung des Terrorismus kann deshalb ein primäres Ziel linker Politik sein, sondern die Bekämpfung seiner strukturellen Ursachen.

EC: Ich habe ein Problem mit der verkürzten »linken« Sicht auf das Verhältnis zwischen der Armut in der früher so genannten Drit-

ten Welt und diesen Terroranschlägen. Als die deutsche RAF ihre terroristischen Verbrechen beging, erklärte sie großmülig, sie handle im Auftrage der »ausgebeuteten Arbeiterklasse Europas« und sei der »Arm der Geschichte«. Niemand hat diese Selbstermächtigung ernst genommen. Es wurden schlicht Kriminelle bekämpft. Jetzt verkündet bin Laden, er sei die Rache der Milliarde armer, entrechteter Menschen islamischen Glaubens und der »Arm Gottes«. Das wird nun im Westen hin- und hergewendet und überlegt, was es denn bedeute. Ist denn hier das Gesagte das Gemeinte? Die vielen Vermittlungen von der Armut in jenem Teil der Dritten Welt zu den Terroranschlägen gegen New York und Washington werden schlichtweg unterschlagen. Es gibt keinen direkten Zusammenhang. Wieso sollten die vielen armen, ehrlichen, gottesfürchtigen Menschen in den islamischen Ländern für bin Ladens Verbrechen haften? Vielleicht handelt es sich, wie Thomas Sablowski bereits angedeutet hat, eher darum, dass eine bestimmte reaktionäre Gruppierung aus der arabischen Oberschicht eigentlich die saudi-arabische Monarchie stürzen will, um sich selbst an deren Stelle zu setzen und die Einkünfte aus dem Ölgeschäft zu kassieren. Herrschaftssoziologisch wären wir dann da, wo Frankreich vor 1789 war. Das Einzige, was festgehalten werden kann, ist die Ungleichzeitigkeit der historischen Vorgänge. Die gegenwärtig benutzten ideologischen Chiffren sind Ausdruck dessen, dass eine irreführende Spur gelegt wurde. Wenn es um handlungsleitende Überlegungen geht, dann sind eine militärisch-polizeiliche Strategie zur Bekämpfung skrupelloser terroristischer Gewalttäter, eine weltökonomische Strategie, um das Problem der Armut im Süden ernsthaft in Angriff zu nehmen, oder eine effektive politische Strategie der Europäischen Union, endlich den Nahostkonflikt zu verfrachten und aufzulösen, grundsätzlich zu unterscheiden.

CS: Ja, diese Reduzierung von 90 Prozent der Menschheit auf »die sind arm, die haben Hunger« macht auch mich wahnsinnig. Als wenn das eine gewissermaßen vopolitische Masse wäre. Die Situation ist doch die: Der islamistische Terror kümmert sich relativ wenig um die sozialen Bedürfnisse im arabischen Raum und nimmt Risiken und Bedrohungen für die eigene Bevölkerung höchst

leichtfertig in Kauf. Der heutige Fundamentalismus ist von arabischen Eliten und vom Westen gerade deshalb gefördert worden, weil er die soziale Ordnung relativ unangetastet lassen will. Aber er erhebt teilweise politische Forderungen, die sich schwer abweisen lassen, zum Beispiel die nach einem Abzug der US-amerikanischen Militärpräsenz, einem Ende der westlichen Interventionspolitik gegen arabische Regierungen, einer Beendigung der mörderischen Sanktionspolitik gegen den Irak, einer weniger einseitigen Haltung im Israel-Palästina-Konflikt, einer Art *self-rule* der Region. Das wollten andere politische Kräfte auch und konnten es nicht durchsetzen: die panarabische Bewegung, die Mosaddegh-Regierung im Iran usw. Der Westen hat demonstriert, dass man diesen Zielen offenbar auf anderem Wege nicht näher kommen kann. Das ist es, was dem Fundamentalismus den Boden bereitet. Dabei ist er eine völlig reaktionäre Kraft, bis hin zu faschistoiden gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen, wie sie in Afghanistan von den Taliban ja verwirklicht wurden. Es gibt in diesem Konflikt also keine »Guten«, aber das ist Ergebnis eines langen historischen Prozesses, in dem der Westen alle wenigstens teilweise »Guten« – die solche berechtigten Ziele mit nicht-terroristischen Mitteln verfolgten und ein sozial nicht völlig reaktionäres Programm hatten – systematisch massakriert, entmachtet, ins Leere hat laufen lassen. Deshalb gibt es Konfliktlösungen auch nicht dadurch, dass man Lebensmittelpäckchen vom Himmel schmeißt, sondern indem man jene berechtigten politischen Forderungen anerkennt. Sie sollten von der Linken in den Zentren solidarisch unterstützt werden, zusammen mit den Kräften und Bewegungen, die Alternativen zum Fundamentalismus anstreben, die weniger patriarchal, weniger reaktionär, weniger faschistoid, weniger terroristisch sind.

WFH: »Weniger terroristisch« hört sich ein bisschen an wie »weniger schwanger« ...

CS: Ja, aber »weniger terroristisch« gibt es, »weniger schwanger« nicht. Es gibt wohl wenige Staaten auf der Welt, die in ihrer Entstehung oder auf dem Weg zu ihrer Souveränität ohne Terrorismus oder Krieg ausgekommen sind, das vergessen wir gerne. Und

als Linke in den Zentren können wir auch schon ganz froh sein, wenn wir weniger eurozentrisch, weniger patriarchal, weniger rassistisch, weniger kriegsbereit sind als der Rest.

WK: Sind wir mit diesen Differenzierungen nicht in eine neue Falle geraten? Wer hat die Definitionsmacht über »terroristisch« und »nicht-terroristisch«? Vorhin wurde zu Recht gesagt, dass es in der herrschenden Ideologie eine Tendenz zur Verschmelzung der Linken und des Terrorismus zum einheitlich Bösen dieser Welt gibt. Dem kann man aber nicht begegnen, wenn die Linke als Bettvorleger scheinbaren Friedens landet – in einer Welt, in der die agierenden Seiten immer mehr auf Gewalt setzen. Das ist ein Dilemma, dessen bin ich mir bewusst – aber wir müssen es mindestens von beiden Seiten erkennen.

FH: Lothar Peter hat sicher zu Recht darauf verwiesen, dass nicht nur der Terror, sondern vor allem auch seine Ursachen bekämpft gehören. Aber was sind die Ursachen? Die Aufteilung der Welt in Gewinner und Verlierer? Armut und Elend auf der einen Seite, Reichtum und Macht auf der anderen? Religiöse Strömungen, die politischen Aufruhr anheizen? Herrschaft und Unterdrückung oder der Kapitalismus im Ganzen? Wir haben auf der einen Seite die Terrortäter, die finanziell unterstützt, ideologisch motiviert Attentate durchführten, sie lassen sich als Rächer jenes großen Teils der Menschheit erfahren, der in Verelendung lebt, und bieten sich massenhaften Gefühlen der Verzweiflung und Wut zur Identifikation an. Wir haben imperiale Mächte mit langer Geschichte, deren Lebensstandard auf der Ausbeutung und Niederhaltung von Dritt-Welt-Ländern beruht. Eines der Mittel ist die Einsetzung und Aufrüstung von Mächten durch die CIA, die eine Weile später als Terroristen oder Schurkenstaaten identifiziert werden, während sie ursprünglich den Zugriff auf die Welt-Energiequellen sichern oder autonome Demokratisierung verhindern sollten. Diese Ursachen von Terror lägen mithin im Bereich der Geheimpolitik der USA. Womöglich ist die gesamte Frage der »Bekämpfung des Terrors« falsch gestellt. Müsste die Linke nicht auf zwei Ebenen hauptsächlich arbeiten: in der ständigen Offenlegung der tatsächlichen Interessen, Taten, Abkommen, Finanzbewegungen, Waffen-

lieferungen und Profite in der globalisierten Welt zum einen; und im Brückenschlagen zu den Denkweisen, den Gefühlen und Hoffnungen in den jeweiligen Bevölkerungen der Erde, die sich zur imperialen Ordnung in der Welt und ihrer Legitimierung leidend, sei es zustimmend oder widerständig, verhalten?

CS: Zumindest sollten wir auch als Betroffene, ganz simpel als hier lebende Menschen, die auch einer Gefährdung für Leib und Leben ausgesetzt sind, nachfragen, wie das eigentlich kommt und was für eine Politik da betrieben würde. Ob diese Politik des steti-gen Bündniswechsels, des Aufbaus und Fallenlassens, nicht extrem leichtfertig entsprechende Risiken auf uns zieht. Ein halbes Jahr vor dem 11. September hat der Westen sich entschieden, die Nordallianz zum künftigen Sieger des afghanischen Bürgerkriegs aufzurüsten und die Taliban zu vernichten. Massud, der damalige Führer der Nordallianz, traf sich in Europa mit verschiedenen Regierungsvertretern. *Jane's Defense Weekly* berichtete, die USA würden die Nordallianz mit Stinger-Raketen beliefern. Das Attentat gegen Massud und die Terror-Anschläge gegen die USA, die fast auf den Tag zusammenfielen, waren das selbstmörderische Abschiedsgeschenk von El Kaida an die Taliban, als der gemeinsame Untergang beider längst vom Westen beschlossene Sache war. Da möchte man schon vom kriminellen Leichtsinn unserer Politiker reden, der durchaus Parallelen zum Vorfeld des Ersten Weltkriegs hat.

FH: Insofern gewinnt die Frage, ob es sich um einen Zusammenstoß der Kulturen oder aber um ein Aufeinanderprallen von Fundamentalismen handelt, eine andere Bedeutung. Sie zwingt uns, nicht bloß von oben zu beurteilen, ob die Zivilisationen mit ihren Wertehimmeln konkurrierend ihren Platz in der Welt behaupten wollen bzw. in dieser Weise ähnlich fundamentalistisch um Vorrang streiten, sondern herauszuarbeiten, dass die Durchsetzung etwa der »westlichen Zivilisation«, solange diese neoliberal mit den Marktinteressen identifiziert wird, nur auf Kosten anderer Zivilisationen möglich ist.

WFH: Der Gedanke, was aus der »westlichen Zivilisation« würde, könnte man sie aus ihrer neoliberalen Gestaltung, ja sogar

ganz allgemein von der Dominanz der Marktinteressen befreien, ist einigermaßen schwindelerregend. Bevor wir ihm Raum geben, sollten wir uns noch einmal der Frage zuwenden, wie sich die Weltordnung nach dem 11. September verändert hat. Huntington charakterisiert sie als »a *uni-multipolar system with one superpower and several major powers*«.

FD: Nach dem 11. September wurden Konturen einer Weltordnung deutlich, die natürlich ihre Vorgeschichte haben. Nach wie vor und auch für die absehbare Zukunft gilt, dass die internationale Ordnung umkämpft und chaotisch ist. Der Prozess der Neubildung von stabilen Ordnungs- und Herrschaftsstrukturen ist noch längst nicht abgeschlossen. Die wichtigsten Veränderungen, die sich im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts vollzogen haben und die gegenwärtige Konstellation bestimmen, lassen sich in fünf Punkten zusammenfassen: Da wirkt *erstens* noch immer das Ende des Systemgegensatzes, der dominanten Konfliktkonstellation der Weltpolitik zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion in den Jahren 1990/91. Damit hängt *zweitens* die Schwächung der Staaten zusammen, die sich außerhalb des »sozialistischen Lagers« als antiimperialistisch bzw. als kapitalismuskritisch verstanden haben. *Drittens* trifft eine entsprechende Schwächung auch die innerkapitalistischen sozialen Kräfte, die das Kapital – vor allem in Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – zu einer Politik des »Klassenkompromisses« gezwungen hatten. Dieser Kompromiss ist seit den späten 1970er Jahren Stück um Stück aufgekündigt worden. Im Ergebnis haben sich die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit – von der lokalen bis zu transnationalen Ebene – gewaltig verändert: Die Kapitalhegemonie wirkt über Politik und Ideologie des Neoliberalismus und sie vermittelt sich hauptsächlich über die so genannte »Standortlogik« bzw. die weitere »Vermarktlichung« aller sozialen Beziehungen unter der Vorherrschaft des internationalen Finanzkapitals und des Geschehens auf den internationalen Finanzmärkten.

Viertens hat sich die Rolle des Nationalstaates im Zuge der »Globalisierung« und der Veränderung der gesellschaftlichen und ideo-

logischen Kräfteverhältnisse verändert. Ich halte die These vom Verschwinden des Nationalstaates – wie sie jetzt wieder von Negri und Hardt in ihrem Buch *Empire* vertreten wird, für verkehrt. Ihr Körnchen Wahrheit ist, dass die Bedeutung der Nationalstaaten als Adressaten für politische Alternativen zum Neoliberalismus sich deutlich abgeschwächt hat. Ihre Funktion für die Organisation von Klassenbeziehungen und -kompromissen – einschließlich der Demokratisierung der Staatsapparate – ist deutlich reduziert zugunsten eines »Wettbewerbskorporatismus« à la Streeck, das heißt der Anpassung der nationalen Gesellschaften an die Anforderungen des globalen Wettbewerbs. Gleichzeitig vollzieht sich – im Kampf gegen den inneren und äußeren Feind – ein Ausbau der repressiven Staatsapparate, um das Projekt der imperialen Welt-herrschaft abzusichern und diejenigen Kräfte unter Kontrolle zu halten, die den Widerstand gegen die zunehmende soziale Polarisierung sowie gegen Demokratieabbau artikulieren.

Fünftens haben die USA ihre Stellung als unumschränkt herrschende Weltmacht Nr. 1 in den 1990er Jahren noch weiter ausgebaut. Vorstellungen von einem »American Decline«, wie sie in den späten 80er Jahren im Anschluss an das Buch von Paul Kennedy *Aufstieg und Niedergang der großen Mächte* auch von mir, in meinem Buch *Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung* (1991), vertreten wurden, haben sich zumindest im Sinne von Kurzfristprognosen als falsch herausgestellt. Vor allem der ökonomische Boom der zweiten Hälfte der 90er Jahre hat die Position der USA noch einmal deutlich gestärkt – sowohl durch ihre militärisch-technische Vormacht als auch über das »Dollar-Wall-Street«-Regime und den so genannten Washington Konsensus vom Ende der 80er Jahre – Peter Gowan hat dies in seinem Buch *The Global Gamble* (1998) sehr gut analysiert. Die Vorherrschaft der USA hat schon seit der Reagan-Administration zu einer systematischen Demontage der UNO und damit des Systems des Multilateralismus geführt. Im Krieg gegen Afghanistan ist ja, wie bereits gesagt worden ist, selbst die NATO zur Seite geschoben worden.

TS: Ich würde allerdings die innere Widersprüchlichkeit und die Instabilität der Dominanz der USA stärker betonen. Die Dia-

gnose von der Krise der US-Hegemonie war ja nicht ganz falsch. Der Produktivitätsvorsprung der USA gegenüber Westeuropa und Japan ist geschrumpft, die inländische industrielle Basis wurde erheblich geschwächt, wie das gewaltige Leistungsbilanzdefizit zeigt. Geblieben sind die Stärke der transnationalen Konzerne, die sich in den US-amerikanischen Direktinvestitionen im Ausland ausdrückt, das absolut überlegene militärische Potenzial und die Weltgeldrolle des Dollar, die den USA die weniger risikoreiche Verschuldung in eigener Währung erlaubt. In den 1990er Jahren haben die USA unter anderem von den Kapitalzuflüssen aus Japan, Europa und den krisengeschüttelten Schwellenländern, von ihrer Rolle als »sicherer Hafen« des internationalen Kapitals und von der Inflation der Wertpapierpreise profitiert. Dies hat ihnen die Finanzierung der wachsenden Leistungsbilanzdefizite erlaubt und den nicht zuletzt auf wachsender Verschuldung basierenden Konjunkturaufschwung ermöglicht. Die Frage ist aber, ob die internationalen Geldvermögensbesitzer bereit sind, die amerikanische Verschuldung unbegrenzt weiter zu finanzieren und ob es nicht doch wieder einmal zu einer stärkeren Abwertung des Dollars kommt. Gleichzeitig wächst mit dem Euro eine bedeutende Konkurrenz für die Weltgeldrolle des Dollar heran. Entscheidend ist natürlich auch der weitere Verlauf der europäischen Integration, es könnte hier durchaus zu einer Überdehnung kommen, die den Euro schwächt und den Dollar weiter begünstigt. Trotzdem müssen wir mit einer Verschärfung der Widersprüche zwischen den USA und der EU rechnen.

Bei der Rede von der »Vorherrschaft des internationalen Finanzkapitals« gibt es übrigens ähnliche Unklarheiten wie beim Imperialismusbegriff. Ich glaube nicht, dass Hilferdings oder Lenins Begriff des Finanzkapitals hier geeignet ist, der ja eine Verschmelzung des Bankkapitals und des Industriekapitals unter der Vorherrschaft des Bankkapitals bezeichnete. Hilferdings Analyse orientierte sich an den Verhältnissen im Deutschen Reich und in der Donaumonarchie und war für diese Gesellschaftsformationen durchaus plausibel. Allerdings unterschätzte er die Widersprüche zwischen Industrie- und Bankkapital und die Möglichkeiten einer

Verschiebung der Dominanz zwischen diesen Kapitalfraktionen. Heute haben wir es vor allem mit dem Übergang von einem kreditdominierten zu einem marktdominierten Finanzsystem und mit einer wachsenden Bedeutung des fiktiven Kapitals, also der Eigentumstitel auf zukünftig erst noch zu produzierenden Mehrwert, zu tun, was zu einer Umorientierung sowohl der Banken als auch der Industrieunternehmen führt.

WFH: Wie steht es unter diesen Bedingungen mit der Konkurrenz zwischen Imperialismen unterschiedlicher Provenienz? Haben wir mit einer neuen Welle entsprechender Konflikte zu rechnen?

FD: Die Strukturveränderung der Weltpolitik bedeutet zweifellos, dass – um eine klassische Formulierung zu verwenden – die Bedeutung der »zwischenimperialistischen Konflikte« für die internationale Politik erheblich zugenommen hat. Die Linke ist dabei mit einer verwirrenden Komplexität von gemeinsamen und konkurrierenden Interessen, von Prozessen an der Oberfläche und tiefer liegenden Machtverschiebungen konfrontiert; dazu kommt, dass die weltpolitische Realität von immer weniger privaten Medienkonzernen – CNN, AOL u.a. – reproduziert und interpretiert, das heißt, »konstruiert« wird und dabei ganz neue Fragen der Ideologiekritik als Teil des Kampfes um den »Alltagsverstand« – Gramscis »senso commune« – aufgeworfen werden. Dennoch ist es nicht allzu schwer, die divergierenden Interessen der Regierungen zum Beispiel von Russland, China und Indien im Bündnis gegen den Terrorismus oder die unterschiedlichen Interessen der EU-Europäer oder auch einzelner Mitgliedstaaten der EU zu bemerken. Sie unterstützen die USA, wollen dabei aber gleichzeitig eigene Interessen sowohl machtpolitischer als auch ökonomischer Provenienz – zum Beispiel hinsichtlich der Ölversorgung – optimieren, die langfristig die unumschränkte Vormacht der USA schwächen sollen. Diese widersprüchliche Einheit von gemeinsamen und partikularen Interessen war schon während des Kosovo-Krieges bestimmend.

LP: Die Linke steht also vor dem Problem, nicht nur den Kurs von Bush politisch zu bekämpfen, sondern auch zu verhindern,

dass Deutschland zu einem Vorreiter der »Konkurrenz der Imperialismen« wird. Ob Deutschland diese verhängnisvolle Rolle spielen kann, hängt natürlich auch davon ab, ob auf nationaler Ebene linke, antikapitalistische Alternativen ein größeres Gewicht erlangen können. Dabei behält der nationale Rahmen seine Bedeutung, solange sich die europäische Ebene für linke Initiativen als brüchig und weitgehend erfolglos erweist.

FOW: Das dürfen wir aber nicht zu einfach als ein Entweder-Oder denken. Zur neuen »monopolaren« Weltordnung gehört ebenso die globale Oppositionsbewegung, auch wenn diese kein »eigenes Lager« mehr zustande bringt. Und die europäische makroregionale Arena können wir nicht verweigern – auch wenn die Kräfteverhältnisse sich hier verglichen mit dem, was wir im eigenen Land wünschen, sehr ungünstig darstellen. Wenn wir uns aber nicht nur an das Wünschenswerte, sondern an das real Durchsetzbare halten, hat die Linke in den letzten zwanzig Jahren auf allen Ebenen verloren – und die europäische Arena ist dabei nicht der Hauptschauplatz ihrer Niederlagen gewesen. Auch lokale, regionale oder nationalstaatliche politische Alternativen brauchen angesichts von Binnenmarkt, Euro und europäischer Politikkoordination ganz dringend eine eigene europäische Dimension. Dabei ist es nicht von vorneherein ausgemacht, dass europäische Integration als »Globalisierungsverstärker« oder als »Subalternisierungsinstrument« im Dienst der US-Hegemonie funktionieren muss. Umgekehrt halte ich das alte Gespenst einer »eurogaullistischen« Konkurrenzsupermacht für definitiv gebannt durch den realen globalen »Ultraimperialismus«. Die europäischen »Global Players« haben heute ein elementares Interesse am Fortbestand der US-Hegemonie, auch wenn sie eigene »Spielräume« herstellen bzw. verteidigen wollen.

TS: Aus meiner Sicht trifft weder die klassische Imperialismusvorstellung noch das Konzept des Ultraimperialismus die gegenwärtige Situation richtig. Das Konzept des Ultraimperialismus lässt nur noch den Gegensatz zwischen den kapitalistischen Metropolen und der Peripherie gelten und verkennt die Interessengegensätze innerhalb der Metropolen. Andererseits lassen sich die Inter-

essengegensätze innerhalb der Metropolen aber auch nicht mehr nach dem Muster des Zusammenpralls nationaler Bourgeoisien wie vor 100 Jahren denken. Durch die Internationalisierung innerhalb der Triade hat sich die einfache Identität zwischen nationaler Bourgeoisie und Nationalstaat, von der die klassischen Imperialismustheoretiker glaubten ausgehen zu können, aufgelöst. Um diese Entwicklung zu fassen, hat Nicos Poulantzas bereits vor nunmehr fast dreißig Jahren den Begriff der inneren Bourgeoisie geprägt und von den Begriffen der nationalen Bourgeoisie und der Kompradorenbourgeoisie abgegrenzt. Die Kapitalbasis der jeweiligen nationalen Machtblöcke ist heute überall mehr oder weniger international zusammengesetzt, und dies gilt zunehmend auch für die USA, was Poulantzas damals noch nicht gesehen hat. So kommt es in einzelnen Fragen häufiger zu wechselnden Koalitionen, wobei einzelne Kapitalfraktionen und Länder sich fallweise auch »alternativen« Positionen annähern können. Die Linke sollte diese gestiegene Komplexität berücksichtigen.

WFH: Könntest du Poulantzas' Begriff der »inneren Bourgeoisie« erläutern? Ich fürchte, er ist nicht allgemein bekannt.

TS: Unter »innerer Bourgeoisie« versteht Poulantzas eine Klasse, die weder mit der nationalen Bourgeoisie noch mit der Kompradorenbourgeoisie zu vergleichen ist. Sie vertritt also keine nationalen Interessen, ist aber auch keine gekaufte und völlig abhängige Bourgeoisie. Alex Demirovic sieht ihre ökonomische Basis in der »durch die Hegemonie der Metropolen auferlegte Reproduktion des international operierenden Kapitals im Inneren der abhängigen Gesellschaftsformation«. Poulantzas braucht diesen Begriff, um die Veränderungen des Imperialismus zu denken: »Einerseits kann von nun an dieser Block an der Macht kaum mehr auf einer rein nationalen Ebene erfasst werden. Die imperialistischen Staaten nehmen nicht nur die Interessen ihrer inneren Bourgeoisien wahr, sondern gleichfalls die Interessen des herrschenden imperialistischen Kapitals, wie sie innerhalb des Internationalisierungsprozesses verbunden sind.«

WFH: Russland und China gehören zur »Allianz gegen den Terror«. Ist das, wie manche meinen, nur eine reaktionäre neue Heili-

ge Allianz von Mächten, die sich freie Hand für ihren jeweils eigenen »Staatsterrorismus« versprechen? Oder ist es nicht zumindest *auch* ein Fortschritt, dass die epochalen Feindverhältnisse zwischen diesen Staaten und dem Westen der Kooperation gewichen sind?

FOW: Jein – oder weder noch! Die Heilige Allianz richtete sich gegen die demokratischen revolutionären Bewegungen, die überall in Europa ans Vorbild der Französischen Revolution anknüpften. Die Einbeziehung von Russland und China in die von den USA deklarierte »Allianz gegen den Terror« hat keinen vergleichbar klar definierten Gegner. »Der Terror« ist ein ideologisches Konstrukt, ein Feindbild ohne wirkliche Substanz. Natürlich wissen wir nicht, was wirklich abgesprochen ist. Vermutlich ist der Inhalt ein doppelter: erstens die Behauptung des Gewaltmonopols der Nationalstaaten gegenüber subversiver, als »privat« etikettierter Gewaltausübung. Das ist zumindest ambivalent, denn die bewaffneten Befreiungskämpfe haben bisher zumeist vor allem Bürgerkrieg und Militarisation gebracht, und die USA – vgl. ihre Unterstützung von UNITA, Contras, UCK, Mudjahedin in Afghanistan, vermutlich auch in Tschetschenien – haben bisher gerne auf derartige Mittel gegen andere Nationalstaaten zurückgegriffen. Aber vielleicht ist das gar nicht so ernst gemeint, und alle Beteiligten behalten sich vor, »berechtigte« Bewegungen weiterhin zu unterstützen und selbstverständlich auch Staatsterrorismus zu legitimieren, wenn er von »eigenen Leuten« ausgeht. Schlecht ist die Anerkennung der USA als »lead nation«, als einzige verbleibende globale »Supermacht«. Doch entspricht sie ohnehin der Realität.

LP: Wenn Russland und China sich in die »Allianz gegen den Terror« eingereiht haben, dann heißt das zunächst einmal, dass es gegenwärtig auf der Welt keine relevante Gegenmacht zu den USA und der von ihr repräsentierten kapitalistischen und imperialistischen Logik mehr gibt. Der Zusammenbruch des europäischen Staatssozialismus hat eine Situation geschaffen, in der sich zur Zeit auch nicht das zaghafteste Anzeichen einer Systemalternative, sondern nur eine Hierarchisierung der Macht innerhalb des weltweiten Kapitalismus erkennen lässt. Ausnahmen wie Kuba können an

diesem Zustand nichts ändern. Russland ist längst kapitalistisch geworden, in der besonders üblen Form eines zivilisatorisch ungezähmten Mafia-Kapitalismus. Aber nach außen ist dieser schwach. Imperialistische Expansion kann er sich noch nicht leisten, und daran wird sich in absehbarer Zeit nicht viel ändern. Für China gilt Ähnliches. Deshalb treten diese beiden Staaten außen- und sicherheitspolitisch vorsichtiger und punktuell rationaler auf, wie zum Beispiel der Balkan-Konflikt gezeigt hat. Indem Russland und China der »Allianz gegen den Terror« beigetreten sind, behalten sie die Hände frei, um im eigenen Land jene Ruhe und Ordnung zu schaffen, ohne die an eine einflussreiche Position in der Arena des globalen Kapitalismus überhaupt nicht zu denken ist. So gesehen erweist sich der Anschluss an die Anti-Terror-Allianz als durchaus plausibel. Seither verstummte die bisher massive westliche Kritik am Vorgehen des russischen Militärs in Tschetschenien, und auch für die chinesische Führung haben sich die Klagen über Menschenrechtsverletzungen etwa in Tibet auf einem komfortablen Niveau eingependelt. Kurz, die Zugehörigkeit Russlands und Chinas zur Antiterror-Allianz ist nicht nur *kein* Fortschritt, sondern ein Indikator für den zusätzlich gewachsenen hegemonialen Einfluss der USA.

FOW: Immerhin macht es diese zugegebenermaßen stark geheuchelte Allianz anderen politischen Akteuren, vor allem der EU, leichter, eine Politik der vollen diplomatischen Einbeziehung von Russland und China zu betreiben, was wohl nicht schädlich ist.

EC: Da stimme ich zu. Russland, China und Indien haben sich der »Allianz gegen den Terror« nicht angeschlossen, weil sie den USA erbötig sein wollten, sondern weil sie ihre je eigenen Rechnungen mit islamistischen Terroristen offen haben, die Russen in Tschetschenien, die Chinesen in Sinkiang, die Inder im Kaschmir ...

TS: Da geht es nicht nur um offene Rechnungen mit islamistischen Terroristen, sondern auch um einen Krieg gegen einen Teil der eigenen Bevölkerung!

EC: Einverstanden – aber um auf den Punkt zurückzukommen, auf den ich hinauswollte: Großbritannien und Deutschland bemü-

hen sich in unterschiedlichen Konstellationen um Teilnahme an militärischen Aktionen der USA, zum Teil nachdem sie sich quasi angedient haben. Ob sie das aber tun, um als Bundesgenossen belobigt zu werden, oder aber, um als Konkurrenten im entscheidenden Moment dabei zu sein, ist noch nicht ausgemacht. Schröders Bemühungen, politisch-diplomatisch gegen einen neuen Irak-Krieg zu wirken, erleichtern jedenfalls nicht das Vorgehen von Bush. Auch wenn die USA militärisch allein losschlagen könnten, brauchen sie dafür ein politisches Gewand, wie durchsichtig es auch immer sein mag. Das beschriebene globalisierte ultraimperialistische Gefüge bringt ja nicht unmittelbar und direkt eine bestimmte Staatenkonstellation in der internationalen Arena hervor. Eine solche kann nur das Ergebnis jenes Verhältnisses von Kooperation und Konkurrenz sein.

WFH: Ist es wirklich nicht mehr als eine heuchlerische Verkleidung, was die einzig verbliebene Supermacht USA bündnispolitisch benötigt?

EC: Unter einem systematischen Gesichtspunkt gibt es in der Geschichte der internationalen Beziehungen vier mögliche Grundkonstellationen: Die *erste* ist die eines imperialen Gefüges, bei dem eine dominierende Macht um sich herum nur deutlich schwächere Mächte hat, die von ihr dominiert werden bzw. die von ihr abhängig sind. So war das Römische Reich, nachdem es den mediterranen Raum erobert hatte; zeitweilig herrschte so auch China in seiner Umgebung. Die imperiale Macht allein ist stärker als alle anderen zusammen. Ganz anders verhält es sich *zweitens* bei einer bipolaren Struktur, die in der Regel von zwei relativ gleichgewichtigen Mächten gebildet und bis zum Untergang der einen Seite ausgetragen wird, wie es in den Kriegen der Griechen Alexanders gegen die Perser oder von Byzanz gegen die Perser der Fall war. Dieser Logik folgte der Ost-West-Konflikt. Bei der *dritten* Variante eines Gleichgewichts der Mächte ist keiner der beteiligten Staaten in der Lage, die anderen zu dominieren; zusammen sind die anderen stärker als die jeweils stärkste Macht. Das war in Europa seit Beginn der Neuzeit so, Karl V. von Habsburg, Napoleon I. und Wilhelm II. mussten diese Erfahrung machen. Die *vierte*, etwas

»idealistische« Möglichkeit ist die Gleichheit aller Staaten, unabhängig von ihrer Größe und ihrem wirtschaftlichen und politischen Gewicht, wie es in der UNO und der UNO-Charta seit 1945 im Grundsatz angelegt ist, bisher aber nicht eingelöst wurde, idealiter eine »Republik der Republiken«. Heute haben wir auf dem Papier Ansätze für die vierte Konstellation und realiter die Bestrebungen der USA, die Globalisierung als imperiale Struktur unter ihrer Herrschaft umzusetzen. Zugleich werden deren Grenzen sichtbar. Auch wenn die USA die einzige verbliebene Supermacht sind, können sie nicht schalten und walten, wie sie wollen. Sie sind wirtschaftlich stärker als jede andere Volkswirtschaft in der Welt, die anderen zusammen werden jedoch immer größer sein.

WFH: Das europäische Bruttosozialprodukt allein ist keine zehn Prozent kleiner als das US-amerikanische ...

EC: Gewiss, und man nimmt an, dass China die USA innerhalb der nächsten zehn Jahre im Volumen des Brutto-Inland-Produkts überholen wird. Die USA sind militärisch mächtiger als jeder andere Staat der Welt. Das russische oder chinesische Potenzial aber ist wohl hinreichend, seinerseits die Welt zu zerstören. Es gilt also weiter die alte Weisheit aus der Zeit des Kalten Krieges: Es gibt keine vernünftigen politischen Ziele, die allein militärisch realisierbar wären. Die amerikanische Überlegenheit taugt weder, Russland oder China wirksam zu erpressen, noch dazu, die volkswirtschaftliche Entwicklung Europas oder Chinas aufzuhalten. Vor uns liegt also eher die Konstellation eines »Gleichgewichts der Mächte«. Ein solches ist jedoch stets recht instabil und dynamisch, schon deshalb, weil die stärkste Macht unter bestimmten Bedingungen die Illusion haben mag, sie könne die anderen doch bezwingen – man denke an Napoleons Angriff auf Russland. Für linke Politik entsteht jetzt ein Dilemma: Gegenüber der Kriegspolitik der USA ist man durchaus geneigt, eine stärkere Position der EU zu präferieren. Die Regierenden der EU haben aber nach dem Serbienkrieg beschlossen, eine eigene militärische Kapazität aufzubauen, um ggf. weltweit ohne die USA militärische Macht einsetzen zu können. Und das kann nun gerade nicht im Sinne linker Politik sein.

WFH: Damit wären wir wieder bei einem jener Widersprüche angelangt, die die Linke zu zerreißen drohen. Europa soll stark sein, aber Europa soll nicht militärisch stark sein. Wir kommen darauf zurück, wenn wir über die Rolle der UNO sprechen. Vorerst finde ich es wichtig, dass das Bild des allmächtigen amerikanischen Imperiums einige Kratzer bekommen hat. Man ahnt, dass illusionäre und nachhaltig-reale Handlungsfähigkeit der Regierenden der USA auseinander klaffen. Die gegenwärtige Weltordnung ist demnach alles andere als stabil. Mit welchen Dynamiken ist zu rechnen?

CT: Der Weltpartisanenkrieg hat lokal begonnen, in Afghanistan. Für dieses Lokal haben die USA eine große Allianz hinter sich versammeln können. Aber der Konflikt kann nicht lokal bleiben. Irak, Iran, Kaschmir, Somalia sind schon im Fadenkreuz, und sobald der Krieg sich dorthin ausdehnen sollte, wird die bestehende Allianz nicht halten. Es wird zu Fluktuationen kommen. Staaten, die bis dahin »gegen den Terror« waren, werden zu »Terrorstaaten« werden. Was sich gegenwärtig zwischen Pakistan und Indien zusammenbraut, könnte symptomatisch sein für das, was der »internationalen Gemeinschaft« als Ganzer blüht.

WFH: Ich zweifle nur, ob »Partisanenkrieg« die Sache trifft. Partisanen operieren hinter der Front in einem Krieg gegen einen überlegenen militärischen Gegner. Ihre Angriffsziele sind militärisch. Terroristische Anschläge gelten diffus der Zivilbevölkerung.

EC: Auch ich halte das Bild vom »Partisanenkrieg« für verfehlt. Die Partisanen des Zweiten Weltkrieges waren Kombattanten des Krieges, die für die Freiheit ihres von den Deutschen besetzten Landes kämpften. Hier geht es um Terroristen, die Schrecken unter der Zivilbevölkerung verbreiten wollen und auf Frauen, Kinder und Greise nicht Rücksicht nehmen. Die Terroristen des 11. September, von einem bin Laden oder wem auch immer organisiert und bezahlt, stehen mit den Terroristen von Tokio oder Oklahoma auf einer Stufe. Man sollte ihnen nicht den Gefallen tun, sie zur kriegsführenden Partei zu erklären.

CT: Wenn ich vom »Weltpartisanenkrieg« sprach, dann deshalb, weil der neue Feind so unsichtbar ist wie eine Partisanenarmee.

Darin liegt, bei allen Gefahren, auch eine Chance: dass die Ungreifbarkeit des neuen Weltfeindes das Feindbild ad absurdum führen hilft. Es kann aber auch genau umgekehrt kommen, wie etwa bei den Hexen zu Beginn der Neuzeit: Weil man immer nur einzelne armselige Frauen zu fassen bekam, aber nie die Hexerei, den Sabbat, das »Netzwerk« selbst, konnte sich das Feindbild so paranoid verfestigen.

JR: Ich halte die paranoide Verfestigung für wahrscheinlicher. Die »Ungreifbarkeit« eines Feindes hat noch nie zur Schwächung des Feindbildes geführt. Die vom Hellenismus und dann vom Römischen Reich konstruierten »Barbaren« waren überall aufzufinden, an und hinter den lang gestreckten Grenzen, aber auch im Inneren des Reiches, und viele davon dienten sogar als Söldner im Römischen Heer. Dies hat der ideologischen Erzeugung eines bedrohlichen Gegners und der Rechtfertigung permanenter Kriegszüge keinen Abbruch getan, im Gegenteil. In den »Juden« verdichteten die Nazis die Ressentiments gegen den »Finanzjuden«, den Hass auf die »jüdischen« Führer der Arbeiterbewegung und wiederum die Ablehnung des »unverwurzelten« jüdischen Intellektuellen usw. Ambivalenz und eine gewisse Ungreifbarkeit gehören zum Funktionieren des Ideologischen dazu.

WFH: Angesichts einer gewissen Erschöpfung, die ich zu spüren meine, schlage ich vor, dass wir uns eine Pause gönnen, bevor wir unseren Versuchen, die Folgen des 11. September abzuschätzen, Überlegungen zu den praktischen Konsequenzen für die Linke folgen lassen.

– Pause –

Zweiter Teil: Weltpolitische Perspektiven

WFH: Nachdem wir neu gekräftigt sind, wollen wir uns der Frage zuwenden, was der neue Weltzustand für linke Politik bedeutet.

FD: Wir müssen den Mut haben, Diskurse »zwischen den Fronten« und gegen das Denken nach Maßgabe der Freund-Feind-Polarität im Sinne von Carl Schmitt, die stets die Bereitschaft zur Vernichtung des Feindes einschließt, fortzuführen. Angesichts des Drucks, der von der Alternative »Entweder bist du für Amerika und die Allianz gegen den Terror *oder* du bist für bin Laden, El Kaida und die Taliban« ausgeht, ist das keine leichte Aufgabe. In den USA werden solche Positionen bereits im Stil einer Renaissance der McCarthy-Ära kriminalisiert. »Zwischen den Fronten« heißt aber auch, den Primat der Sicherheitspolitik – Krieg nach außen und innen – zu kritisieren. Denn dieser Primat verbaut – global wie national – jene vertrauensbildenden Maßnahmen, die notwendig wären, um dem Terrorismus den Boden zu entziehen, und er beschleunigt den Prozess der Erosion der Demokratie im eigenen Lande. Die PDS-Bundestagsfraktion hat sich bisher aus meiner Sicht sehr gut verhalten und auch dem gewaltigen Druck, der von der überwältigenden Mehrheit, die sich bewusst oder blind hinter die Bush-Regierung stellte, bislang standgehalten. Es könnte allerdings sein, dass im Zuge der Berliner SPD-PDS-Koalition und weiterer Koalitionsoptionen diejenigen in der PDS sich durchsetzen, die gerade auf dem Gebiet der Außenpolitik bereit sind, Zugeständnisse an die SPD zu machen, um ihre »nationale Zuverlässigkeit« und »Verantwortungsbereitschaft« unter Beweis zu stellen.

Die Linke muss den Terrorismus und die herrschende Politik kritisieren, die Interessen, für die Gewalt angewandt wird, herausarbeiten und Alternativen diskutieren und benennen. Aus ihrer Schwäche sollte aber nicht die Schlussfolgerung politischer Abstinenz gezogen werden, die sich dann in linksradikalen Phrasen bzw. in Fundamentalkritik und Forderungen nach dem Sturz des Imperialismus selbst befriedigt. Im Bewusstsein, dass die eigenen Formen der Reorganisation als soziale und politische Bewegung sich noch

in den Anfängen befinden, aber doch schon durchaus lebendig sind, muss die Linke auch die Frage nach der Anschlussfähigkeit ihrer Politik auf der Ebene von Realpolitik und der dort konfligierenden Interessen stellen.

FH: Dein Vorschlag, Frank, gegen das Denken in Freund-Feind-Polaritäten anzuarbeiten, scheint in allen Diskussionen bislang als wesentlicher Einsatz für linke Politik gesehen zu werden. Der Zusammenbruch der sozialistischen Länder hinterließ ein Vakuum, wo während des Kalten Krieges der Kampf von Gut gegen Böse als bewusstseinsmäßiger Urgrund politisch das Imaginäre äußerst fruchtbar formen und nutzen konnte. Das gilt für den Antikommunismus wie überhaupt für den ideologischen Klassenkampf, ja es gilt noch für den Kampf gegen »die Herrschenden«, soweit dieser einfach auf emotionale Zustimmung setzte, Opfer gegen Täter zu mobilisieren. Sieht man heute Filme aus der Zeit des Kalten Kriegs, staunt man über die Einfachheit der Strickmuster, in denen austauschbare Gruppen, jeweils mit den Zeichen Freund oder Feind versehen, gegeneinander positioniert sind, wobei schließlich das Gute den Sieg davonträgt. Zwölf Jahre hatten wir Zeit, solche Handlungsmuster als antiquiert abzutun, differenzierter zu denken. Es war zugleich die Zeit, in der die neoliberale Globalisierung ihren Höhenflug antrat, in der in fast allen westlich industrialisierten Ländern nach einer Zeit konservativer Hegemonie Sozialdemokraten die Regierung übernahmen, um sich dann aber als die besseren Vollstrecker neoliberaler Umstrukturierung zu präsentieren. Die Gesellschaften sollten so umgemodelt werden, dass sie als Wirtschaftsstandorte für Unternehmen mit hochentwickelter Technologie – also wenig Arbeit alter Art, viel Kapital pro Arbeitsplatz – attraktiv wären. D.h. konkret Abbau des Sozialstaats, Durchrationalisierung des öffentlichen Dienstes, stets zunehmende Arbeitslosigkeit und gleichzeitige Anrufung der Einzelnen, aus bloßen Lohnarbeitern gleichsam »Lohn-Unternehmer« zu werden, wenigstens »Unternehmer« ihres Lebens, Lernens, ihrer Karriere im Hochleistungsfeld. Unter diesen Bedingungen wird es zunehmend schwierig, sich als Opfer zu denken und andere für die eigene Lage verantwortlich zu machen. In dieser Großlage treffen Theorien und

Bedeutungsangebote, die auf die Gemachtheit und Machbarkeit abzielen, kurz: Theorien von Konstruktion und Dekonstruktion, auf eine ihnen gemäße Struktur. Zugleich wächst die Alltäglichkeit des Versagens, Arbeitslosigkeit trifft in der BRD schon jeden zehnten und sie steigt, ohne dass eine Änderung abzusehen wäre. Damit wachsen Angst, Unsicherheit, Misstrauen, Konkurrenz – wächst eine gelebte Auffassung vom Individuum als isolierter Person in einer Welt, in der ihr der Platz streitig gemacht wird. In dieser Lage wirkte das Attentat vom 11. September wie ein Überdruckventil.

WFH: Was meinst du damit?

FH: Endlich ist wieder ein Feind da. Das gilt für die große Politik wie auf der alltäglichen Ebene.

WFH: Um auf Frank Deppes Frage nach der realpolitischen Anschlussfähigkeit linker Politik zurückzukommen: Welche Konsequenzen ergeben sich für linke Politik im Rahmen des Nationalstaats oder im europäischen Rahmen?

LP: Noch immer scheint mir, zumindest was die europäischen Länder betrifft, der nationalstaatliche Rahmen am ehesten Möglichkeiten zu bieten, Reformen einzuleiten, die auch auf internationaler Ebene den kapitalistischen Krisentendenzen entgegenwirken. Dem Staat fällt bei solchen Reformen eine Schlüsselrolle zu.

FD: Unter den regierenden Kräften zum Beispiel in Europa gibt es relevante Positionen, die nicht nur die US-Politik kritisieren, sondern im Kampf gegen den Terrorismus auf eine Politik der Verständigung, des Multilateralismus und auch der materiellen Umverteilung zwischen Zentrum und Peripherie setzen. Es gibt durchaus relevante Kräfte in der EU, die auf eine stärkere Autonomie der Europäer und auch auf eine Verteidigung des »europäischen Gesellschaftsmodells« gegenüber dem US-amerikanischen setzen. Natürlich ist das sehr widersprüchlich; denn die herrschenden Klassen in der EU verfolgen dabei ihre eigenen Interessen, die gewaltförmiges Handeln nach außen überhaupt nicht ausschließen – ich erinnere nur an die Militär- und Interventionspolitik der französischen Republik, selbst noch unter einer sozialistisch-grün-kommunistischen Regierung Jospin!

Dennoch erfordert Friedenspolitik – als Voraussetzung auch für die Schaffung von Räumen für antikapitalistische Strukturreformen – möglichst breite Bündnis- und Diskurskonstellationen. Deshalb muss die Linke hier stets auch danach fragen, ob und an welche Positionen sie anschlussfähig ist, wie sie einwirken kann auf den herrschenden Diskurs, ja sogar, ob sie zwischenimperialistische Widersprüche zugunsten progressiver Entwicklungen beeinflussen kann. Dazu würde allemal die Verhinderung weiterer Kriegsschläge seitens der USA oder ein energisches Eingreifen in den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern gehören.

WFH: Wenn ich dich recht verstehe, läuft dies gleichsam auf einen »weltinnenpolitischen« Einschlag linker Politik hinaus. Statt »dem System« den Entwurf eines Gegensystems entgegenzuhalten, gilt es demnach, in die Widersprüche des »Systems« einzugreifen. Bevor wir diesen Gedanken weiterverfolgen, scheint es mir angebracht, dass wir einen Blick auf die Probleme der Ökonomie werfen. Schließlich bildet diese den Gravitationskern, um den sich alles Übrige dreht. Wie sieht es da aus? Japans Depression, Argentiniens Zusammenbruch, der Enron-Krach – muss linke Politik auf eine Welt-Wirtschaftskrise vorbereitet sein?

FD: Die Weltwirtschaft befindet sich seit 2001 in einer ziemlich tiefen Rezession – Robert Brenner hat sie in der Zeitschrift *Sozialismus* (2/2002) analysiert. Was ist das Besondere an ihr? Nicht allein das Erlahmen der Akkumulation in der Realökonomie, sondern vor allem das Platzen der vielen spekulativen »Blasen« und der damit verbundenen Krise der »New Economy«. Was wurde da noch kurz zuvor nicht alles erzählt: Aufschwung ohne Ende, finanzgestütztes Akkumulationsregime – jetzt Pleiten ohne Ende, exemplarisch der Fall »Enron«! Und wieder zeigt sich, dass das grundlegende Problem der kapitalistischen Weltwirtschaft, die strukturelle Überakkumulation nicht gelöst ist. Die Strategie der Globalisierung hat keinen neuen – sich selbst tragenden – Wachstumszyklus erzeugt. Sie ruft im Zentrum und an der Peripherie immer dramatischere Krisen hervor: Die Finanzkrisen in Asien sowie der Staatsbankrott in Argentinien als Folge der neoliberalen Politik sind nur die bekanntesten Beispiele der jüngsten Zeit. Diese Analysen führen nach

meiner Überzeugung zum ökonomische Kern der Aggressivität – sowohl in der Erschließung neuer Räume, in der Konkurrenz mit den anderen imperialistischen Mächten, als auch in der Durchsetzung eigener nationaler »Sicherheitsinteressen«.

TS: Ich sehe das ähnlich. Aber wirft dies nicht auch die Frage auf, ob der Neoliberalismus als hegemoniales Projekt im starken Sinne gescheitert ist? Du sprachst eingangs von der geostrategischen Absicherung des neoliberalen Projekts mit militärischer Gewalt, aber in welchem Sinne können wir noch von Neoliberalismus sprechen?

WFH: Neoliberalismus »im starken Sinn«, das wäre die reine Lehre der Freiburger Schule?

TS: Genau, mit dem Verbot staatlicher Eingriffe ins Marktgeschehen, sieht man von Rahmenbedingungen ab.

WFH: Die USA scheinen Militärkeynesianismus zu praktizieren, also staatliche Nachfragestärkung.

TS: Ja, die angesichts der Krise der »New Economy« erneut forcierten, gewaltigen Rüstungsprogramme der USA lassen darauf schließen. Übrigens ließen sich auch schon im vergangenen Jahrzehnt bestimmte Aspekte der Politik der kapitalistischen Metropolen nicht im engeren Sinne als neoliberal qualifizieren. Die Geldpolitik der USA war zum Beispiel in den 90er Jahren keineswegs monetaristisch. Das heißt nicht, dass es nicht so etwas wie eine dominierende neoliberale Ideologie gibt, gleichsam das Licht, in das alles andere getaucht ist, um eine marxsche Formulierung aufzunehmen. Aber die kapitalistische Herrschaft folgt meines Erachtens nicht eng einer bestimmten konzeptiven Ideologie, einem Projekt, sondern reagiert flexibel auf die sich verändernden Umstände, sie hat auch die keynesianischen Lektionen gelernt. Die Mischung aus Neoliberalismus und Militärkeynesianismus wurde ja auch schon von der Reagan-Regierung vorexerziert.

FD: In der Tat. Karl Georg Zinn, der sich vielfach mit den Strukturkrisen im Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsökonomie beschäftigt hat, verweist darauf, dass der Kapitalismus bisher solche Formationskrisen stets durch Aufrüstung und Krieg »gelöst« hat und dass die Politik der USA seit dem Ende des Ost-

West-Gegensatzes und seit dem Golf-Krieg 1991 immer deutlicher in diese Richtung geht.

TS: Für den Fordismus in den USA trifft es sicherlich zu, dass er erst durch die Kriegswirtschaft konsolidiert wurde und nicht schon durch den »New Deal«. Ob die Überakkumulationstendenz diesmal so aufgehoben werden kann, ist fraglich.

FH: Der Begriff der »Überakkumulation« gibt nicht sogleich preis, dass solche Krisen mit ungeheurer Aggressivität gegen lokale Produktionen, Märkte und die darin ihr Leben gewinnenden Bevölkerungen verbunden sind, ebenso wenig wie dies der Begriff der Finanzspekulation tut. Eine Analyse des Enron-Skandals, von dem es selbst in der FAZ hieß, er sei die Probe auf die zivilisatorische Machbarkeit des Kapitalismus, zeigt ja nicht nur, dass hier in einem gigantischen Spekulationsobjekt, in das über hohe Summen der Präsident ebenso wie beide Parteien der USA verstrickt waren, Kapital verschoben und verspielt wurde auf Kosten selbst der Betriebsangehörigen, wenn man vom Führungsklüngel absieht. Arundhati Roys Bericht in *Die Politik der Macht* über das große Staudammprojekt in Indien und die Rolle von Enron zeigt darüber hinaus, wie andere nationale Regierungen über energiewirtschaftliche Enron-Projekte beteiligt und erpresst wurden und wie die Bevölkerungen ganzer Landstriche ihrer Lebensgrundlagen beraubt wurden zugunsten ganz »legalen« Profits. Man bekommt dabei eine Konstellation in den Blick, deren politische Absicherung weltweit in Gestalt halb aufgedeckter Korruptionsskandale sichtbar zu werden beginnt.

FOW: Seit den 1960er Jahren ist immer wieder eine Zusammenbruchskrise im Stil der 1930er Jahre vermieden worden. Das Nachkriegssystem war offenbar stabiler und hat auch noch länger weiter gewirkt, als viele Linke dies erwartet haben. Wir sollten aber nicht darauf hoffen, dass »denen«, allen voran den USA, endlich einmal das weitere Krisenmanagement misslingt. Ein depressiver Zusammenbruch der Weltwirtschaft wäre nicht nur eine Katastrophe für die vielen, die inzwischen von ihr abhängen – sie würde vor allem erneut von extrem rechten Kräften genutzt werden, die dann weit über das hinausgehen, was die Bush, Berlusconi,

Haider, Blocher und Stoiber schon heute darstellen. Es wird, denke ich, auch nicht gelingen, rechtzeitig genug alternative Zusammenhänge aufzubauen, in denen eine derartige Krise partiell aufgefangen werden könnte. Die Frage, was die Linke im Hinblick auf staatliche Makro-Wirtschaftspolitik zu sagen hat, muss daher dringend beantwortet werden.

WFH: Ist ein neuer Linkskeynesianismus angesagt?

LP: Während der Nationalstaat heute unter dem Druck neoliberaler Deregulierung steht und zum »Wettbewerbsstaat« zu verkommen droht, soll er morgen unter dem Einfluss linker Reformen eine aktive Rolle in der Bewältigung wirtschaftlicher und sozialer Probleme übernehmen. Wenn man das einen »neuen Linkskeynesianismus« nennen will, habe ich nichts dagegen.

FOW: Die spannende Frage scheint mir hier zu sein, was heute ein linker Keynesianismus bedeutet und überhaupt noch bedeuten kann. Die Voraussetzungen nationalstaatlicher Konjunktursteuerung durch »deficit spending« sind entfallen – von den Kapitalverkehrskontrollen bis zur Globalisierung oder Europäisierung vieler Konsumgütermärkte –, und die »Grenzen des Wachstums« waren keine Einbildung, auch wenn manches falsch eingeschätzt worden ist. Einen Weg zurück in den »Fordismus«, in dem der alte Keynesianismus hat funktionieren können, gibt es nicht – er wäre auch nur gegen den völlig berechtigten Widerstand der Frauen durchsetzbar, die erst nach dessen Zerschlagen bessere Eintrittschancen in den Arbeitsmarkt erreicht haben ...

FH: Entschuldige, wenn ich dich unterbreche, Frieder. Es ist zwar richtig, dass es schwierig ist, Frauen aus der feministischen Bewegung gegen den neoliberalen »Abbau von Staat« zu mobilisieren, solange dieser auch Abbau von Paternalismus, Kontrolle usw. bedeutet. Aber der Eintritt in den Arbeitsmarkt ist doch für viele Frauen gerade mit dem Ausbau des fordistischen Sozialstaats verbunden gewesen, und der Postfordismus brachte den Abbau vieler Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor, so dass Frauenarbeitslosigkeit schneller stieg als die der Männer.

FOW: Du hast Recht. Aber ich hatte die vom Neoliberalismus verbesserten Aufstiegschancen von Frauen, natürlich nur einer

winzigen Minderheit, im Sinn. Jedenfalls bedarf es einer neuen Globalsteuerung, die dem Kapital transnational eine politische Regulierung aufzwingt und neben dem Schutz vor Zusammenbruchskrisen nach Art der 1930er auch eine qualitativ definierte Rücksichtnahme auf die Gebote einer Überwindung der ökologischen Krise, von Hunger und Armut in der Welt, sowie die gleichberechtigte Einbeziehung von Frauen durchsetzt. Das klingt nach den mageren Resultaten des Jahrzehnts nach Rio allzu optimistisch, wo alles schon versprochen wurde, aber das Gegenteil eingetreten ist – plus einem weltweit ausgeweiteten Kriegszustand. Ich denke aber, wir sollten das andersherum sehen. Ein neuer qualitativ definierter und weltweit bzw. großregional operierender Keynesianismus wäre genau das, was in Rio gefehlt hat, eine politische Transformationsstrategie, die funktionieren könnte – und damit die zentrale Voraussetzung für ein Umschlagen spontaner Gegenwehr in alternative Politik.

EC: Der Vorschlag ist sehr sympathisch, nur hat er zwei Probleme. Erstens ist noch lange nicht deutlich: Was sollen denn die Eckpunkte einer solchen Transformationsstrategie inhaltlich sein? Das gilt für Deutschland und Europa wie für das Nord-Süd-Problem und die globalen Probleme. Und zweitens, wer soll das Subjekt einer solchen Politik sein? Wer realisiert ein solches Projekt? Aus einer Protestbewegung allein ist noch keine neue politische Kraft entstanden, oder höchstens eine, die etwas verhindert, nicht eine, die Neues schafft.

LP: Dieser neue Linkskeynesianismus wird sich aber von seinem historischen Vorbild dadurch unterscheiden, dass er gezielt den nicht-staatlichen »Dritten Sektor« gemeinnütziger Non-profit-Unternehmen fördern und im sozialen Bereich Hilfe zur Selbsthilfe leisten wird.

TS: Förderung des »Dritten Sektors«, Hilfe zur Selbsthilfe, das könnten auch konservative oder neoliberale Positionen sein. Wo liegt der Unterschied? Ich würde dem zustimmen, wenn damit gemeint sein soll, dass wir bei der notwendigen Verteidigung sozialer Errungenschaften nicht hinter die linke Sozialstaatskritik zurückfallen dürfen ...

LP: Ja, ein neuer Linkskeynesianismus sollte kein Faktor der Aufblähung der Staatsbürokratie sein, sondern im Gegenteil ein Instrument, mehr und mehr Funktionen an unmittelbar gesellschaftliche Initiativen »von unten« zu delegieren. Natürlich wird auch ein in diesem Sinn reformierter Staat, zumal wenn sich sein Handeln primär auf den nationalstaatlichen Rahmen bezieht, nicht per se die Risiken einer Weltwirtschaftskrise ausschalten können. Aber er würde über ein ungleich wirksames Potenzial zur Krisenregulierung verfügen als der neoliberale Wettbewerbsstaat.

WFH: Lasst uns noch einmal zurückkommen zu dem, was ich den »weltinnenpolitischen« Einschlag linker Politik genannt habe. Wird linke Politik darauf verwiesen, weltsystem-immanent auf Demokratisierung zu setzen? Alles zu stärken, was unter Berufung auf die universellen Werte der Demokratie und der Menschenrechte der »Plutokratie«, zu der die US-Demokratie geworden ist (William Pfaff), zuwiderläuft?

CS: Ja und nein. Nein, weil »Demokratisierung« in der heutigen Weltordnung eine sehr zwiespältige Sache ist und oft genug nur die Beseitigung missliebiger Regierungen und Kräfte bedeutet, eine Art Dosenöffner für erweiterte Ausbeutung. Das ist in den 1990er Jahren recht deutlich geworden, als im Namen »demokratischer Werte« und Menschenrechte Kriege geführt worden sind. Ja, weil man sich »Antikapitalismus« heute nicht mehr anders vorstellen kann denn als umfassende Stärkung und Verteidigung »anderer Ziele« als denen der totalen Verwertung. So meinen es ja auch die Zapatisten, wenn sie für Freiheit und Demokratie sind. Das muss immer mehr und anderes meinen als das weltweite Kopieren des westlichen Institutionensystems.

CT: Es scheint mir wichtiger denn je, nicht von Werten zu reden, sondern von Errungenschaften. Auch wenn das Wort durch die »Errungenschaften des Sozialismus« für viele kompromittiert ist. Es gibt keine unkompromittierten Begriffe. Und dieser macht immerhin klar, dass Menschenrechte, Demokratie in einer bestimmten historischen Situation bestimmten historischen Mächten abgegrenzt wurden. Nur wenn dieser Kontext präsent bleibt, bleiben auch Zielrichtung, Intention und Bedeutungsumfang präsent, den

diese Begriffe im Moment ihres Entstehens mit sich führten. Macht man daraus »Werte«, entwickeln sie die Tendenz, zu gedächtnislosen Tickets zu werden, die man als Joker einsetzen kann. Damit wird dann jeder erpresst: »Bist du für die westlichen Werte? Dann musst du auch für ihre Verfechter sein und nicht so tun, als könnte man im Kampf für diese Werte hobeln, ohne dass Späne fliegen.«

LP: Ein weiterer Unterschied zwischen einer systemkonformen Inanspruchnahme von Demokratie und Menschenrechten als »Werte« und einer linken Perspektive der Verteidigung erkämpfter Rechte oder Errungenschaften liegt darin, dass Letztere Demokratie und Menschenrechte nicht ohne Kritik am Kapitalismus denkt. Ob und inwieweit diese oder jene Aktion zur Verteidigung der Menschen- und Grundrechte oder zur Erweiterung demokratischer Partizipation mit einer linken Perspektive vereinbar ist, lässt sich nur durch eine Analyse der konkreten Situation feststellen. Dieses Problem ist natürlich nicht erst mit dem 11. September entstanden. Vielmehr handelt es sich um ein klassisches Problem linker und sozialistischer Politik. War die Beteiligung der deutschen Kommunisten nach der Novemberrevolution 1918 am Parlamentarismus eine Preisgabe revolutionärer Prinzipien oder im Gegenteil die historisch notwendige Voraussetzung, den revolutionären Prozess voranzubringen? Kapitulierte die Kommunistische Internationale mit ihrer Volksfrontstrategie vor einem bürgerlichen Verständnis von Antifaschismus?

TS: Das klingt ein bisschen so, als könne die Linke zu Fragen der Demokratie und der Menschenrechte ein taktisches Verhältnis einnehmen. Das halte ich für bedenklich.

LP: Das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus ist sehr vielschichtig. Dennoch sind die Lösungen nicht beliebig. Das entscheidende Kriterium besteht in der Vereinbarkeit von Demokratie und antikapitalistischer, sozialistischer Perspektive. Die Berufung auf demokratische Rechte bei gleichzeitiger Abgrenzung gegen soziale Rechte oder die Propagierung eines Begriffs individueller Freiheit, der das Individuum mit dem Marktsubjekt gleichsetzt, stehen im Widerspruch zu diesem Kriterium. In der Praxis sind die Probleme natürlich häufig komplizierter, aber sie lassen sich nur dann von links beantworten, wenn der Zusammenhang von De-

mokratie und sozialistischer Perspektive nicht aufgegeben wird. Es kann historische Situationen geben – und vielleicht ist das gegenwärtig der Fall –, in denen der Kampf um minimale zivilisatorische Standards und demokratische Grundrechte eine unabdingbare Voraussetzung dafür darstellt, eine sozialistische Perspektive offen halten zu können. In jedem Fall aber behält die Erkenntnis sozialistischer Theorie ihre Gültigkeit, dass sich Demokratie und Menschenrechte dauerhaft nicht auf Basis kapitalistischer Produktions- und Eigentumsverhältnisse verwirklichen lassen. Der 11. September hat die Einsicht in diesen Zusammenhang erschwert, einer politischen Revision bedarf sie aber nicht.

FH: So wichtig und aktuell der Zusammenhang von Demokratie und antikapitalistischer Perspektive ist, möchte ich noch einmal darauf zurückkommen, dass sich die Politik-Situation für Linke auch in diesem Punkt verkompliziert und verschoben hat. Wir müssen Politiken entwerfen, die – vielleicht kann man das so sagen – sich auf die Zuspitzung von Widersprüchen gerade dort spezialisieren, wo das Attentat und die militärische Reaktion darauf die Versuchung der Freund-Feind-Polarisierung nahe legt. Da ist zunächst die Rolle des amerikanischen Präsidenten, in vielen Punkten in der Klemme, für seine Politik nicht die Mehrheit des Hauses zu bekommen oder sogar seine Wahlminderheit noch zu verärgern – etwa bei der Freigabe der Stammzellenforschung. In dieser Situation kehrt er aufatmend zu den Instrumentarien des Kalten Krieges zurück. Der Gegensatz von Gut und Böse muss die Einheit einer überwältigenden Mehrheit des Volkes bringen. Die Losung der Blutrache, »Auge um Auge, Zahn um Zahn«, schweißt zusammen, was gerade noch auseinander fiel. Die eben noch als veraltet geltenden Losungen vom Armageddon, von der Rettung der Welt durch eine überlegene Kultur usw., steigen täglich im Kurs. Der Übergang vom persönlichen Satan bin Laden zu bösen Völkern und ihrer »Achse des Bösen« geht wie von selbst.

Der Erfolg der »archaischen« Patentrezepte bleibt aber auch nicht ohne Einfluss auf die Gegner der US-Politik. Die notwendigen Analysen zur Indienstnahme reaktionärer Kräfte und Regime durch die USA zwecks Sicherung ihres Energiebedarfs werden zu Keu-

len umgearbeitet, die nun seitenverkehrt das Böse in den USA verorten und aus den Terroristen des 11. September die Rächer der Dritten Welt machen.

WFH: Ignacio Ramonet hat in *Le Monde diplomatique* in der Tat Weltbank, Internationalen Währungsfonds und Welthandelsorganisation als die andere »Achse des Bösen« gezeichnet ...

FH: Mehr noch: In der »klammheimlichen Freude« über die Anschläge vom 11. September äußert sich ein pervertiertes Gerechtigkeitsempfinden, das den aus dem Weißen Haus geschürten Fundamentalismus seitenverkehrt zurückspiegelt. Mit solchen Befindlichkeiten ist zu rechnen. Sie bilden einen Nährboden für neue Rassismen, Dämonisierung, Politikverachtung, Lynchjustiz – aber auch für zunehmende Glaubensbereitschaft gegenüber Unheilsprophetien und Heilsversprechen aller Art. Man wird einen Boom der esoterischen Zünfte und der Psycho-Industrien konstatieren können.

Insofern kann man vielleicht sagen, dass der Neoliberalismus durch den 11. September in eine paradoxe Lage geraten ist. Die liberale Freisetzung baut im Grunde auf postmodernes Denken von Dekonstruktion und Differenz und individualistisches Verhalten; gerade dieses wird nun durch fast allseitige Rückkehr zu archaisch-kollektivistischen Gut/Böse-Mythen annulliert, die zugleich ein Ventil für seine Unsicherheiten und Ängste aufmachen. Die neue falsche Einfachheit leistet also zugleich beides: Negation und Befriedung des neoliberalen Konkurrenzindividualismus.

Die Aufgabe linker Politik, die sich inmitten solcher Aufheizung der Gefühle schwer tut, ist es, allzu einfache Lösungen und Zuschreibungen in Frage zu stellen. Das gilt auch für eine »Friedenspolitik«, die ja bei allem Pazifismus nicht nur den Krieg gegen Afghanistan und andere »Schurkenstaaten« verurteilen muss, sondern auch Terrorattentate wie die vom 11. September oder Unrechtsregime wie das der Taliban gegen Frauen. »Politische Bildung«, lange Zeit unterm Verdacht bevormundender Besserwisseri, wird wieder brandaktuell.

WFH: Ist die Erneuerung eines linken Universalismus angesagt, der die Lektion der »Differenz« gelernt hat?

CS: Ja. Genau das ist heute die 1000-Dollar-Frage: Was ist der Kern einer gemeinsamen, fortschrittlichen Sache, obwohl wir anerkennen, dass es kein Monopol mehr auf die Wahrheit, auf die eine Theorie, auf die eine politische Sprache, auf die eine soziale Praxis geben wird, kann und soll.

FOW: Ich denke schon, dass die »Globalisierung von unten«, die immer auch darauf zielen muss, möglichst viele Regierungen von Nationalstaaten in ihre Bündnisse einzubeziehen, nur in den universalistischen Formen einer Politik der Menschen- und Bürgerrechte und einer teilnehmenden Demokratisierung aller Institutionen, auch der supra- und transnationalen, sich überhaupt artikulieren kann. Das stellt sich keineswegs in Gegensatz zur Lektion der »Differenz« – denn Universalismus heißt hier gleichen Zugang für alle, gleiche Machtchancen für alle, so wie sie sind, ohne vorgängige Normalisierung oder Homogenisierung. Selbst klassisch liberale Forderungen wie Abbau von Korruption in der Politik oder öffentliche Zugänglichkeit politischer Entscheidungsprozesse werden angesichts der Wende zu politischen Institutionen, die immer mehr auf Filz und Geheimoperationen beruhen, zu wichtigen Artikulationslinien einer demokratischen Alternative im Weltmaßstab.

JR: Leider hat gerade die akademische Linke unter dem Einfluss postmoderner Theorien weitgehend die Fähigkeit eingebüßt, einen attraktiven Diskurs einer Universalisierung von unten zu entwickeln ...

FH: Erlaube, Jan! Ich weiß nicht so recht, wen du meinst, wenn du von »der Linken« sprichst. Gehören wir etwa nicht dazu? Als akademische Linke habe ich nie aufgehört, feministische Diskurse einer Universalisierung von unten mitzuentwickeln. Ich fände es besser, statt solcher pauschaler »Selbstkritik« zu fragen, wie eine Argumentation von links aussehen muss, um Aussicht auf breiteres Gehör zu haben.

JR: Ich gebe zu, ich hatte bestimmte Beispiele der akademischen Linken der USA, wo ich nun einmal lebe, vor Augen. Politische Fragen als »Gattungsfragen«, als Fragen des Überlebens der Menschen-Mehrheit, des »täglichen Brots« für alle, geschützter Natur-

verhältnisse für heutige und spätere Generationen usw. aufzuwerfen und durchzubuchstabieren ist in bestimmten Kreisen dort nahezu zum Tabu geworden. Vielleicht muss man hier selbstkritisch anmerken, dass eine »antihumanistische« Marx-Lektüre der neo-liberalen Auflösung eines Gesamtprojekts Menschheit in die Hände gearbeitet hat. Feuerbachs »Gattungswesen« ist zu schnell vom Tisch gewischt worden, statt es, wie Marx vorschlug, konkret in seiner gesellschaftlichen Wirklichkeit zu fassen. Wie kann man den Energieverbrauch der USA und die Nichtunterzeichnung von Kyoto kritisieren, wenn von »Menschheit« zu sprechen als Signum eines überholten Diskurses des 19. Jahrhunderts akzeptiert ist? Wir müssen eine politisch-ethische Sprache entwickeln, die das, was verallgemeinerbar ist, in die Form kategorischer Imperative übersetzt und den Partialinteressen der Herrschaft entgegensetzt. Vielleicht könnte man hier auch den von Negri und Hardt entwickelten Begriff der »Vielheit« (multitude) einbauen, der die Gedanken der Mehrheit und der Vielfalt miteinander verbinden soll.

WFH: In gewisser Weise machen Ansätze zu einem solchen pluralen Universalismus die Stärke und Attraktivität des US-amerikanischen Zivilisationsmodells aus. Sie sind vielfach durchkreuzt, ideologisch verheuchelt, durch Partikularismen und ungeheure Machtkonzentrationen ausgehöhlt, und dennoch sind darin auch Elemente einer künftigen Weltgesellschaft enthalten. Diese Zweideutigkeit macht den Antiamerikanismus so fragwürdig. Wie verhalten wir uns zu ihm? Und was tun, wenn er mit der an sich mehr als berechtigten Kritik an der jammervollen Gewaltpolitik Israels unter Sharon verschmilzt? Droht linker Antisemitismus?

FD: Ich kann es kaum noch hören, vor allem dann, wenn dieser Vorwurf an die Linke, gekoppelt mit dem Vorwurf des Antisemitismus, von Leuten kommt, die selbst Häuptlinge linksradikaler oder maoistischer Bünde gewesen sind und nunmehr ihre intimen Kenntnisse den Nachhutgefechten gegen den Kommunismus zur Verfügung stellen. Diese Leute wollen die Kritik an den USA als totalitäres Denken diskriminieren und dabei insbesondere die anti-imperialistischen Solidaritätsbewegungen der 1960er und 70er Jahre, als Teile der Studentenbewegung, treffen. Dabei müssen sie

ihre eigene Biographie als die verwirrter, verführter Geister und die einer zutiefst pathologischen Adoleszenzphase – mit stark ödipalen Zügen – als Beweis heranziehen. Ich denke zum Beispiel an Gerd Koenen, der das schreckliche Buch über *Das rote Jahrzehnt*, das heißt über seine eigene fast fünfzehnjährige Tätigkeit in Spitzenpositionen des KBW – damals immerhin im Alter zwischen 20 und 40 Jahren, in dem normalerweise Menschen am klarsten denken können –, geschrieben hat.

Die Kritik an den USA muss natürlich darauf aufmerksam machen, dass sie nicht allein die USA trifft, sondern auch die »Europäer« – und auch die Sozialdemokraten im eigenen Lande –, die sich bedingungslos an die Seite der USA stellen und dabei eben auch eigene imperialistische Ziele verfolgen. Dennoch sollte nicht vergessen werden, dass die USA die dominante Macht sind, dass sie objektiv eine Führungsrolle in der Welt spielen und diese nach der Devise *America First* auch subjektiv, bewusst und strategisch zu bewahren und auszubauen bestrebt sind.

JS: Auch wenn sich die Trennung wohl nicht immer sauber aufrechterhalten lässt, wäre meiner Meinung nach bereits viel gewonnen, in den Debatten zwischen einer *gezielten Kritik* der US-amerikanischen Politik und stereotypen anti-amerikanischen *Ressentiments* zu unterscheiden. Letztere gehen auf eine konservativ-elitäre, demokratiefeindliche Einstellung zurück, die sich in erster Linie gegen den »Kulturverfall«, die »demokratische Vermassung« und das klassische Einwanderungsland richtet. Die USA dienen dabei im Diskurs über die Zukunft der europäischen Gesellschaften als Projektionsfläche für eine gegenuniversalistische Kritik, die in erster Linie aus automatisch abrufbaren Ressentiments bestand. Elemente davon lassen sich ohne Zweifel auch auf der Linken finden. Dabei werden die Differenzen und Kämpfe eingegebenet, die es in den USA selbst gibt – zum Beispiel zwischen rechtskonservativen, linksliberalen, gewerkschaftlichen und anderen Sichtweisen, oder innerhalb des amerikanischen Kulturbetriebs – große Hollywoodstudios, avantgardistische Underground-Kultur in New York, »soziologische« Romane und Theaterstücke à la Roth, Moody, Updike, Miller usw.

Frank Deppe hat aber Recht damit, dass vieles von dem, was seit dem 11. September unter »Antiamerikanismus der Linken« abgebucht wird, sich überhaupt nicht in diesen Kontext einordnen lässt. Vielmehr handelt es sich um Kritik, wie sie von amerikanischen Intellektuellen meist radikaler formuliert wurde und die zumal in Zeiten des Krieges unabdingbar ist. Um sich von Ressentiments zu unterscheiden muss die linke Kritik auf Allgemeinplätze, allzu bequeme pauschale Denunziationen und auf die Vorstellung von Gesellschaften mit eindeutigen Identitäten verzichten.

LP: Wenn die Linke heute die Politik der US-Administration, des Pentagon, der CIA und bestimmte ökonomische Strategien amerikanischer Konzerne und Global Players bekämpft, dann tritt sie damit auch für die Interessen der Millionen von US-Amerikanern ein, die schon jetzt oder zukünftig den Preis für die Politik der Herrschenden materiell und ideell zahlen müssen. »Antiamerikanismus« ist in der Linken fehl am Platze. Beides schließt sich gegenseitig aus. Aber auch linkes Denken ist nicht a priori immun gegen essenzialistische Versuchungen, sondern muss sich seiner Begriffe immer wieder selbstkritisch vergewissern. Das ist gerade dann besonders notwendig, wenn, wie gegenwärtig, tatsächlich die überwältigende Mehrheit der Amerikaner die hegemonistische und aggressive Politik ihrer Regierung bejaht, wobei soziale Klassenspaltung, ethnische Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit und der Verfall der Städte hinter der kollektiven Identifikation mit dem Kreuzzug gegen das Böse momentan verschwinden. Die Linke sollte sich nicht durch die Unterstellung eines »Antiamerikanismus« irritieren lassen, wenn sie die gegenwärtig herrschende Politik und Ideologie der USA kritisiert. Schließlich sind es die herrschenden kapitalistischen Gruppen, die politische Klasse, das Militär und große Teile der intellektuellen Elite Amerikas und nicht Norwegens oder Brasiliens, die der Globalisierung den Stempel eines schrankenlosen Neoliberalismus aufdrücken.

WFH: Vergessen wir nicht, dass die Universität Freiburg, wo die Hohe Schule des Neoliberalismus zu Hause war, in Deutschland liegt, auch dass der Thatcherismus aus England kommt. Auch die vielen Musterknaben des Neoliberalismus in den meisten eu-

ropäischen Regierungen sind keine US-Amerikaner, zu schweigen von den Neoliberalen in Lateinamerika, mit Pinochets Chile zu beginnen.

LP: Natürlich, die Kritik am Neoliberalismus wäre Augenwischerei, würde sie sich auf die US-Eliten beschränken. Worum es mir geht, ist der Unterschied zwischen dem »amerikanischen Modell« der Weltbeherrschung und den USA als Ganzem. Als Ganzes sind die USA ebenso vielfältig und widersprüchlich wie andere Länder auch. Allein diese simple Tatsache verbietet jeden »Anti-amerikanismus«.

JS: Unmittelbar nach den Anschlägen diente der Vorwurf des Antiamerikanismus von regierungsoffizieller Seite als recht durchsichtiges, aber wirkungsvolles Totschlagargument gegen die Kritik an verschiedenen Facetten der US-amerikanischen Politik, nicht zuletzt um Rot/Grün auf Kurs zu bringen. Zunächst wurde der Begriff gegen die Kritik am Krieg in Stellung gebracht, gegen den Zweifel an der Bekämpfung des Terrorismus in Form eines neuen »Kreuzzugs«. Selbst wer sich in der Ursachenanalyse nicht mit dem Diktum vom »Anschlag auf die freie Welt« begnügte, sondern die Militärpolitik der USA oder die Asymmetrien der globalen Ökonomie ins Feld führte und auch Ursachen- statt bloßer Symptombekämpfung forderte, wurde mit dem Vorwurf des Antiamerikanismus belegt. Das Freund-Feind-Schema – »wer nicht für uns ist, ist gegen uns« – bekamen am stärksten diejenigen zu spüren, die sich nicht in dieses Schema pressen lassen wollten und die sich um Differenzierung bemühten. Bei der rhetorischen Pathosformel »Wir alle sind Amerikaner« wurde geflissentlich übersehen, dass es neben George Bush und Condolezza Rice auch Noam Chomsky und Susan Sontag sowie viele andere abweichende amerikanische Stimmen gab. Lothar Baier hat treffend bemerkt, dass die Gefolgschaftstreue im Verhältnis zu Washington eine merkwürdige Allianz mit antiintellektuellen Ressentiments einging.

LP: Mit dem ideologischen Etikett eines »linken Antisemitismus« verhält es sich ähnlich. Es enthält eine *contradictio in adjecto*. Linke Kritik richtet sich gegen die unerträgliche Kolonialisierungsstrategie der israelischen Regierung und der Armee, nicht

aber gegen die Israelis. Sie steht auf der Seite der israelischen Friedensbewegung. Dem entspricht, dass linke Politik nicht nur darauf zielt, die empörende Demütigung der Palästinenser zu beenden, die israelischen Siedler und die Armee zum vollständigen Rückzug aus den besetzten Gebieten zu zwingen und einen autonomen palästinensischen Staat zu ermöglichen, sondern auch darauf, das uneingeschränkte Existenzrecht Israels wirksam – eventuell unter internationaler Kontrolle der Grenzen – zu garantieren und jeder Form von islamistischer Judenfeindlichkeit eine Absage zu erteilen. Was soll da das Gerede vom »linken Antisemitismus«?

CS: Die Diskussion um linken Antisemitismus hat schon einen historischen Ort und eine historische Berechtigung. In der Internationalismus-Bewegung hat es lange Zeit keine ernsthafte Anerkennung des Existenzrechts Israels gegeben. Die Haltung zum Palästina-Konflikt war einseitig, und sie war zum Teil auch wirklich antisemitisch: hier die von den USA und dem internationalen Geld unterstützten Juden, dort die unterdrückten und kämpfenden Palästinenser. Heute geht das ins entgegengesetzte Extrem, wenn die israelische Besatzungs- und Eskalationspolitik verteidigt wird, als ob die israelische Friedensbewegung eine antisemitische Kraft wäre. Die Geste, mit der das jeweils vorgetragen wird, ist im Kern bestürzend ähnlich. Es ist eine patriarchale Politik, die in abstrakten Kategorien denkt und aus der die konkreten Menschen – und ihr »Blut«, wie Sunera Thobani schreibt – verschwunden sind, ganz egal, auf welcher Seite dieses Blut vergossen wird. Keine dieser gegensätzlichen Politiken stützt sich auf Solidarität und Empörung über Leiden, sondern beide basieren vorwiegend auf Hass gegen ein abstraktes Monster – sei es das Weltkapital oder der Antisemitismus.

Eine Schwäche der deutschen Linken in dieser Hinsicht gründet darin, dass sie – soweit ich sehe – nur wenig mit konkreten jüdischen Menschen zu tun hat. Und das ist der Punkt, wo die heutige Antisemitismus-Kritik – auch wo ich sie für politisch falsch halte oder sogar zynisch finde – doch etwas bewegt. An einigen Punkten nimmt man Kontakt auf zu jüdischen Organisationen; es fällt einem auf, dass Leute, die man kennt, Juden sind oder dass sie

persönliche Beziehungen zu Menschen in Israel haben; man liest jüdische und israelische Texte und Beiträge. Es ist immer dasselbe: Wer nicht konkret mit Leib, Stimme und Widerspruch in einer Bewegung repräsentiert ist, dessen Sache wird sie im kritischen Moment fallen lassen. Das ist keine Sache von Moral, sondern von realer Organisierung, eine Sache der physisch-politischen Gestalt einer alternativen Bewegung.

WFH: Ich bin ganz einverstanden. Freilich muss das dann nicht nur für jüdische, sondern auch für palästinensische Menschen gelten.

JS: Besonders für Deutsche wird die Analyse des Nahostkonflikts stets eine Gratwanderung sein. Wie die Kritik an der israelischen Regierungspolitik aussehen kann, wenn sie nicht pauschal antiisraelisch sein will, muss immer wieder neu beantwortet werden. Kritik des Antisemitismus in Deutschland ist angesichts der Normalisierungsbestrebungen à la Walser, der begeisterten Aufnahme Finkelsteins oder der Ausrufung vom »Ende der Schonzeit« in den deutsch-israelischen Beziehungen (Tagesschau) weiter unabdingbar. Aber die notwendigen differenzierten und sicher auch widersprüchlichen Zwischenpositionen kann die Linke nur dann entwickeln, wenn sie den schematischen Zuschreibungen und dem Freund-Feind-Denken widersteht, wie sie seit dem 11. September wieder munter gepflegt werden. Von einigen wird die Welt in »Kriegsbefürworter« und bedingungslose Anhänger der israelischen Politik auf der einen Seite und »antisemitische Antiimperialisten« auf der anderen Seite eingeteilt. Ein Blick auf *indymedia* genügt, um nachzulesen, wie verhärtet, manichäisch, diffamierend, sektiererisch und letztlich ergebnislos es dabei zugehen kann. So unterstellen manche »antideutsch« inspirierten Kommentare – zum Beispiel im Umfeld der Zeitschrift *Bahamas* – eine unvermeidliche Verbindung zwischen Antiimperialismus, Antiamerikanismus und Antisemitismus. Eine Kritik an der Kriegsführung der USA, an der Militarisierung der Politik bzw. die Suche nach den Ursachen des Terrors, die nicht nur Antisemitismus ins Feld führt – sicher eine wichtige Komponente! –, wird da als Antisemitismus abgestempelt. Letztlich mündet diese Ansicht in eine Befürwortung des »Kreuzzugs« gegen die »Achse des Bösen«. Zwar sind

die USA letztlich die einzige Macht, die die Existenz Israels garantieren kann. Aber auch aus der »antideutschen« Sicht des betreffenden Teils der deutschen Linken heraus müssten doch zumindest Zweifel an einem Krieg vorhanden sein, der den gesamten Nahen Osten destabilisiert und die Sicherheitslage der israelischen Bevölkerung weiter verschlechtert. Hinter jeder Kritik an der israelischen oder amerikanischen Politik einen Angriff auf das Existenzrecht Israels oder eine Parteinahme für den Islamismus zu wittern ist absurd. Die eigentlichen Gegner geraten aus dem Blick und der Schulterschluss der NPD mit arabischen Judenhassern, der zynische Beifall Horst Mahlers wird auf eine Stufe mit der Suche nach Alternativen zu einer zunehmend brutalisierten Weltpolitik gestellt.

Differenzierungen sind auch dort nicht gefragt, wo man den USA als Strippenzieherin alle Übel dieser Welt anlastet, wie im Umfeld der Zeitschrift *Kalashnikow*, oder einseitig Partei für die palästinensische Bewegung ergreift wie in der *Jungen Welt*. Im Nahostkonflikt gibt es keine pauschal »Guten« – zumindest so lange nicht, wie man sich auf »die Israelis« oder »die Palästinenser« bezieht. Die brutalen Selbstmordattentate lediglich als Reaktion auf die israelische Repression zu werten spielt den offenen, grassierenden Antisemitismus in der arabischen Welt herunter. Umgekehrt muss aber auch eine brutale israelische Besatzungspolitik kritisiert werden, die zur Eskalation des Konfliktes beiträgt. Angesichts einer durch islamischen, aber auch jüdischen Fundamentalismus zunehmend erschwerten Kommunikation muss die Linke die – zugegebenermaßen wenigen und marginalisierten – palästinensischen *und* israelischen Gruppen unterstützen, die nach einer modernen und säkularen Lösung des Problems suchen.

CS: Ich finde das absolut richtig. Es geht auch nicht nur um Antisemitismus, es geht auch um Patriarchat. Die Militarisierung des Konfliktes – von beiden Seiten – seit der zweiten Intifada führt zu einer Stärkung der patriarchalen Kräfte auf beiden Seiten. Sie bedient die Dominanzinteressen patriarchaler Eliten, die im Extremfall dann mit dem militarisierten Konflikt und seiner ewigen Fortdauer besser leben können als mit einer politischen Lösung.

Dazu gibt es höchst wichtige und dringend lesenswerte Beiträge auf beiden Seiten, der israelischen wie der palästinensischen.

WFH: In gewisser Weise gilt Entsprechendes im Verhältnis zu den USA. Deren – mit Christoph Türcke zu sprechen – demokratische Errungenschaften hätte die Linke demnach programmatisch mitzuverteidigen gegen ihre Gefährdung durch die herrschende US-Politik.

WK: Die Frage ist, wie im Verhältnis zu den »Errungenschaften« im Unterschied zu den »Werten« des Westens linke Politik zu verorten ist. Bushs Verkündung der »Achse des Bösen« wurde neulich in einem Interview des Deutschlandfunks von einem für Nordkorea engagierten Menschenrechtler ausdrücklich begrüßt, weil gerade das Ärgernis, das diese Erklärung erregt habe, nun endlich mal auf die in der Öffentlichkeit wenig präsen- t- miserable Lage der Menschen in Nordkorea aufmerksam gemacht habe. Das liegt auf der Linie der verlogenen Menschenrechtsargumentation im Rahmen dieser besonderen Antiterror-Kriegspropaganda. Sie zielt bewusst darauf ab, dass sich kein vernünftiger Bürger im »Westen« mit den Zuständen und den Regimes im Irak, in Iran und Nordkorea identifizieren kann und dass wir alle natürlich uns eher ein Leben in den USA als in China vorstellen können.

Was immer bei den militärischen Interventionen herausgekommen und in Afghanistans Provinzen schon wieder massenweise zu beobachten ist, kann wohl kaum als Fortschritt für das Leben der einfachen Menschen in den Ländern, die der Antiterrorkrieg betrifft, angesehen werden. Vielmehr kommt es in aller Regel zur krassen Verschlechterung der Verhältnisse dort und zur Zuspitzung der Weltlage generell.

Im Übrigen ist vieles an der Vor- und Nachgeschichte des 11. September im Dunkeln. Die Rolle der Geheimdienste, die Ungereimtheiten in der Terrorfahndung, das spurlose Verschwinden des Kriegsziels bin Laden – geht das alles mit rechten Dingen zu? Verschwörungstheorien sind fehl am Platze, aber ebenso wenig kann die Verurteilung des Terrors Zweifel an der Aufrichtigkeit reiner Antiterror-Motive der Bush-Administration ausschließen, soweit dafür so starke faktische Hinweise vorliegen.

Wenn wir über die Folgen des 11. September diskutieren, dann geht es vor allem um Möglichkeiten, die äußeren und inneren Gefährdungen zivilgesellschaftlicher Standards abzuwenden, deren Abbau ja offenbar als Neben- oder sogar Hauptwirkung von Terror und Antiterror einkalkuliert wird – in den USA wird sogar über eine partielle Wiedereinführung der Folter diskutiert, und sei es, dass man sie bei andern machen lässt, die man gegebenenfalls dafür ausbildet. Gegen solche Tendenzen sind Bündnisse eher herzustellen als für eine große Transformation, und hier sehe ich auch in den USA selbst Chancen, zumal die Früchte nicht so reifen werden, wie sich Bush das vorgestellt hat, schon gar nicht, wenn er den Krieg ausweitet. Es muss immer wieder deutlich gemacht werden, dass Demokratie, Zivilisation und Menschenrechte so nicht zu verteidigen und auszuweiten sind und dass die gegenwärtige Administration – und nicht die USA schlechthin – in dieser Hinsicht kontraproduktiv agiert.

CT: Man kann sich gegen die Erpressung, die von den »westlichen Werten« gegen den »Terrorismus« gegenwärtig ausgeht, nur wehren, wenn man dem Werte-Diskurs einen Errungenschafts-Diskurs entgegensetzt. Dabei kommt man wohl nicht umhin, die »Errungenschaften des Imperialismus«, von denen wir Westler auch als Gesellschaftskritiker Nutznießer sind – anders hätten wir nicht einmal den Raum, diese Kritik zu artikulieren —, als eine Art Welt-ärgernis zu fokussieren. Die Ambivalenz, dass der Imperialismus große humane Errungenschaften an seinem Busen nährt und zugleich mit Füßen tritt, ist wahrscheinlich der Herd in all den Ambivalenzen, die dazu führen, dass man als vernünftiger Mensch weder nein noch ja sagen kann und damit in eine so schwache Position gedrängt wird. Die Parole »Wir müssen die westlichen Werte eben genauso von links besetzen wie der Neoliberalismus von rechts« steht selbst schon auf dem Boden des Ticketdenkens, auf dem der Neoliberalismus der Überlegene ist. Den Imperialismus auseinander legen in seine »guten« demokratischen Werte und seine bösen Aktionen, geht, wie sich gerade beim Afghanistan-Einsatz zeigt, auch nicht so einfach. Der geschieht ja gerade im Namen besagter Werte, und dass das ausschließlich Vorwand wäre,

nicht auch ein Stück weit Überzeugung, anders gesagt, dass die USA keine Errungenschaften zu verteidigen hätten, stimmt ja nicht. Es duldet doch keinen Zweifel, dass US-Lebens- und Rechtsverhältnisse den afghanischen, aufs Ganze gesehen, unbedingt vorzuziehen sind.

WK: Mit der Unterscheidung von »Werten« und »Errungenschaften« bin ich ganz einverstanden. Aber natürlich sind die demokratischen Rechte in den entwickelten westlichen Ländern keine genuinen »Errungenschaften des Imperialismus«, sondern diesem durch Gegenmacht von innen und außen abgerungen. Sie sind ständig gefährdet und müssen verteidigt und ausgebaut werden. Doch das darf nicht, wie bisher immer geschehen, auf Kosten des »Rests der Welt« – das sind 80 Prozent der Menschen – geschehen, sondern durch Veränderungen der Weltwirtschaft usw. Das ist die einzig vernünftige Alternative und die beste Strategie zur Überwindung der Ursachen, aus denen Fundamentalismus, Barbarisierung und Gewalt hervorstammen. Mit einer einseitigen Fokussierung aller Ursachen von Fehlentwicklungen auf die USA hat eine solche Kritik nichts zu tun.

WFH: Zu den Errungenschaften des Westens gehört zweifellos die Emanzipation der Frauen. Nun ist gerade sie zur Legitimation des Afghanistankriegs missbraucht worden.

FH: In der Tat. Die Lage der Frauen von Afghanistan war über einige Jahre ein Skandal, der es seit 1996 zu internationalen Aufrufen in feministischen Listen und Webseiten brachte, ansonsten kaum jemanden interessierte. Schien doch die Frage des Schleiers eine der kulturellen Differenz, der man politisch korrekt nicht mit westlichen Ansprüchen begegnen wollte. Die Ausrottung des intellektuellen Lebens in Afghanistan zusammen mit seinen Trägern wurde ebenso wenig zur Kenntnis genommen. Tatsächlich waren es die Attentate von New York und gegen das Pentagon, die im Zuge der Verbösung der Taliban auch die Behandlung der Frauen nach vorne rückten und es erlaubten, sie für die Stärkung des Lagers der Guten zu instrumentalisieren. Jede Bombe auf Afghanistan war von nun an auch eine zur Rettung der dortigen Frauen. Es ist nicht schwer zu sehen, dass dies selbst, wie Christoph Spehr

gesagt hat, eine zutiefst autoritär-patriarchale Politik ist, der es nicht um Lebens- und Entwicklungschancen von Frauen geht. Die afghanischen Verbündeten der USA haben gewiss keinen weniger unterdrückerischen Umgang mit Frauen. Und tatsächlich ist ja, nachdem kurzfristig der Krieg als Schlag für die Menschenrechte zugunsten der Frauen legitimiert worden ist, von ihrem Schicksal kaum mehr die Rede.

CS: Afghanistan fasst die Defizite in der Linken, was antipatriarchale Politik anlangt, mit den Problemen eines feministischen Internationalismus wie in einem Brennglas zusammen. Dass die USA 1998/99 das Taliban-Regime fallen lassen konnten, hatte durchaus auch mit der – in den USA sehr starken und einflussreichen – Kampagne gegen die Frauenunterdrückung in Afghanistan zu tun. Aber eben so, dass der geostrategisch erwünschte Bündniswechsel von den Taliban zur Nordallianz den US-Militärstrategen durch diese Kampagne erleichtert wurde und es ihnen ermöglichte, den Schwenk mit ethischen Argumenten zu garnieren. Dass die feministische Kampagne – »Eine Rose für die Frauen in Kabul« hieß sie in Europa, in den USA wurde sie von der »Feminist Majority« geführt, unterstützt von Stars wie Melanie Griffith, Angelica Huston und Whoopi Goldberg – instrumentalisiert werden konnte, wurde wiederum dadurch erleichtert, dass ihr Bezug auf afghanische Frauenorganisationen schwach war. Sonst hätte man zur Kenntnis genommen, dass die Frauen unter der Nordallianz vom Regen in die Traufe kommen, und man hätte sich für die politische Konsequenz stark gemacht, die Friedensgespräche 1998/99 fortzuführen, den Waffenexport nach Afghanistan zu stoppen und politische, ökonomische und finanzielle Unterstützung von einem Abbau der schlimmsten Formen von Gewalt gegen Frauen und Frauenunterdrückung abhängig zu machen. Gleiches passiert heute wieder: Die exzessive Frauenunterdrückung durch die Taliban wird als ethische Legitimation des Bombenkrieges benutzt, während in der raschen politischen Neuordnung Frauen nicht nennenswert beteiligt werden und die Frage ihrer Rechte keine große Rolle spielt. Und es geschieht wieder, weil der Bezug auf afghanische Frauenorganisationen zu schwach ist und weil nicht gebro-

chen wird mit diesem kolonialen Muster: »setzen wir doch lieber auf die statt auf die«, »nehmen wir doch lieber die Nordallianz statt der Taliban«, anstatt uns mit den betroffenen Menschen und den existierenden oppositionellen Organisationen und kritischen Stimmen in Verbindung zu setzen.

Das ist natürlich kein Problem des feministischen Internationalismus allein, sondern der Linken insgesamt. Die Auseinandersetzung mit Patriarchat und Feminismus ist in den letzten Jahren wieder erschreckend unernsthaft geworden. Da druckt man, wie neulich im *Arbeiterkampf*, einen haarsträubenden Artikel ab, der den Zwang zur Burka – die afghanische Totalverschleierung – auf eine Ebene mit den Kopftuch-Auseinandersetzungen in den Metropolen stellt. Gleichzeitig wird die offenkundige patriarchale Qualität des 11. September verdrängt und jeder Hinweis darauf denunziert. Dass der Anschlag aufs WTC auch als Angriff auf den westlich-finanzkapitalistischen »Doppelphallus« inszeniert gewesen sei, wie Theweleit schreibt, als »Tritt zwischen die Eier«, wie es bei Claudia Bernhard heißt, führt aber auf einen Kern der Sache: Hier treten rivalisierende Männerbünde gegeneinander an, die Frauen als Opfer und Symbol benutzen. Auch hier ist die Militarisierung des Konflikts eine Patriarchalisierung, und die ist nicht zufällig, sondern ein wesentliches Motiv für die Militarisierung. Das zieht sich durch die ganze linke Debatte durch, wenn der Reflex eintritt, sind wir für die oder für die? Wenn immer wieder Kooperation als Schwäche gilt und Verhandeln als »nicht an die Wurzeln gehend«. Wenn das Wichtigste nicht die politische Solidarität und die Deeskalation ist, sondern die korrekte abstrakte Analyse, nach dem Muster »dein Antikapitalismus ist verkürzter als meiner«.

WFH: Nun schütte das Kind mal nicht mit dem Bade aus! Begriffe, die nicht abstrakt sind, gibt es nicht. Ohne »korrekte abstrakte Analyse« fuchtelt man am Ende nur in der Gegend herum und macht alles nur noch schlimmer.

TS: Die notwendige korrekte Analyse ist konkret, nicht abstrakt!

WFH: Schon gut! »Die konkrete Analyse der konkreten Situation ist die lebendige Seele des Marxismus«, heißt es bei Lenin. Bloß geht das nicht ohne abstrakte Begriffe. Die Kapitalkritik von

Marx ist keine konkrete Analyse der konkreten Situation. Und was Mikroskop und Reagenzien in der Biologie tun, muss in der Gesellschaftsanalyse die Abstraktionskraft leisten, sagt Marx, der zwischen konkret brauchbaren und leeren oder falschen Abstraktionen unterscheidet.

FH: Das ist wahr, aber trotzdem bin ich Christoph Spehr dankbar, dass er die patriarchalischen Aspekte des 11. September und der Reaktionen darauf hervorhebt. Man muss aber den Blick ausweiten und allgemeiner – also auch abstrakt-analytischer – nach der Lage der Frauen in der Welt fragen, um die Instrumentalisierung der Frauen für die Bekämpfung »der Achse des Bösen« zu unterlaufen. Nehmen wir Afghanistan als Schrift an der Wand! Gerade weil Frauenunterdrückung zu den meisten Gesellschaften gehört, muss der Zusammenhang der Produktionsverhältnisse mit den Geschlechterverhältnissen studiert werden. Dies im Weltmaßstab auf die Tagesordnung zu setzen verlangt nach einer Stärkung der UNO.

WFH: Damit ist das Stichwort für unsere nächste Frage gefallen. Welche Rolle spielt bei alledem die UNO? Vielfach geschwächt, blamiert, missbraucht, ist sie bei aller Zweideutigkeit noch immer der einzige institutionelle Hoffnungsträger auf Weltebene.

FH: Die Linke muss eine paritätische Besetzung dieser Institution mit Frauen fordern. Und mehr reale Kompetenzen. Ohne Elemente einer Weltregierung als Rahmen, in dem die Globalisierung von oben auf die von unten trifft, können Menschenrechte schwer ausgehandelt werden. Freilich wird wiederum die UNO ohne Aufbruch von unten, ohne vielfältige widerständige Initiativen überall auf der Welt kein Weltforum zur Aushandlung von Konfliktlösungen sein, sondern sie wird wie jetzt von der Supermacht instrumentalisiert oder einfach übergangen. Linke Politik muss also gleichzeitig die UNO und die Initiativen von unten stärken.

LP: Dabei muss die UNO gründlich reformiert werden, nicht nur was die geschlechtsparitätische Besetzung angeht. Zum Beispiel muss der Einfluss der größeren Staaten relativ verringert, der der kleineren und mittleren Staaten dagegen vergrößert werden. Eine Aufwertung und Kompetenzerweiterung der UNO müsste völkerrechtlich wirksame Befugnisse enthalten, gewaltsame Akti-

vitäten von Staaten zu sanktionieren. Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers ist es den USA gelungen, die UNO unter ihre Kontrolle zu bringen und zu marginalisieren. Die Resolutionen des Weltsicherheitsrates vom 12. und 28. September 2001, die von den USA als Freibrief für einen Angriffskrieg genutzt wurden, bildeten den bisherigen Tiefpunkt. Daraus leiten einige Linke den Schluss ab, auf Institutionen wie die UNO künftig verzichten zu können. Doch wie sich die Linke auch um Einfluss auf andere, keineswegs sozialistische Institutionen wie Parlamente oder staatliche Subsysteme wie das Rechts- oder Bildungssystem bemüht, muss sie das auch im Falle der UNO versuchen.

WFH: Soll man für ein internationales Gewaltmonopol der UNO eintreten?

LP: Nein, die UNO sollte kein Gewaltmonopol anstreben. Allenfalls lassen sich friedenssichernde präventive Polizeimaßnahmen denken, die aber nur unter genau festgelegten Bedingungen ergriffen werden dürfen. Frieden lässt sich nicht »von außen« oder »oben« erzwingen, sofern es sich nicht um einen eindeutigen Verteidigungskrieg gegen Staaten handelt, die ihrerseits einen ebenso eindeutigen Angriffskrieg führen, wie das bei Nazi-Deutschland der Fall war.

WFH: Gut, aber wie verhält man sich zu UN-geführten Militäreinsätzen?

LP: Militärische Interventionen wie die US-Angriffe in Afghanistan würden unter Regie der UNO deren höchste Aufgabe, nämlich die der Friedenssicherung, ad absurdum führen. Deshalb sollte die Funktion der UNO in Konfliktfällen prinzipiell in einer Mediatorenrolle bestehen. Deren Wirksamkeit könnte durch ein Netz zivilgesellschaftlicher Institutionen und Organisationen ergänzt und gestärkt werden, so zum Beispiel durch die Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofs. Dass sich gerade die USA der Schaffung eines solchen Gerichts widersetzen, wirft ein bezeichnendes Licht auf die amerikanischen Beteuerungen, die stärkste Bastion von Freiheit und Menschenwürde zu sein.

WFH: Aber wie soll eine UNO ohne Zwangsgewalt »gewaltsame Aktivitäten von Staaten sanktionieren«, wie du forderst? Höre

ich da ein bisschen »wasch mich, aber mach mich nicht nass« heraus? Im Auftakt zu unserem ersten Gespräch nannte ich als einen der Widersprüche, die linke Politik zu zerreißen drohen, genau diesen im Blick auf mögliche »von der UNO geleitete Kriegseinsätze«. Ich sagte: »Man muss eine Weltregulationsinstanz wollen und kann sie angesichts der Instrumentalisierung der UNO durch die USA zugleich nicht wollen.« Wie gehen wir damit um?

TS: Muss man eine »Weltregulationsinstanz« oder, wie Frigga sagte, »Elemente einer Weltregierung« oder gar ein Gewaltmonopol der UNO tatsächlich wollen? Verläuft der Weg zum Absterben des Staates über eine verstärkte internationale Staatsbildung? Ich bin da nicht so sicher. Sehen wir nicht schon bei der EU, dass eine höhere Aggregierung der politischen Willensbildung tendenziell noch undemokratischer ist? Vielleicht sollte die Linke auch nicht zu staatsmännisch sein, sondern eher die Kritik der Politik beherrzigen.

WFH: Sie muss den Spagat aushalten zwischen radikaler Kritik und dem, was Frank Deppe die »realpolitische Anschlussfähigkeit« genannt hat.

JR: Die Durchsetzung eines Gewaltmonopols der UNO wäre meines Erachtens langfristig der einzige Weg, die Instrumentalisierung durch die USA zu verhindern. Diese Instrumentalisierung besteht ja gerade darin, dass die USA sich das Recht anmaßt, das Bomben-Abwerfen selber zu erledigen, und dann darf die UNO die Bildung einer Regierung vermitteln, ihre Hilfsorganisationen dürfen in den Trümmerlandschaften die Lebensmittel verteilen – die traditionelle »weibliche« Rolle also, für deren Hilflosigkeit dann die »Männer« der Welt die UNO als »ineffektiv« denunzieren können.

Die Linke wird nie aus ihrer Zerrissenheit und Erpressbarkeit bei vermeintlichen oder tatsächlichen Menschenrechts-Interventionen herauskommen, wenn sie nicht offensiv die Forderung aufnimmt, dass auf Weltebene niemand legitim und legal Gewalt anwenden darf außer der UNO, und auch diese erst nach einem abgestuften und kontrollierbaren Programm von Vermittlungen und Sanktionen.

EC: Ich denke, die Realitäten dieser Welt sollten doch im Blick bleiben. Wenn wir über ideale Lösungen reden, wäre natürlich eine Rolle der UNO als Kraft friedenssichernder Polizeiaktionen oder als Vermittlerin erstrebenswert. Die UNO-Charta lässt aber durchaus friedenssichernde militärische Maßnahmen zu, die müssen nur nach Völkerrecht und UNO-Charta getroffen werden. Unter der Voraussetzung, dass die Gewalt, zumal militärische, noch nicht aus der Welt zu schaffen ist, wäre mir ein Gewaltmonopol der UNO immer noch wesentlich lieber als die singular agierenden USA mit dem Anspruch eines Welt-Sheriffs. In diesem Sinne wären meines Erachtens die nächstliegenden Präferenzen eine Stärkung der UNO, insbesondere ihres Sicherheitsrates, gegenüber einzelnen Staaten oder Staatengruppen, insbesondere auch im Verhältnis zur NATO, sowie die Verteidigung des Völkerrechts. Das Recht auf seiner Seite zu haben ist allemal günstiger, als es gegen sich zu haben. Insofern sollten die »Errungenschaften«, um dem Vorschlag von Christoph Türcke zu folgen, des Völkerrechts genutzt werden, um die Kriegspolitik, vor allem der USA, auch als Rechtsbruch deutlich zu machen. Wenn die Herrschaft des Rechts international an die Stelle des rechtlosen »Rechts des Stärkeren« getreten ist, kann auch über die nächsten Schritte hin zu einer friedlicheren und gerechteren Welt gesprochen werden.

TS: Gerade der Sicherheitsrat ist doch der undemokratischste Teil des ganzen UN-Systems. Wer soll denn da über den Einsatz von militärischer Gewalt entscheiden? Und war der zweite Golfkrieg tatsächlich gerechter als der Afghanistankrieg, nur weil er mit UN-Mandat erfolgte?

WFH: Ohne weltweiten Druck von unten bleiben alle unsere schönen Forderungen kraftlos. Wie steht es mit der Bewegung der Globalisierungskritik? Oder sollte ich besser von der Bewegung für eine andere Globalisierung, eine »Globalisierung von unten« sprechen? Was bedeuten das Weltsozialforum in Porto Alegre, was die dort auftretenden neuen »Subjekte« und die ihren Auftritt ermöglichenden Vernetzungsformen für künftige linke Politik?

LP: Das Auftreten einer globalen Bewegung der Kritik an neoliberaler Globalisierungspolitik verlangt von der Linken neue Lern-

prozesse. Als spontan in der Arena auftretender Akteur entzieht sich diese Bewegung einer Definition mit Hilfe der gewohnten Begriffe. Sie ist weder marxistisch noch sozialrevolutionär noch reformistisch. Sie rekrutiert sich weder aus bestimmten sozialen Klassen noch aus bestimmten Ethnien. Sie entspricht nicht dem traditionellen Typ des »Bündnispartners« und verfügt weder über ein verbindliches Programm noch über stabile organisatorische Strukturen. Ihr entscheidender Bezugspunkt und gemeinsamer Nenner ist das Prinzip globaler sozialer Gerechtigkeit. Das verbindet sie mit der Linken, von der sie im Übrigen vieles trennt oder doch wenigstens unterscheidet.

TS: Dies gilt im Übrigen auch weitgehend für die früheren »Neuen Sozialen Bewegungen«. Ihr diffuser Charakter, ihre Heterogenität ist die notwendige Kehrseite einer gewissen Breite oder Massenhaftigkeit.

JS: Es ist wahr, die globalisierungskritische Bewegung ist recht heterogen und die Anerkennung dieser Heterogenität ist wichtig, damit sich die unterschiedlichen Akteure entfalten können. Die massiven Proteste von Seattle über Genua bis Barcelona waren bisher eher Kristallisationspunkte höchst unterschiedlicher zumeist lokal oder national verankerter Initiativen als »die Bewegung« selbst. Auf die Arbeit der Landlosenbewegung in Brasilien oder den Kampf französischer Gewerkschaftsgruppen gegen die Prekarisierung der Arbeit werden die Anschläge vom 11. September nur wenig Auswirkungen haben – auf die Artikulation des Widerstands auf globaler Ebene aber schon. Die Aktionen im Umfeld von Gipfeltreffen, die »No Logo«-Bewegung oder die »Roquefort-libre«-Aktionen Bovés, sind in erster Linie symbolische Aktionen und als Brennpunkte der Mobilisierung sehr erfolgreich. Wenn die Gipfel in Zukunft besser geschützt, ins Grizzly-Reservat der kanadischen Rocky Mountains, auf Militärbasen oder Schiffe verlegt werden und die Repression mit Verweis auf die »Terrorismusbekämpfung« insgesamt zunimmt, dürfte es schwieriger werden, die Führungstreffen und Fassaden der globalisierten Ökonomie als Kristallisationspunkte zu nutzen. Doch hat der 11. September innerhalb der globalisierungskritischen Bewegungen auch

die positive Unruhe geschürt, über die symbolischen Aktionen hinaus stärker an gemeinsamen inhaltlichen Positionen zu arbeiten. Porto Alegre hat hierfür ein wichtiges Zeichen gesetzt und erste Ansätze einer – wie Bourdieu es nannte – realistischen Utopie entwickelt. Der gern in Anschlag gebrachte Vorwurf der »Konzeptlosigkeit« der Bewegung ist kaum mehr haltbar, und die intensiven inhaltlichen Debatten und Verständigungen zeigen, dass die Akteure immer mehr den Anspruch einlösen, nicht »Antiglobalisierer« zu sein, sondern Perspektiven einer globalen Solidarität entwerfen, die jenseits von ökonomischem oder religiösem Fundamentalismus liegen.

TS: Was das oftmals kritisierte Gipfel-Hopping angeht, so bleibt es notwendig, solange es nicht gelingt, die Bewegung stärker lokal im Alltag zu verankern. Dies gilt gerade für die Bewegung im Norden.

WFH: Hat der 11. September die Bewegung nicht zurückgeworfen?

JS: Vieles deutet darauf hin, dass die außenpolitische Räson des »für uns oder gegen uns« nun auch nach innen durchschlägt. Der 11. September war zwar nicht Auslöser der Sicherheitsdebatte, die – im Zusammenhang mit einer gemeinsamen europäischen Innenpolitik – schon seit längerem schwelt. Die Anschläge sind von den Regierungen genutzt worden, um lange geplante Überwachungsstrategien durchzusetzen. Zwar betonte die Bundesregierung immer wieder, es gebe keine konkreten Hinweise auf Anschläge in Deutschland, doch aus fast allen Parteien hörte man die Forderung, neben den Militäreinsätzen in anderen Weltgegenden nun auch innenpolitisch aufzurüsten. Im Rahmen der »Antiterrormaßnahmen« wurden dann zum Beispiel auch Praktiken der Sicherheitsbehörden legitimiert, die sich bisher in einer rechtlichen Grauzone bewegt hatten – etwa bei der Zusammenarbeit mit den Ausländerbehörden. Fast jede der im Schatten des 11. September beschlossenen Maßnahmen verletzt Grundrechte. Ob sie eine wie auch immer definierte Sicherheit der Bevölkerung erhöhen, wird gerade von Polizeixperten bezweifelt. Sie verstärken jedenfalls die seit längerem wirkende Tendenz zum Überwachungsstaat: Dem »gläsernen Menschen« stehen zunehmend intransparente »Über-

wacher« gegenüber, und die Grenzen zwischen Geheimdiensten und Polizei lösen sich schleichend auf, während Datenschutz als »Verbrecherschutz« denunziert wird. Seit Jahren leben die Sicherheitsdiskurse davon, abstrakte Bedrohungsszenarien durch ethnische oder kulturelle Konstrukte in Gestalt der »afrikanischen Dealer«, der »Albaner« usw. zu »versinnlichen«. Die Wiederauflage der Rasterfahndung, bei der die Daten von Männern »arabischer Herkunft« gesiebt wurden, führte zu populistischen Vorverurteilungen ganzer Bevölkerungsgruppen. Wie passt dies zum »Bündnis für Toleranz« unter der Schirmherrschaft des Innenministers? Bereitwillig haben die meisten Universitäten – nicht alle! – in dem nun von den Gerichten für illegal erklärten Verfahren mitgespielt und die Daten ausgehändigt.

Wenn sich kein Widerstand regt, wird die zunehmende Repression die Handlungsräume linker Politik weiter einengen und die Kriminalisierung zum Beispiel der globalisierungskritischen Proteste oder von Castor-Blockaden erleichtern. Bereits vor dem 11. September wurde die polizeiliche Repression von Weltwirtschafts- zu EU-Gipfel immer härter. Durch polizeiliche Meldeauflagen im Vorfeld von Gipfeln wächst auch in Deutschland der Druck auf Globalisierungskritiker. Die in Gent verhandelte Terrorismus-Definition der EU-Innen- und -Justizminister zielt ebenfalls darauf ab, den Begriff auszuweiten – zum Beispiel auf die unerlaubte Inbesitznahme öffentlicher Einrichtungen oder Orte. Mag sein, dass sich einige Politiker nicht zuletzt angesichts anstehender Wahlen mit ein paar Zielen der Globalisierungskritik identifizieren. Wie hart die repressiven Maßnahmen jedoch eingesetzt werden, wenn es um weniger »adäquate« Protestziele geht, zeigte die – auf Grundlage eines frei erfundenen Bedrohungsszenarios erfolgte – Suspendierung des Demonstrationsrechts während der Wehrkundetagung in München.

WFH: Aber zeigt das nicht auch, dass die internationale Bewegung der Globalisierungskritiker einen Faktor wachsender Gegenmacht darstellt, der nicht mehr ignoriert werden kann?

LP: Ihre Bedeutung ist jedenfalls im Gefolge des 11. Septembers noch gewachsen.

FD: In der Tat herrschte in Porto Alegre trotz alledem eine außerordentlich »optimistische« Stimmung – natürlich nicht in Bezug auf die »Weltlage«, sondern in Bezug auf die Entwicklung der Bewegung der Globalisierungskritik bzw. der globalen Kapitalismuskritik, von der man zunächst dachte, dass sie nach dem 11. September verstummen würde, weil nur noch vom Kampf gegen den »Terrorismus« die Rede war. Doch nun verband sie sich mit der Kritik an der Politik der USA und ihrer Verbündeten im Afghankrieg. Dazu analysierte man die Argentinien-Krise als Exempel für die Folgen und die Krise der Politik des Neoliberalismus. Damit wurde die Bewegung politisiert und gestärkt.

LP: Das Weltsozialforum von Porto Alegre hat sich durch eine politische Kultur der Achtung von Differenz ausgezeichnet. Vielleicht ist das die im Moment wichtigste Botschaft an die Linke, anzuerkennen, dass es zukünftig keine exklusive Avantgarde und kein exklusives Paradigma im Kampf gegen den internationalen Kapitalismus mehr geben wird, sondern dass dieser Kampf sich im Handeln einer Pluralität gleichwertiger, selbstverantwortlicher Akteure entfalten wird, die ihre jeweilige spezifische Kompetenz einbringen. Bei der Linken könnten das ihre Fähigkeit zu einem Denken in Widersprüchen, der Vermittlung von Standpunkt und Perspektive, und ihre Bereitschaft zu einheitlichen Aktionen sein.

FD: Rund zehntausend Menschen kamen als Delegierte von NGOs, von nationalen Linksparteien – aus Deutschland von der PDS –, von Gewerkschaften und von vielen Basisbewegungen. Genau das definiert die Aufgabe, vor der wir stehen und die wir in unserem zweiten Gespräch schon angesprochen haben. Es kommt darauf an, Vernetzungen auszubauen: zum einen zwischen der transnationalen Ebene und den nationalen und lokalen Ebenen, zum anderen zwischen den traditionellen Organisationen der Linken und den Gruppen, die die Bewegung von unten tragen und die sich zum Teil locker in ATTAC zusammenschließen.

TS: Richtig. Bedauerlicherweise gehen gerade in Deutschland viele, die sich für radikale Linke halten, auf Distanz zu ATTAC, weil ihnen das Netzwerk zu heterogen, die Forderungen zu reformistisch oder der Politikansatz zu etatistisch erscheinen. Auch führt

die – vermeintliche – Konzentration auf die Re-Regulierung der Finanzmärkte angeblich von einer wirklichen Kapitalismuskritik weg. Manchmal wird dies auch mit dem Antisemitismus-Vorwurf gekoppelt, so als ob jegliche Thematisierung der Finanzmärkte sich auf dem Niveau der Nazi-Unterscheidung von »raffendem« und »schaffendem« Kapital bewegen würde. Diese Kritiken verken- nen den Charakter des Netzwerks, das notwendigerweise hetero- gen ist, und die strategische Bedeutung der Finanzmärkte für die Gesamtentwicklung des Kapitalismus. Die Linke sollte durchaus Kritik auch an der globalisierungskritischen Bewegung üben, wenn es notwendig ist, aber sie sollte dies auf der Höhe der Zeit tun und nicht in einer platten, undialektischen Weise. In Ländern wie Frank- reich oder der Schweiz scheint mir das Verhältnis zwischen der Linken und ATTAC produktiver zu sein. Die Forderung nach einer Umsatzsteuer auf Devisentransaktionen halte ich zwar auch nicht gerade für die Krönung eines linken politischen Programms, aber ATTAC ist ja inzwischen weit darüber hinausgegangen. Zum Bei- spiel ist der Kampf gegen die weitere Deformierung des Gesund- heitswesens, den ATTAC jetzt vorausschauend aufgenommen hat, ausgesprochen wichtig. Man kann nur hoffen, dass diesem Kampf mehr Erfolg beschieden ist als dem Kampf gegen die Privatisie- rung des Rentensystems.

WFH: Das heißt nun wirklich, dass alle linke Politik, sei es auf gewerkschaftlicher, kommunaler oder staatlicher Ebene, künftig einen »weltinnenpolitischen« Einschlag haben und mit der vom Weltsozialforum aufgespannten Perspektive kompatibel sein muss. Das ist die Bedeutung des 11. September, wenn wir ihn als »Ge- schichtszeichen« lesen, um den Begriff zu verwenden, den Imma- nuel Kant im Blick auf die Französische Revolution geprägt hat. Wie einmal das Erdbeben von Lissabon einer imaginären Wohl- ordnung des Katholizismus das Ende bereitet hat, so die Rauch- säule über Ground Zero der imaginären Wohlordnung des Neoli- beralismus. Der Markt richtet nicht alles. Liefert man ihm die Welt aus, richtet der Markt alles zugrunde.

Peter von Oertzen

Nachwort

Es grenzt an Anmaßung, die Ergebnisse und den kontroversen Gedankengang einer Diskussion, die »Unterhaltungen« zu nennen eine Untertreibung ist, vorstellen zu wollen, ohne daran teilgenommen zu haben. Im vorliegenden Fall wird eine solche Fülle an Gesichtspunkten und Argumenten entfaltet, dass eine aussagekräftige Zusammenfassung oder gar Bewertung so gut wie unmöglich ist. Andererseits wäre – gerade wegen dieses inhaltlichen Reichtums – ein bloß formaler, den Inhalt lediglich deklarierender Text unangemessen und im Grunde überflüssig. Aus diesem Dilemma scheint mir nur die Überlegung herauszuführen, dass ein solches Gespräch ein Neubeginn ist, der auf mögliche und wünschenswerte Fortsetzungen verweist. Das gilt natürlich nur, wenn ein solcher Beginn als so gelungen angesehen werden kann, dass ein Fortschreiten auf dem eingeschlagenen Wege sich aufdrängt. Das aber ist, wie mir scheint, hier der Fall.

Der Hauptgrund dafür liegt in der Art und Weise, wie das Thema »Sozialismus nach seinem Verschwinden« zum Gegenstand der Erörterung gemacht wird. Es wäre auch eine Konferenz denkbar gewesen mit einem Dutzend Referaten (und Diskussion natürlich) oder ein Sammelband mit ausgearbeiteten Aufsätzen. Dergleichen hat es ja auch in jüngerer Zeit gegeben und solche Vorhaben sind sicherlich immer wieder nützlich.

Ein Gespräch zwischen einer begrenzten Anzahl von kenntnisreichen, urteilsfähigen und geistig lebendigen, offenen Menschen ist jedoch etwas durchaus anderes als ein traditioneller Workshop oder eine Buchpublikation mit durchformulierten Texten. Konferenz oder Buch sind in der Regel kaum mehr als das Nacheinander ihrer Beiträge und sie erbringen zumeist nur das an Erkenntnisge-

winn, was von vorneherein in ihren Beiträgen enthalten war. Ein wirkliches Gespräch – gut vorbereitet und klug geleitet wie dieses – ist in seinem Ergebnis hingegen weit mehr als die Summe der einzelnen Diskussionsbeiträge.

Das Gespräch selbst beeinflusst seine Teilnehmer, erweitert ihre Problemsicht und bereichert ihre Argumentation; vor allem macht es in Rede und Gegenrede Lücken im allgemeinen Kenntnisstand und Einseitigkeiten überkommener Argumentationsmuster sichtbar, zumal jede/r im Gespräch Argumente korrigieren und anfechtbare Thesen zurücknehmen kann.

So wird jeder einzelne Gesprächsteilnehmer klüger und zugleich werden es alle zusammen. Ein solches Gesprächsergebnis – und damit komme ich auf das eingangs Gesagte zurück – bezeichnet unvermeidlicherweise auch Lücken des Kenntnis- oder Diskussionsstandes, offene Fragen, die eine Fortsetzung des Gedankenaustauschs nahe legen.

Auf einige solcher Lücken und Fragen möchte ich im Folgenden hinweisen. Das ist nicht als Kritik zu verstehen; eine quantitative Vermehrung und qualitative Ausdehnung der Gesprächsgegenstände hätte die Möglichkeiten des diskutierenden Kreises überfordert. Aber vielleicht können die folgenden Bemerkungen dazu ermutigen, weitere Gespräche dieser Art zu führen – womöglich in veränderter Zusammensetzung. Ich will jedenfalls versuchen, aus dem Gesprächstext einige (keineswegs alle denkbaren) Fragen und Problemstellungen herauszugreifen, die meines Erachtens nach weiterer Behandlung verlangen.

Da diese Gespräche zustande gekommen sind, weil der Vorstand der PDS unabhängige Intellektuelle gebeten hat, aus ihrer Sicht einen Beitrag zur derzeitigen PDS-Programmdiskussion zu leisten, sind einige Parteien ausdrücklich und speziell auf die PDS bezogen. Der überwiegende Teil hat jedoch die Probleme linkssozialistischer Politik (in Westeuropa) ganz allgemein zum Gegenstand. Auf diesen Teil beziehen sich meine Bemerkungen in erster Linie. Meine Auswahl ist natürlicherweise begrenzt und subjektiv. Dass viele der Sache nach nicht weniger wichtige Fragestellungen unberücksichtigt bleiben, ist unvermeidlich.

Ausdrücklich – aber auch unausgesprochen – zieht sich durch das gesamte Gespräch die Frage, ob es im Prinzip überhaupt möglich, und wenn möglich, ob es sinnvoll und wünschenswert sei, der – an sich von allen Gesprächsteilnehmern in dieser oder jener Form bejahten – Vorstellung von »Sozialismus« eine inhaltlich bestimmte, fest umrissene Theorie zugrunde zu legen. Auch diejenigen, die sich in ihrer Argumentation auf Marx und die marxischen Traditionen beziehen, weisen jeden theoretischen »Alleinvertretungsanspruch« zurück. Die Spuren des zum Dogma verfestigten »wissenschaftlichen Sozialismus« der jüngeren Vergangenheit schrecken ganz offensichtlich.

Freilich ist der berechtigte Hinweis darauf, dass Dogmatismus das Denken erstarren lässt und die Wahrnehmung der Wirklichkeit beeinträchtigt sowie dass die jeweiligen institutionalisierten Hüter des Dogmas ihre eben dadurch legitimierte Macht politisch zu missbrauchen pflegen, noch keine Lösung von Problemen, die in der Sache liegen. Jede Aussage, die nicht von vorneherein als bloßes subjektives Meinen daherkommt, sondern als ein Resultat kritisch argumentierenden Denkens, erhebt notwendig einen Wahrheitsanspruch. Dieser kann als unberechtigt zurückgewiesen oder als berechtigt anerkannt werden – im Medium vernünftiger Argumentation und auf keine andere Art und Weise. Dass auch Wissenschaftler irren und wissenschaftliche Theorien widerlegt werden können, ändert nichts an der geschilderten Lage. Gegen dogmatische Verfestigungen in Theorie und Praxis hilft nicht ein verallgemeinerter »Dogmatismusverdacht«, sondern die bewährte Praxis institutioneller Sicherungen der intellektuellen Meinungsfreiheit und der politischen Pluralität.

Derzeit aber gibt es in der Tat, so scheint mir, gerade in den Reihen der Linken, als verständliche Reaktion auf Sektierertum und Dogmatismus und die dadurch mit verschuldeten schrecklichen politischen Niederlagen, eine gewisse Neigung, jede dezidierte theoretische Aussage (und natürlich jede darauf gegründete politische Praxis) von vorneherein als zumindest potenziell dogmatisch abzuweisen. Ein solches Verfahren ist jedoch genauso unkritisch wie der umstandslos erhobene Anspruch von Dogmati-

kern, ihre Auffassungen seien ein für allemal die unbestreitbare Wahrheit.

Überdies – und das sei am Rande vermerkt – entwaffnet ein solcher dogmatischer »Antidogmatismus« die Linke gerade im gegenwärtigen »Sozialismus-Diskurs«, in dem Neoliberale und Postmodernisten in traurem Verein jede sozialistische Auffassung als »dogmatisch« in Misskredit zu bringen versuchen, mit dem Ziel, sich dadurch von vorneherein der Auseinandersetzung in der Sache zu entziehen.

Diese Problematik ist den Teilnehmern sehr wohl bewusst. In Ergänzung zu dem anregenden Vorschlag, die Situation einer linken Programmdebatte angesichts der Vielfalt unbeantworteter Fragen als ein »offenes Laboratorium« zu verstehen (FD), beharrt CT auf einer »sozialistischen Grundorientierung«, und gerade FD verweist auf ein großes Maß an praktischer »Einheitlichkeit in den Punkten, wo wir Widerstand zu leisten und was wir theoretisch zu kritisieren haben«. Dass solchen Festlegungen ein theoretisches Vorverständnis zugrunde liegen muss, kann wohl kaum bezweifelt werden.

Es gibt noch andere und durchaus beachtliche Einwendungen gegen die Annahme bestimmter fest umrissener (dem Anspruch nach sehr häufig theoretisch-wissenschaftlich begründeter) Voraussetzungen für Programm und Politik von Sozialisten, vor allem vorgetragen von FH und besonders radikal von CS. FH kritisiert den Anspruch, »Antworten geben zu können für andere, statt die Notwendigkeit, Kommunikationsprozesse ... in Gang zu setzen, selber zur programmatischen Aufgabe zu machen«. Man müsse »die Adressaten einbeziehen in die Ungelöstheit der Fragen«. Und sie besteht darauf, dass »Bedürfnisdispositionen« sich anders ausbilden, »wenn Menschen einbezogen werden«, als wenn sie nur »Konsumenten sind«. »Kurz: die Anregung zur Partizipation müsse den Vorrang haben vor dem Abgeben fertiger Antworten.«

Dies scheint mir sehr überzeugend zu sein und vor allem bedeutsam für jene Prozesse, in denen die konkreten Programmforderungen entstehen, weg von »einer Konstellation, in der es Leute gibt, die wissen, wo es langgeht, und die dann andere davon überzeugen, und zwar auf eine argumentativ-intellektuelle Weise« (LP).

Diese Argumentation berührt eine grundlegende Problematik aller Sozialwissenschaften, die sich seriös mit den wirklichen gesellschaftlichen Verhältnissen befassen. Ihre »Objekte« sind handelnde Menschen; und das bedeutet, dass diese Menschen wissenschaftliche Analysen und Prognosen, die ihre Lebensumstände und ihr Verhalten zum »Gegenstand« haben, durch ihr eigenes Verhalten bestätigen oder widerlegen können. Marx war dieser Umstand sehr klar; man nehme seine zweite Feuerbach-These: »In der Praxis muss der Mensch die Wahrheit i.e. Wirklichkeit und Macht, Diessseitigkeit seines Denkens beweisen. Der Streit über die Wirklichkeit oder Nichtwirklichkeit des Denkens – das von der Praxis isoliert ist – ist eine rein scholastische Frage.«

Bei näherem Zusehen bezieht sich die hier wiedergegebene Position allerdings nur auf einen Teil des geistigen Produktionsprozesses, in dem ein sozialistisches Programm entsteht, freilich auf einen zentralen: nämlich auf die Erarbeitung und Formulierung jener Forderungen, die die Lebenswelt und die Bedürfnisse der Adressaten des Programms unmittelbar betreffen. Und geschichtlich betrachtet richtet sich diese Auffassung gegen eine schlechte »leninistische« Tradition, in der eine politische Führung besser zu wissen glaubte (oder zu wissen vorgab), was »die Massen« fühlen, denken, wollen (oder besser: fühlen, denken, wollen sollten) als diese selbst. Wenn es aber um Grundprobleme der Gesellschaftskritik geht, die sich ihrer Komplexität wegen nur theoretisch-wissenschaftlich erfassen und formulieren lassen, etwa um die Frage, ob die marxsche Kritik der politischen Ökonomie Struktur und Funktion der kapitalistischen Produktionsweise zutreffend auf den Begriff bringt, dann reichen die hier dargelegten Denkfiguren einer dialektischen Vermittlung von Theorie und Praxis nicht mehr ohne weiteres aus, zumindest müssen sie erheblich verfeinert werden. Theorie und Praxis treten weit auseinander, und ihre wechselseitigen Beziehungen werden höchst komplex. In der Folge lässt sich die Differenz zwischen denen, »die wissen, wo es langgeht«, und denen, um deren Bedürfnisse es letztlich geht, nicht mehr so einfach »dialektisch« überbrücken. Der gegenwärtige Stand der gesellschaftlichen Arbeitsteilung – auch und gerade zwischen

»Theoretikern« und »Praktikern« – lässt sich nicht durch willkürliche Setzung einfache revidieren. Erst »in einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft« kann jenes Problem gelöst werden, wie Marx in seiner Kritik des Gothaer Programms schreibt, »nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit« (wohlgemerkt nicht die Arbeitsteilung selbst) und »damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist« (MEW 19, 15ff, 21).

Diese ernüchternde Erkenntnis mag CS, so scheint es, nicht akzeptieren, wenn er sagt, dass es ihn »schon mal misstrauisch« mache, wenn ein Parteiprogramm »mit der Analyse der Welt« anfange, und dass es ihm gefalle, wenn die Mitglieder dieser Partei »nicht beanspruchen, sie wüssten, was für andere gut ist«. Sein Ansatz, ein solches Programm solle »mit den Subjekten« anfangen und den »Sozialismus« nicht als »abstraktes Modell« sehen, »sondern als Gradmesser der Verwirklichung emanzipativer Forderungen, die wiederum aus realen sozialen Bewegungen und den Interessen konkreter Gruppen entstehen«, ist durchaus überzeugend, bezeichnet aber nur eine grundlegende notwendige Bedingung von so etwas wie »Sozialismus«, nicht aber den zureichenden Grund, d.h. *alle* erforderlichen Voraussetzungen. In jeder sozialen oder politischen Bewegung muss es unter den gegebenen Bedingungen Menschen geben, die von bestimmten Problemen – z.B. von den übergreifenden ökonomischen, sozialen und politischen Zusammenhängen – mehr verstehen als andere und insofern (freilich auch nur insofern) tatsächlich besser wissen, was für alle – also auch die »anderen« – gut ist. Die Aufgabe, die zu lösen ist, besteht nicht darin, die Bewegungspraktiker gegen die abgehobenen Modell-Theoretiker auszuspielen, sondern Formen einer »freien Kooperation« (so der Zentralbegriff in CS' Preisschrift für die Luxemburg-Stiftung, 2001) zu entwickeln, in denen die notwendige Arbeitsteilung nicht zur Entmündigung der einen durch die anderen führt.

CS' theoretisches Hauptwerk (*Die Aliens sind unter uns. Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter*, Berlin-München 1999) ist übrigens genauso wie seine Preisschrift überhaupt nur zu

verstehen als Versuch eines scharfsichtigen und scharfsinnigen Menschen, andere in deren Interesse von der Richtigkeit seiner eigenen Auffassungen zu überzeugen. Warum schriebe er sonst? Dass er nicht indoktrinieren will, sondern überzeugen – u.a. durch das Erinnern an konkrete Lebenserfahrungen –, macht sein Buch produktiver als viele andere, ändert aber nichts an dem grundlegenden Sachverhalt, dass hier einer besser zu wissen meint, was für seine Leser gut ist, als diese selbst.

Die praktische Bedeutung von grundlegenden – und unvermeidlich abstrakten – »Analysen der Welt« lässt sich an einem klassischen Beispiel verdeutlichen. In der *Deutschen Ideologie* sprechen Marx und Engels von der »sozialen Macht«, »die durch das in der Teilung der Arbeit bedingte Zusammenwirken der verschiedenen Individuen entsteht«. »Dieses Sichfestsetzen der sozialen Tätigkeit zu einer sachlichen Gewalt über uns ... ist eines der Hauptmomente in der bisherigen geschichtlichen Entwicklung ...« Die Verfasser nennen das mit einer ironischen Reverenz vor ihren junghegelianischen Zeitgenossen »Entfremdung« (MEW 3, 34f).

Nun gibt es in bestimmten Strömungen des überlieferten »Marxismus«, vor allem bei Louis Althusser, die Neigung, diese Analysen, die mir die Grundgedanken der so genannten »materialistischen« Geschichtsauffassung zu sein scheinen, als überwundene Frühform marxischen Denkens zu betrachten. Ich halte diese Interpretation für falsch. Ganz abgesehen davon, dass Engels in einem seiner bekannten späten Briefe (1890 an J. Bloch, MEW 37, 462ff) eine in der Sache völlig übereinstimmende Auffassung vertritt, hat Marx selbst im 3. Band des *Kapital* eine prägnante Kurzanalyse der Bewegung des Kapitals und ihrer immanenten Gesetzmäßigkeit gegeben, die den Gedanken der »Entfremdung« der ökonomischen Verhältnisse von der »Gesellschaft der Produzenten« in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringt.

Hier und an vielen anderen Stellen betont Marx, dass der Prozess der Akkumulation und Verwertung des Kapitals ein »Selbstzweck« sei und seine Bewegung daher »maßlos« (so z.B. MEW 25, 260ff; MEW 23, 167, 788). Dies scheint mir – in einer einzigen, zugegeben winzig kleinen Nusschale – der theoretische

Grundgedanke der marxischen Kritik der Politischen Ökonomie zu sein.

Diesen Grundgedanken festzuhalten gibt uns, so meine ich, den Schlüssel zur Lösung nicht weniger Probleme der sozialistischen Gesellschaftskritik an die Hand. Wenn der selbstzweckhafte Charakter des kapitalistischen Akkumulations- und Verwertungsprozesses der systemische Kern der historischen Leistung des Kapitalismus ist, nämlich die Produktivität ebenso wie die Destruktivität der menschlichen Arbeit auf bis dahin unerhörte Weise zu entwickeln, dann gibt uns diese Einsicht ein Kriterium an die Hand, nach dem wir beurteilen können, ob eine bestimmte konkrete Politik geeignet ist oder nicht, die destruktiven Folgen der kapitalistischen Produktionsweise abzuwenden und ihre produktiven Möglichkeiten im Interesse und zum Wohle aller Menschen zu nutzen. Das Kriterium ist, ob überhaupt und in welchem Grade die in ausbeutungs- und herrschaftsfreier Kooperation assoziierten Menschen in der Lage sind, den Produktions- und Verteilungsprozess seiner Selbstzweckhaftigkeit zu entkleiden und unter ihre bewusste Kontrolle zu nehmen.

Nun mögen viele diese Ansicht für falsch halten. Darüber sollten wir offen und ohne vorgefasste Urteile diskutieren. Sollte sie aber zutreffen, dann bietet sie Maßstäbe für die Lösung vieler alter Probleme der sozialistischen Bewegung, z.B. für die in diesem Gespräch an vielen Stellen aufgenommene Frage nach dem Verhältnis von »Revolution« und »Reform« oder nach dem Unterschied sozialistischer und sozialdemokratischer Politik, ferner für die Frage nach der Rolle des »Tagesgeschäfts« in der Politik (EC), für die Frage nach dem Charakter einer nicht mehr kapitalistischen »neuen Regulationsweise« oder sogar für die Bewältigung des Dilemmas, unter Umständen »im Hochimperialismus regieren« zu müssen (FOW).

Diese Überlegungen verweisen auf einen schon ziemlich alten und weitgehend vergessenen Traditionsbestand linkssozialistischer und (nicht orthodoxer) kommunistischer Programmdiskussion: das so genannte »Übergangsprogramm«: Auch das »Tagesgeschäft« kann nämlich durchaus »revolutionär« sein, wenn es den selbst-

zweckhaften Mechanismus der Kapitalbewegungen und die ihm entsprechenden Herrschaftsformen und -praktiken durch demokratische Intervention der Betroffenen infrage stellt, sei es mit der Parole der Globalisierungskritiker »Eine andere Welt ist möglich«, sei es aufgrund der Einsicht, die WFH an den Schluss der Gespräche gestellt hat: »Der Markt richtet nicht alles. Liefert man ihm die Welt aus, richtet der Markt alles zugrunde.«

Zum Abschluss einige Bemerkungen, die teilweise über den Inhalt dieser Sozialismus-Gespräche hinausreichen.

1. Zweifel an den überkommenen Parteiformen – vor allem der sozialdemokratischen und kommunistischen – ziehen sich durch die gesamte Diskussion. Dabei ist Konsens, dass die sozialistische Linke von einem »gesamtgesellschaftlichen revolutionären Subjekt Arbeiterklasse« (WK) nicht mehr ausgehen könne. Es sei darauf hingewiesen, dass die italienische Partei der kommunistischen Neugründung (PRC) auf ihrem Parteitag kürzlich mit großer Mehrheit trotz mancherlei Widerspruchs Thesen verabschiedet hat, die von einem solchen Subjekt nicht mehr ausgehen und eine »Vorherrschaft« der Partei in den sozialen Bewegungen nicht mehr beanspruchen.

2. Trotz vielfältigen Nachdenkens über die traditionelle »Partei« wird das überkommene, am Modell der »westlichen« repräsentativen Demokratie orientierte Parteiensystem als solches nicht in Frage gestellt. Es ist übrigens in der Geschichte vieler sozialistischer Strömungen (mit Ausnahme der Anarchisten, Syndikalisten, Rätesozialisten und Selbstverwaltungssozialisten) eine eigenständige Kritik an den Grundlagen politischer Herrschaft als solcher nur selten geübt worden. Mir scheint aber, dass von der Entwicklung der Produktivkräfte im letzten Jahrhundert nicht nur Wirkungen ausgehen, die die ökonomischen Produktionsverhältnisse (Klassenverhältnisse) infrage stellen, sondern auch solche, die sich gegen die überkommenen politischen Herrschaftsformen richten. Wieso sollte angesichts dramatischer Veränderungen der Bildungs- und Berufsstruktur, angesichts tief greifender Ausdehnung des sozialen Horizonts für eine Vielzahl von Menschen und angesichts der geradezu revolutionären Entwicklung neuer Kom-

munikationsformen der elitäre Alleinvertretungsanspruch der »politischen Klasse« weiterhin widerspruchslos hingenommen werden?

3. Im Übrigen müsste im Rahmen einer erneuerten Imperialismuskritik auch nach den jeweiligen innergesellschaftlichen Strukturveränderungen gefragt werden – insbesondere in den USA. Könnte nicht die fortschreitende Exklusion der Unterschichten und unteren Mittelschichten aus dem überlieferten politischen Prozess der »Demokratie« etwas mit der zunehmenden Virulenz imperialistischer Aggressivität zu tun haben?

4. Gerade der hohe und wertvolle Ertrag dieser Gespräche sollte zum Nachdenken über mögliche Fortentwicklungen der Gesprächsformen anregen. Ich könnte mir z.B. einen Kreis denken, in dem Intellektuelle mit einer gleichen Zahl von Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären diskutieren. Noch dringlicher erscheinen mir neue Formen für eine Erörterung der Geschlechterfrage. Der Stoßseufzer von Frigga Haug: »Es gelingt mir nicht wirklich, euch für Geschlechterverhältnisse zu interessieren, außer als Formel; aber nicht als inhaltliche Politik«, hat mich persönlich sehr getroffen, denn ich muss ihr auch für mich selbst Recht geben. Wie wäre es also mit einem Kreis von Frauen, zu denen nur eine Minderheit von männlichen Diskussionspartnern hinzugezogen wird, um den »männlichen Blick« auf die Probleme des Sozialismus zu repräsentieren?

Die an der Edition beteiligten Projekte

Dieses Buch wurde produziert als Gemeinschaftsedition linker Buchverlage, Zeitschriftenverlage und Versandläden, die sich kurzfristig und engagiert für dieses Kooperationsprojekt einsetzten. Sie alle bieten weitere eigene Veröffentlichungen aus den Bereichen linker Politik, Wissenschaft und Wissenschaftskritik an. Aktuelle Programmübersblicke können bei den folgenden Kontaktadressen angefordert werden.

Argument Verlag GmbH
Eppendorfer Weg 95 · 20259 Hamburg
Tel. (040) 4018000 · Fax (040) 4018000
E-Mail: info@argument.de
www.argument.de

Argument Versand Berlin
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin
Tel. (030) 6113983 · Fax (030) 6114270
E-Mail: versand@argument.de
www.argument-buchhandlung.de

BdWi-Verlag
Gisselberger Str. 7 · 35037 Marburg
E-Mail: verlag@bdwi.de
www.bdwi.de

Berliner Debatte Wissenschaftsverlag
GSFP – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung
und Publizistik mbH & Co KG
Postfach 580254 · 10412 Berlin
Tel. (030) 44651355
E-Mail: verlag@berlinerdebatte.de
www.berlinerdebatte.de

Buch Weiss
Bücher für eine lebenswerte Zukunft
Neue Straße 7 · 70734 Fellbach
Tel. (0711) 584170 · Fax (0711) 5854613
E-Mail: info@buchweiss.de
www.buchweiss.de

Globus
Seilerstädte 22 · A-1010 Wien

Karl Dietz Verlag Berlin
Weydingerstr. 14-16 · 10178 Berlin
Tel. (030) 24009290 · Fax (030) 24009590
E-Mail: k-dietzverlag@t-online.de
www.dietzverlag.de

Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger GmbH
Breite Str. 47 · 53111 Bonn
Tel. (0228) 632306 · Fax (0228) 634968
E-Mail: prv@che-chandler.com

PapyRossa Verlag
Luxemburger Str. 202 · 50937 Köln
Tel. (0221) 448545 · Fax (0221) 444305
E-Mail: mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

spw Verlag
Westfälische Str. 173 · 44309 Dortmund
Tel. (0231) 402410
www.spw.de

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6 · 20099 Hamburg
Tel. (040) 28050567 · Fax (040) 28050568
E-Mail: info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de

Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik
Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax (0041) 01/4512209 · Vertrieb 01/2730302
E-Mail: vertrieb@widerspruch.ch
www.widerspruch.ch

YetiPress
Christoph Spehr
Justus-Liebig-Str. 25 · 28357 Bremen
Tel./Fax (0421) 255447
E-Mail: yetipress@aol.com
www.outofthisworld.de/yeti